

***So wird's***   
***besser!***

***Unser Plan für Niedersachsen***

***Wahlprogrammmentwurf zur Landtagswahl 2022***

# Gliederungsvorschlag

## Präambel

### I Wir gestalten Niedersachsen – Ökologisch und Sozial

Niedersachsen auf den 1,5-Grad-Pfad bringen!

Mobil in Niedersachsen

Innovatives Niedersachsen

Gute Arbeit in Niedersachsen

Für eine andere Agrarpolitik

Moorschutz ist Klima- und Artenschutz

Sozial und ökologisch Bauen und Wohnen

Stadt und Land zusammen zukunftsfähig gestalten

### II. Niedersachsens ökologischen Schatz bewahren

Sauberes Wasser, saubere Luft, gesunde Böden

Für die Artenvielfalt

Für konsequenten Tierschutz und zeitgemäße Jagd

Atomkraft: teuer und gefährlich

### III. Wir gestalten Niedersachsen – Chancengerecht und Solidarisch

Gute Kinderbetreuung im ganzen Land

GRÜNE Politik macht Schule

Gute Ausbildung: Den Fachkräftemangel überwinden

Wissenschaft gestaltet Zukunft

Erwachsenenbildung stärken

Starke Familien - Selbstbestimmt Leben von der Kindheit bis ins Alter

Gesundheit und Pflege

### IV Lebenswertes Niedersachsen Vielfalt schafft Zusammenhalt

Integrationsland Niedersachsen

Starker Rechtsstaat Niedersachsen

Für eine vielfältige Gesellschaft

Gleichstellung und Feminismus

Niedersachsen Kultur und Medien - So vielfältig wie unser Land

Niedersachsen engagiert sich

Niedersachsen in Europa und der Welt

## **V Solides Fundament für Niedersachsen**

Nachhaltig haushalten

Wo die Zukunft zuhause ist – für starke Kommunen in Niedersachsen

Niedersachsen, ein Staat der funktioniert, effektiv und bürgernah

## **Kap.1** Wir gestalten Niedersachsen - Ökologisch und Sozial

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 06.04.2022

Tagesordnungspunkt: 2.2. Kapitel I - Wir gestalten Niedersachsen – Ökologisch und Sozial

### **Antragstext**

#### **1 Niedersachsen auf den 1,5-Grad-Pfad bringen!**

2 Eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist die menschengemachte  
3 Klimakrise. Auch Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine bestärkt viele Menschen,  
4 den Ausstieg aus der Abhängigkeit von fossilen und dreckigen Importen von Öl,  
5 Gas und Kohle aus Menschenrechte verachtenden Regimen zu beschleunigen. Wir  
6 wollen Niedersachsen mit Erneuerbaren Energien, Energieeinsparung und  
7 Energieeffizienz schnell von fossilen Importen unabhängig machen und auf den  
8 1,5-Grad-Pfad bringen. Mit einer klimaneutralen Energieversorgung gewinnen wir  
9 mehr Freiheit, Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit und werden damit unserer  
10 Verantwortung gegenüber heutigen und kommenden Generationen gerecht. Die Maßgabe  
11 für eine klimagerechte Politik ist für uns das CO<sub>2</sub>-Budget, das uns noch zur  
12 Verfügung steht und das umso schneller schrumpft, je langsamer und zögerlicher  
13 Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden. Wir GRÜNEN wollen die  
14 Treibhausgasemissionen in Niedersachsen so schnell wie möglich senken und  
15 Niedersachsen auf den Weg bringen, bis 2035 klimaneutral zu sein bzw. die  
16 Treibhausgasemissionen auf Netto-Null zu bringen. Denn je früher und schneller  
17 wir handeln, umso mehr Folgekosten und Fehlinvestitionen in fossile  
18 Infrastruktur vermeiden wir. Wir werden die Klima-Maßnahmen, die in unserer Hand  
19 liegen, umsetzen. Uns ist klar, dass das Ziel der Klimaneutralität ohne  
20 entsprechende begleitende Maßnahmen auf Bundes- und Europa-Ebene nicht  
21 erreichbar ist. Daher unterstützen und fordern wir auch dort Klimaentscheidungen  
22 vehement ein und begrüßen den neuen Klima-Kurs, den die Bundesregierung  
23 angekündigt hat.

24 Eine ambitionierte und klug durchgeführte Klimaschutzpolitik birgt viele Chancen  
25 für mehr Lebensqualität: saubere Luft statt Schadstoffe, günstige Energie, eine  
26 Mobilität für alle durch einen gut ausgebauten Zug, Bus-, Rad- und Fußverkehr,  
27 mehr ökologisch und regional produzierte Lebensmittel, eine tierschutzgerechtere  
28 und umweltbewusste Landwirtschaft sowie faire Einkommen für Landwirt\*innen und  
29 die direkte Teilhabe von Bürger\*innen an der Energiewende statt Gewinne einiger  
30 weniger fossiler Großkonzerne sind dabei nur einige Punkte. Klimaschutz ist so  
31 viel mehr als reine Technik, er ist die Voraussetzung für ein gesundes Leben auf  
32 einer gesunden Erde. Gerade für Niedersachsen als windreiches Küstenland bietet  
33 die Energiewende darüber hinaus viele Standortvorteile für die lokale  
34 Wertschöpfung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die wir heben wollen. Wir machen  
35 Niedersachsen zum Klimaschutzland Nummer eins und wollen auch in der Wirtschaft  
36 bei den Arbeitsplätzen bei Wind, Sonne, Wärmepumpen und Energieeffizienz  
37 ökologisch und sozial führend sein. Dazu gehört auch eine Fachkräfteoffensive.

38 Die Klimaziele sind durch die letzten Jahre der Klima-Verweigerung der SPD-CDU-  
39 Landesregierung sowie einer 16 Jahren CDU-geführten Bundesregierung extrem  
40 schwer zu erreichen. Weil CDU und SPD in den letzten Jahren die Energiewende und  
41 den Klimaschutz blockiert haben, müssen wir die nötigen Maßnahmen jetzt noch  
42 ambitionierter umsetzen. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Klimaschutz massiv  
43 den Rücken gestärkt. In seiner Begründung macht es in seiner historischen Klima-  
44 Entscheidung klar, dass Politik gerade auch mit Blick auf die  
45 Generationengerechtigkeit endlich angemessen handeln muss. Wir stellen uns  
46 dieser Herausforderung. Denn jeder Monat des Nichthandelns wird zu umso größeren  
47 Anstrengungen in der Zukunft führen.

#### 48 **Ambitioniertes Klimagesetz für Niedersachsen**

49 Die Klimaziele im niedersächsischen Klimagesetz passen wir an die aktuellen  
50 wissenschaftlichen Erkenntnisse und den 1,5-Grad-Pfad der Pariser Klimaziele an.  
51 Bis 2030 ist unser Ziel, die Treibhausgasemissionen um mindestens 80% im  
52 Vergleich zu 1990 zu reduzieren, um bis 2035 die Netto-Null-Emissionen in  
53 Niedersachsen zu erreichen. Dazu werden wir auch konkrete, nachprüfbare,  
54 jährliche Zwischenziele und Klimamaßnahmen für alle Sektoren wie der  
55 Energiewirtschaft, der Industrie, dem Verkehr, dem Gebäudebereich, der Land- und  
56 Forstwirtschaft sowie der Kreislauf- bzw. Abfallwirtschaft aufstellen. Mit einer  
57 jährlichen, öffentlichen Klimabilanz etablieren wir ein nachprüfbares  
58 Treibhausgas-Monitoring. Die Klimaziele und Zwischenschritte koppeln wir an das  
59 CO<sub>2</sub>-Restbudget. Denn für den Klimaschutz sind nicht bloße Jahreszahlen, sondern  
60 die real entstandenen Treibhausgasemissionen entscheidend. Je langsamer jetzt  
61 die Reduktion der Klimaemissionen vorangeht, desto weniger CO<sub>2</sub>-Budget steht uns  
62 später zur Verfügung und desto schneller müssen wir in ein paar Jahren  
63 klimaneutral werden. Wir packen Klimaschutz daher jetzt an, anstatt ihn in die  
64 Zukunft zu vertagen.

65 Die Landesverwaltung soll vorangehen und möglichst bis 2030 klimaneutral werden.  
66 Dazu beschleunigen wir die energetische Sanierung der landeseigenen Gebäude und  
67 stellen auf klimafreundliche Beschaffung um. Auch die Stromproduktion in  
68 Niedersachsen wollen wir bis 2030 möglichst vollständig auf Erneuerbare Energien  
69 umstellen. Bis 2035 wollen wir den klimaneutralen Umbau der Wärmeversorgung,  
70 Mobilität und Industrie so weit vorantreiben, sodass die Energieversorgung 100%  
71 erneuerbar ist. Wir setzen ehrgeizige Ziele für die Dekarbonisierung der  
72 Industrie. Damit stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit lokaler Unternehmen  
73 angesichts zukünftig erwartbarer hoher CO<sub>2</sub>-Preise weltweit. Alle Klimaziele und  
74 die nötigen konkreten Maßnahmen verankern wir auch im Landesklimagesetz.

#### 75 **Mit Klimavorbehalt und Klimacheck Entscheidungen klimasicher machen**

76 Als Erstes werden wir unser Klimaschutz-Sofortprogramm mit konkreten Maßnahmen  
77 umsetzen. Nur wenn endlich alle neuen Gesetze und Verordnungen mit dem  
78 Klimaschutz vereinbar sind, sind unsere Klimaziele erreichbar. Daher schaffen  
79 wir einen wirksamen Klimavorbehalt. Durch einen Klimacheck prognostizieren wir,  
80 welche Emissionssenkung oder -erhöhung mit einer politischen Entscheidung  
81 verbunden ist. Sollten Erhöhungen prognostiziert sein, müssen zwingend  
82 Alternativen geprüft werden; das für Klimaschutz zuständige Ministerium erhält  
83 ein Veto-Recht. Außerdem führen wir Sanktionen und eine Pflicht zum Nachsteuern  
84 der Maßnahmen ein. Auch für alle bestehenden und zukünftigen Förderprogramme des  
85 Landes sowie den Landeshaushalt führen wir einen Klimacheck ein. Maßnahmen, die  
86 Umwelt- und Klimazielen entgegenlaufen, werden wir streichen und bei

87 klimarelevanten Förderungen konkrete Klimaziele sowie einen Mindestanteil an  
88 Maßnahmen, die bilanzierungsfähige CO<sub>2</sub>-Einsparungen erzielen, festschreiben. Für  
89 die öffentlichen Haushalte, die öffentliche Beschaffung, Gesetzesinitiativen und  
90 Verwaltungshandeln führen wir einen CO<sub>2</sub>-Schattenpreis nach Maßgabe des  
91 Umweltbundesamtes ein. So bilden wir die ansonsten unsichtbaren Klimakosten für  
92 Gesellschaft und Umwelt ab, stärken klimaneutrale Alternativen und schaffen eine  
93 zukunfts- und klimaverträgliche Entscheidungsgrundlage. Analog führen wir den  
94 CO<sub>2</sub>-Schattenpreis auch bei klimarelevanten Entscheidungen von landeseigenen  
95 Unternehmen ein. In Unternehmen mit Landesbeteiligung wirken wir darauf hin.

96 Wir richten einen wissenschaftlichen Klimarat ein, der die Landesregierung berät  
97 und jährlich in Form von Klimaberichten zusätzliche Maßnahmen vorschlägt. Im  
98 Rahmen des niedersächsischen Klima- und Energiewendeberichts werden konkrete  
99 Regierungsvorhaben pro Sektor definiert. Die wissenschaftlich notwendigen  
100 Maßnahmen zur Erreichung der Zwischenziele werden Grundlage des  
101 Regierungshandelns.

### 102 **Gelder aus klimaschädlichen Anlagen abziehen**

103 Auch in der Finanzpolitik treiben wir die Klimawende voran. Die  
104 Finanzanlagestrategie des Landes richten wir auf Klimaneutralität und die  
105 Nachhaltigkeitsziele der UN aus und verankern dies gesetzlich. Anlagen, die  
106 diesen Kriterien nicht entsprechen, entziehen wir die Landesgelder (Divestment)  
107 und investieren diese stattdessen in Anlagen mit positiver Wirkung für den  
108 Klimaschutz. Bei allen landeseigenen Unternehmen sowie Unternehmen, bei denen  
109 das Land bedeutender Anteilseigner ist, bringen wir dies ebenfalls voran.

### 110 **Klimaschutz in den Kommunen verankern**

111 Zur Umsetzung von wirksamen Klimaschutzmaßnahmen braucht es auch die  
112 entsprechenden Strukturen. Daher bauen wir den Klimaschutz in der  
113 Landesverwaltung und bei den Kommunen aus. Die Kommunen sind dabei wichtige  
114 Akteurinnen für den Klimaschutz. Damit Kommunen noch besser agieren und ihre  
115 Klimaziele schneller umsetzen können, stärken wir den Klimaschutz als  
116 Pflichtaufgabe der Kommunen, die sie in eigener Zuständigkeit umsetzen.  
117 Klimaschutz ist Teil der Daseinsvorsorge und braucht eine entsprechende  
118 finanzielle Ausstattung sowie ein entsprechendes Wissen in der Verwaltung. Wir  
119 prüfen die rechtliche Umsetzbarkeit von neuen kommunalen Klimaschutzinstrumenten  
120 wie beispielsweise einer Klimaabgabe oder eines Klimabeitrags. Daneben wollen  
121 wir sicherstellen, dass auch Entschuldungskommunen genügend Spielraum haben, um  
122 wichtige Klimaschutzmaßnahmen durchzuführen.

123 Klimaschutz wird vor Ort umgesetzt. Mit dem Niedersachsenfonds (vgl. Nachhaltig  
124 Haushalten) und der neuen Landesgesellschaft für Wohnen und Klima (vgl. Sozial  
125 und Ökologisch Bauen und Wohnen) wollen wir Klimaschutzanstrengungen in den  
126 Kommunen etwa bei der Gebäudesanierung finanziell unterstützen. Wir prüfen, wie  
127 es rechtlich umsetzbar ist, dass bei der Haushaltsgenehmigung durch die  
128 Kommunalaufsicht von nun an geprüft werden muss, ob Klimaschutzbelange  
129 ausreichend berücksichtigt wurden. Wir unterstützen die Kommunen dabei,  
130 regionale Energie- und Klimakonzepte zu erstellen und umzusetzen. Die ab 2022  
131 durch die Kommunen zu erstellenden Energieberichte entwickeln wir weiter zu  
132 verpflichtenden öffentlichen Klimaberichten. Diese sollen Kommunen jährlich  
133 statt alle drei Jahre erstellen und veröffentlichen. In den Berichten müssen die  
134 Kommunen neben ihren eigenen Energieverbräuchen, die örtlichen  
135 Treibhausgasemissionen sowie ihre geplanten und umgesetzten Klima-Maßnahmen samt

136 kalkulierter Emissionssenkung und Zeitplanung darlegen. So schaffen wir  
137 Transparenz bei der Berücksichtigung von Klimaschutz bei der Verkehrsplanung,  
138 bei der Sanierung öffentlicher Gebäude, bei der Quartiersentwicklung und vielem  
139 mehr. Analog zum Klimacheck auf Landesebene unterstützen wir die Kommunen unter  
140 anderem durch Musterberechnungen dabei, bei kommunalem Verwaltungshandeln und  
141 politischen Entscheidungen die Auswirkungen auf die Treibhausgasemissionen und  
142 den Klimaschutz zu prüfen und zu berücksichtigen.

#### 143 **Für das Klima Planungen beschleunigen**

144 Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir beim Ausbau der Erneuerbaren  
145 Energien, bei der Energieeffizienz, beim Netzausbau und vielem mehr deutlich  
146 schneller werden. Dafür sind Transparenz und eine intensive Beteiligung von  
147 Bürger\*innen und Verbänden zu Beginn von Planungen nötig und nicht erst am Ende.  
148 Für den Turbo bei der Planung brauchen wir eine bessere Informationsgrundlage  
149 etwa beim Artenschutzmonitoring, sowie personell und fachlich gut ausgestattete  
150 Planungs-, Bau- und Genehmigungsbehörden. Hinzu kommt ein stärkeres Handeln des  
151 Landes bei der Koordinierung und Bündelung von Verfahren bei einer zuständigen  
152 Behörde, die auch Ansprechpartnerin sowohl für die Antragsteller\*innen als auch  
153 für die verschiedenen Interessenvertretungen ist und aktiv Beteiligung  
154 herstellt. Für den Klima- und Artenschutz müssen Genehmigungsverfahren im  
155 öffentlichen Interesse verkürzt und so weit möglich parallel und nicht  
156 hintereinander durchgeführt werden.

#### 157 **Digitalisierung für den Klimaschutz nutzen**

158 Wir gestalten Digitalisierung so, dass sie dem Klima nützt, anstatt die  
159 Klimakrise weiter anzufachen. Mit einer Green-IT-Strategie sorgen wir dafür, dass  
160 alle Digitalisierungsprogramme und -anstrengungen des Landes klimaneutral  
161 werden: von Tablets in den Schulen bis hin zur elektronischen Akte. Das gleiche  
162 gilt für die Vorhaben der Kommunen und anderer Akteure, die das Land bei der  
163 Digitalisierung unterstützt. Besonders klimaintensiv sind bislang Rechenzentren.  
164 Wir bringen den Um- und Ausbau von CO<sub>2</sub>-neutralen Rechenzentren voran, die  
165 Abwärme nutzen bzw. deren Abwärme genutzt wird und die mit erneuerbarem Strom  
166 gespeist werden. Beim Ausbau schnellen Internets setzen wir uns für  
167 Energieeinsparungen ein, indem dieser vor allem über Glasfaser und 5G erfolgt.

#### 168 **Energiewende gestalten**

##### 169 **Windenergie – das Zugpferd der Energiewende**

170 Die Windenergie ist die stärkste Kraft unter den Erneuerbaren Energien. Davon  
171 profitiert Niedersachsen als windreiches Küstenland ganz besonders. Um bis 2035  
172 klimaneutral zu werden und die Wertschöpfung vor Ort zu stärken, werden wir die  
173 Ausbauzahlen schnell und deutlich erhöhen. Wir wollen den Windkraft-Ausbau der  
174 Bundesregierung unterstützen und die Netzanbindung beschleunigen. Wir wollen die  
175 Ausbauziele der Bundesregierung auf See naturschutzverträglich umsetzen; Ziel  
176 sind mindestens 30 Gigawatt bis zum Jahr 2030, mindestens 40 Gigawatt bis zum  
177 Jahr 2035 und mindestens 70 Gigawatt bis zum Jahr 2045. An Land streben wir pro  
178 Jahr einen wachsenden Netto-Zubau der Windenergie von mindestens 1,5 Gigawatt an  
179 Leistung an.

180 Die Windenergiebranche ist vom Zickzackkurs von CDU und SPD in Bund und Land in  
181 den vergangenen Jahren schwer gebeutelt, viele Arbeitsplätze wurden durch diese  
182 desaströse Energiepolitik zerstört. Wir wollen Planungssicherheit für die  
183 Windenergiebranche schaffen, den Markt vor Ort stärken, den niedersächsischen

184 Technologievorsprung weiter ausbauen und qualifizierte, sichere Arbeitsplätze  
185 schaffen (vgl. Innovatives Niedersachsen). Dazu bauen wir bestehende Hürden ab  
186 und nutzen alle Landeshebel, um Wind-Genehmigungsverfahren im Einklang mit dem  
187 Artenschutz zu beschleunigen.

188 Um unsere Klimaziele zu erreichen, setzen wir schnellstmöglich ein landesweites  
189 Mindest-Flächenziel für die Windkraft von 2,5% der Landesfläche und landesweite  
190 Vorranggebiete im Landesraumordnungsprogramm um. Das Schlüsselloch für den  
191 Erneuerbaren-Ausbau sind neben den fehlenden ausgewiesenen Flächen die seit  
192 Jahren viel zu schleppend verlaufenden Planungs- und Genehmigungsverfahren, die  
193 wir beschleunigen werden.(vgl. Stadt und Land zusammen zukunftsfähig gestalten)

194 Durch klare Regelungen im Windenergieerlass und Artenschutzleitfaden erhöhen wir  
195 die Rechtssicherheit und vereinfachen so das Verwaltungshandeln. Darüber hinaus  
196 richten wir eine Servicestelle ein, die bei rechtlichen Fragestellungen in  
197 Planungsverfahren unterstützt. Wir vereinfachen und beschleunigen das Repowering  
198 von Altanlagen an geeigneten Standorten und setzen uns dafür ein, dass dies auch  
199 bei den oftmals gut akzeptierten Altstandorten außerhalb von Wind-  
200 Vorranggebieten erfolgen kann.

201 Windkraft und Artenschutz gehören zusammen. Denn neben der  
202 Intensivlandwirtschaft ist der größte Beschleuniger des Artensterbens die  
203 Klimakrise. Ein schneller und deutlicher Ausbau der Erneuerbaren Energien ist  
204 daher auch für den Artenschutz unerlässlich. Um auch windkraftsensible Arten zu  
205 schützen, braucht es Programme für den Artenschutz und eine bessere  
206 Artenerfassung für windsensible Vogelarten. Wir werden dazu das landesweite  
207 Artenschutzmonitoring auch zur Planungsbeschleunigung deutlich stärken, damit  
208 nicht jedes Mal erst neue Kartierungen nötig sind und die Informationen über die  
209 Vorkommen windkraftsensibler Arten von Anfang an im Rahmen der Raumplanung  
210 besser berücksichtigt werden können. Durch ein Erneuerbare-Naturschutz-Zentrum  
211 werden wir die naturverträgliche Energiewende stärken, indem lokale Konflikte  
212 zwischen dem Erneuerbaren-Ausbau und dem Arten- und Naturschutz frühzeitig  
213 erkannt und Lösungsmöglichkeiten entwickelt und unterstützt werden. Den Bau von  
214 Kleinwindenergie-anlagen ermöglichen wir generell außerhalb von Wohn- und  
215 Kurgebieten, wie es in vielen anderen Bundesländern bereits Standard ist.

#### 216 **Mit der Solarenergie-Offensive Sonnenstrom ernten**

217 Bei der Solarenergie haben wir in Niedersachsen deutlichen Nachholbedarf. Mit  
218 unserer Solarenergie-Offensive machen wir Niedersachsen fit, um Sonnenstrom zu  
219 ernten. Dächer bieten ein großartiges Potential dazu. Sie verbrauchen keine  
220 zusätzliche Fläche und sind dort, wo die Menschen leben, arbeiten und somit  
221 Energie verbrauchen. Wir wollen jede Dachfläche durch eine Photovoltaik-Anlage  
222 zu einem kleinen, dezentralen Klimaschutz-Kraftwerk machen. Dafür führen wir  
223 eine Photovoltaik-Pflicht für alle Neubauten und bei Dachsanierungen ein.  
224 Mithilfe von Pacht- und Contracting-Modellen ermöglichen wir dies für alle  
225 Hausbesitzer\*innen. Über eine Duldungspflicht können auch ungenutzte Dachflächen  
226 von Bestandsgebäuden einer solaren Nutzung zugänglich gemacht werden. Für neue  
227 Parkplätze und andere geeignete versiegelte Infrastruktur führen wir  
228 schrittweise eine Überdachungspflicht mit Photovoltaik-Modulen ein. Bei den  
229 landeseigenen Dachflächen gehen wir voran. Geeignete Dächer nutzen wir als Land  
230 entweder selbst zur solaren Stromerzeugung oder verpachten sie an  
231 Energiegenossenschaften bzw. -unternehmen. Unser Ziel ist die Nutzung aller  
232 geeigneten landeseigenen Dächer möglichst bis 2025.

233 Den Bedarf an Solarenergie können wir nicht allein über Solaranlagen auf Dächern  
234 decken. Für die Energiewende ist sowohl der Ausbau der Dachflächen-PV als auch  
235 der naturverträgliche und flächenschonende Freiflächen- und AgriPV Ausbau  
236 notwendig. Deponieflächen, Flächen an und über Landes- und Bundesstraßen,  
237 Autobahnen, Schienenwegen sowie an Industrie- und Gewerbegebieteangrenzende  
238 Flächen und Lärmschutzwände wollen wir dabei besonders schnell zur solaren  
239 Stromerzeugung nutzen. Die auf Bundesebene angekündigten Änderungen im EEG  
240 begrüßen wir und unterstützen deren Umsetzung in Niedersachsen.

#### 241 **Energie in Bürger\*innenhand**

242 Unser Ziel ist eine möglichst dezentrale Energiewende, an der die Bürger\*innen  
243 direkt teilhaben und profitieren können. Um mehr Energiewende-Projekte in  
244 Bürger\*innenhand zu ermöglichen, setzen wir auf einen Bürger\*innen-Energiewende-  
245 Fonds. Mit diesem stellen wir die wichtige Anschubfinanzierung sicher und helfen  
246 dabei, Anfangshürden bei der Projektplanung zu überwinden. Wir stärken zudem die  
247 frühzeitige Beteiligung und Information von Bürger\*innen und Kommunen und  
248 schaffen Mediationsangebote. Um Hürden für die Energiewende in Bürger\*innenhand  
249 abzubauen setzen wir uns dafür ein, die europarechtlichen Möglichkeiten  
250 auszuschöpfen, wie zum Beispiel die Erneuerbare-Energiegemeinschaften  
251 einschließlich Mieter\*innenstrom und Nachbarschaftsprojekten zu stärken und  
252 kleinere Energiewende-Projekte von der Ausschreibungspflicht zu befreien.

#### 253 **Bioenergie intelligent nutzen**

254 Die Bioenergie kann einen wichtigen Beitrag zur Netzstabilität und  
255 Versorgungssicherheit leisten, indem sie Energie speichert und bei  
256 Erzeugungsdellen von Wind- und Solarstrom einspringt und damit fossiles Gas  
257 ersetzt. Außerdem kann neben der Stromerzeugung auch die Abwärme genutzt werden.  
258 Bestehende Biogasanlagen müssen dazu konsequent flexibilisiert werden und  
259 Anreize für eine effiziente Wärmenutzung und Inputförderung erhalten. Außerdem  
260 wird Bioenergie dort benötigt, wo eine Elektrifizierung nicht möglich ist. Dies  
261 ist zum Beispiel beim Ersatz fossiler Energieträger in Bereichen der  
262 Grundstoffindustrie der Fall. Wir setzen auf vielfältige Bioenergie aus Rest-  
263 und Beiprodukten und umwelt-verträglichen Energiepflanzen sowie  
264 Blühpflanzenmischungen. Eine weitere Ausdehnung der Flächen für den  
265 Energiepflanzenanbau lehnen wir ab. Wir wollen die Biogasproduktion auf Basis  
266 von Rest- und Beiprodukten ausbauen und stärker vorhandene Gülle und Trockenkot  
267 aus der Tierhaltung nutzen .

#### 268 **Intelligente Netze und Speicher ausbauen**

269 Für die Energiewende brauchen wir den Netzausbau. Dabei hat für uns die  
270 dezentrale, verbrauchsnahe Energieerzeugung Priorität. Der Umfang des geplanten  
271 notwendigen Netzaus- und Umbaus muss regelmäßig überprüft werden. Wir setzen uns  
272 dafür ein, dass an geeigneter Stelle moderne Erdverkabelungsvarianten statt  
273 Freileitungen eingesetzt werden.

274 Um Verbrauchs- und Erzeugungsspitzen abzufedern, unterstützen wir den Ausbau  
275 intelligenter Stromnetze bzw. Smart Grids. So können Lasten flexibler gesteuert  
276 und konventionelle Kraftwerke schneller und besser ersetzt werden. Wenn zeitlich  
277 flexible Energieverbräuche wie zum Beispiel das Laden von E-Autos stärker  
278 gesteuert werden, lassen sie sich wesentlich besser an die Volatilität von Wind-  
279 und Sonnenenergie anpassen. Für Verbraucher\*innen muss es attraktiver sein,  
280 Strom dann zu verbrauchen, wenn er erneuerbar im Überschuss zur Verfügung steht.

281 Dafür unterstützen wir die Einbauoffensive von Smart Metern und setzen uns für  
282 die Einführung von flexiblen Tarifen ein.

283 Um unsere Klimaziele zu erreichen, treiben wir den Bau von Speichern und die  
284 Sektorenkopplung mit hohem Tempo voran. Dazu müssen die energie- und  
285 steuerpolitischen Hemmnisse des Speicherausbaus schnell und vollständig  
286 beseitigt werden. Für die Versorgungssicherheit spielen Gasspeicher als  
287 Langzeitspeicher für aus erneuerbaren Energien erzeugtes Gas eine wichtige  
288 Rolle. Es ist wichtig, dass die Bundesregierung mit einer nationalen Gasreserve  
289 und verpflichtenden Füllstandsvorgaben für Speicherbetreiber die  
290 Versorgungssicherheit stärkt. Um die Sicherheit und Unabhängigkeit der  
291 Energieversorgung weiter zu stärken, streben wir an, Gasspeicher in die  
292 Kontrolle der öffentlichen Hand zu überführen.

### 293 **Die soziale Wärmewende – bezahlbar, klimaneutral und sicher**

294 Wir bringen den Umstieg auf erneuerbare Energien im Wärmebereich voran. Unser  
295 Ziel ist es, in allen Gebäuden Erneuerbar zu heizen und die teure Abhängigkeit  
296 von fossilen Rohstoffen zu beenden. Das macht uns frei und unabhängig von teuren  
297 Heizkosten, denn die fossilen Energien werden immer teurer und die Erneuerbaren  
298 Energien immer günstiger. Und jede eingesparte Energie schont unseren Geldbeutel  
299 nachhaltig. Wir wollen gezielt Haushalte mit niedrigem Einkommen entlasten. Um  
300 bis 2035 vollständig unabhängig von Erdöl und Erdgas zu sein, müssen Neubauten  
301 mindestens klimaneutral sein und die energetische Gebäude-Sanierungsrate im  
302 Bestand deutlich erhöht werden. An der fehlenden Technik scheitert die  
303 Wärmewende nicht. Mit Wärmepumpen, Solarthermie, Kraft-Wärme-Kopplung oder der  
304 Fernwärme können wir in Verbindung mit der Sanierung und damit Senkung des  
305 Energieverbrauchs unsere Gebäude im ganzen Land klimaneutral versorgen. Neue  
306 öffentliche Gebäude bauen wir mit 100% Erneuerbarer Wärme, mindestens  
307 klimaneutral, möglichst klimapositiv. Dabei sollten Bauweisen, die eine  
308 möglichst niedrige graue Gesamtenergiebilanz aufweisen, zum Einsatz kommen. Auch  
309 bei umfassenden Sanierungen im Bestand gehen wir als Land voran und legen hohe  
310 Effizienzstandards sowie den PV-Ausbau auf dem Dach fest. Diese  
311 Mindestgrundsätze gelten auch bei allen Förderprogrammen von Wohn- und  
312 Nichtwohngebäuden. Für den Gebäude-bestand führen wir mit dem Erneuerbare-Wärme-  
313 Gesetz verpflichtende Mindestquoten für Erneuerbare Wärme bei Heizungstausch  
314 oder Sanierung ein. Dies koppeln wir mit unserem Förderprogramm zur Wärmewende  
315 besonders für Haushalte mit geringem Einkommen. (vgl. Sozial und Ökologisch  
316 Bauen und Wohnen) Die Wärmewende braucht Fachkräfte, im Handwerk, aber auch  
317 Ingenieur\*innen, Raum- und Umweltplaner\*innen und vieles mehr. Gemeinsam mit dem  
318 Handwerk, den Hochschulen und den Berufsbildenden Schulen bringen wir eine  
319 Fachkräfteinitiative für die Energie- und Wärmewende auf den Weg (vgl.  
320 Innovatives Niedersachsen).

321 Um für Niedersachsen auch die Potentiale der Tiefen-Geothermie zu nutzen,  
322 unterstützen wir Modellprojekte. Bestehende Bohrlöcher der Erdöl- und  
323 Erdgasindustrie können für eine geothermische Nutzung in Frage kommen. Dabei  
324 wollen wir sicherstellen, dass die fossile Industrie Verursacherhaftung für  
325 Altlasten und Langfrist-Risiken übernehmen muss.

326 Da sie entscheidend für die Wärmewende vor Ort ist, setzen wir auf eine  
327 verpflichtende kommunale Wärmeplanung und deren schnelle Umsetzung. Dazu gehört  
328 auch die Kühlung im Sommer. So können wir die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Wärmenetze  
329 senken und Abwärme stärker nutzen. Die Wärmenetzbetreiber unterstützen wir beim

330 Umstieg auf klimaneutrale Nah- und Fernwärmeerzeugung. Industrielle Abwärme ist  
331 kostbare Energie, die wir innerhalb und außerhalb der Betriebe zum Beispiel  
332 durch das Einspeisen in Nah- und Fernwärmenetze nutzen wollen. Durch die  
333 Einführung geeigneter Grenzwerte für Abluft- und Abwassertemperaturen forcieren  
334 wir die Wärmerückgewinnung und Abwärmenutzung. Damit kommunale Verwaltungen ein  
335 Grundgerüst haben, um vor Ort Quartiersplanungen anzugehen, bauen wir auf  
336 Landesebene die Bereitstellung von Daten u.a. zur Wärmeplanung, für die  
337 Quartiersentwicklung und für kalte Nahwärmenetze für die Kommunen über einen  
338 öffentlich zugänglichen Energieatlas aus.

### 339 **Energiekosten vermeiden**

340 Die beste Energie ist die, die gar nicht erst gebraucht wird. Daher geht  
341 Einsparung und Effizienz von Energieverbrauch immer vor Ersatz. Mit dem  
342 Niedersachsen-Fonds (vgl. Nachhaltig Haushalten) und der Landesgesellschaft  
343 Wohnen und Klima (vgl. Sozial und Ökologisch Bauen und Wohnen) geben wir daher  
344 vor allem Anreize zur Einsparung und Vermeidung von Energie. Wir wollen, dass  
345 die sparsamsten und effizientesten Geräte, Fahrzeuge und Gebäude aus  
346 Niedersachsen kommen und berücksichtigen bei unseren Förderprogrammen daher  
347 besonders Energieeffizienz und Energievermeidung.

348 Bislang viel zu wenig Beachtung gefunden hat die sogenannte „graue Energie“,  
349 also die Energie, die in den Bau oder die Herstellung von Gebäuden oder  
350 Produkten geflossen ist, und bei neuen Gebäuden über den gesamten Lebenszyklus  
351 oft bereits die Hälfte der Energie ausmacht. Baumaterialien wie Beton sind sehr  
352 klimaintensiv, daher machen wir Niedersachsen mit einer Recyclingoffensive und  
353 einem Sanierungsvorrang fit für die Bauwende. (vgl. Sozial und Ökologisch Bauen  
354 und Wohnen)

### 355 **Grüner Wasserstoff als niedersächsischer Standortvorteil**

356 Grüner Wasserstoff ist unabdingbares Element der Energiewende. Durch die hohen  
357 Energieverluste bei der Umwandlung von erneuerbarem Strom in grünen Wasserstoff  
358 wird er jedoch auch auf absehbare Zeit teuer und wenig verfügbar sein. Deswegen  
359 muss grüner Wasserstoff vorrangig für all jene Anwendungsfelder vorgesehen  
360 werden, die nicht direkt auf erneuerbaren Strom umgestellt werden können, wie  
361 die Chemie- und Stahlindustrie, aber auch den Schiffs- und Flugverkehr. Die  
362 Beimischung von Wasserstoff in die bestehenden öffentlichen Erdgasnetze oder die  
363 Umstellung der PKW-Flotte auf Wasserstoff ergibt klimapolitisch keinen Sinn und  
364 würde nur die Wasserstoffknappheit für die Industrie vergrößern.

365 Ohne erneuerbaren, grünen Strom gibt es keinen grünen Wasserstoff. Jede  
366 Wasserstoff-strategie muss daher an einen entsprechend hohen Ausbau der  
367 Erneuerbaren Energien und an eine Energieeffizienzstrategie gekoppelt sein. Wir  
368 wollen Niedersachsen zum grünen Industrieland Nummer 1 machen und im Ausbau der  
369 Erneuerbaren sowie der Wasserstoff-herstellung vorangehen (vgl. Innovatives  
370 Niedersachsen).

371 Um darüber hinaus bestehende Bedarfe zu decken, muss bei einem Import von  
372 Wasserstoff sichergestellt sein, dass dieser auch wirklich grün ist. Wir  
373 unterstützen aus Niedersachsen den Einsatz der Bundesregierung für eine  
374 europaweite, transparente und sichere Zertifizierung. Der gleiche Fehler wie  
375 beim Erdgas darf nicht beim grünem Wasserstoff wiederholt werden – wir wollen  
376 keine gefährliche Abhängigkeit von Unrechtsstaaten wie Russland oder Saudi-  
377 Arabien. Daher setzen wir auf den konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien

378 und die Stärkung von Energiepartnerschaften innerhalb der Europäischen Union  
379 (EU) sowie mit weiteren demokratisch geführten Staaten unter Beachtung der  
380 Menschenrechte und auf Augenhöhe. Wilhelmshaven wollen wir zur Drehscheibe von  
381 Importen, Speicherung und Regasifizierung für grün produzierten Wasserstoff und  
382 Bio-Methan machen. Grünem Wasserstoff kommt langfristig auch die Rolle zu, die  
383 Energieüberschüsse des Sommers in den energiehungrigen Winter zu transferieren.

#### 384 **Ausstiegplan für die Nutzung von Erdöl und Erdgas – fossile Rohstoffe im Boden** 385 **lassen**

386 Wir beenden die Abhängigkeit von fossilen Energien, indem wir nicht nur aus der  
387 Kohle-, sondern auch aus der Erdgas- und Erdölnutzung aussteigen. Erdgas ist  
388 dabei kein klimafreundlicher Brückenkraftstoff, sondern selbst Klimakiller. Die  
389 Klimawirkung von Methan, Hauptbestandteil von Erdgas, ist dabei je nach  
390 Betrachtungszeitraum 20- bis 100-mal stärker als bei CO<sub>2</sub>. Damit haben sogar  
391 kleine Mengen einen riesigen Treibhauseffekt.

392 Niedersachsen ist bei der Förderung klimaschädlichen Erdgases Spitzenreiter. 96%  
393 der deutschen Erdgasförderung und rund ein Drittel der deutschen Erdölförderung  
394 finden in Niedersachsen statt. Klar ist: wollen wir das Klima schützen, müssen  
395 wir in ein paar Jahren auch aus der Förderung von Erdgas und Erdöl ausgestiegen  
396 sein. Ohne den Einsatz von Fracking lassen sich die weit ausgezehrten  
397 niedersächsischen Öl- und Gaslagerstätten in wenigen Jahren sowieso nicht mehr  
398 weiter ausfördern. Wir wollen den Ausstieg daher proaktiv begleiten und mit  
399 Blick auf die Versorgungssicherheit möglichst frühzeitig Planungssicherheit  
400 schaffen. Auch für den Schutz unserer Umwelt und der Anwohner\*innen, wie u.a.  
401 die riesige Leckage giftigen Lagerstättenwassers in Emlichheim und die  
402 regelmäßig vorkommenden förderinduzierten Erdbeben in den Förderregionen zeigen,  
403 ist ein klarer Ausstiegsplan aus der Öl- und Gasförderung und eine Ablösung des  
404 Bundesberggesetzes durch ein Ausstiegsgesetz unabdingbar. Ab sofort sollen keine  
405 neuen Aufsuchungs- und Fördergenehmigungen mehr erteilt und das Ende der Erdgas-  
406 und Erdölförderung für spätestens 2030 festgelegt werden. Als kurzfristige,  
407 erste Maßnahme schließen wir in Niedersachsen Erdgas- und Erdölvorhaben in  
408 Schutzgebieten gesetzlich klar aus und machen Umweltverträglichkeitsprüfungen  
409 für alle Vorhaben verpflichtend. In Bezug auf die aktuell noch laufenden  
410 Förderungen nutzen wir alle Landesspielräume für hohe Sicherheitsauflagen und  
411 deren Kontrolle. Wir setzen uns für ein dauerhaftes und bundesweites Verbot von  
412 Fracking in jeder Form und für jede Gesteinsart ein. Das Verursacherprinzip  
413 stärken wir auch bei der Erdöl- und Erdgasförderung und erhöhen daher die  
414 Gebühren und Abgaben für Förderunternehmen. Auf Bundesebene setzen wir uns für  
415 ein verpflichtendes, dauerhaftes und unabhängiges Monitoring der Gasleitungen  
416 ein, um klimaschädliche Methanleckagen einzudämmen.

417 Jeder Euro, der heute noch fossile Infrastrukturen finanziert, verzögert eine  
418 ambitionierte Energiewende und bedeutet unnötige Kosten. Dies trifft  
419 grundsätzlich auf die Planungen zum Bau von Flüssigerdgas-Importterminals (LNG-  
420 Terminals) an der niedersächsischen Küste zu. Niedersachsen und Deutschland  
421 werden in den nächsten Jahren auch den Erdgasverbrauch deutlich absenken müssen.  
422 Nur so werden wir unabhängig von fossilen Energieträgern und können uns vor  
423 hohen Energiepreisen schützen. Wir lehnen daher den Bau von LNG-Terminals  
424 weiterhin ab und wollen stattdessen den Bau von grünen Wasserstoff-Terminals  
425 insbesondere in Wilhelmshaven vorantreiben. Soweit LNG-Terminals aufgrund der  
426 aktuellen geopolitischen Lage erforderlich sein sollten, müssen sie Greengas-  
427 ready sein und eine befristete Betriebsgenehmigung erhalten

428 **Mobil in Niedersachsen**

429 Mobilität ist für uns ein Grundrecht und Grundlage für ein gutes,  
430 selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe. Wir wollen, dass alle  
431 Menschen in Stadt und Land schnell, sicher und bequem ans Ziel kommen. Wir  
432 wollen Niedersachsen zum Vorreiter nachhaltiger und sozialgerechter Mobilität  
433 machen.

434 Wir gestalten einen attraktiven ÖPNV und streben perspektivisch eine  
435 Mobilitätsgarantie mit verbindlichen Standards an. Im ländlichen Raum wollen wir  
436 ÖPNV neu und innovativ denken: ein flexibler und bedarfsorientierter ÖPNV,  
437 Ridepooling-Dienstleistungen und online buchbare Rufbusse können dort Bahn und  
438 Linienbusse ergänzen. Wir bauen das Angebot im Schienenverkehr aus und sorgen  
439 dafür, dass Anschlüsse zuverlässig und Umsteigezeiten kurzgehalten werden. Mit  
440 attraktiven Angeboten wollen wir den Nahverkehr günstiger und attraktiver  
441 machen. Wir wollen, dass Fahrrad fahren sicherer und bequemer und Niedersachsen  
442 damit zum echten Fahrradland wird. Wir wollen dafür sorgen, dass es überall gut  
443 ausgebaute Radwege gibt, ausreichend sichere Radabstellplätze zur Verfügung  
444 stehen und unkompliziert Fahrräder geliehen werden können. Wir wollen  
445 Rahmenbedingungen dafür setzen, dass das Kombinieren verschiedener  
446 Verkehrsmittel einfach und flexibel funktioniert. Zahlreiche Mobilitätsstationen  
447 sollen Bahn, Bus, Rad, Auto und Sharingangebote verknüpfen.

448 In unseren Städten wollen wir den Platz neu aufteilen und damit mehr Flächen für  
449 den Rad- und Fußverkehr und für Begegnungen im öffentlichen Raum schaffen. Wir  
450 machen klimafreundliche Fortbewegung so attraktiv, dass immer weniger  
451 Autofahrten nötig werden.

452 **Klimaneutral mobil: Das Ziel klar vor Augen**

453 Die amtierende Landesregierung aus SPD und CDU nimmt ihre selbstgesteckten  
454 Klimaziele nicht ernst und verfehlt sie. Die Verkehrsleistung des motorisierten  
455 Individualverkehrs in Niedersachsen nimmt stetig zu; der PKW-Bestand auf unseren  
456 Straßen wächst und die Emissionen im Verkehrssektor sind auch in Niedersachsen  
457 annähernd unverändert geblieben. Wir wollen im Zusammenspiel mit der EU, der  
458 Bundes- und der kommunalen Ebene die Verkehrswende einleiten und alles tun, was  
459 notwendig ist, damit Niedersachsen seinen fairen Beitrag zum 1,5-Grad-Ziel  
460 leistet. Mit einem kontrollierbaren CO<sub>2</sub>-Budget und verbindlichen  
461 Reduktionszielen für den Verkehrssektor in Niedersachsen stellen wir im engen  
462 Zusammenspiel mit der Ampelkoalition im Bund sicher, dass unsere Bemühungen zur  
463 CO<sub>2</sub>-Reduktion erfolgreich sind. Durch kluge Siedlungsplanung und Digitalisierung  
464 werden wir das Verkehrsaufkommen reduzieren und die klimaschonende individuelle  
465 Mobilität verbessern (vgl. Klimaschonende Siedlungsentwicklung).

466 Die Verkehrsleistung des Umweltverbundes (Bus, Bahn, Rad- und Fußverkehr sowie  
467 Sharing-Dienste) wollen wir stark erhöhen. Die Verkehrsleistung des PKW-Verkehrs  
468 reduzieren wir maßgeblich und verlagern einen möglichst hohen Anteil der in  
469 Niedersachsen transportierten Güter auf die Schiene und Wasserwege. Mit einem  
470 wirksamen Klimagesetz mit entsprechenden Zielen und Maßnahmen im Verkehrssektor  
471 setzen wir den Rahmen für eine nachhaltige, klimafreundliche und verlässliche  
472 Mobilität.

473 **Garantiert mobil - die Mobilitätsgarantie für Niedersachsen**

474 Immer mehr Straßen, die Stilllegung von Bahnstrecken und ein häufig kaum über  
475 den Schüler\*innenverkehr hinausgehender Busverkehr haben dafür gesorgt, dass

476 Mobilität in Niedersachsen viel zu oft vom eigenen Auto abhängig ist. Auf diese  
477 Weise werden immer mehr Menschen in ihren gesellschaftlichen  
478 Teilhabemöglichkeiten eingeschränkt. Wenn in den Tagesrandzeiten, am Wochenende  
479 oder in den Ferien das Nahverkehrsangebot stark ausgedünnt ist oder ganz fehlt,  
480 ist der ÖPNV keine Alternative zum eigenen Auto. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen  
481 mit einer Mobilitätsgarantie für Niedersachsen perspektivisch Mobilität für alle  
482 gewährleisten – unabhängig von Wohnort, Alter und Einkommen. Unsere  
483 Mobilitätsgarantie ist das Versprechen, dass alle Personen im ländlichen Raum  
484 von Niedersachsen mit dem Nahverkehr mobil sein können. Ziel ist, dass jeder Ort  
485 von früh morgens bis nachts mindestens in einem stündlichen Takt angebunden  
486 werden soll. Dort, wo Linienverbindungen weder ökonomisch noch ökologisch  
487 sinnvoll sind, setzen wir auf tariflich in den ÖPNV integrierte Bedarfsverkehre,  
488 um die Bürger\*innen abzuholen. Sämtliche Angebote der Mobilitätsgarantie sollen  
489 verkehrsträgerübergreifend tariflich in den ÖPNV integriert sein. Um in  
490 Niedersachsen Vorreiterin zu werden, erproben wir das über Modellprojekte, um es  
491 langfristig aufs ganze Land auszuweiten.

#### 492 **Sauber und mobil durch Stadt und Land: Mobilitätswende praktisch vor Ort**

493 Die Alltagsmobilität muss dort organisiert werden, wo Menschen wohnen, arbeiten  
494 und leben. Kommunen nehmen eine Schlüsselrolle dabei ein, die Verkehrswende vor  
495 Ort umzusetzen – denn niemand kennt die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen so  
496 gut wie sie selbst. Wir sorgen dafür, dass ein gutes ÖPNV-Angebot im ganzen Land  
497 besteht und dass Kommunen dabei unterstützt werden, die konkrete Ausgestaltung  
498 des Angebots entsprechend der Bedürfnisse ihrer Einwohner\*innen zu  
499 realisieren. Verbindliche Ziele und Maßnahmen, um die Klimaschutzziele im Verkehr  
500 zu erreichen und eine Mobilität ohne Auto günstig und komfortabel  
501 sicherzustellen, sind ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Klimaberichte. Um  
502 Kommunen noch mehr Gestaltungsspielräume zu geben, wollen die rechtlichen  
503 Voraussetzungen dafür schaffen, dass Kommunen einen Mobilitätspass als  
504 (Nahverkehrs-)Abgabe einführen, die sie dazu nutzen den ÖPNV zu stärken.

#### 505 **Grundlage für einen starken ÖPNV: eine solide Finanzierung**

506 Wir werden das weitestgehend veraltete Niedersächsische Nahverkehrsgesetz (NNVG)  
507 novellieren und an den Anforderungen einer notwendigen Mobilitätswende vor Ort  
508 ausrichten. Wir wollen mehr Geld ins System geben und dieses fair nach  
509 transparenten Kriterien verteilen. Wir wollen dafür sorgen, dass Busse und  
510 Bahnen umfassend und flächendeckend barrierefrei werden. Zur Unterstützung der  
511 kommunalen ÖPNV-Aufgabenträger verankern wir im NNVG, dass das Land Mittel  
512 bereitstellt, die ausschließlich für die Herstellung von Barrierefreiheit im  
513 ÖPNV verwendet werden. Auch die kommunalen Nahverkehrspläne müssen entsprechend  
514 der Ziele der Barrierefreiheit weiterentwickelt werden. Das Niedersächsische  
515 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (NGVFG) dient der Förderung von Kommunen  
516 beim Bau von Straßen und Radwegen sowie Investitionen in den ÖPNV – und braucht  
517 dringend ein Update. Wir richten es bedarfsgerecht neu aus, nehmen den  
518 Fußverkehr auf, weiten Fördertatbestände aus und setzen Prioritäten so, dass die  
519 Mittel zu 75 Prozent in den Umweltverbund fließen. Besonders klimafreundliche  
520 Projekte werden wir honorieren und dazu die Höhe des Fördersatzes an die CO<sub>2</sub>-  
521 Wirkung koppeln. Im Rahmen der NGVFG-Novelle stellen wir auch die Busbeschaffung  
522 auf klimaneutrale Antriebe um. Anders als die große Koalition bisher bemühen wir  
523 uns für die Realisierung der Verkehrswende aktiv um die vom Bund zur Verfügung  
524 stehenden Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und die  
525 höheren in Aussicht gestellten Regionalisierungsmittel.

526 **Niedersachsen ist am Zug - Infrastrukturoffensive für die Schiene**

527 Etwa jeder 10. Regionalzug in Niedersachsen ist verspätet – ein Zustand, der  
528 endlich beendet werden muss. Wir vergrößern die Kapazitäten im  
529 Regionalbahnverkehr in den nächsten Jahren massiv, bieten höhere Taktungen an  
530 und steigern die Zuverlässigkeit. Dazu nutzen wir gezielt die in Aussicht  
531 gestellten höheren Regionalisierungsmittel des Bundes und steigern die  
532 Investitionen des Landes für den Nahverkehr. Für einen qualitätsorientierten  
533 Kapazitätsausbau werden wir die erweiterten Fördermöglichkeiten des  
534 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes des Bundes konsequent nutzen. Um die  
535 Leistungsfähigkeit des Schienennetzes weiter zu steigern, soll das Land eine  
536 führende Rolle beim Rollout der digitalen Zugsicherungstechnik ETCS einnehmen.  
537 Wir richten die Vergabekriterien des Landes an der Erreichung dieses Zieles aus  
538 und nutzen die Gelder aus demGVFG-Bundesprogramm zur Elektrifizierung von  
539 Bahnstrecken, um zügig weitere Strecken zu elektrifizieren.

540 Mehr als 100 Bahnstrecken und viele hunderte Bahnkilometer wurden in  
541 Niedersachsen in den letzten 60 Jahren stillgelegt. Viele dieser Bahnstrecken  
542 existieren bis heute und können verhältnismäßig leicht reaktiviert werden, um  
543 insbesondere die Mobilität in ländlichen Räumen zu verbessern. 2013 hat  
544 Landesregierung unter GRÜNER Beteiligung den Reaktivierungsprozess stillgelegter  
545 Bahnstrecken für den Personennahverkehr auf den Weg gebracht, den die aktuelle  
546 SPD/CDU-Regierung seitdem kräftig bremst. Wir GRÜNEN werden wieder aktiv  
547 Strecken zur Bundesförderung anmelden sowie mit einer landeseigenen Konzeption,  
548 die wir gemeinsam mit den betroffenen Regionen entwickeln, den  
549 Reaktivierungsprozess voranbringen. Zur Finanzierung der Reaktivierung nutzen  
550 wir die stark ausgeweiteten Fördermöglichkeiten des GVFG-Bundesprogramms. Da, wo  
551 trotz stärkerer Siedlungsentwicklung, touristischer Zwecke und sozialer Aspekte  
552 eine Reaktivierung nicht wirtschaftlich ist, sorgen wir mit Schnellbuslinien für  
553 gute Anbindung.

554 **Mit dem Niedersachsentakt sorgen wir für Verlässlichkeit und kurze**  
555 **Umstiegszeiten**

556 Den Regionalverkehr stimmen wir GRÜNEN durch einen Niedersachsentakt gezielt mit  
557 geplanten Deutschlandtakt des Fernverkehrs ab, so dass künftig für alle  
558 Umsteigezeiten kürzer werden. Regionalbahnstrecken mit überregionaler Bedeutung,  
559 müssen in den Deutschlandtakt integriert werden. Die Vergabeverfahren für den  
560 schienenengebundenen Nahverkehr entwickeln wir stetig weiter und stellen in allen  
561 Bereichen sicher, dass Verlässlichkeit und Qualität entscheidende  
562 Auswahlkriterien sind und unzureichende Leistungserfüllung der  
563 Verkehrsunternehmen wirksam sanktioniert werden. Auch in Niedersachsen zeichnet  
564 sich ein Trend ab, dass große, internationale und primär an Gewinnen  
565 orientierten Unternehmen eine immer wichtigere Rolle auf dem Markt spielen.  
566 Mangelnde lokale Verankerung und starke Fokussierung auf Gewinne führte in  
567 letzter Zeit immer wieder zu Qualitätseinbußen. Wir wollen die lokal verankerten  
568 Eisenbahnunternehmen stärken Dem Lokführer\*innenmangel wollen wir GRÜNEN durch  
569 eine niedersächsische Ausbildungsoffensive entgegenwirken und bei neuen  
570 Zielgruppen für den Beruf werben. Um die Kapazitäten im Nahverkehr zu erweitern,  
571 und leere 1.Klasse Abteile bei gleichzeitig überfüllten 2.Klasse Abteile zu  
572 vermeiden, wollen wir die 1. Klasse in Zügen des Nahverkehrs abschaffen. Wir  
573 wollen für eine moderne Ausstattung der Züge mit Tischen, kostenlosem WLAN,  
574 Steckdosen und Fahrgast-informationen sorgen. Wir wollen die Möglichkeiten für  
575 die Fahrradmitnahme erhöhen und streben eine faire zeitlich einheitliche

576 Tarifgestaltung an. Zur Stärkung des kombinierten Bahn- und Fahrradverkehrs,  
577 schaffen wir mehr Fahrradstellplätze und dazugehörige Infrastruktur an den  
578 Bahnhöfen. Park and Ride sowie Bike and Ride Angebote entwickeln wir gemeinsam  
579 mit den Kommunen weiter und denken dabei auch Ladeinfrastruktur für Pedelecs und  
580 Elektrofahrzeuge mit.

### 581 **Bezahlbare Mobilität ohne Tarifschunel ist möglich**

582 Wir wollen, dass man sich in ganz Niedersachsen mit Bus und Bahn nach dem  
583 Prinzip „Eine Fahrt, eine Fahrkarte“ bewegen kann. Dafür planen wir  
584 perspektivisch, die Tarif- und Vertriebsstruktur landesweit zu vereinheitlichen.  
585 Wir setzen uns für ein Umweltticket als ein bezahlbares und landesweit gültiges  
586 Tarifangebot im Monats- oder Jahresabo ein – ergänzend zu den regionalen  
587 Angeboten. Wir unterstützen das Prinzip der „Eine App für alles“-Auskunft, die  
588 die Buchung sämtlicher Mobilitätsdienstleistungen vereinfacht. Die Schaffung der  
589 nötigen öffentlichen Schnittstellen bringen wir voran, indem wir dafür sorgen,  
590 dass alle Mobilitätsdienstleister in Niedersachsen Daten vollständig,  
591 interoperabel, barriere- und kostenfrei zur Verfügung stellen.

592 Jugendliche in Niedersachsen sollen für wenig Geld mobil sein können. Der Weg  
593 zur Schule oder Berufsschule, aber auch zur Ausbildungsstätte oder in die  
594 Dienststellen der Freiwilligen Dienste soll nichts zusätzlich kosten. Die  
595 Fahrtkostenerstattung weiten wir deshalb auf Schüler\*innen der Sekundarstufe II  
596 und auf Auszubildende aus. Mit einem landesweit gültigen Sozialticket zum Preis  
597 von 365 Euro pro Jahr machen wir in einem ersten Schritt Auszubildende,  
598 Schüler\*innen, Menschen mit geringem Einkommen und Freiwilligendienstleistende  
599 mobil. Allen, die keinen Anspruch auf ein 365€-Ticket haben, wollen wir ein  
600 landesweit gültiges Klimaticket für 2 Euro pro Tag bzw. 730 Euro pro Jahr  
601 anbieten.

### 602 **Vision Zero – Null Tote im Straßenverkehr**

603 Alle 15 Minuten verunglückt in Niedersachsen ein Mensch im Straßenverkehr und  
604 alle vier Stunden ist dieser Mensch ein Kind. Hauptursache für schwere  
605 Verkehrsunfälle bleiben überhöhte Geschwindigkeiten. Ein besonders hohes Risiko  
606 für Unfälle haben oft die Schwächsten: unter anderem Kinder, Senior\*innen,  
607 Fußgänger\*innen und Radfahrende. Wir verfolgen die Vision Zero: Niemand soll im  
608 Straßenverkehr sterben. Dabei ist klar: Ohne Tempolimits werden die Opferzahlen  
609 nicht sinken. Daher setzen wir uns weiterhin gemeinsam mit vielen Bürger\*innen  
610 auf Bundesebene für eine Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h auf  
611 Autobahnen ein. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesländer die Freiheit  
612 bekommen, Tempo 80 auf Landstraßen und 30 km/h innerorts als  
613 Regelgeschwindigkeit einzuführen. Die Entscheidungsspielräume zur Umsetzung von  
614 Tempolimits, die die Bundesregierung den Ländern in Aussicht gestellt hat,  
615 nutzen wir konsequent zur Geschwindigkeitsreduktion und Unfallprävention. Damit  
616 Kinder möglichst sicher zu Fuß oder mit dem Rad zur Schule kommen können und so  
617 schon früh lernen, sich selbstständig im Straßenverkehr zu bewegen, treiben wir  
618 die Erstellung von Geh- und Radschulwegplänen voran. Der Einbau bzw. die  
619 Nachrüstung von Abbiegeassistenten in LKW ist uns ein wichtiges Anliegen.

### 620 **Damit sich was dreht: Niedersachsen zum Fahrradland Nr. 1 machen**

621 Rund die Hälfte der Wege, die in Deutschland mit dem Auto zurückgelegt werden,  
622 sind kürzer als fünf Kilometer. Strecken also, die die meisten auch gut dem Rad  
623 bewältigen könnten. In Niedersachsen pendeln täglich rund 3,7 Millionen

624 Berufstätige zwischen Wohnort und Arbeitsplatz. Mehr als 61 Prozent tun dies mit  
625 dem Auto und nur 15 Prozent mit dem Rad. Dabei würde rund die Hälfte der  
626 Pendler\*innen häufiger das Fahrrad nutzen, wenn es ein qualitativ gutes und  
627 sicheres Radwegenetz gäbe. Der Fokus rot-schwarzer Verkehrspolitik lag bis jetzt  
628 allerdings auf dem Auto. Nicht selten wurden gar für das Fahrrad vorgesehene  
629 Mittel für den Straßenbau zweckentfremdet. Wir treten ein für ein klares  
630 Bekenntnis zur Fahrradpolitik als ein Baustein zur Mobilitätswende. Mit einer  
631 fahrradfreundlichen Infrastruktur und mehr Sicherheit für Radfahrer\*innen wollen  
632 wir mehr Menschen vom Radfahren überzeugen. Damit die aktive Mobilität endlich  
633 den notwendigen Stellenwert in der Landespolitik bekommt, richten wir die  
634 Verkehrsverwaltung neu aus und stärken sie so, dass die Förderung des  
635 Umweltverbundes endlich mit dem nötigen Nachdruck realisiert werden kann.

636 Ein großer Teil der Radwegeverbindungen, die Menschen täglich nutzen, liegt  
637 innerhalb von Kommunen oder in der Verantwortung von Landkreisen. Das wichtigste  
638 landesseitige Förderprogramm zum Bau von Radverkehrsanlagen in den Kommunen ist  
639 die Förderungen nach dem niedersächsischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz  
640 (NGVFG). Förderbedingungen, Fördertatbestände und Fördersummen decken sich  
641 jedoch nicht immer mit dem tatsächlichen Bedarf der Kommunen. Das werden wir  
642 ändern, in dem wir die Bagatellklausel anpassen, die Fördertatbestände ausweiten  
643 und die zur Verfügung stehenden Mittel erhöhen: Von den 75 Millionen Euro für  
644 kommunalen Straßenbau verfügbaren Mitteln sollen in einem ersten Schritt  
645 mindestens 20 Millionen Euro für Radwegeprojekte verwendet werden.  
646 Perspektivisch ist unser Ziel, dass 80 Prozent dieser Mittel in den Bau von  
647 Radverkehrsanlagen fließen. Außerdem soll kommunaler Straßenbau nur noch dann  
648 gefördert werden, wenn ausreichend Raum für Radfahrer\*innen und Fußgänger\*innen  
649 in den Planungen berücksichtigt wird. Damit einzelne Radverkehrsprojekte nicht  
650 im luftleeren Raum entstehen, sorgen wir dafür, dass die Kommunen im Rahmen  
651 ihrer Klimaschutzplanungen Fahrradmobilitätskonzepte erstellen. Dabei  
652 unterstützen wir sie. Die Vergabe von Fördermitteln im Radverkehrsbereich binden  
653 wir an ein aktuelles Radverkehrskonzept und die Einhaltung von Standards.

654 Wie bereits in vielen anderen Bundesländern geschehen, arbeiten wir auch in  
655 Niedersachsen am Aufbau eines flächendeckenden Radverkehrsnetzes, damit es im  
656 ganzen Land gute Radwege gibt, die nicht an der Landkreisgrenze enden. Radwege  
657 sollen zuerst da gebaut werden, wo sie am dringendsten benötigt werden: Deshalb  
658 braucht es landesseitig eine systematische Vorrangplanung, um bestimmte, über  
659 kommunale Grenzen hinaus bedeutsame Radwegeverbindungen besser zu fördern und  
660 beschleunigt umzusetzen. Gerade im ländlichen Raum fehlt es viel zu oft an  
661 straßenbegleitenden Radwegen. Straßen ohne Radwege soll es nur noch in  
662 begründeten Ausnahmefällen geben. Wir gehen seitens des Landes voran und  
663 initiieren entlang von Landstraßen 1.000 km Fahrradweg. Damit senken wir den  
664 Anteil der Landstraßen ohne begleitenden Radweg deutlich. Bei Sanierung oder  
665 Neubau von Landesstraßen prüfen wir grundsätzlich, ob eine Ertüchtigung oder ein  
666 Neubau eines Radweges erfolgen sollte, um den Radverkehr optimal zu führen, und  
667 setzen dies wo immer möglich um. Auch für Ausbau und Sanierung von Radwegen an  
668 Landesstraßen wollen wir zusätzliche Mittel in die Hand nehmen. Gegenüber der  
669 Bundesregierung setzen wir uns dafür ein, dass der Radwegeanteil an  
670 Bundesstraßen deutlich erhöht wird. Unser Ziel ist, dass das Land Niedersachsen  
671 die Schaffung von Radschnellwegen, die Fahrzeiten erheblich verkürzen, auch als  
672 Landesaufgabe versteht und gemeinsam mit den Kommunen zügig neue  
673 Radschnellverbindungen baut.

674 Wir fördern die Anschaffung von Lastenrädern und Fahrradanhängern. Dazu  
675 erweitern wir das bisherige Landesförderprogramm und bauen es aus. Leihrad- und  
676 Leihlastenradangebote wollen wir als ergänzenden Teil der Nahverkehre fördern.  
677 Dafür verbinden wir Buchungssysteme mit dem Nahverkehr und schaffen  
678 Möglichkeiten, Leihradsysteme ins Tarifsystem zu integrieren. Unseren  
679 Landesbeschäftigten stellen wir noch mehr Diensträder zur Verfügung und machen  
680 allen Landesbediensteten ein Angebot zum Leasen eines Jobrads.

### 681 **Gut zu Fuß**

682 Ob zu Fuß, mit Kinderwagen oder im Rollstuhl – alle Niedersächs\*innen sind im  
683 Alltag auf gute Fußwege angewiesen: Gehen hält gesund, hebt die Stimmung und  
684 viel begangene Straßen beleben unsere Städte und Gemeinden. In der Verkehrs- und  
685 Stadtplanung spielt der Fußverkehr allerdings meist nur eine untergeordnete  
686 Rolle. Das ändern wir und sorgen dafür, dass Fußgänger\*innen und  
687 Rollstuhlfahrer\*innen sowie Menschen mit Behinderungen sicher ans Ziel kommen.  
688 Unser Ziel ist, dass der öffentliche Raum persönliche Begegnungen und Freiraum  
689 ermöglicht. Raumkonflikte dürfen nicht immer nur zwischen Radfahrer\*innen und  
690 Fußgänger\*innen ausgetragen werden. Der gesamte Verkehrsraum muss neu aufgeteilt  
691 werden. Diese Aufgabe müssen vor allem Kommunen vor Ort bewältigen – dabei  
692 unterstützen wir sie. Die Fördermöglichkeiten für Projekte, die der Stärkung des  
693 Fußverkehrs dienen, wollen wir mit zusätzlichen Mitteln im Niedersächsischen  
694 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ausweiten. Wir unterstützen Initiativen  
695 dabei, Straßenraum temporär anders zu nutzen, z.B. für Nachbarschaftsfeste,  
696 Aktionen, Kultur, Kleinkunst, Cafés, Märkte, temporäre Spielstraßen, Pop-up-  
697 Radwege und vieles mehr. Den Kommunen ermöglichen wir die dauerhafte Umnutzung  
698 von Straßenraum und unterstützen sie bei der rechtssicheren Umsetzung. Der Raum  
699 in unseren Städten ist begrenzt und begehrt: Mit Autos, die im Schnitt 23  
700 Stunden am Tag stehen und viel Platz in Anspruch nehmen, nutzen wir diesen Raum  
701 ineffizient. Wir sorgen gemeinsam mit den Kommunen dafür, die Zahl der Autos  
702 deutlich zu reduzieren und gute Alternativen zu bieten, damit die Bürger\*innen  
703 in Niedersachsen mobiler werden.

### 704 **Straßenneubau runterfahren, Straßenverkehr dekarbonisieren**

705 Zur Verkehrswende gehört auch, dass wir die Abhängigkeit vom motorisierten  
706 Straßenverkehr nicht vorantreiben und die ökologische Krise anheizen, indem wir  
707 immer neue Straßen bauen. Deshalb lehnen wir den Bau der A20/A26, der A33 Nord  
708 sowie der A39 und der E 233 weiterhin ab. Im Straßenbau gilt für uns die Maxime,  
709 dass die Sanierung von Straßeninfrastruktur zum Substanzerhalt Vorrang gegenüber  
710 dem Neubau hat. Die Gelder aus dem NGVFG für den Straßenbau werden wir daher  
711 prioritär für den Erhalt von Straßenbau nutzen und Straßenneubauten nur noch in  
712 Ausnahmefällen fördern.

713 Wir sind uns bewusst, dass selbst bei größter Anstrengung für eine  
714 Verkehrsverlagerung auf Bus, Bahn und Fahrrad das Auto weiterhin einen  
715 relevanten Anteil im Mobilitätsmix haben wird. Um den notwendigen Beitrag zum  
716 1,5-Grad-Ziel zu leisten, treiben wir seine Dekarbonisierung konsequent voran.  
717 Der Ausbau der Ladeinfrastruktur in Niedersachsen steckt in einer Sackgasse.  
718 Deshalb braucht es jetzt eine echte Ladesäulen-Offensive, die sowohl öffentliche  
719 als auch private Ladestationen umfasst und die Automobilindustrie mit in die  
720 Pflicht nimmt. Mit Unterstützung des Bundes sorgen wir dafür, dass bis 2030 in  
721 Niedersachsen 100.000 öffentlich zugängliche Ladepunkte geschaffen werden. Den  
722 Fuhrpark der Landesregierung stellen wir klimaschonend auf und verankern

723 Anforderungen für alternative Antriebe für die Dienstfahrzeuge in den  
724 Beschaffungsrichtlinien.

#### 725 **Güterverkehr:Verladen und dekarbonisieren**

726 Immer mehr Güter werden auf immer mehr LKW durch Niedersachsen transportiert –  
727 der Anteil an LKWs mit klimafreundlichen Antrieben hingegen bleibt gering. LKW  
728 belasten unsere Straßen stärker als PKW und sind wesentlich für die  
729 Lärmbelastung durch den Straßenverkehr verantwortlich. Der Anteil der Schiene am  
730 gesamten Güterverkehrsaufkommen ist noch immer viel zu gering: Nicht einmal 20  
731 Prozent aller Güter werden auf der Schiene transportiert. Die Gründe dafür sind  
732 vielfältig: Ein Mangel an verfügbaren Trassen, mangelnde Flexibilität, massive  
733 Verspätungen und überhöhte Trassenpreise sorgen dafür, dass der  
734 Schienengüterverkehr für viele Transportwege nicht wettbewerbsfähig ist. Wir  
735 GRÜNEN sorgen dafür, dass ein möglichst hoher Anteil des Güterverkehrs schnell  
736 von der Straße auf die Schiene verlagert wird. Dafür hat insbesondere das  
737 niedersächsische Hinterland der Seehäfen eine herausgehobene Bedeutung. Wir  
738 werden uns gegenüber dem Bund dafür einsetzen, dass der Ausbau der  
739 Schieneninfrastruktur schnell vorangetrieben wird – insbesondere der Ausbau der  
740 überlasteten Nord-Süd-Achse (Hamburg-Hannover), die für den  
741 Seehafenhinterlandverkehr von besonderer Bedeutung ist. Damit das Projekt den  
742 Erfordernissen der Verkehrswende gerecht wird, muss es sowohl den Bedarfen einer  
743 Güterverkehrsverlagerung als auch dem berechtigten Interesse der Region nach  
744 erweitertem Lärmschutz und Verbesserungen im Nahverkehr gerecht werden. Wir  
745 wollen Gleisanschlüsse für große Gewerbegebiete (wieder)herstellen, mit  
746 Umschlagplätzen für Lkw kombinieren und neue Zentren für den kombinierten  
747 Ladungsverkehr (KLV) und vollelektrische Lieferketten fördern.

748 Es wird auch weiterhin ein relevanter Teil des Güterverkehrs über Straßen  
749 transportiert werden. Damit auch dieser Verkehr klimaneutral wird, prüfen wir,  
750 inwiefern eine Elektrifizierung von Autobahnen, Bundes- und Landstraßen  
751 notwendig ist und welchen Beitrag Niedersachsen dazu leisten kann.

#### 752 **Für einen nachhaltigen Schiffsverkehr**

753 Der Schiffsverkehr hat eine herausragende Rolle im internationalen Welthandel  
754 inne: Über 90 Prozent des interkontinentalen Warenaustausches finden auf dem  
755 Seeweg statt. Deutschland wickelt über 60 Prozent seiner Exporte über den Seeweg  
756 ab und erhält den Großteil seiner Importe per Schiff. Der Anteil der  
757 Seetransportkosten am Preis eines Produkts ist in den vergangenen Jahrzehnten  
758 immer geringer geworden und inzwischen fast zu vernachlässigen. Das Schiff ist  
759 einer der umweltfreundlichsten Verkehrsträger, kann und muss aber gerade mit  
760 Blick auf die Schwefel- und Stickoxidemissionen noch besser werden. Während ein  
761 LKW rund 200 Gramm CO<sub>2</sub> je Tonnenkilometer ausstößt, kommt das Seeschiff mit 15  
762 Gramm CO<sub>2</sub> aus. Die EU-Kommission hat im Rahmen ihres Gesetzespaketes Fit for 55  
763 Vorschläge gemacht, wie die internationale Seeschifffahrt in den kommenden  
764 Jahren durch Einbeziehung in den Emissionshandel und Anreize zur Nutzung  
765 alternativer Schiffstreibstoffe klimafreundlicher gestaltet werden kann. Wir  
766 begrüßen diese Vorschläge. Über die landeseigene Hafenbetreiberin Niedersachsen  
767 Ports GmbH werden wir dafür sorgen, dass die von der EU-Kommission angestrebte  
768 Versorgung der in den Häfen liegenden Schiffe mit Landstrom zügig umgesetzt  
769 wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die Anti-Fouling-Anstriche, die eine  
770 Besiedlung des Schiffsrumpfes mit Muscheln und Seepocken verhindern sollen,  
771 künftig nicht mehr mit Giftstoffen belastet sind.

772 **Innovatives Niedersachsen**

773 **Niedersachsens Wirtschaft voranbringen: Klimaneutral und zukunftsfähig**

774 Die Niedersächsische Wirtschaft mit ihren über 4,1 Millionen Erwerbstätigen  
775 steht vor mehreren historischen Herausforderungen: Unsere Wirtschaft muss  
776 klimaneutral werden und sie muss die mit der Digitalisierung einhergehenden  
777 Umbrüche zielgerichtet gestalten. Nur wenn wir diese Herausforderungen annehmen,  
778 wird es gelingen, Unternehmen zukunftssicher aufzustellen, Arbeitsplätze zu  
779 erhalten und neue zu schaffen sowie klimagerechten Wohlstand zu gestalten. Viel  
780 zu lange haben CDU- und SPD-geführte Regierungen in Bund und Land versucht, etwa  
781 der für Niedersachsen besonders wichtigen Automobilindustrie zu ermöglichen,  
782 weiterhin auf Autos mit fossilen Verbrennungsmotoren zu setzen, obwohl dieser  
783 Antrieb keine Zukunft hat. Das Beharren auf dem Status quo verbaut die Chancen  
784 von morgen: Wir GRÜNEN wollen, dass Niedersachsen vom Land der  
785 Verbrennungsmotoren zum Vorreiter der klimagerechten Mobilität wird.

786 Gleiches gilt für die zweite zentrale Herausforderung für die Wirtschaft unseres  
787 Landes, die Digitalisierung. Der Zugang zu schnellem und leistungsfähigem  
788 Internet entscheidet schon heute über die Chancen von Unternehmen. Unser Ziel  
789 ist daher eine gute digitale Infrastruktur in allen Teilen des Landes. Der Abbau  
790 von überflüssiger Bürokratie und Beschleunigung von Genehmigungen ist der  
791 Koalition aus SPD und CDU nicht gelungen. Im Gegenteil wurde durch unklare  
792 Zuständigkeiten, Kompetenzstreit, Misstrauen und fehlende Ansprechpartner\*innen  
793 in den Behörden eher zusätzliche Bürokratie aufgebaut und der  
794 Wirtschaftsentwicklung geschadet. Wir GRÜNEN identifizieren zusammen mit der  
795 Wirtschaft überflüssige Regelungen, Doppel- und Mehrfacherfassungen und  
796 Kontrollen, unzureichende Personalausstattungen in Behörden sowie unklare  
797 Zuständigkeiten und bauen sie gemeinsam ab. Auch hier kann die Bündelung und  
798 Beschleunigung von Genehmigungsverfahren gerade auch bei der sozial-ökologischen  
799 Transformation der Wirtschaft helfen.

800 Denn viele Unternehmen und ihre Beschäftigten haben sich bereits auf den Weg  
801 gemacht und gestalten den Wandel hin zu einer klimaneutralen und digitalen  
802 Wirtschaft. Aufgabe der Politik ist es, einen klaren unbürokratischen und  
803 verlässlichen Rahmen für langfristige Planungs- und Investitionssicherheit zu  
804 setzen, die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle zu fördern, eine gute öffentliche  
805 Infrastruktur bereitzustellen, die Unternehmen bei der Sicherung ihres  
806 Fachkräftebedarfs zu unterstützen und den Arbeitnehmer\*innen die Sicherheit zu  
807 geben, bei der immer wichtiger werdenden Fort- und Weiterbildung gefördert zu  
808 werden und sozial abgesichert zu sein. Damit all das gelingt, gestalten wir  
809 GRÜNEN mit den Menschen in Niedersachsen den ökologisch-sozialen Umbau unserer  
810 Wirtschaft.

811 **Den Umbau des Industriestandorts Niedersachsen unterstützen**

812 Unser Ziel ist es, den Industriestandort zu erhalten und weiterzuentwickeln.  
813 Fast 570.000 Menschen sind in den Industriebetrieben in ganz Niedersachsen  
814 beschäftigt. Vor allem der Fahrzeugbau, die Nahrungsmittelindustrie, die Chemie-  
815 und Metallindustrie spielen in unserem Land eine zentrale Rolle. Damit das so  
816 bleibt, muss sich vieles ändern. Unsere Industrie und damit eine der zentralen  
817 wirtschaftlichen Lebensadern Niedersachsens muss aus Gründen des Klimaschutzes,  
818 aber auch zur Sicherung ihrer Stellung im internationalen Wettbewerb  
819 klimaneutral werden. Durch die GRÜNE Regierungsbeteiligung im Bund entstehen  
820 endlich neue Möglichkeiten und die notwendigen Impulse für den Umbau der

821 Industrie. Diese Maßnahmen werden wir in Niedersachsen durch gezielte  
822 Wirtschafts-förderung des Landes unterstützen. Wir GRÜNEN wollen Niedersachsen  
823 gemeinsam mit den Unternehmen und ihren Beschäftigten zu einer Vorreiterin für  
824 den ökologisch-sozialen Umbau entwickeln.

825 Für den notwendigen Umbau werden wir Fördermittel, Konjunkturprogramme und  
826 Investitionszuschüsse konsequent an den Umwelt- und Klimazielen sowie an das  
827 Ziel der Beschäftigungssicherung koppeln. Ein wichtiger Impulsgeber hierfür ist  
828 die Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen, die wir stärken und  
829 weiterentwickeln werden, damit sie dieser Funktion gerade bei der Beratung und  
830 Förderung von Unternehmen zukünftig noch besser gerecht werden kann. Bestehende  
831 Förderkulissen gilt es so umzugestalten, dass sie möglichst effektiv genutzt  
832 werden können.

833 Mit Volkswagen setzt der führende Automobilkonzern Deutschlands endlich auf  
834 klimaneutrale E-Autos. Wir unterstützen den geplanten Umbau der VW-Standorte zu  
835 effizienten Produktionsstätten für E-Autos und die geplante Gigafactory für  
836 Batterien in Salzgitter. Hier gilt es zukünftig die Beteiligung des Landes an  
837 Volkswagen noch gezielter zu nutzen, um eine nachhaltige Entwicklung zu  
838 befördern und den Umbau zu einem Mobilitätskonzern voranzutreiben. Zudem müssen  
839 die guten Ansätze des Batterie-Recyclings, die es in Niedersachsen gibt,  
840 ausgebaut werden. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass spätestens ab 2030 keine  
841 neuen Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren für fossile Brennstoffe mehr zugelassen  
842 werden (vgl. Mobil in Niedersachsen).

843 Zur Wahrheit gehört aber auch: Viele mittelständische Zulieferbetriebe verlieren  
844 mit dem Aus der Verbrennungsmotoren ihr bisheriges Geschäftsfeld, sodass sich  
845 Unternehmen komplett umstellen müssen. Wir GRÜNEN wollen diese Betriebe und ihre  
846 Beschäftigten mit Investitionshilfen, Bürgschaften und Weiterbildungs- und  
847 Qualifizierungsangeboten dabei unterstützen, sich mit neuen Produkten  
848 zukunftsfähig aufzustellen (vgl. Gute Arbeit in Niedersachsen).

849 Gerade im Bereich der energieintensiven Metall- und Chemieindustrie wird es  
850 darum gehen, die Dekarbonisierung voranzutreiben und auch über Niedersachsen  
851 hinaus eine Vorreiterrolle einzunehmen. Hierzu hat beispielsweise in der  
852 Stahlindustrie bereits ein Umdenken hin zu energieeffizienten Verfahren und die  
853 Nutzung sauberer Energieformen eingesetzt, das wir GRÜNEN weiter fördern und  
854 intensivieren werden. Eine Kernherausforderung wird es sein, diese  
855 Industriezweige mit ausreichend grünem Wasserstoff zu versorgen. Hierfür werden  
856 wir die Standortvorteile Niedersachsens nutzen und den Aufbau einer  
857 entsprechenden Infrastruktur fördern. Dazu gehören Anlagen zur Produktion von  
858 Wasserstoff sowie die Infrastruktur zu dessen Transport (vgl. Energiewende  
859 gestalten). Um die Bedarfe unserer Industrie zu decken, ist in erheblichem Maße  
860 auch der Import von grünem Wasserstoff erforderlich. Hierfür besitzt  
861 Niedersachsen mit dem Jade-Weser-Port gute Voraussetzungen. Wir planen, den  
862 Standort Wilhelmshaven zu einer Drehscheibe für erneuerbare Energien in  
863 Deutschland und Westeuropa zu entwickeln.

864 Eine CO<sub>2</sub>-neutrale Industrie wird mindestens für eine Übergangszeit einen  
865 Außenschutz brauchen, um sie vor Wettbewerbsnachteilen z. B. durch den Import  
866 von mit klimaschädlicher Kohle produziertem Stahl zu schützen. Daher  
867 unterstützen wir GRÜNEN den von der EU-Kommission in ihrem Programm Fit for 55  
868 geplanten Grenzausgleichsmechanismus.

869 Nachhaltiges Wirtschaften ist kein Selbstläufer. Die Orientierung der  
870 Unternehmen zu einer nachhaltigen Produktion, weniger Energieverbrauch,  
871 zukunftsfähigen Produkten und zu einer ebenfalls zukunftsfähigen, digital  
872 unterstützten Produktion muss vom Land mit Beratungsangeboten und  
873 Investitionszuschüssen begleitet und unterstützt werden. Denn gerade die vielen  
874 kleineren Unternehmen sind mit ihren finanziellen und personellen Ressourcen  
875 häufig damit überfordert, in ihrem Betrieb ein umfassendes nachhaltiges  
876 Wirtschaften zu etablieren.

### 877 **Transformation aktiv gestalten - Ein Zukunftsfonds für die Transformation der** 878 **Industrie**

879 Damit der Umbruch der Wirtschaft hin zu Klimaneutralität gelingt, müssen Bund,  
880 Land, Kommunen, Unternehmen und Gewerkschaften zusammen daran arbeiten und ihre  
881 ganze Kraft und Expertise einbringen. Wir wollen einen Transformationsgipfel  
882 machen, der die Handlungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten mit den Bedarfen und  
883 Planungen der Wirtschaft zusammenbringt. Während VW mit eigenen Akademien und  
884 viel Kapital Umbruchprozesse auch eigenständig organisieren kann und vor allem  
885 darauf angewiesen ist, dass der Staat die Schaffung benötigter Infrastruktur für  
886 beispielsweise die Energieversorgung vorantreibt, sind gerade kleinere  
887 Unternehmen auch auf Angebote zur Weiterqualifikation oder Unterstützung bei der  
888 Organisation des Umbruchs angewiesen. Hier wollen wir, dass der Staat aktiv  
889 vorangeht und klärt, wie dieser Umbruch gemeinsam gelingen kann. Die zentrale  
890 Herausforderung der klimaneutralen Ausrichtung unserer Wirtschaft und  
891 insbesondere unserer Industrie wird in den nächsten Jahren massiv Fahrt  
892 aufnehmen. Wir GRÜNE wollen Niedersachsen als Industrieland erhalten - mit  
893 starken Unternehmen, die hochwertige Produkte herstellen und gute Arbeitsplätze  
894 bieten. Hier ist das Land auch deshalb in der Pflicht, weil politische  
895 Fehlanreize eine absehbar notwendige Neuausrichtung in vielen Unternehmen  
896 verzögert haben – etwa das viel zu lange Festhalten von SPD und CDU am  
897 Verbrennungsmotor. Nun ist der Handlungsdruck gewaltig.

898 Für die Einführung klimaneutraler Prozesse und nachhaltiger Geschäftsmodelle  
899 brauchen Industrieunternehmen in Niedersachsen in den kommenden Jahren große  
900 Mengen Kapital. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sowie Neugründungen  
901 stehen vor der Herausforderung, neben Fremdkapital (Kredit) auch die  
902 erforderliche Eigenkapitalbasis sicherzustellen, um mehrjährige  
903 Transformationsprozesse zu meistern.

904 Aus diesem Grund wollen wir in den kommenden Jahren einen groß angelegten  
905 „Zukunftsfonds Niedersachsen“ schaffen, um in die sozial und ökologisch  
906 nachhaltige Entwicklung der Niedersächsischen Wirtschaft zu investieren. Der  
907 Fonds soll nach marktüblichen Konditionen eine stille Beteiligung an Unternehmen  
908 ermöglichen, die ihre Produktionsweise zukunftsfähig umgestalten und  
909 Neugründungen mit besonders nachhaltigem Geschäftsmodell durch Wagniskapital  
910 fördern. Dabei denken wir den Zukunftsfonds von Beginn an zusammen mit anderen  
911 Fördermöglichkeiten wie Krediten und Zuschüssen.

912 Für die Anschubfinanzierung des Zukunftsfonds wollen wir öffentliches Geld  
913 einsetzen. Mittelfristig wird sich der Zukunftsfonds aus seiner  
914 Investitionstätigkeit heraus selbst tragen.

### 915 **Klimaschutz braucht Handwerk - Fachkräfteinitiative für den ökologisch-sozialen** 916 **Wandel**

917 Das Handwerk leistet einen wichtigen Beitrag zur Schaffung von Arbeits- und  
918 Ausbildungs-plätzen, trägt entscheidend zur ökologischen Modernisierung unseres  
919 Landes bei und stärkt regionale Wertschöpfungsketten. Ob die energetische  
920 Sanierung unserer Häuser, die Installation von Anlagen zur Erzeugung und  
921 Speicherung erneuerbarer Energien, der Bau dringend benötigter Wohnungen oder  
922 der Ausbau der digitalen Infrastruktur: Nichts geht ohne das Handwerk. Eine  
923 zentrale Herausforderung für das Handwerk ist die Sicherung des  
924 Fachkräftebedarfs. Etwa ein Fünftel der angebotenen Ausbildungsstellen im  
925 Handwerk kann aktuell nicht besetzt werden. Zentrales Element bei der  
926 Fachkräftesicherung unseres Handwerks ist die duale Ausbildung. Wir GRÜNEN haben  
927 diese Herausforderung im Blick und starten gemeinsam mit dem Handwerk eine große  
928 Ausbildungs- und Umschulungsinitiative und machen diesen Bereich attraktiver.  
929 Dazu wollen wir auch die Bildungsstätten des Handwerks stärken. (vgl. Gute  
930 Ausbildung und Wissenschaft gestaltet Zukunft).

931 Neben der Gewinnung von Auszubildenden muss es zur Sicherung des  
932 Fachkräftebedarfs im Handwerk gelingen, die Mitarbeiter\*innen im stärkeren Maße  
933 im erlernten Beruf zu halten. Aktuell wandern rund zwei Drittel der im Handwerk  
934 ausgebildeten Mitarbeiter\*innen in andere Bereiche ab. Wesentlicher Grund dafür  
935 ist die im Vergleich zur Industrie niedrige Bezahlung. Deshalb stehen BÜNDNIS  
936 90/DIE GRÜNEN für Tarifbindung auch im Handwerk: Unter GRÜNER  
937 Regierungsbeteiligung in Niedersachsen haben wir bereits erreicht, dass die  
938 Tariftreue Voraussetzung für die Vergabe öffentlicher Aufträge ist. Darüber  
939 hinaus planen wir, die Innungen über eine Änderung der Handwerksordnung zu  
940 verpflichten, nur noch tarifgebundene Betriebe aufzunehmen (vgl. Gute Arbeit in  
941 Niedersachsen). Um Frauen im Handwerk zu stärken, setzen wir uns für eine Reform  
942 des Mutterschutzes für Selbstständige ein.

943 Nach Untersuchungen des Zentralverbandes des deutschen Handwerks ist jede\*r  
944 vierte Betriebsinhaber\*in über 60 Jahre alt. Um die Betriebsnachfolge möglichst  
945 problemlos zu gestalten, wollen wir GRÜNEN die Beratung und Unterstützung  
946 verbessern und ein besonders zinsgünstiges Übernahmedarlehen über die N-Bank zur  
947 Verfügung stellen. Das gleiche gilt für die Förderung von Existenzgründungen und  
948 Start-ups (vgl. Start-ups gezielt fördern). Um die Übernahme des Betriebes durch  
949 Mitarbeiter\*innen zu erleichtern, setzen wir uns für einen Ausbau der  
950 Mitarbeiter\*innenbeteiligung als Instrument der Unternehmensnachfolge ein.

### 951 **Umbau der Energieversorgung schafft Arbeit**

952 Wir GRÜNEN wollen die Energiewende gestalten, den Ausbau der erneuerbaren  
953 Energien vorantreiben und damit zugleich neue Geschäftsmodelle und gute  
954 Arbeitsplätze in Niedersachsen schaffen. Schon heute arbeiten über 50.000  
955 Menschen direkt im Bereich der erneuerbaren Energien. Durch den Ausbau der  
956 Nutzung von Wind und Sonne entstehen neue Arbeitsplätze in der Industrie: für  
957 die Projektierung der Anlagen, in der Installation, der Wartung und für den  
958 laufenden Betrieb. Im Bereich der Energieeffizienz, bei Herstellung und Einbau  
959 von Wärmepumpen sowie der Gebäudesanierung entstehen durch die Energiewende  
960 Tausende neue Arbeitsplätze. Auch die erforderlichen Maßnahmen zur Bau-, Wärme-  
961 und Verkehrswende sind Jobmotoren. Wir GRÜNEN werden diese Entwicklung  
962 konsequent vorantreiben und dabei die Arbeitnehmer\*innen beim Erwerb neuer oder  
963 zusätzlicher Qualifikationen unterstützen.

### 964 **Digitalisierung gestalten**

965 Flächendeckendes schnelles Internet ist essentiell für die wirtschaftliche  
966 Entwicklung unseres Landes. Dass es vor allem im ländlichen Raum noch immer  
967 große Bereiche ohne schnelles Internet gibt, ist ein nicht länger hinnehmbares  
968 Hemmnis: Unternehmen verlieren ihre Wettbewerbsfähigkeit und werden abgehängt.  
969 Zudem führt die damit häufig einhergehende fehlende Home-Office-Möglichkeit für  
970 die dort lebenden Menschen dazu, dass sie sich gezwungen sehen, vom Land in die  
971 Stadt zu ziehen. Das muss sich dringend ändern und ein guter Breitbandausbau  
972 Teil der Daseinsvorsorge werden. Ziel ist es, auch die letzten weißen Flecken  
973 ans Netz zu bringen. Daher werden wir uns auch auf Bundesebene dafür einsetzen,  
974 dass die entscheidenden Weichen für einen flächendeckenden Glasfaseranschluss  
975 und schnelles mobiles Internet gestellt werden. In Niedersachsen müssen Land,  
976 Kommunen und Netzanbieter Hand in Hand arbeiten, um neue Modelle zum Ausbau und  
977 zur Sicherstellung einer angemessenen Breitband- und Mobilfunkversorgung auf den  
978 Weg zu bringen. Dazu wollen wir in Niedersachsen eine Landesnetzgesellschaft  
979 schaffen, die Kommunen dort unterstützt, wo durch Marktmechanismen kein  
980 ausreichender Netzausbau erreicht werden kann. Unser Ziel ist es, mit gezielter  
981 Förderung, dem Abbau bürokratischer Hürden und einer Stärkung von  
982 Betreibermodellen einen Glasfaseranschluss an jedes Haus zu bringen.

### 983 **Start-ups gezielt fördern**

984 Um den Wohlstand von morgen zu sichern, brauchen wir eine neue  
985 Gründer\*innenwelle. Aktuell ist Niedersachsen bei den Unternehmensgründungen im  
986 Vergleich der Bundesländer bestenfalls Mittelmaß. Das ändern wir GRÜNEN. In  
987 enger Zusammenarbeit mit der kommunalen Wirtschaftsförderung entlasten wir  
988 Gründer\*innen insbesondere in der Aufbauphase. Statt sich durch ein  
989 Verwaltungsdickicht quälen zu müssen, sollen sie Informationen, Beratung und die  
990 Möglichkeit zur Anmeldung an einer zentralen Anlaufstelle erhalten. Das  
991 Gründer\*innenstipendium der N-Bank wollen wir ausbauen, denn die bisher über  
992 einen Zeitraum von höchstens acht Monaten gewährten maximal 2.000 Euro pro Monat  
993 reichen nicht aus, um die laufenden Kosten der Gründung und den Lebensunterhalt  
994 in der Gründungsphase zu sichern. Besonders Frauen wollen wir damit ansprechen,  
995 denn sie haben es weiterhin besonders schwer, an Startkapital und Unterstützung  
996 zu gelangen.

997 Gemeinsam mit den Hochschulen sorgen wir zudem dafür, dass neue Erkenntnisse und  
998 Ideen durch einen Ausbau des Transfers und eine Stärkung der Gründungsberatung  
999 gezielt in Geschäftsideen umgesetzt werden können. Um die Lücken bei der  
1000 Verfügbarkeit von Gründungskapital zu schließen, werden wir einen Kapitalfonds  
1001 für nachhaltige und innovative Gründungen schaffen. Wir wollen privates  
1002 Wagniskapital aktivieren, mit dem auch größere Investitionen, z. B. in den  
1003 Bereichen Greentech, künstliche Intelligenz, nachhaltige und smarte Mobilität,  
1004 Kommunikations- und Biotechnologie abgesichert werden können. Zusätzlich werden  
1005 wir die Möglichkeit der zeitlich begrenzten Teilhaberschaft des Landes anbieten.

### 1006 **Nachhaltigen Tourismus fördern**

1007 Der Tourismus hat für die niedersächsische Wirtschaft eine große Bedeutung und  
1008 trägt in einem nicht unerheblichen Maße zur Wertschöpfung des Landes bei. Fast  
1009 300.000 Menschen sind landesweit direkt oder indirekt in dieser Branche  
1010 beschäftigt. Die allgemeinen Nachfragetrends im Tourismus wie Nachhaltigkeit,  
1011 Individualität, mehr Outdoor-Aktivitäten oder Regionalität bieten Chancen für  
1012 die niedersächsische Tourismuswirtschaft, die wir GRÜNEN gezielt nutzen werden.  
1013 Ob die landschaftliche Vielfalt des Weserberglandes, die besondere Geologie des

1014 Osnabrücker Hügellandes, die kulturelle Landpartie im Wendland, das Grüne Band  
1015 oder der einzigartige Naturraum des Niedersächsischen Wattenmeeres: Die  
1016 naturräumlichen Besonderheiten der Regionen unseres Landes wollen wir noch  
1017 stärker herausstellen und für nachhaltigen sowie naturnahen Tourismus nutzbar  
1018 machen. Gleichzeitig gilt es, die Anreise mit dem ÖPNV attraktiver zu machen und  
1019 den Aufenthalt selbst nachhaltig zu gestalten. Hierfür ist eine solide und  
1020 konstante Finanzausstattung unserer Tourismuskommunen unerlässlich.

### 1021 **Lebendige Innenstädte mit vielfältigem Einzelhandel**

1022 Beschleunigt durch die Corona-Pandemie gerät der stationäre Einzelhandel  
1023 zunehmend durch den rasant wachsenden Onlinehandel unter Druck. Unsere  
1024 Innenstädte, die stark vom Einzelhandel geprägt sind, geraten dadurch zunehmend  
1025 in Schwierigkeiten und drohen in Teilen zu veröden. Versuche, das Bestehende  
1026 lediglich zu konservieren, werden auch hier nicht funktionieren. Unsere Kommunen  
1027 und der stationäre Einzelhandel stehen vor der Herausforderung, die  
1028 Aufenthaltsqualität in den Innenstädten zu steigern, um so einen real erlebbaren  
1029 Mehrwert zu schaffen, der das Einkaufen in der Innenstadt attraktiv macht. Wir  
1030 GRÜNEN werden die Kommunen dabei unterstützen, ihre Innenstädte mit gemischten  
1031 Nutzungen aus Gastronomie, Kultur, Wohnen, Arbeiten und Einkaufen aufzuwerten  
1032 (vgl. Attraktive Städte, lebendige ländliche Räume).

### 1033 **Kultur- und Kreativwirtschaft stärken**

1034 Die Kultur- und Kreativwirtschaft Niedersachsens beschäftigte vor der Pandemie  
1035 über 100.000 Menschen, die nicht nur künstlerische Qualität schaffen und für  
1036 kulturelle Vielfalt sorgen, sondern mit ihren Impulsen auch wirtschaftliche  
1037 Innovationen anregen und Wertschöpfung erbracht haben. Damit gehörte sie zu den  
1038 leistungsstärksten und personalintensivsten Branchen Niedersachsens. Die Corona-  
1039 Pandemie hat jedoch gerade diese Branche besonders heftig getroffen und viele  
1040 Arbeitsplätze vernichtet. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Akteur\*innen der  
1041 Kreativwirtschaft besser vernetzen und innovative Projekte sowie die Gründung  
1042 von Kleinst-, Klein- und mittelständischen Unternehmen unterstützen und  
1043 gemeinsam mit den Kommunen diesen wichtigen Wirtschaftszweig wieder stärken. Nur  
1044 so kann die kulturelle Landschaft in Niedersachsen wieder zu dem werden, was sie  
1045 vor der Pandemie war (vgl. Niedersachsens Kultur).

### 1046 **Medienstandort Niedersachsen beleben**

1047 Niedersachsen ist ein Medienstandort mit hohem Entwicklungspotenzial. Das gilt  
1048 sowohl für die Filmproduktion als auch die wachsende Games-Branche. Leider  
1049 vernachlässigt die Landesregierung jedoch diesen wichtigen Wirtschaftszweig mit  
1050 hochwertigen Arbeitsplatzpotenzialen. Die Branche fordert eine stärkere  
1051 Medienpolitik und bessere Förderbedingungen in Niedersachsen. Eine ARD-  
1052 Produktion wie die „Roten Rosen“ in Lüneburg bringt nicht nur enorme  
1053 Beschäftigungseffekte in der Region, sondern stärkt auch den Tourismusstandort –  
1054 ebenso Krimiserien aus dem Wendland, Hannover, dem Harz, aus Göttingen oder  
1055 Ostfriesland. Wir wollen daher mehr Serien, Filmproduktionen und Dokumentationen  
1056 aus Niedersachsen und die Filmförderung weiter verstetigen. Auch die kreative  
1057 Computerspieleentwicklung mit vielen kleinen und mittleren Unternehmen verdient  
1058 mehr Aufmerksamkeit der Landesregierung und sollte durch einen eigenen  
1059 Fördertopf und konkrete Ansprechpartner\*innen gestärkt werden.

### 1060 **Frauen in der Wirtschaft fördern**

1061 In den letzten Jahren sind immer mehr Frauen erwerbstätig. Das ist nicht nur für  
1062 die Unternehmen und die Fachkräftegewinnung von Vorteil, sondern auch für die  
1063 Frauen selbst – so können sie selbstbestimmt leben und eine Absicherung für das  
1064 Alter aufbauen. Dabei sorgen wir aber dafür, dass Frauenerwerbstätigkeit in  
1065 Zukunft weniger zur Doppel- und Dreifachbelastung der Frauen wird, sondern Haus-  
1066 und Sorgearbeit gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt wird (vgl.  
1067 Gleichstellung und Feminismus). Unter anderem mit weiteren Koordinierungsstellen  
1068 Frau und Beruf unterstützt das Land Frauen, die in das Berufsleben (zurück)  
1069 wollen. Frauen sind aber auch in der privaten Wirtschaft insbesondere in  
1070 Leitungspositionen noch immer unterrepräsentiert. Für uns GRÜNE ist das nicht  
1071 nur eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit, sondern zugleich eine zentrale  
1072 Herausforderung für die ökonomische Entwicklung unseres Landes. Frauen und  
1073 Männer müssen sowohl in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Dienst  
1074 gleichberechtigt teilhaben können. Auf dieser Basis soll ihnen gleichzeitig die  
1075 Teilhabe am Familienleben, der Hausarbeit und Freizeit ermöglicht werden. Die  
1076 Aufsichts- und Verwaltungsräte, die das Land bei seinen Beteiligungen besetzen  
1077 darf, planen wir paritätisch zu besetzen. Bei Unternehmen mit Landesbeteiligung  
1078 werden wir unseren Einfluss dafür einsetzen, um diese Parität zu erreichen.  
1079 Außerdem sind Migrantinnen und Frauen mit Behinderung oft in zweifacher Hinsicht  
1080 benachteiligt, wenn es darum geht, eine qualifikationsgerechte und angemessen  
1081 bezahlte Beschäftigung zu finden. Daher wollen wir ihre Integration in den  
1082 Arbeitsmarkt fördern. Wir unterstützen Unternehmen, öffentliche Verwaltung und  
1083 Verbände dabei, sich dieser Zielgruppe stärker zu öffnen, denn davon profitieren  
1084 wir als gesamte Gesellschaft.

#### 1085 **Die Chancen der niedersächsischen Häfen nutzen**

1086 Mit dem 2012 in Betrieb genommenen Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven verfügt  
1087 Niedersachsen über den einzigen deutschen Tiefwasserhafen, der tideunabhängig  
1088 selbst von den größten Containerschiffen angelaufen werden kann. Weitere  
1089 Flussvertiefungen sind damit überflüssig. Wir GRÜNEN werden uns dafür einsetzen,  
1090 dass die Hafenkonzurrenz der norddeutschen Bundesländer, die sowohl Umwelt als  
1091 auch Steuerzahler\*innen unnötig belastet, endlich zugunsten eines norddeutschen  
1092 Hafenkonzepts beendet wird. Wir entwickeln den Standort Wilhelmshaven zu einer  
1093 Drehscheibe für erneuerbare Energien in Deutschland und Westeuropa. Wir werden  
1094 uns ebenfalls dafür einsetzen, Elektrolyse-Anlagen zur Erzeugung von grünem  
1095 Wasserstoff am Standort Wilhelmshaven zu realisieren und diesen über das bereits  
1096 vorhandene Leitungsnetz zu den Verbrauchsschwerpunkten zu transportieren. Am  
1097 Standort Cuxhaven werden wir gezielt die Chancen des weiteren Ausbaus der  
1098 Offshore-Windkraft nutzen. Nachdem die Pläne zur Errichtung eines Offshore-  
1099 Basishafens in Bremerhaven gescheitert sind, kommt Cuxhaven für die  
1100 Wiederbelebung des Ausbaus der Offshore-Windenergie eine große Bedeutung zu.  
1101 Diese Chance für die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung des Hafenstandortes  
1102 Cuxhaven wollen wir nutzen.

1103 Damit der Hafenstandort Wilhelmshaven seine Funktion erfüllen kann, muss die  
1104 Bahnanbindung weiter verbessert werden. Neben den niedersächsischen Seehäfen  
1105 verfügen auch unsere Binnenhäfen über erhebliche Potenziale zur Verlagerung des  
1106 Güterverkehrs auf die umwelt- und klimafreundlichen Verkehrsträger Schiff und  
1107 Schiene. Diese Potenziale wollen wir durch den gezielten Ausbau unserer  
1108 Binnenhäfen zu trimodalen Logistik-Hubs nutzen (vgl. Mobil in Niedersachsen).

#### 1109 **Gesundheitswirtschaft gemeinsam mit Sozialwirtschaft stärken**

1110 Mit einer älter werdenden Gesellschaft sind positive Aspekte wie eine stetig  
1111 steigende Lebenserwartung verbunden, aber auch zahlreiche Herausforderungen im  
1112 Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung. Dies gilt in besonderem Maße  
1113 auch für die Gesundheitswirtschaft in Niedersachsen. Die industrielle  
1114 Gesundheitswirtschaft und der Life-Science-Bereich sind schon heute ein  
1115 wichtiger Jobmotor in Niedersachsen. Für die Entwicklung neuer Verfahren und  
1116 innovativer Produkte im Bereich der Gesundheitstechnik setzen wir auf eine  
1117 verbesserte Zusammenarbeit der Unternehmen mit Forschungseinrichtungen und  
1118 Hochschulen sowie eine Stärkung des Transfers (vgl. Wissenschaft macht Zukunft).

#### 1119 **Wirtschaftsfaktor Daseinsvorsorge – für starke kommunale Unternehmen**

1120 Kommunale Unternehmen bilden mit ihren Infrastrukturen und Dienstleistungen ein  
1121 Fundament des Wirtschaftsstandorts Niedersachsen. Mit rund 275.000 Beschäftigten  
1122 werden jährlich knapp 120 Milliarden Euro erwirtschaftet und 12 Milliarden Euro  
1123 investiert. Nicht nur als Wirtschaftsfaktor, auch für die Daseinsvorsorge sind  
1124 kommunale Unternehmen wichtig: für sauberes Trinkwasser, moderne und effektive  
1125 Bildungsangebote, ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz sowie für den  
1126 Ausbau digitaler Angebote. Hinzu kommen Abfallwirtschaft, Abwasserentsorgung und  
1127 Energieversorgung. Wir GRÜNEN wollen, dass die Kernaufgaben der Daseinsvorsorge  
1128 in kommunaler Hand sind und bleiben. Dazu gehören auch kommunale Krankenhäuser.  
1129 Diese Aufgabenfelder nicht dem kurzfristigen Gewinnstreben zu unterwerfen und  
1130 sie demokratisch zu kontrollieren, ist ein hohes Gut und wichtig für die  
1131 Qualität der Leistung.

1132 Deshalb erweitern wir die Möglichkeiten der Kommunen, sich wirtschaftlich im  
1133 Sinne der öffentlichen Daseinsvorsorge und der nachhaltigen Entwicklung zu  
1134 betätigen. Wir unterstützen Städte und Gemeinden, die beispielsweise ihre  
1135 Stromversorgung mit kommunalen Versorgungsbetrieben gewährleisten oder ihre  
1136 Krankenhäuser rekommunalisieren wollen. Zudem unterstützen wir die kommunalen  
1137 Wasserversorger in ihrem Bemühen, die Bürger\*innen mit qualitativ hochwertigem  
1138 Trinkwasser kostengünstig zu versorgen. Deshalb werden wir einen Vorrang der  
1139 öffentlichen Wasserversorgung vor anderen Nutzungen im Wassergesetz verankern.  
1140 Angesichts der Klimakrise wird es zudem erforderlich sein, dass regionale  
1141 Wasserversorger neue Trinkwassergewinnungsgebiete erschließen und die Entnahmen  
1142 aus den bestehenden Gewinnungsgebieten anpassen. Wir GRÜNEN werden sie dabei  
1143 unterstützen und die Genehmigungsverfahren für derartige Vorhaben beschleunigen.

#### 1144 **Raus aus der Wegwerfgesellschaft – Kreislaufwirtschaft stärken**

1145 Wir wollen Masse durch Qualität und Reparaturfähigkeit ersetzen und Ressourcen  
1146 schonen. Während auf der einen Seite immer weiter Abfall produziert wird, werden  
1147 auf der anderen Seite viele Stoffe immer knapper. Wir GRÜNEN wollen raus aus der  
1148 Wegwerfgesellschaft – für das Klima, die Umwelt und unsere Lebensqualität. Mit  
1149 einer starken Kreislaufwirtschaft, in der wir ressourcensparend mit unseren  
1150 Rohstoffen umgehen und jeder Stoff wiederverwertet wird, verringern wir zudem  
1151 die Abhängigkeit von Rohstoffimporten. Wo der Import kurz- und mittelfristig  
1152 nicht zu vermeiden ist, setzen wir uns unter anderem für zertifizierte  
1153 Lieferketten und damit für ökologische, soziale und Menschenrechtsstandards ein.

1154 Die Corona-Pandemie hat dazu geführt, dass in Privathaushalten sogar noch mehr  
1155 Abfälle anfallen als zuvor. Wir stoppen diese Ressourcenverschwendung und  
1156 streben als Ziel Zero Waste an. Dazu unterstützen wir Zero-Waste-Projekte, die  
1157 Umsetzung von Konzepten für plastikfreie Kommunen, Mehrwegkonzepte für den  
1158 Liefer- und Versandhandel und prüfen die Umsetzung eines niedersachsenweiten To-

1159 Go-Mehrwegsystems für die Außer-Haus-Verpflegung. Wir setzen uns auf Bundes- und  
1160 EU-Ebene dafür ein, dass Produkte so hergestellt werden, dass sie lange nutzbar,  
1161 reparierbar und einfach recycelbar sind sowie dass unnötige Verpackungen der  
1162 Vergangenheit angehören. Dazu begrüßen wir auch die Ankündigung der neuen  
1163 Bundesregierung, höhere Recycling-Quoten, einheitliche Standards für recyceltes  
1164 Plastik und verbindliche Anteile von Rezyklaten in Verpackungen festzuschreiben.  
1165 Außerdem unterstützen wir die Gründung von Repair-Werkstätten und -Cafés, damit  
1166 Menschen einen geeigneten Raum haben, um sich bei Reparaturen gegenseitig zu  
1167 helfen. Das fördert auch das soziale Miteinander in der Nachbarschaft.

#### 1168 **Regionale Wertschöpfung und Wirtschaftskreisläufe stärken**

1169 Durch den Ausbau der Kreislaufwirtschaft stärken wir nachhaltige  
1170 Wertschöpfungsketten mit kurzen Wegen in den Regionen. Dies kann den von  
1171 Strukturwandel und von Abwanderung bedrängten ländlichen Räumen zu Gute kommen,  
1172 das Abwandern von Gewinnen verhindern und mehr Unabhängigkeit und Stabilität  
1173 gegenüber globalen Entwicklungen und Krisen schaffen. Gute Beispiele gibt es  
1174 bereits viele: Dörfer, die ihre erneuerbare Energie vor Ort erzeugen oder  
1175 Gemeinschaftsläden, in denen Landwirt\*innen vor Ort ihre Produkte verkaufen.  
1176 Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken den Mittelstand und sind gleichzeitig  
1177 auch ein wichtiger Beitrag für mehr Nachhaltigkeit. Wir GRÜNEN fördern die  
1178 regionale Wertschöpfung durch Modellprojekte, die regionale Kreisläufe  
1179 etablieren oder stärken. So können wir die regionale Identifikation sowie  
1180 Arbeitsplätze erhalten und sie in überregionalen Strukturen und Netzwerken  
1181 absichern.

#### 1182 **Wirtschaftlichen Erfolg umfassend bilanzieren**

1183 Die klassischen volkswirtschaftlichen Kenngrößen wie das Bruttoinlandsprodukt  
1184 bzw. dessen Wachstum sind zumindest allein nicht in der Lage, die ökonomische  
1185 Situation unseres Landes umfassend abzubilden. Es müssen weitere Kenngrößen wie  
1186 der Ressourcenverbrauch, die Nachhaltigkeit, die Durchlässigkeit unseres  
1187 Bildungssystems oder das Maß an sozialer Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft  
1188 hinzukommen. Hier liefert die Gemeinwohlökonomie einen Bilanzierungsansatz, der  
1189 abbildet, inwieweit Unternehmen dem Gemeinwohl dienen. Wir bringen das Modell  
1190 der Gemeinwohlbilanzierung voran, indem wir für Unternehmen, an denen das Land  
1191 beteiligt ist, eine Gemeinwohlbilanzierung anregen. Darüber hinaus wollen wir  
1192 private Unternehmen jeder Größe finanziell dabei unterstützen, ihre  
1193 Gemeinwohlorientierung zu bilanzieren.

#### 1194 **5. Gute Arbeit in Niedersachsen**

1195 Wir GRÜNEN stehen für eine solidarische Gesellschaft, in der alle Menschen ein  
1196 selbstbestimmtes Leben führen und Verantwortung füreinander übernehmen. Die  
1197 klimagerechte Transformation unserer Wirtschaft muss auch eine soziale sein. Wir  
1198 begnügen uns nicht damit, finanzielle oder soziale Notsituationen abzufedern,  
1199 sondern haben das Ziel, diese zu beenden. Die Grundpfeiler GRÜNER Arbeitsmarkt-  
1200 und Sozialpolitik sind gute Arbeit, Absicherung und Beratung bei  
1201 Arbeitslosigkeit, Teilhabe für alle und eine starke Daseinsvorsorge.

#### 1202 **Gute Arbeit im Wandel absichern**

1203 Gute Arbeit ist von höchster Bedeutung, um Menschen vor Armut zu schützen und  
1204 ihre aktive Teilhabe an der Gesellschaft zu fördern. Der Wohlstand in unserem  
1205 Land wird erst durch viele arbeitende Menschen erwirtschaftet. Wir GRÜNEN

1206 wollen, dass alle arbeitenden Menschen einen gerechten Anteil an der  
1207 Wertschöpfung erhalten.

1208 Der ökologisch-soziale Umbau, also die Abkehr von fossiler Energie, eine  
1209 umfassende Verkehrs- und Agrarwende sowie die Stärkung der öffentlichen  
1210 Daseinsvorsorge schaffen neue Arbeitsplätze, führen in einigen Branchen aber  
1211 auch zum Abbau von Arbeitsplätzen. Für diesen Wandel brauchen wir eine  
1212 strukturierte Folgenabschätzung und ein kontinuierliches Monitoring, aus dem  
1213 regelmäßig Maßnahmenvorschläge zur verbesserten Sozialverträglichkeit des  
1214 Transformationsprozesses abgeleitet werden. Wir GRÜNEN stehen dafür, dass gute  
1215 Arbeit, Aus- und Weiterbildung, Tarifbindung und Mitbestimmung in allen  
1216 niedersächsischen Unternehmen selbstverständlich sind. Für betriebliche  
1217 Innovations- und Transferprozesse schaffen wir Beratungsmöglichkeiten, die die  
1218 Beschäftigten und die Mitbestimmungsstrukturen nachhaltig unterstützen. Wir  
1219 wirken darauf hin, dass in Betrieben Transformationsausschüsse eingerichtet und  
1220 tarifvertragliche Vereinbarungen zur Gestaltung der Transformation geschlossen  
1221 werden.

### 1222 **Landesweite Weiterbildungsstrategie umsetzen**

1223 Lebenslanges Lernen, Weiterbildung und Qualifizierung bilden die Basis für ein  
1224 erfülltes und wertschätzendes Berufsleben der Beschäftigten, stärken die  
1225 Innovationskraft der Wirtschaft und ermöglichen Resilienz in Zeiten des  
1226 Strukturwandels. Gerade in Transformationsprozessen ändern sich  
1227 Qualifikationsanforderungen im Laufe des Berufslebens immer schneller – der  
1228 Bedarf an Weiterbildungsangeboten steigt. Bisher bieten jedoch nur knapp die  
1229 Hälfte der Betriebe überhaupt Weiterbildungsmöglichkeiten an und erreichen damit  
1230 nur rund 40 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Wir GRÜNEN  
1231 wollen, dass alle Beschäftigten ihr Wissen und ihre Kompetenzen regelmäßig  
1232 erweitern können und von der Digitalisierung profitieren. Wer sich neben der  
1233 Arbeit und der Familie weiterbildet, braucht dafür nicht nur Geld, sondern auch  
1234 Zeit. Wir streben daher ein Weiterbildungsgesetz an, mit dem der Anspruch von  
1235 Beschäftigten auf Freistellung von der Arbeitsleistung für die individuelle  
1236 berufliche Weiterbildung mit einem Rückkehrrecht an den Arbeitsplatz garantiert  
1237 wird. Wir werden insbesondere die Beratung geringqualifizierter Beschäftigter  
1238 sowie kleiner und mittelständischer Betriebe ausbauen (vgl. Gute Ausbildung,  
1239 Erwachsenenbildung stärken).

### 1240 **Arbeitslosigkeit effektiv bekämpfen!**

1241 Mehr als 200.000 Menschen in Niedersachsen sind arbeitslos. Zudem wurden immer  
1242 mehr Menschen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gedrängt. Arbeitslosigkeit  
1243 führt bei den Betroffenen zu leeren Geldbeuteln, sozialem Ausschluss und  
1244 Perspektivlosigkeit – was wiederum gesellschaftlichen Zusammenhalt und  
1245 Demokratie gefährdet. Von einer Realisierung des Menschenrechts auf Arbeit sind  
1246 wir meilenweit entfernt. Gleichzeitig fehlt es in vielen gesellschaftlich  
1247 relevanten Bereichen an Personal; insbesondere die ökologisch-soziale  
1248 Transformation wird aber nur funktionieren, wenn wir alle vorhandenen  
1249 gesellschaftlichen Ressourcen einbeziehen. Es wird Zeit für eine aktivere  
1250 Arbeitsmarktpolitik in Niedersachsen. Durch ein Recht auf Weiterbildung und den  
1251 Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors mit fairen Bedingungen gehen wir  
1252 GRÜNEN Arbeitslosigkeit gezielt an.

1253 Mit einem Landesprogramm gegen Langzeitarbeitslosigkeit wollen wir darüber  
1254 hinaus Langzeitarbeitslose auf ihrem Weg in die Beschäftigung begleiten. Wir

1255 unterstützen gemeinnützige Träger und Kommunen dabei, Langzeitarbeitslose  
1256 einzustellen, indem wir die laut Teilhabechancengesetz vorgesehenen Eigenanteile  
1257 der Lohnkosten für sie übernehmen. Es gibt einen dringenden Bedarf an besseren  
1258 Beratungsleistungen für arbeitslose Menschen unabhängig vom Jobcenter. Die  
1259 vorhandenen Initiativen sind chronisch unterfinanziert – und vielerorts gibt es  
1260 überhaupt keine Angebote. Das wollen wir ändern und die Finanzierung der  
1261 unabhängigen Sozialberatung in den Arbeitslosenzentren vor Ort absichern.

### 1262 **Armut spürbar reduzieren**

1263 Auf Landesebene können wir die Gründe für Armut nicht restlos beseitigen – für  
1264 eine gerechte Steuerpolitik und eine Überwindung des Hartz-IV-Systems ist der  
1265 Bund zuständig. Aber gemeinsam mit Gewerkschaften, Verbänden,  
1266 zivilgesellschaftlichen Initiativen und den Kommunen wollen wir gute Arbeit  
1267 stärken und Armut spürbar reduzieren. Dabei übernehmen wir Verantwortung und  
1268 sorgen für mehr Tarifbindung. Wir drängen den Niedriglohnsektor zurück,  
1269 unterstützen Arbeitslose auf ihrem Weg in die Arbeitswelt und qualifizieren die  
1270 Fachkräfte von morgen. Wir schaffen Perspektiven für Jugendliche, ermöglichen  
1271 den kostenlosen Zugang zu Mieter\*innen-, Schuldner\*innen- und  
1272 Verbraucher\*inneninsolvenzberatung und vereinfachen Teilhabe für Menschen mit  
1273 wenig Geld. Unser Ziel ist, Ungleichheiten abzubauen, die soziale, kulturelle  
1274 und politische Teilhabe und ein Leben ohne Existenzängste zu ermöglichen. Wir  
1275 orientieren uns dabei an Reformszenarien wie dem Grundeinkommen als Perspektive  
1276 und unterstützen wissenschaftlich begleitete Feldforschung zur Wirksamkeit und  
1277 Finanzierbarkeit, Dazu kann die Evaluation eines niedersächsischen  
1278 Modellprojekts beitragen.

### 1279 **Den Niedriglohnsektor austrocknen – Tarifbindung stärken**

1280 Rund 20 Prozent der Deutschen arbeiten im Niedriglohnsektor – zu einem Lohn, der  
1281 ihnen weder ein Leben in Würde noch eine ausreichende Absicherung für das Alter  
1282 ermöglicht. Deswegen ist ein wichtiger Schritt, dass die neue Bundesregierung  
1283 den Mindestlohn auf 12 Euro erhöht. Die Zahl der tarifgebundenen  
1284 Beschäftigungsverhältnisse hat in den letzten Jahren stark abgenommen. Dabei  
1285 sind Tarifverträge der Schlüssel zu fairen Arbeitsbedingungen und Löhnen: Wer in  
1286 Niedersachsen nach Tarif bezahlt wird, hat jedes Jahr fast 4.000 Euro mehr im  
1287 Portemonnaie als nicht tarifgebundene Beschäftigte. Zusätzlich vermindern  
1288 Tariffucht und Lohndumping die öffentlichen Einnahmen: Sie führen zu jährlichen  
1289 Mindereinnahmen in Höhe von 4,6 Milliarden Euro bei den  
1290 Sozialversicherungsbeiträgen und 3 Milliarden Euro bei der Einkommensteuer.  
1291 Allein für die niedersächsischen Kommunen bedeutet das 443 Millionen Euro an  
1292 Steuermindereinnahmen. Wir GRÜNEN wollen diesen Trend umkehren, für eine  
1293 Ausweitung der Tarifbindung in Niedersachsen sorgen und uns dafür einsetzen,  
1294 dass das Instrument der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen gesetzlich  
1295 gestärkt wird.

### 1296 **Einen inklusiven Arbeitsmarkt gestalten**

1297 Alle Menschen sollen Chancen und Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Wir  
1298 streben einen inklusiven Arbeitsmarkt an, in dem selbstverständlich Menschen mit  
1299 und ohne  
1300 Behinderung gemeinsam arbeiten. Wir begrüßen, dass auch die Ampelkoalition im  
1301 Bund daran arbeiten will, die Segregation auf dem Arbeitsmarkt zu verringern und  
1302 hierfür ein großes Bündel an Maßnahmen plant. Aber auch das Land Niedersachsen  
1303 kann einen Beitrag leisten. Die Landesbehörden müssen als Vorbild vorangehen und

1304 deutlich mehr schwer-behinderte Menschen beschäftigen. Zudem machen wir GRÜNEN  
1305 die Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter zum  
1306 notwendigen Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Gleichzeitig wollen  
1307 wir die Hürden für Unternehmen senken, die Menschen mit Behinderung einstellen.  
1308 Die Rahmenbedingungen für Inklusionsbetriebe, also Betriebe des allgemeinen  
1309 Arbeitsmarktes, die zwischen 30 – 50 Prozent Menschen mit Behinderungen  
1310 beschäftigen, werden wir verbessern. Wir stärken Beratung und Förderung von  
1311 Menschen mit Behinderung beim Berufseinstieg und treiben dazu auch die  
1312 Evaluierung der Bedarfsermittlung der einzelnen Trägerorganisationen voran. Wir  
1313 GRÜNEN werden dafür sorgen, dass das System der Werkstätten deutlich  
1314 durchlässiger wird. Es darf nicht sein, dass wirtschaftliche Zwänge dazu führen,  
1315 dass die Werkstätten vor allem von den Mitarbeiter\*innen abhängig sind, die die  
1316 besten Chancen auf einen Arbeitsplatz im allgemeinen Arbeitsmarkt hätten. Aber  
1317 auch für diejenigen, die den Schritt in den ersten Arbeitsmarkt nicht gehen,  
1318 ermöglichen wir gute Arbeitsbedingungen zu fairen Löhnen. Die Arbeit von  
1319 Werkstatträtern unterstützen wir.

### 1320 **Tariftreue und Vergabe**

1321 Wo öffentliches Geld fließt, müssen uneingeschränkt Tarifverträge sowie Umwelt-  
1322 und Sozialstandards gelten. Lohndumping und das Befeuern ökologischer Krisen  
1323 dürfen nicht mit Steuergeldern unterstützt werden. Deshalb werden wir bei  
1324 öffentlicher Beschaffung, Vergabe und Wirtschaftsförderung Tariftreue und die  
1325 Einhaltung ökologischer und sozialer Standards konsequent gesetzlich  
1326 festschreiben und kontrollieren. Für alle Beteiligungen des Landes wollen wir  
1327 durch einen Public-Governance-Kodex Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit mit  
1328 guter Unternehmensführung verbinden (vgl. Niedersachsen – ein Staat, der  
1329 funktioniert).

### 1330 **Standards besser kontrollieren**

1331 Wir werden die gesetzlichen Vorgaben und Standards für gute Arbeit durchsetzen.  
1332 Dafür müssen sie auch ausreichend kontrolliert und Verstöße sanktioniert werden.  
1333 Das ist in Niedersachsen bisher leider die Ausnahme: Die Besichtigungsquote  
1334 aller Betriebe lag 2020 lediglich bei 0,6 Prozent. Grund dafür ist die schlechte  
1335 Personalausstattung, mit der das Land deutlich hinter den Forderungen der  
1336 internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zurückbleibt. Dass es erst die Corona-  
1337 Pandemie brauchte, um Aufmerksamkeit auf die vielfach menschenunwürdigen  
1338 Arbeits- und Lebensbedingungen beispielsweise in der niedersächsischen  
1339 Fleischindustrie zu lenken, unterstreicht, wie wichtig regelmäßige Kontrollen  
1340 sind. Die bedeutsame Arbeit der Beratungsstelle für mobile Beschäftigte in der  
1341 Fleisch- und zunehmend auch der Logistikbranche werden wir weiter fördern. Wir  
1342 versetzen die Gewerbeaufsichtsämter mit einer klaren Aufgabenregelung und mehr  
1343 Personal in die Lage, Kontrollen vor Ort in ausreichender Zahl durchzuführen.  
1344 Unser Ziel für einen effektiven Schutz der Arbeitnehmer\*innen ist eine  
1345 Kontrollmindestquote von 5 Prozent bis 2026, wie es die Regelungen der EU  
1346 vorschreiben. Wir sorgen dafür, dass innerhalb von zehn Jahren jeder Betrieb in  
1347 Niedersachsen mindestens einmal geprüft wird.

### 1348 **Auf Mitbestimmung setzen**

1349 Die Mitbestimmung ist als gelebte Demokratie im Betrieb ein absolutes  
1350 Erfolgsmodell. So hat sich gezeigt: In mitbestimmten Betrieben sind die  
1351 Arbeitsbedingungen besser und die Betriebe produktiver. Trotzdem werden immer  
1352 wieder Mitbestimmungsakteur\*innen von Arbeitgeber\*innen unter Druck gesetzt – zu

1353 viele Betriebe in Niedersachsen haben gar keinen Betriebsrat. BÜNDNIS 90/DIE  
1354 GRÜNEN werden Gewerkschaften und Betriebsräten endlich die nötige Rückendeckung  
1355 geben. Daher begrüßen wir, dass die neue Bundesregierung die Behinderung der  
1356 demokratischen Mitbestimmung künftig als Officialdelikt einordnen will. Durch  
1357 Kompetenzaufbau bei Polizei und Rechtsbehörden sorgen wir dafür, dass Delikte  
1358 dieser Art zügig und kompetent verfolgt werden.

### 1359 **Schuldner- und Insolvenzberatung stärken**

1360 Niedrige Löhne, eine Grundsicherung unter dem Existenzminimum sowie unplanbare  
1361 und einschneidende Änderungen der Lebensumstände können zu privater  
1362 Überschuldung führen: Die laufenden Einkünfte können die Zahlungsverpflichtungen  
1363 dann nicht mehr decken. Viele Menschen brauchen in dieser Situation  
1364 Unterstützung. Wir wollen deshalb für ein Recht auf kostenlose Schuldnerberatung  
1365 sorgen – mit offenem Zugang für alle Ratsuchenden. Die Arbeit der zahlreichen  
1366 Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen in Niedersachsen wollen wir auf eine  
1367 stabile Finanzierungsbasis stellen.

### 1368 **6. Für eine andere Agrarpolitik**

1369 Knapp zwei Drittel der Fläche Niedersachsens werden landwirtschaftlich genutzt.  
1370 Die Land- und Ernährungswirtschaft ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige  
1371 Niedersachsens. Landwirtschaft prägt unser Landschaftsbild, den Zustand unseres  
1372 Wassers, unserer Böden und unseres Klimas sowie die wirtschaftliche und soziale  
1373 Struktur unserer ländlichen Räume. Die Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte mit  
1374 ihrer starken Weltmarktorientierung hat die Landwirtschaftsbetriebe in die  
1375 fatalen Spirale des Wachstums oder Weichens gezwungen. Ihre Zahl hat sich seither  
1376 auf etwa 1/5 verringert und viele aktive Bäuer\*innen können trotz harter Arbeit  
1377 an sieben Tagen in der Woche nur schwer ein angemessenes Einkommen erzielen.  
1378 Unsere hochspezialisierten Landwirtschaftsbetriebe sind den ständigen Krisen  
1379 noch nicht einmal kostendeckender Getreide-, Milch- oder Schweinepreise des  
1380 Weltmarktes ausgeliefert. Auch die Umwelt leidet unter der intensiven  
1381 landwirtschaftlichen Produktion: Unser Grundwasser ist in großen Teilen des  
1382 Landes zu stark mit Nitrat und Pestiziden belastet, die einst abwechslungsreiche  
1383 Kulturlandschaft ist zur Agrarsteppe degradiert, in der selbst robuste Tier- und  
1384 Pflanzenarten immer weniger Lebensraum finden.

1385 Wir GRÜNEN stehen für eine bäuerliche Landwirtschaft, die nachhaltig und  
1386 tiergerecht arbeitet. Für gute Lebensmittel von artenreichen Feldern, Wiesen und  
1387 Weiden und von gesunden Tieren. Hergestellt von Bäuer\*innen, die damit ein gutes  
1388 Einkommen erzielen. Immer mehr Menschen wollen regionale, klimafreundliche und  
1389 gesunde Lebensmittel kaufen. Die Zahl der Betriebe, die sich umorientiert haben  
1390 hin zu diversifizierten Betriebsstrukturen, bleibt gering. Es fehlen vielerorts  
1391 wertschöpfende lokale und regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen.  
1392 Aber immer mehr Landwirt\*innen sind entschlossen, diesen Weg zu gehen. Wir geben  
1393 ihnen Rückenwind und bringen gemeinsam die Agrar- und Tierhaltungswende voran.

### 1394 **Ernährungssicherheit in Zeiten der Krise**

1395 Landwirtschaft hat zuallererst die Aufgabe, ausreichend Lebensmittel in guter  
1396 Qualität zu produzieren. Durch Russlands brutalen Angriffskrieg auf die Ukraine  
1397 wird eine Verknappung vor allem des weltweit verfügbaren Getreides erwartet. Im  
1398 Lichte der aktuellen Krisen wird deutlich, wie wichtig Ernährungssouveränität  
1399 und -sicherheit sind, regional, europäisch und weltweit. Bei uns in  
1400 Niedersachsen, in Deutschland und der EU ist die Ernährungsversorgung durch

1401 einen hohen Selbstversorgungsgrad und hohe Kaufkraft grundsätzlich gesichert,  
1402 auch wenn Engpässe bei einzelnen Produkten auch bei uns auftreten können.  
1403 Weltweit aber stehen Millionen Menschen in ärmeren Staaten vor einer humanitären  
1404 Katastrophe. Darauf müssen wir jetzt in kürzester Frist mit ernsthaften  
1405 Strategien statt mit Scheindebatten wie das Aussetzen der Flächenstilllegung in  
1406 der EU reagieren, das keinen effektiven Einfluss auf die Sicherung der  
1407 Welternährung hat. Dabei ist es zwingend, die aktuellen Krisen gemeinsam zu  
1408 betrachten und nicht gegeneinander auszuspielen. Angesichts der Klimakrise und  
1409 des Artensterbens ist es das falsche Signal, die ökologische Wende der  
1410 Landwirtschaft auszusetzen. Wir treiben gemeinsam mit dem grün geführten  
1411 Bundeslandwirtschaftsministerium die Ökologisierung der heimischen  
1412 Landwirtschaft und die Umsetzung des Green Deals konsequent voran und machen  
1413 unsere heimische Landwirtschaft krisenfest. Wichtigste Ziele dabei sind, die  
1414 landwirtschaftlichen Rohstoffe z.B. durch die Reduzierung von  
1415 Lebensmittelverschwendung effizient zu nutzen, Flächenkonkurrenzen z.B. durch  
1416 die Kombination von Landnutzung und Energieerzeugung durch Agri-PV-Anlagen  
1417 aufzulösen, Importabhängigkeiten z.B. durch Stärkung des Anbaus von heimischen  
1418 Futtermitteln zu reduzieren und regionale Kreisläufe und Ernährungssysteme zu  
1419 stärken.

1420 Zur Sicherung weltweiter Ernährungssouveränität setzen wir uns dafür ein, die  
1421 regionalen Agrarmärkte in allen Weltregionen kurz- und langfristig zu stärken.  
1422 Dazu gehören auf internationaler und europäischer Ebene Maßnahmen wie die  
1423 Freigabe von Saatgut als Gemeingut und die Verschärfung der EU-  
1424 Finanzmarktrichtlinie zur Eindämmung von Nahrungsmittelspekulation. Wichtiges  
1425 Instrument zur Stärkung lokaler Agrarmärkte ist aber auch die Reduzierung  
1426 unseres Fleischexports, der beispielsweise bei Geflügel nach Afrika in den  
1427 letzten 10 Jahren um 3.000 Prozent gestiegen ist. Die heimischen Kleinbauern  
1428 können damit nicht konkurrieren und so vernichtet unsere Massentierhaltung  
1429 lokale bäuerliche Existenzen dort und schwächt die Ernährungssouveränität. Ein  
1430 Großteil der landwirtschaftlichen Erträge insbesondere in Lateinamerika oder  
1431 Südostasien gehen nicht auf die dortigen Teller, sondern werden bei uns in  
1432 Deutschland und Niedersachsen verfüttert oder verheizt. Global gehen allein neun  
1433 Prozent der Erntemenge aus der Pflanzenproduktion in Bioethanol und fünf Prozent  
1434 in Biodiesel. Hier müssen wir gegensteuern. Deshalb fordern wir kurzfristig, die  
1435 Beimischungspflicht von Biotreibstoffen in Benzin und Diesel EU-weit aufzugeben.

#### 1436 **Anbau heimischer Futtermittel stärken und neue Märkte erschließen**

1437 Auf Dauer können wir es uns nicht erlauben, knapp 60 Prozent unserer Feldfrüchte  
1438 in der klimaschädlichen intensiven Tierhaltung zu verwenden. Der Angriffskrieg  
1439 Russlands gegen die Ukraine zeigt überdeutlich die hohe Abhängigkeit unserer  
1440 niedersächsischen Tierhaltung von Futtermittelexporten und die stetig  
1441 zunehmenden Konkurrenzen zwischen Trog und Teller. Weltweit und auch bei uns in  
1442 Deutschland wird die Mehrheit der Getreideernte nicht gegessen, sondern  
1443 verfüttert. Wir müssen unseren hohen Fleischkonsum in den Industrieländern auf  
1444 den Prüfstand stellen, die Reduzierung der Tierhaltung voranbringen und die  
1445 regionalen Kreisläufe stärken, damit in anderen Teilen der Welt wieder mehr  
1446 Lebensmittel für die lokale Bevölkerung und weniger Futtermittel für Tiere bei  
1447 uns angebaut werden. Mit den Futtermitteln importieren wir zudem Nährstoffe, die  
1448 in unseren Ställen als Gülle anfallen und zu einem hohen Nitratgehalt in unserem  
1449 Grundwasser führen. Wir GRÜNEN wollen den heimischen Anbau von Eiweißpflanzen  
1450 als Futtermitteln verstärkt fördern. Ferner wollen wir die Forschung der

1451 Ernährungswirtschaft im Wachstumsmarkt pflanzlicher Proteine unterstützen.  
1452 Während wir bei Fleisch einen Selbstversorgungsgrad von deutlich über 100%  
1453 haben, liegen wir bei Obst und Gemüse deutlich darunter. Hier bestehen große  
1454 Potentiale, durch passgenaue Förderangebote stärken wir die pflanzliche  
1455 Erzeugung und den Obst- und Gemüseanbau. Dabei nehmen wir auch neue Ansätze wie  
1456 Solidarische Landwirtschaft in den Blick, dies dient auch unserer  
1457 Ernährungssouveränität.

#### 1458 **Mehr Klimaschutz in und für die Landwirtschaft**

1459 Wir Grünen gehen die multiplen Krisen gemeinsam an, ambitionierter Klima- und  
1460 Biodiversitätsschutz in unserer heimischen Landwirtschaft stärkt auch immer  
1461 unsere langfristige Ernährungssicherheit. Unsere Landwirtschaft ist nämlich  
1462 zugleich Leidtragende wie Mitverursacherin der Klimakrise: CO<sub>2</sub>-Freisetzungen aus  
1463 Mooren, bei hoher Stickstoffdüngung und durch die Tierhaltung machen in  
1464 Niedersachsen einen hohen Anteil am menschengemachten Ausstoß von Treibhausgasen  
1465 aus. Gleichzeitig ist die Landwirtschaft bereits jetzt massiv von den  
1466 Auswirkungen der Klimakrise betroffen: Dürren und Hitzeperioden, jahreszeitliche  
1467 Verschiebung der Niederschläge, Starkregenereignisse, aber auch die  
1468 klimabedingte Ausbreitung von Pflanzenschädlingen wirken sich auf die Erträge  
1469 aus. Dem Boden kommt sowohl beim Klimaschutz als auch bei der  
1470 Klimafolgenanpassung eine entscheidende Rolle zu. Der Aufbau von Humus bindet  
1471 Kohlenstoff im Boden und schafft gleichzeitig eine höhere Speicherkapazität für  
1472 Feuchtigkeit. Landwirtschaftliche Bewirtschaftungsformen, die den Humusaufbau  
1473 stärken wollen wir besonders fördern. Jahrhunderte lang wurde in Niedersachsen  
1474 dem Moorland abgerungen, um es landwirtschaftlich zu nutzen mit fatalen  
1475 Auswirkungen für das Klima. Landwirtschaftliche Bewirtschaftung von Moorflächen  
1476 wollen wir reduzieren und neue klimaschonende Methoden wie Paludikulturen  
1477 fördern, so dass die niedersächsischen Moore so viel Kohlenstoff wie möglich  
1478 speichern (vgl. Moorschutz ist Klimaschutz). Zudem setzen wir uns dafür ein,  
1479 Dauergrünland zu erhalten und wiederherzustellen, denn Grünland bindet im  
1480 Vergleich zur ackerbaulichen Nutzung deutlich mehr CO<sub>2</sub>.

1481 Die Lachgas- und Methanemissionen der Landwirtschaft wollen wir durch eine  
1482 Reduzierung der Stickstoffdüngung, durch einen Ausstieg aus der  
1483 Massentierhaltung und effektivere Kontrollen der ordnungsgemäßen Düngung und  
1484 eine Stärkung des Ökolandbaus deutlich senken. Ökologische Betriebe wirtschaften  
1485 aufgrund geringerer Düngemenge, höherer Humusgehalte und den weitgehenden  
1486 Verzicht auf den Import von Futtermitteln wie Soja deutlich klimafreundlicher  
1487 als konventionelle Betriebe.

1488 Über die Vermeidung von Treibhausgasemissionen hinaus verfolgen wir das Ziel,  
1489 unsere Landwirtschaft dabei zu unterstützen, sich bestmöglich an die bereits  
1490 unabwendbaren Folgen des Klimawandels anzupassen. Grundsätzlich sind breiter  
1491 aufgestellte Betriebe in Krisen widerstandsfähiger als spezialisierte Betriebe.  
1492 Zur Klimafolgenanpassung gehört z.B. die Förderung des Anbaus trockenresistenter  
1493 Kulturen sowie von Maßnahmen zum Schutz vor Wind- und Wassererosion, wie die  
1494 Nutzung besonders erosionsgefährdeter Standorte als Grünland, die Anlage von  
1495 Windschutzgehölzen.

1496 Das Wassermanagement in der Landwirtschaft, muss sich an die Herausforderungen  
1497 des Klimawandels anpassen. Gemeinsam mit Landwirt\*innen bringen wir Maßnahmen  
1498 auf den Weg, die dazu beitragen, dass Wasser möglichst in der Fläche gehalten  
1499 wird und ausreichend Versickerungsflächen zu Verfügung stehen. Die Nutzung von

1500 Grauwasser in der Landwirtschaft und wassersparende Beregnungstechniken werden  
1501 wir stärken. (vgl. *Sauberes Wasser, saubere Luft und gesunde Böden*)

### 1502 **Für eine flächengebundene Tierhaltung**

1503 Wir GRÜNEN treten für eine flächengebundene Tierhaltung ein – nur mit dieser  
1504 kann ein bedarfsgerechter Einsatz der anfallenden Exkreme vor Ort und ohne  
1505 „Gülletourismus“ über weite Strecken sichergestellt werden. Um dieses Ziel zu  
1506 erreichen, müssen die insbesondere im westlichen Teil Niedersachsens viel zu  
1507 hohen Tierzahlen reduziert werden. Wir werden Betriebe dabei unterstützen, ihre  
1508 Tierbestände zu reduzieren und ihre Ställe tiergerecht umzubauen. Wir begrüßen  
1509 das Vorhaben der Ampelkoalition im Bund, Investitionsförderungen für  
1510 Stallbauvorhaben stärker an der Haltung auszurichten und die Landwirtschaft  
1511 dabei zu unterstützen, ihre Tierhaltung tiergerecht umzubauen.

1512 Sinkende Nachfrage, Afrikanische Schweinepest und Schlachtstau – die  
1513 niedersächsische Schweinehaltung steht unter Druck. Die Verbraucher\*innen und  
1514 der Handel fragen neben günstiger Massenware zunehmend Produkte mit höheren  
1515 Tierschutzstandards und einer möglichst regionalen Wertschöpfungskette – von der  
1516 Ferkelerzeugung bis zur letzten Verarbeitungsstufe – nach. Die geplante  
1517 Einführung des staatlichen Tierwohllabels auf Bundesebene, die wir GRÜNEN aus  
1518 Niedersachsen unterstützen, wir dies noch mal verstärken. Wir unterstützen  
1519 unsere Schweinehalter\*innen durch Förderungen, diese regionalen Märkte auf allen  
1520 Wertschöpfungsstufen diese regionalen Märkte zu erschließen.

1521 Der Ausbruch von Tierseuchen und die dadurch verursachten Schäden stehen im  
1522 engen Zusammenhang mit der in einem Betrieb gehaltenen Zahl von Tieren und der  
1523 Tierdichte in der Region. Daher planen wir, die Beiträge zur Tierseuchenkasse  
1524 entsprechend der Gefährdungssituation anzupassen. Es darf nicht sein, dass  
1525 bäuerliche Betriebe mit angepassten Tierbeständen mit ihren Beiträgen zur  
1526 Tierseuchenkasse Seuchengefahren subventionieren, die vor allem von der  
1527 Massentierhaltung ausgehen.

### 1528 **Umwelt- und Tierschutzleistungen der Landwirtschaft fördern**

1529 Nicht zuletzt durch das Agieren des CDU-geführten  
1530 Bundeslandwirtschaftsministeriums ist es leider auch für die neue EU-  
1531 Förderperiode nicht gelungen, die Agrarförderung gezielt so auszurichten, dass  
1532 Umwelt- und Tierschutzleistungen der Landwirtschaft honoriert werden. Der größte  
1533 Teil der Fördermittel wird noch immer pauschal für die Bewirtschaftung der Fläche  
1534 gezahlt. Davon profitieren vor allem Großbetriebe und Flächeneigentümer\*innen.  
1535 Gleichwohl gibt es Verbesserungen: Aus dem Budget für die Flächenprämien werden  
1536 zumindest Teile nach ökologischen Vorgaben (sogenannten Eco-Schemes) vergeben.  
1537 Wir wollen die Möglichkeit nutzen, die vom Land festzusetzenden Maßnahmen zur  
1538 Förderung des ländlichen Raumes und von Agrarumweltmaßnahmen gezielt für echte  
1539 Umwelt- und Tierschutzprogramme einzusetzen.

1540 Auch die Anlage und der Schutz von Hecken muss noch weiter vorangetrieben  
1541 werden. Denn Hecken sind nicht nur ein wichtiger Lebensraum für zahlreiche  
1542 Kleintiere und Vögel und tragen damit zum Erhalt der Biodiversität bei – sie  
1543 haben auch wichtige Funktionen beim Boden- und Erosionsschutz und für ein  
1544 günstiges Mikroklima. Auch die Herausnahme der Randstreifen öffentlicher Wege  
1545 aus der landwirtschaftlichen Nutzung dient diesem Ziel. Die durch die neue  
1546 Bundesregierung vereinbarte Evaluation der neuen EU-Förderung muss von  
1547 Niedersachsen intensiv begleitet werden, um möglichst schnell eine wirkliche

1548 Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik zu erreichen. Für uns ist eine  
1549 Gemeinwohlprämie, die das Erfüllen gesellschaftlicher Notwendigkeiten honoriert,  
1550 der richtige Ansatz.

#### 1551 **Den Pestizideinsatz reduzieren**

1552 Der Pestizideinsatz in der niedersächsischen Landwirtschaft ist deutlich zu  
1553 hoch. Wir GRÜNEN wollen den Pflanzenschutzmitteleinsatz massiv reduzieren. Durch  
1554 das von uns GRÜNEN gemeinsam mit den Umweltverbänden vorangetriebenen  
1555 Volksbegehren Artenvielfalt gelang es, im Niedersächsischen Weg die Erarbeitung  
1556 einer Pestizidreduktionsstrategie zu vereinbaren. Das CDU-geführte  
1557 Landwirtschaftsministerium verschleppt diese jedoch seither. Wir GRÜNEN werden  
1558 diese Strategie erarbeiten und eine deutliche Reduktion von Pestiziden in der  
1559 Landwirtschaft, im Gartenbau und auf nicht landwirtschaftlich oder gärtnerisch  
1560 genutzten Flächen umsetzen. Wir begrüßen das Vorhaben der neuen Bundesregierung,  
1561 den Glyphosateinsatz bis spätestens Ende 2023 zu verbieten und die  
1562 Beschränkungen zum Pestizideinsatz in Naturschutzgebieten auch auf  
1563 Wasserschutzgebiete auszuweiten. Wir setzen uns im Bund weiterhin für die  
1564 Einführung einer Pestizidabgabe ein.

#### 1565 **Wirksame Kontrollen sicherstellen**

1566 Die besten Gesetze und Verordnungen nutzen in der Regel wenig, wenn sie nicht  
1567 ausreichend kontrolliert werden. Wir GRÜNEN werden die Kontrollen neu ordnen.  
1568 Die Zuständigkeit für die Umsetzung von Umweltauflagen wie beispielsweise Dünge-  
1569 und Pflanzenschutzrecht planen wir von der Landwirtschaftskammer, die als  
1570 Selbstverwaltungsorgan der Landwirtschaft gleichzeitig hoheitliche  
1571 Kontrollaufgaben wahrnimmt, auf eine andere Landesbehörde zu übertragen. Damit  
1572 stärken wir die Trennung von berufsständischer Selbstverwaltung und hoheitlicher  
1573 Aufgabenwahrnehmung.

#### 1574 **Bienen schützen – vielfältige Agrarlandschaften fördern**

1575 Für uns GRÜNE hat der Schutz der Honigbiene, eines unserer wichtigsten  
1576 Nutztiere, eine hohe Bedeutung. Bienen sind ein Indikator für den Zustand  
1577 unserer Landschaft. Die Bienen finden heute in der Stadt vielfältigere Nahrung  
1578 als in unseren Agrarlandschaften. Das müssen wir ändern, um den Artenschwund zu  
1579 stoppen und unsere Agrarlandschaften wieder vielfältiger zu gestalten. Bei der  
1580 Förderung von Blühstreifen haben wir in der GRÜNEN in Regierungsverantwortung  
1581 einen Extrabonus für von Imker\*innen empfohlene Blühstreifen durchgesetzt. Der  
1582 Einsatz von Insektiziden, vor allem der sogenannten Neonicotinoide, gefährdet  
1583 Bienen, Hummeln und andere Insekten. Wir wollen die Imkerei in Niedersachsen  
1584 durch eine Bestäubungsprämie fördern und die Imkervereine bei ihren  
1585 erfolgreichen Schulungsangeboten unterstützen.

#### 1586 **GRÜNE wollen Grünland erhalten**

1587 Niedersachsen verfügt über weitumfassende Grünlandregionen, die es nach  
1588 jahrelangem Rückgang zu erhalten gilt. Grünland bindet nicht nur mehr CO<sub>2</sub> im  
1589 Oberboden als Ackerflächen. Grünland ist auch von besonderer Bedeutung für die  
1590 Artenvielfalt. Wir fordern daher eine Weideprämie. Das in der GRÜNEN  
1591 Regierungszeit auf den Weg gebrachte Weidemilchprogramm, bei dem Milch von Kühen  
1592 mit Weidehaltung höherpreisig vermarktet wird, bauen wir gezielt aus und weiten  
1593 sie auf Milchprodukte wie Joghurt oder Käse aus. Wir setzen uns zudem für ein  
1594 Konzept der flexiblen Milchmengenregulierung, wie vom Bund Deutscher  
1595 Milchviehalter gefordert, ein. Zum Schutz unserer massiv bestandsbedrohten

1596 Wiesenvögel werden wir das Wiesenvogelschutzprogramm durch eine deutlich  
1597 verbesserte Honorierung wirksamer Maßnahmen zum Wiesenvogelschutz qualitativ  
1598 aufwerten.

### 1599 **Bauernland in Bauernhand**

1600 Boden ist ein unersetzlicher und unvermehrbarer Produktionsfaktor für die  
1601 Landwirtschaft. Er spielt für die wirtschaftliche Stabilität und nachhaltige  
1602 Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe eine zentrale Rolle. Die Konkurrenz  
1603 von Finanzinvestor\*innen und steigenden Pachten stellen aktive ortsansässige  
1604 Landwirt\*innen vor große Probleme. Außerlandwirtschaftliche  
1605 Bodeneigentümer\*innen sind die großen Gewinner\*innen auf dem Bodenmarkt – aktive  
1606 Landwirt\*innen sind die Verlierer\*innen. Das werden wir GRÜNEN ändern. Mit einem  
1607 Grundstücksverkehrsgesetz stellen wir sicher, dass ortsansässige  
1608 Landwirtschaftsbetriebe ein starkes Vorkaufsrecht gegenüber  
1609 außerlandwirtschaftlichen Investor\*innen haben und eine wirksame Preisbremse  
1610 eingeführt wird.

### 1611 **Ökologische Landwirtschaft stärken**

1612 Unser Ziel ist es, die gesamte niedersächsische Landwirtschaft nachhaltiger und  
1613 ökologischer auszurichten. Unser Leitbild ist der ökologische Landbau, denn die  
1614 ökologische Wirtschaftsweise trägt durch ihren Verzicht auf chemisch-  
1615 synthetische Düngemittel und Pestizide zum Schutz des Bodens, des Grundwassers  
1616 und der Arten bei. Zudem ist der Ökolandbau deutlich klimaschonender, setzt hohe  
1617 Tierhaltungsstandards um und trägt durch seinen gegenüber konventionell  
1618 wirtschaftenden Betrieben häufig höheren Personalbedarf zu Arbeit und  
1619 Wertschöpfung im ländlichen Raum bei. Deshalb setzen wir den Niedersächsischen  
1620 Weg konsequent um, der eine Ausweitung des Ökolandbaus auf mindestens 10 Prozent  
1621 bis 2025 und mindestens 15 Prozent bis 2030 vorsieht. Da Niedersachsen im  
1622 Vergleich zu anderen Bundesländern einen deutlich geringeren Ökolandbauanteil  
1623 von aktuell 5,2 Prozent hat, ist das ein ambitioniertes Ziel. Neben einer  
1624 Ausweitung der Förderung der Betriebe insbesondere in den ersten beiden Jahren  
1625 der Umstellung, in denen die Produkte noch nicht als bio vermarktet werden  
1626 können, wollen wir GRÜNEN auch die Infrastruktur für die Verarbeitung und  
1627 Vermarktung der ökologischen Lebensmittel deutlich verbessern. Die Umstellung z.  
1628 B. der Milchkuhhaltung auf bio ist schließlich nur dann attraktiv, wenn auch  
1629 eine Bio-Molkerei in erreichbarer Nähe ist. Gleiches gilt für Schlachtstätten  
1630 für tierhaltende Bio- und Direktvermarktungsbetriebe.

1631 Die Nachfrage nach Bioprodukten kann derzeit noch nicht durch die heimische  
1632 Landwirtschaft gedeckt werden. Hier ist viel Potenzial. Neben dem Ausbau der  
1633 Vermarktung bestehen in der Außerhausverpflegung, etwa bei öffentlichen  
1634 Kantinen, noch deutliche Potenziale für den Einsatz von Bioprodukten. Hier muss  
1635 das Land mit gutem Beispiel vorangehen und die Gemeinschaftsverpflegung in  
1636 Einrichtungen des Landes auf bio umstellen. Ein Niedersächsisches Biosiegel kann  
1637 dabei hilfreich sein.

1638 Damit noch mehr Betriebe auf Ökolandbau umsteigen können, werden wir einen  
1639 Aktionsplan Ökolandbau gemeinsam mit den Verbänden umsetzen. Wir GRÜNEN werden  
1640 sicherstellen, dass die dafür erforderlichen Mittel bereitgestellt werden. Über  
1641 eine Informationsoffensive sollen die Chancen des Ökolandbaus breiter an  
1642 konventionelle Landwirt\*innen vermittelt werden, um diese zum Umsteigen zu  
1643 motivieren. Auch den Flächenzugang für Biobetriebe erleichtern wir. Pachtflächen  
1644 öffentlicher Eigentümer sollen vorrangig ökologisch bewirtschaftet werden. Die

1645 ökologische Ausrichtung der Ausbildung stärken wir auch in den Berufs- und  
1646 Hochschulen weiter. In der agrarwissenschaftlichen Forschung und im  
1647 Versuchswesen in Niedersachsen muss der Ökolandbau einen noch höheren  
1648 Stellenwert haben. Mit attraktiven Weiterbildungsangeboten wie Winterakademien  
1649 für den Ökolandbau verbreitern wir das Wissen über die ökologische  
1650 Landwirtschaft.

### 1651 **Keine Gentechnik auf unseren Äckern**

1652 Niedersachsen ist durch das Engagement von uns GRÜNEN gentechnikfreie Region und  
1653 wird es auch bleiben. Wir fördern die gentechnikfreie Eiweißversorgung mit einer  
1654 Eiweißstrategie, die gezielt auf den Anbau heimischer eiweißreicher Futtermittel  
1655 setzt, um den Import von Soja als Futtermittel zu reduzieren. Mit uns GRÜNEN  
1656 bleibt Niedersachsen gentechnikfrei.

### 1657 **Die Blaue Landwirtschaft – Aquakulturen ökologisch und nachhaltig gestalten**

1658 Heute stammt jeder dritte Speisefisch aus Aquakulturen – und das ist gut so,  
1659 denn Wildbestände sind zu einem Großteil überfischt. Bei Aquakulturen wie  
1660 Karpfen- und Forellenzuchten ist Niedersachsen führend. Die Förderung der  
1661 regionalen Erzeugung und Vermarktung führen wir fort. Die Fischwirtschaft aber  
1662 muss noch ökologischer ausgerichtet werden: Die Schädigung wertvoller Naturräume  
1663 durch belastete Abwasser, Antibiotikaeinsatz und nicht tiergemäße  
1664 Haltungssysteme müssen der Vergangenheit angehören. Wir GRÜNEN wollen die  
1665 europäischen Fischereifördermittel gezielt zum Ausbau ökologisch nachhaltiger  
1666 und innovativer Aquakulturen nutzen. Dazu gehören geschlossene Kreislaufsysteme,  
1667 in denen das Wasser aufbereitet und in die Zuchtbecken zurückgeführt wird. Eine  
1668 tiergerechte Haltung über geringere Besatzdichten ist dabei für uns ebenso ein  
1669 Muss wie der Verzicht auf umweltschädigende Chemikalien und Antibiotika. Die  
1670 traditionelle Teichwirtschaft, die auch ökologisch hochwertige Biotope schafft,  
1671 gilt es ebenso wie die wenigen Flussfischereien zu erhalten und zu fördern.

### 1672 **Nachhaltige Fischereipolitik**

1673 Niedersachsen richtet seine Fischerei zunehmend nachhaltig aus. So lassen sowohl  
1674 die Muschel- und Krabbenfischer\*innen als auch große Teile der Hochseefischerei  
1675 ihre Nachhaltigkeit vom Marine Stewardship Council (MSC) überprüfen und  
1676 zertifizieren, nehmen an Umweltprogrammen wie Fishing for litter teil und  
1677 beteiligen sich an der Erforschung und dem Einsatz besserer Fangtechnik. Dabei  
1678 werden sie durch eine Fischereiförderung, die auf hohe Umweltstandards setzt,  
1679 unterstützt. Diesen Wege gehen wir konsequent weiter. Nicht zuletzt durch die  
1680 bereits durch uns GRÜNE angeschobene Förderung der Erzeugergemeinschaft der  
1681 Krabbenfischer konnten wieder auskömmliche Preise erzielt werden. Wir GRÜNEN  
1682 fordern eine bessere Berücksichtigung von Fischereibelangen bei der Genehmigung  
1683 von Verklappungsstellen für Hafenschlick, um so der Beeinträchtigung  
1684 traditioneller Fanggründe vorzubeugen. Wir setzen uns zudem dafür ein, die  
1685 Fangquoten stärker an wissenschaftlichen Erkenntnissen auszurichten.

1686 **Für konsequenten Tierschutz** Wir GRÜNEN sind die Stimme für mehr Tierschutz.  
1687 Ställe und Haltung müssen den Bedürfnissen der Tiere angepasst werden und nicht  
1688 umgekehrt. Deshalb haben wir GRÜNEN gemeinsam mit dem Lebensmittelhandel dafür  
1689 gesorgt, dass die jahrzehntelange Praxis des Schnabelkürzens bei Legehennen  
1690 beendet wurde. Damit den Schweinen nicht der Schwanz abgeschnitten wird, haben  
1691 wir eine Ringelschwanzprämie eingeführt, die viele Nachahmer\*innen fand und auch  
1692 von der CDU-Landwirtschaftsministerin fortgeführt wurde. Unkupierte Schnäbel und

1693 Ringelschwänze sind schließlich die besten Indikatoren für das Tierwohl, denn  
1694 nur wenn Tiere auf engstem Raum gehalten werden und Stress ausgesetzt sind,  
1695 kommt es zu Schwanzbeißen und Federpicken. Es gibt zahlreiche  
1696 tierschutzpolitische Herausforderungen, die wir angehen werden, um an  
1697 erfolgreiche GRÜNE Politik zum Wohle der Tiere in Niedersachsen anzuknüpfen.

### 1698 **Mehr Tierschutz in der Nutztierhaltung**

1699 Nach langwierigen und zähen Verhandlungen ist es den GRÜNEN  
1700 Landwirtschaftsminister\*innen 2021 endlich gelungen, beim Bund ein Auslaufen der  
1701 Fixierung von Sauen in Gittern (Kastenständen) zumindest perspektivisch zu  
1702 erreichen. Die bereitstehenden Fördermittel für den Umbau reichen aber bei  
1703 weitem nicht aus. Wir werden uns gegenüber dem Bund für wirksame  
1704 Finanzierungsinstrumente zum Umbau der Tierhaltung einsetzen, Mittel für  
1705 niedersächsische Betriebe stärker verfügbar machen und um zielgerichtete  
1706 Landesförderinstrumente ergänzen.

1707 Wir GRÜNEN fordern artgerechte Haltungsbedingungen für alle Tiere. Diese muss  
1708 nach den neuesten Erkenntnissen der Verhaltensbiologie der jeweiligen Tierart  
1709 ausgerichtet werden. Wir begrüßen, dass die Ampelkoalition im Bund endlich  
1710 obligatorische Prüf- und Zulassungsverfahren für tiergerechtere Ställe einführt  
1711 und die Vorschriften zum Schutz vor Stallbränden verschärft. Ein weiteres  
1712 Tierschutzproblem in der Schweinehaltung besteht noch immer: Niedersächsische  
1713 Mastschweine werden viel zu häufig auf Vollspaltenböden gehalten. Das ist mit  
1714 dem Tierwohl nicht vereinbar. Wir GRÜNEN lehnen dies ab und werden eine Haltung  
1715 mit Stroheinstreu und Zugang zu Außenbereichen zum Standard in Niedersachsen  
1716 machen. Die Anbindehaltung von Rindern wollen wir auch in Niedersachsen endlich  
1717 beenden. In der Milchwirtschaft stärken wir die Kälberaufzucht, denn Mutter-  
1718 Kalb-Haltung ist besonders tiergerecht.

1719 Wir sehen die Entwicklung in der Zucht von Nutztieren auf Hochleistung sehr  
1720 kritisch und werden Entwicklungen fördern, die auf Ausprägung von Merkmalen für  
1721 tiergerechte Haltung, wie beispielsweise das freie Abferkeln, zielen. Das  
1722 bestehende Qualzuchtverbot im Bundestierschutzgesetz wurde bisher nicht  
1723 ausreichend umgesetzt und ist unvollständig. Gemeinsam mit der Bundesregierung  
1724 wollen wir das Qualzuchtverbot umsetzen. Das Ziel der neuen Bundesregierung, das  
1725 Qualzuchtverbot zu konkretisieren, unterstützen wir GRÜNEN aus Niedersachsen.

### 1726 **Den Antibiotikaeinsatz reduzieren**

1727 Noch immer werden in der Tiermast zu viele Antibiotika eingesetzt. Das ist  
1728 gefährlich für unsere Gesundheit, weil sich Krankheitserreger an Antibiotika  
1729 gewöhnen und resistent werden. Solche resistenten Keime stecken dann im Fleisch,  
1730 sie gelangen über die Gülle oder den Geflügelkot in die Umwelt und landen  
1731 letztlich im menschlichen Körper. Wir GRÜNEN haben in Regierungsverantwortung  
1732 zur Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung eine schlagkräftige  
1733 Überwachungseinheit beim Landesamt für Verbraucherschutz eingerichtet und den  
1734 Antibiotikaeinsatz damit deutlich reduziert. Die rot-schwarze Regierung hat  
1735 diese erfolgreiche Einheit zerschlagen und die Überwachungsaufgabe bei den  
1736 Landkreisen angesiedelt, denen dafür Personal und häufig auch das Know-how  
1737 fehlt. Deshalb werden Wir GRÜNEN an die erfolgreiche Strategie von 2014  
1738 anknüpfen und die dringend erforderliche Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes  
1739 wieder zu einer Landesaufgabe machen. Besonders beunruhigend ist, dass vor allem  
1740 in der Geflügelhaltung vermehrt sogenannte Reserveantibiotika eingesetzt werden,  
1741 die üblicherweise in der Humanmedizin genutzt werden, wenn andere Mittel nicht

1742 mehr ausreichend wirksam sind. Wir können es uns nicht leisten, durch die  
1743 Auswüchse der Massentierhaltung auch noch diese Präparate als wirksame  
1744 Therapeutika zu verlieren. Deshalb treten wir GRÜNEN für ein Verbot von  
1745 Reserveantibiotika in der Tiermast ein.

#### 1746 **Schluss mit langen Tiertransporten**

1747 Viel zu viele Tiere werden jährlich lebend über zum Teil lange Distanzen  
1748 transportiert. Vor allem Transporte lebender Jungrinder in den Nahen Osten und  
1749 nach Nordafrika haben im letzten Jahr deutlich zugenommen. Wir GRÜNEN setzen uns  
1750 dafür ein, Transporte von Tieren – auch von angeblichen Zuchttieren – ins  
1751 außereuropäische Ausland mit Transportzeiten von über acht Stunden grundsätzlich  
1752 zu verbieten. Auch innerhalb Deutschlands und der EU planen wir, die Standards  
1753 bei Tiertransporten zu verbessern: Transporte über sechs Stunden müssen  
1754 grundsätzlich von einer zweiten Fahrer\*in begleitet werden. Den Transport zu  
1755 Schlacht- und Maststätten wollen wir auf maximal vier Stunden begrenzen. Um  
1756 Verstöße wirksam zu ahnden, setzen wir uns für eine Verschärfung des  
1757 Strafrahmens und eine Ausweitung der Kontrollen ein. Ein Transport auf nicht  
1758 zertifizierten Routen muss umgehend untersagt werden.

1759 Mobiles Schlachten, Weideschuss oder dezentrale Schlachteinrichtungen helfen,  
1760 unnötige Tiertransporte zu verhindern – diese Techniken möchten wir zukünftig  
1761 gezielt fördern. Die derzeitigen Betäubungs- und Schlachtmethoden stellen wir  
1762 auf den Prüfstand. Um Fehlbetäubungen im Schlachthof zu verhindern, muss  
1763 qualifiziertes Personal eingesetzt werden, das zudem mehr Zeit erhält, um die  
1764 einzelne Betäubung durchzuführen. Daneben gilt es, weniger belastende  
1765 Betäubungsarten zu entwickeln und die qualvolle Betäubung mit CO<sub>2</sub> zu beenden,  
1766 wie dies auch die EU fordert. Unser Ziel ist, dass Großbetriebe in Zukunft vom  
1767 Land kontrolliert werden und die Taskforce Verbraucherschutz beim Landesamt für  
1768 Verbraucherschutz (LAVES) deutlich verstärkt wird.

#### 1769 **Tierversuchsfreie Forschung vorantreiben**

1770 Wir GRÜNEN wollen weitestgehend auf Tierversuche verzichten und treiben daher  
1771 Alternativen voran. Die Fördermittel für Projekte, die die Zahl der Tierversuche  
1772 wirksam reduzieren und neue Alternativmethoden entwickeln, werden wir erhöhen  
1773 und einen Preis für tierversuchsfreie Forschung ausloben. Wir GRÜNEN werden den  
1774 Tierschutz bei der Bewertung und Genehmigung von Versuchen stärken sowie die  
1775 Kontrollen ausbauen.

#### 1776 **Klare Vorgaben bei Tieren in Privathand – für einen sensiblen Umgang mit 1777 Wildtieren**

1778 Auch für mehr Tierschutz bei der privaten Tierhaltung setzen wir GRÜNEN uns ein.  
1779 Um das Katzenelend zu reduzieren, wollen wir die Kastration von Katzen durch  
1780 kommunale Kastrationssatzungen mit Förderprogrammen des Landes begleiten. Die  
1781 von der Ampelkoalition im Bund angekündigte Identitätsprüfung für den  
1782 Onlinehandel mit Heimtieren unterstützen wir und setzen uns für ein Verbot des  
1783 postalischen Versandes von Tieren ein. Zudem wollen wir Spontankäufe durch eine  
1784 stärkere Kontrolle von Tierbörsen verhindern.

1785 Der internationale Wildtierhandel gefährdet den Artenschutz und erhöht das  
1786 Risiko von auf den Menschen übertragbaren Krankheiten. Die zunehmende Haltung  
1787 von exotischen Tieren stellt Einrichtungen, die Wildtiere aufnehmen, vor  
1788 Herausforderungen, weil Halter\*innen nicht selten mit dem Tier überfordert sind  
1789 und dieses dann im Tierheim landet. Wir GRÜNEN werden die Halter\*innen von

1790 exotischen Tieren frühzeitig mit Hilfe eines Sachkundenachweises dazu befähigen,  
1791 ihre Tiere so artgerecht wie möglich zu halten und sich der mit der Haltung  
1792 verbundenen Herausforderungen und Gefahren bewusst zu sein. Bestimmte Tiere,  
1793 insbesondere gefährliche, gehören nicht in Privathände. Wir treiben die  
1794 Weiterentwicklung der niedersächsischen Gefahrtierverordnung voran und richten  
1795 eine zentrale Datei für exotische Wildtiere ein, auf die sowohl Veterinär- als  
1796 auch Naturschutzbehörden Zugriff haben. Wir GRÜNEN setzen uns ferner dafür ein,  
1797 dass Wildtiere auch in zoologischen Einrichtungen so tiergerecht wie möglich  
1798 gehalten werden. Zoos müssen dazu verstärkt den veränderten  
1799 tiergartenbiologischen Erkenntnissen Rechnung tragen. Zudem werden wir  
1800 Tiergärten so unterstützen, dass sie auch als Auffangstationen für  
1801 beschlagnahmte, nicht auswilderungsfähige Wildtiere aller Arten dienen können.  
1802 Die Haltung von Wildtieren in Zirkussen lehnen wir ab. Daher begrüßen wir das  
1803 Vorhaben der neuen Bundesregierung, eine Positivliste für Wildtiere einzuführen,  
1804 die nach einer Übergangsfrist noch in Zirkussen gehalten werden dürfen.

#### 1805 **Tierheime stärken**

1806 Wir GRÜNEN fordern, dass die Finanzierung der Tierheime durch die Kommunen  
1807 sichergestellt wird. Wir werden uns für die bessere Unterstützung der Arbeit von  
1808 Tierheimen einsetzen und ein Förderprogramm zur baulichen Sanierung von  
1809 Tierheimen auflegen. Wir möchten auch weiterhin das wichtige freiwillige und  
1810 ehrenamtliche Engagement vieler Menschen für den Tierschutz und die Tierheime  
1811 stärken (vgl. Niedersachsen in Bewegung).

#### 1812 **Moorschutz ist Klima- und Artenschutz**

1813 Moore entziehen als CO<sub>2</sub>-Senken der Atmosphäre Treibhausgase, sind Lebensraum für  
1814 seltene Arten und fungieren mit ihrer Schwammfunktion als natürliche  
1815 Wassermanager und -filter. Doch fast alle unsere Moore sind in einem schlechten  
1816 Zustand. Entwässert geben sie das in ihnen über mehrere Tausend Jahre  
1817 gespeicherte CO<sub>2</sub> wieder frei und zersetzen sich immer weiter. Als moorreichstes  
1818 Bundesland stehen wir hier in besonderer Verantwortung. Rund 11 Prozent der  
1819 niedersächsischen Treibhausgasemissionen stammen aus trockengelegten Moorböden.

1820 Wir GRÜNEN wollen diesen Klimaschatz heben und machen aus unseren Moorböden  
1821 wieder CO<sub>2</sub>-Senken. Durch die Einrichtung einer Landesgesellschaft für Moorschutz  
1822 bringen wir Tempo in den Moorschutz und ermöglichen eine besonders effiziente  
1823 Umsetzung der angekündigten Moorschutzmittel des Bundes in Niedersachsen. Das  
1824 Aktionsprogramm niedersächsische Moorlandschaften entwickeln wir weiter und  
1825 konkretisieren Ziele und Zeitpläne für die Wiedervernässung und den Stopp der  
1826 Klimaemissionen aus kohlenstoffhaltigen Böden. Wir lenken gezielt  
1827 Kompensationsmaßnahmen in die Moorvernässung und den Klimaschutz. Die Industrie  
1828 nehmen wir wirksam in die Pflicht, vormalige Torfabbauflächen so zu  
1829 restaurieren, dass wieder eine torfbildende Vegetation entsteht.

1830 Die Umstellung bisheriger landwirtschaftlicher Nutzung auf moorerhaltende  
1831 Bewirtschaftungsformen wie die Paludikultur unterstützen und fördern wir (vgl.  
1832 Für eine andere Agrarpolitik). Als Torfabbauland Nummer 1 ist für uns GRÜNE  
1833 klar, dass wir einerseits keine neuen Abbaugenehmigungen mehr erteilen werden,  
1834 aber gleichzeitig auch die Torfnutzung ersetzen und die Nachfrage somit senken  
1835 müssen. Das Land geht dabei mit gutem Beispiel voran: Es verzichtet auf den  
1836 Einsatz torfhaltiger Erden auf landeseigenen Flächen, nutzt torffreie  
1837 Alternativen und achtet bei Neuanpflanzungen darauf, dass diese aus torffreier  
1838 Anzucht stammen. Dies gilt auch soweit möglich für Förderprogramme.

1839 Mit einem Programm Gärtnern ohne Torf für den gewerblichen Gartenbau  
1840 unterstützen wir die schrittweise Erhöhung des Anteils von Torfersatzstoffen im  
1841 Erwerbsgartenbau. Durch das Label Torffrei aus Niedersachsen schaffen wir  
1842 Transparenz für Verbraucher\*innen sowie neue Absatzmärkte für torffreie  
1843 Alternativen. Innerhalb der EU und gegenüber dem Bund setzen wir uns für  
1844 Moorschutzvereinbarungen mit den weiteren torfreichen EU-Ländern und die  
1845 Einführung einer wirksamen Torfabgabe auch bei Importen ein. Auf diese Weise  
1846 können wir Klimafolgekosten stärker einpreisen, die Torfnachfrage senken und  
1847 eine bloße Verlagerung des Torfabbaus verhindern.

## 1848 **8. Sozial und ökologisch bauen und wohnen**

1849 Gutes Wohnen ist für uns GRÜNE Grundrecht: Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum und  
1850 leiten die ökologisch-soziale Transformation im Gebäudesektor ein. Von knappem  
1851 und teurem Wohnraum in Städten und Ballungsräumen bis hin zu Leerstand in Teilen  
1852 des ländlichen Raumes – die Herausforderungen sind vielfältig und unter Rot-  
1853 Schwarz ist zu wenig passiert, um diese anzugehen. Es braucht den Mut, neue  
1854 Ideen und Nutzungskonzepte zu entwickeln und umzusetzen.

### 1855 **Gutes Wohnen für alle**

1856 Die Sozialwohnungsquote in Niedersachsen geht stetig zurück – das werden wir  
1857 GRÜNEN ändern. Wir schaffen dauerhaft mindestens 100.000 neue Sozialwohnungen,  
1858 modernisieren den Gebäudebestand klimagerecht und vitalisieren die Quartiere und  
1859 Innenstädte. Um sowohl die Sanierung von Gebäuden, die Stärkung des sozialen  
1860 Wohnungsmarktes in öffentlicher Hand und Milliardeninvestitionen mit dem  
1861 Niedersachsen Fonds (vgl. Nachhaltig Haushalten) zu ermöglichen, gründen wir  
1862 eine gemeinnützige Landesgesellschaft Wohnen und Klima. Land und Kommunen sind  
1863 beim Erneuern, Bauen und Vermieten Vorreiter\*innen für modernen, bezahlbaren  
1864 Wohnraum. Gemeinsam mit den Kommunen und ihren Wohnungsbaugesellschaften saniert  
1865 die Landesgesellschaft für Wohnen und Klima den Gebäudebestand der öffentlichen  
1866 Hand klimaneutral, barrierefrei und sozial – vom Mietshaus bis zum Ministerium.  
1867 Zudem schafft sie neuen öffentlich-gemeinnützigen Wohnraum, möglichst durch  
1868 ressourcenschonendes Aufkaufen, Ausbauen und Aufstocken von Gebäuden. Neubau  
1869 erfolgt, wo zwingend nötig, klimagerecht und flächenschonend.

1870 Die Gründungen neuer Wohnungsbaugenossenschaften fördern wir und stärken  
1871 Bauträger\*innen, die sich dem Gemeinwohl verpflichten und langfristige Sozial-  
1872 und Mietpreisbindungen eingehen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen  
1873 unterstützen das Ziel der Bundesregierung, eine neue Wohngemeinnützigkeit auf  
1874 den Weg zu bringen. Die Wohnbauförderprogramme richten wir neu aus und  
1875 honorieren nach Vorbild anderer Bundesländer verstärkt ökologisches,  
1876 energieeffizientes, klimafreundliches Bauen und Sanieren sowie den sozialen  
1877 Wohnungsbau. Einen besonderen Fokus legen wir auf die Förderung von Umbauten.  
1878 Gerade im ländlichen Raum stehen wir vor der Herausforderung, teilweise  
1879 ungenutzte Gebäude zukunftsgerecht umzubauen. Dafür fördern wir gezielt Formen  
1880 des gemeinschaftlichen generationenübergreifenden Zusammenlebens. So können alte  
1881 Bauernhäuser zu Mehrgenerationen-Wohngemeinschaften ausgebaut oder leerstehende  
1882 Gebäude mit Fördermitteln barrierefrei und klimafreundlich saniert und damit  
1883 attraktiver gemacht werden.

### 1884 **Mietpreisbremse konsequent anwenden und Mieter\*innenberatung ausbauen**

1885 Wir stellen sicher, dass die Mietpreisbremse, wo immer im Land notwendig,  
1886 angewendet werden kann und stärken die Vorkaufsrechte von Kommunen bei

1887 Immobilien- und Grundstücksveräußerungen. Immer mehr Wohnungen werden dem  
1888 Mietmarkt entzogen und profitabel als Ferienwohnung oder möblierte Short-Term-  
1889 Rentals genutzt – nicht nur auf den Ferieninseln. Deshalb planen wir, das  
1890 Zweckentfremdungsgesetz nachzuschärfen und den Kommunen zu ermöglichen, es  
1891 überall zur Anwendung zu bringen. Auf dem Wohnungsmarkt sind Mieter\*innen ihren  
1892 Vermieter\*innen aufgrund des knappen Angebots an Wohnraum nicht selten  
1893 ausgeliefert. Mangelnde Kenntnis der Rechtslage führt dann oft dazu, dass  
1894 Vermieter\*innen regelwidrig Mietpreise erhöhen, Kauttionen nicht richtig  
1895 verwahren oder viel zu hohe Mieten verlangen. Wir weiten die  
1896 Mieter\*innenberatung aus und richten eine landesweite Hotline ein, bei der  
1897 Bürger\*innen eine kostenlose Miet- und Mietrechtsberatung erhalten. Einen  
1898 besonderen Fokus legen wir hierbei auf Fragen der Diskriminierung auf dem  
1899 Mietmarkt.

1900 Wir GRÜNEN stehen für konsequenten Wohnraumschutz und wollen gutes Wohnen für  
1901 alle zum Standard machen, auch für Gemeinschaftsunterkünfte etwa für  
1902 Erntehelfer\*innen oder Beschäftigte in der Schlachtbranche. Wir machen die im  
1903 Wohnraumschutzgesetz verankerten Standards auch für Gemeinschaftsunterkünfte  
1904 verbindlich. Zusätzlich stärken wir die Wohnraumaufsicht, um sicherzustellen,  
1905 dass das Gesetz für menschenwürdiges Wohnen Für Menschen in Wohnungsnotfällen  
1906 wollen wir Fachstellen einrichten, die Menschen kurzfristig vor der  
1907 Obdachlosigkeit schützen.

#### 1908 **Menschen aus der Wohnungslosigkeit begleiten**

1909 Die zunehmende Wohnungsnot und die schwierige Lage auf dem Wohnungsmarkt hat  
1910 auch die Zahl der Wohnungs- und Obdachlosen steigen lassen. Mehr als zehntausend  
1911 Menschen in Niedersachsen sind betroffen. Wenn Menschen ihre Wohnung verlieren,  
1912 werden sie in einem elementaren Grundrecht beschnitten. Wir sorgen dafür, dass  
1913 das Recht auf Wohnen für alle Menschen in Niedersachsen eingelöst und  
1914 Obdachlosigkeit deutlich verringert wird. Das wichtigste Mittel im Kampf gegen  
1915 Obdachlosigkeit ist zu verhindern, dass es überhaupt dazu kommt. Das vorhandene  
1916 kommunale Netz der Fachstellen zur Wohnungssicherung, die tätig werden, wenn  
1917 Wohnungsverlust droht, muss gestärkt und weiter ausgebaut werden. Auch wollen  
1918 wir dafür sorgen, dass möglichst flächendeckend Hilfsangebote greifen, um  
1919 Mieter\*innen bei der Bewältigung ihrer finanziellen Notlage und sozialer Krisen  
1920 zu unterstützen. Einen erfolgversprechenden Ansatz, um Menschen aus der  
1921 Obdachlosigkeit zu begleiten, verfolgen Housing first-Projekte. Es hat sich  
1922 gezeigt, dass viele soziale Probleme erst dann gut angegangen werden können,  
1923 wenn Menschen wieder in einer Wohnung leben. Mit Housing first wird  
1924 Wohnungslosen eine Wohnung in Kombination mit sozialer Unterstützung angeboten.  
1925 Die Betroffenen werden dann, sobald sie eine Wohnung haben, je nach Situation  
1926 bei der Beantragung von Sozialleistung und dem (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben  
1927 begleitet. Mit einem Landesprogramm gegen Wohnungslosigkeit werden wir Housing  
1928 first-Projekte gezielt fördern, Obdachlosenunterkünfte und soziale  
1929 Unterstützungsmaßnahmen ausbauen und die Förderung der langfristigen  
1930 Mieter\*innenbegleitung für Wohnungslose verbessern. Wir wollen ein Sonder-  
1931 programm Wohnraum für besondere Bedarfsgruppen und Wohnungslose im Rahmen der  
1932 sozialen Wohnraumförderung auflegen, den Ankauf von Belegrechten unterstützen  
1933 und gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass die wirtschaftlichen Risiken  
1934 der Vermietung von Wohnraum an Personen in besonderen Problemlagen aufgefangen  
1935 werden. Eine gute und zielgruppengerechte Beratungsstruktur ist auch für die

1936 große Zahl von wohnungslosen Migranten\*innen und Geflüchteten wichtig. Dies  
1937 werden wir mit den Kommunen angehen.

1938 **Nachhaltig bauen und sanieren – Klimaschutzpotenziale heben**

1939 Die Transformation des Gebäudesektors ist ein Schlüssel zur dauerhaften Senkung  
1940 der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Bei Neu- und Umbauten setzen wir auf die Verwendung  
1941 schadstofffreier, nachwachsender und recycelter Baustoffe. Gebäude sind die  
1942 Rohstofflager der Zukunft – das Recycling der Baumaterialien denken wir bereits  
1943 im Planungsprozess mit. Jedes Gebäude, das weitergenutzt wird, spart Abriss,  
1944 Deponie und Rohstoffkosten. Renovierung, Umbau und Modernisierung haben stets  
1945 Vorrang vor Abriss. Bereits beim Neubau denken wir mit, dass die Gebäude  
1946 zurückgebaut oder recycelt werden können. Wir integrieren entsprechende Auflagen  
1947 in bestehende Förderprogramme und bringen ein Programm für den Einsatz von  
1948 Recycling-Baustoffen auf den Weg. Die von uns GRÜNEN errichtete Klima- und  
1949 Energieagentur Niedersachsen (KEAN) bauen wir aus und entwickeln sie zur Klima-  
1950 und Nachhaltigkeitsagentur weiter – mit mehr Kompetenzen auch im Bereich  
1951 Material- und Ressourcenschonung sowie ökologisches Bauen. Wir legen einen  
1952 Gebäuderessourcenausweis analog zum Gebäudeenergieausweis auf.

1953 Wir GRÜNEN bringen die energetische Sanierung voran. Das senkt CO<sub>2</sub>-Emissionen  
1954 und reduziert Wohnkosten. Die vorhandenen Förderinstrumente stellen wir auf den  
1955 Prüfstand und entwickeln sie bedarfsgerecht weiter. Das Fördermittelvolumen  
1956 werden wir an der Nachfrage ausrichten und die Beratung ausbauen: Jeder Person,  
1957 die energetisch sanieren will, bieten wir Unterstützung an. Um die  
1958 Sanierungsrate schnell und effizient zu erhöhen, stärken wir die Möglichkeiten  
1959 der seriellen Sanierung. Unsere GRÜNE Wärmewende ist eine soziale: Wir  
1960 flankieren die energetischen Sanierungen mit einem Förderprogramm zur  
1961 Wärmewende, das gezielt bei unteren Einkommensgruppen ansetzt und dazu beiträgt,  
1962 dass die Gesamtmieten nicht steigen. Dies bedeutet, gerade in Altbauten die  
1963 stärkere energetische Sanierung oder den Austausch von Öl- und Gasheizungen  
1964 gegen erneuerbare Energien so zu fördern, dass die Einsparungen bei Öl- und Gas  
1965 höher sind als die Mehrkosten durch die Investition. So wird vor allem an immer  
1966 teurer werdenden Heizkosten gespart. Durch dieses Förderprogramm profitieren  
1967 alle. Die Vermieter\*in bekommt ein energiesparenderes, modernes Gebäude, die  
1968 Mieter\*innen senken die Heizkosten und leben in einem klimaverbesserten Gebäude.  
1969 Durch den Fokus auf Altbauten mit hohen Energieverbräuchen und  
1970 einkommensschwachen Mieter\*innen schützen wir wirksam das Klima und halten die  
1971 Gesamtmiete mindestens stabil.

1972 Mit der Solardachpflicht, einem Förder- und Ausbauprogramm für klimaneutrale  
1973 Wärmepumpen auf Basis erneuerbarer Energien, Geothermieanlagen und  
1974 Kleinwindrädern bringen wir die Energiewende in den Gebäudesektor. Besondere  
1975 Synergieeffekte für Energiegewinnung, nachhaltige Gebäudekühlung und ein  
1976 gesundes Stadtklima bietet die gezielte Kombination von Solar- und Gründächern,  
1977 die wir besonders honorieren werden. Mieter\*innen profitieren von der  
1978 gebäudeeigenen Energiegewinnung durch Mieterstromangebote. Um den Anteil an  
1979 erneuerbaren Energien beim Heizen auszubauen und das fossile Zeitalter auch im  
1980 Heizungskeller zu beenden, bringen wir nach Vorbild Baden-Württembergs ein  
1981 eigenes Erneuerbare-Wärme-Gesetz auf den Weg. Mit diesem werden wir schrittweise  
1982 verpflichtende Mindestquoten für erneuerbare Wärme bei Heizungstausch oder  
1983 Sanierung einführen (vgl. Energiewende gestalten).

1984 Das Land als Bauherr wird mit der neuen Landesgesellschaft für Klima und Wohnen  
1985 Vorreiter bei der Energiewende im Gebäudebestand sein. Wir stellen klimagerechte  
1986 Standards für landeseigene Gebäude auf, sanieren diese grundsätzlich mit  
1987 kreislaufgerechten Materialien und nutzen soviel erneuerbare Energien wie  
1988 möglich. Nach einem festen Zeit- und Fahrplan machen wir die öffentlichen  
1989 Gebäude bis 2035 klimaneutral und fangen mit der Sanierung der  
1990 klimaschädlichsten Altbauten an. Bei Auftragsvergaben der öffentlichen Hand  
1991 stärken wir die Gewichtung von Qualitätskriterien gegenüber dem Preis und legen  
1992 ökologische Grundanforderungen für Baustoffe fest. Die Fortbildung und Beratung  
1993 der Vergabestellen in diesem Bereich bauen wir aus, damit sie Spielräume des  
1994 Vergaberechts zum nachhaltigen und zukunftsfähigen Bauen gezielt nutzen können  
1995 (vgl. Niedersachsen, ein Staat der funktioniert).

#### 1996 **Baurecht modernisieren – Baudenkmäler erhalten**

1997 Die Landesbauordnung braucht ein Update. Wir passen sie an die Klima- und  
1998 Nachhaltigkeitsziele an. Das ökologische und klimaschonende Bauen, den Einsatz  
1999 von alternativen Baustoffen wie Stroh und Holz und die Sanierung von  
2000 Bestandsbauten stärken wir GRÜNEN – beispielsweise durch Abweichungen von  
2001 Neubaurichtlinien und die Erleichterung der Zertifizierung von umweltgerechten  
2002 und recycelten Baustoffen. Für den Einsatz von Recycling-Baustoffen legen wir  
2003 Mindestquoten fest, auch in öffentlichen Ausschreibungen. Bei Neubau und  
2004 grundlegender Dachsanierung verankern wir eine Solarpflicht sowohl bei  
2005 gewerblichen als auch bei privaten Gebäuden. Wir vereinfachen den  
2006 Dachgeschossausbau, beispielsweise mit Blick auf die Anforderungen der  
2007 Barrierefreiheit, und verbessern die Möglichkeiten zu unterschiedlichen  
2008 Nutzungen auf einem Grundstück. Mischgebiete erleichtern wir und bringen so  
2009 gemeinsam mit den Kommunen Modelle wie Wohnen über dem Supermarkt voran.  
2010 Insbesondere in Großstädten, wo durch die Stärkung der autofreien Innenstädte  
2011 und den Ausbau niedrigschwelliger Carsharing-Angebote immer weniger Haushalte  
2012 ein eigenes Auto haben, schaffen wir die Stellplatzvorgaben ab. Die  
2013 Bauverwaltung stärken wir, um zielorientierten Vollzug zu ermöglichen und die  
2014 Genehmigungsverfahren zu beschleunigen.

2015 Niedersachsen ist reich an bedeutenden Baudenkmälern aus unterschiedlichen  
2016 Epochen. Die Bewahrung dieses Erbes stellt die Gegenwart immer wieder neu vor  
2017 Herausforderungen. Viele der in Niedersachsen unter Denkmalschutz stehenden  
2018 Gebäude sind mit ihren Naturbaustoffen Vorbilder für ökologisches Bauen. Diese  
2019 werden wir behutsam energetisch sanieren und auf die Nutzung erneuerbarer  
2020 Energien umstellen. Dazu nehmen wir den Klima- und Ressourcenschutz in den Kanon  
2021 der verpflichtend abzuwägenden Ziele im Landesdenkmalschutzgesetz auf.  
2022 Begrenzungen und Hemmnisse für die Nutzung reversibler Solaranlagen auf  
2023 denkmalgeschützten Dächern schaffen wir ab.

#### 2024 **Stadt und Land zusammen zukunftsfähig gestalten**

2025 Was wären unsere Städte ohne ihr Umland, was die ländlichen Räume ohne die  
2026 Städte? Die aktuellen Herausforderungen von Klimawandel bis zur Corona-Pandemie  
2027 zeigen, wie wichtig es ist, die Stadt-Land-Beziehungen und regionalen Kreisläufe  
2028 zu stärken. Von eng verzahnten Verkehrsverbänden, regionalen Innovationssystemen  
2029 und Wirtschaftsklustern, Energie-, Kreislaufwirtschafts- und Ernährungssystemen  
2030 über soziale Infrastrukturen und vernetzte Naturräume bis zu regionalen Kultur-,  
2031 Erholungs- und Tourismusangeboten – das bringen wir gemeinsam mit Akteur\*innen  
2032 vor Ort auf den Weg.

2033 Wir GRÜNEN denken Landesentwicklung ganzheitlich und stellen die Besonderheiten  
2034 und Wechselbeziehungen aller Regionen in den Mittelpunkt. Es bedarf endlich  
2035 eines echten Landesentwicklungsplans, der die verschiedenen Fachstrategien  
2036 zusammenführt und Basis für regionale Handlungsstrategien sowie Planungs- und  
2037 Förderinstrumente ist. Das Landes-raumordnungsprogramm machen wir zu einem  
2038 Gestaltungsinstrument für die ökologische Transformation und stimmen alle  
2039 Planungen auf die Umwelt- und Klimaziele ab. Um den Windenergieausbau schneller  
2040 voranzubringen, werden wir 2,5 Prozent der Landesfläche als geeignete  
2041 Vorrangflächen für Windenergie ausweisen und 15 Prozent der Landesfläche in ein  
2042 Biotopverbundsystem überführen. Zur Umsetzung der verbindlichen Fauna-Flora-  
2043 Habitat- (FFH-) und Wasserrahmenrichtlinien ziehen wir Kompetenzen zur  
2044 Ausweisung und Pflege von Schutzgebieten auf die Landesebene. Raumordnung und  
2045 Planfeststellung verzahnen wir noch stärker – damit letztere nicht erst anfängt,  
2046 wenn das Raumordnungsverfahren abgeschlossen ist.

#### 2047 **Klimaschonende Siedlungsentwicklung – Flächenverbrauch stoppen**

2048 Durch eng vernetzte flächenschonende Verkehrs- und Siedlungsplanung beugen wir  
2049 weiterer Zersiedlung vor und bringen bis 2030 die Neuversiegelung auf unter drei  
2050 Hektar pro Tag und bis zum Jahr 2050 auf Netto-Null. Siedlungsgebiete sollen  
2051 eher in die Höhe als in die Breite wachsen und Baulücken konsequent geschlossen  
2052 werden. Dazu setzen wir Anreize und treiben dies mit den Kommunen, in letzter  
2053 Konsequenz auch mit einer Baupflicht, voran.

2054 Unsere Niedersächsische Landgesellschaft (NLG) machen wir zur Partnerin der  
2055 Kommunen bei der örtlichen Siedlungsentwicklung und nutzen deren Möglichkeiten  
2056 zur Bevorratung, zum Verkauf und zur Verpachtung von Flächen im Sinne des  
2057 Gemeinwohls. Den Kommunen räumen wir GRÜNEN wo möglich im Rahmen unseres  
2058 Grundstücksverkehrsgesetzes bessere Vorkaufsrechte für Baugrundstücke ein. Wir  
2059 stärken die Flächenkreislaufwirtschaft, z. B. durch überregionale Flächenpools,  
2060 intelligente Flächenzertifikatesysteme, den Einsatz von Flächen- und  
2061 Leerstandsmanager\*innen. Mit Modellprojekten zum generationenübergreifenden  
2062 Gebäude- und Flächentausch, wie Jung kauft alt oder Wohnungstauschbörsen,  
2063 bringen wir flächenschonende Wohnformen voran. Zudem wirken wir damit dem Effekt  
2064 entgegen, dass Erfolge der Senkung des Energieverbrauchs pro Quadratmeter durch  
2065 immer größere Wohnflächen pro Person zunichtegemacht werden. Werden im  
2066 Ausnahmefall neue Baugebiete ausgewiesen, müssen diese klimaneutral sein. Eine  
2067 zentrale, klimaneutrale Wärme- und Stromversorgung zum Beispiel mittels  
2068 Solarenergie oder Geothermie muss bei der Quartiersentwicklung eingeplant  
2069 werden.

#### 2070 **Attraktive Städte und lebendige ländliche Räume**

2071 Städte sind kleine Ökosysteme mit einem Mikroklima – ein gesundes Stadtklima ist  
2072 elementar für attraktive urbane Räume. Wir werden Modellprojekte zur Umsetzung  
2073 von klimaneutralen Quartieren und Klimaanpassungsmaßnahmen wie  
2074 Starkregenvorsorge verstärkt fördern. In verdichteten Innenstädten schaffen wir  
2075 Entsiegelungsanreize, das Stadtgrün zu erhalten und bunte vielfältige Gründächer  
2076 zu gestalten. Dies verbessert das Stadtklima und macht Städte attraktiver und  
2077 lebenswerter (vgl. Kapitel Sauberes Wasser, saubere Luft, gesunde Böden).

2078 Innovative Idee zur Stadtentwicklung von Smart Cities über Schwammstädte bis zu  
2079 lokalen Ökonomien bringen wir GRÜNEN gemeinsam mit den Kommunen in Form von  
2080 vielfältigen Modellprojekten voran und unterstützen diese beim Best-Practice-  
2081 Austausch. Zur Reduzierung von gewerblichem Leerstand in Innenstädten setzen wir

2082 Anreize für Multinutzungskonzepte und Zwischennutzungen, beispielsweise für  
2083 gemeinnützige Akteur\*innen oder kulturelle Träger, und bauen bestehende  
2084 Hemmnisse für diese im Baurecht ab.

2085 Ländliche Räume gewinnen an Attraktivität – neue Formen des digitalen Arbeitens  
2086 ermöglichen ganz neuen Berufsgruppen ein Leben im ländlichen Raum ohne lange  
2087 Wege. Neben einer guten Verkehrs- und Internetanbindung und wohnortnaher  
2088 Versorgungsinfrastrukturen braucht es innovative Formen der Dorfentwicklung. Wir  
2089 bringen Initiativen zur Schaffung von Begegnungsorten im ländlichen Raum voran,  
2090 die Angebote der Nahversorgung, der Kultur, Bildung und  
2091 Gesundheitsdienstleistungen bündeln. Dorfläden und -büros sowie Co-Working-  
2092 Spaces als innovative Möglichkeit für mobile Arbeit fördern wir. Der  
2093 Zusammenhalt von Nachbarschaften in Dorf und Stadtquartieren ist keine  
2094 Selbstverständlichkeit. Eine gute Stadtplanung, die menschenfreundliche  
2095 Gestaltung des öffentlichen Raumes, die aktive Unterstützung von sozialen  
2096 Beziehungen sollen dazu beitragen, Quartiers- und Dorfgemeinschaften zu stärken  
2097 und resilienter zu machen. Wir haben vor, die Gemeinwesenarbeit in  
2098 Nachbarschaftsinitiativen, Dorfgemeinschaftshäusern und Stadtteiltreffs  
2099 gemeinsam mit den Kommunen zu stärken (vgl. Zivilgesellschaft unterstützen).

2100 Innovationscluster und Modellregionen stärken die regionale Wertschöpfung und  
2101 beleben ländliche Räume. Hier gibt es noch viel Potenzial, das wir heben wollen.  
2102 Großflächige Einzelhandelsansiedlungen auf der grünen Wiese und Outlet-Center an  
2103 Autobahnen hingegen lehnen wir ab. Sie ziehen Kaufkraft aus den Innenstädten und  
2104 Dorfkernen ab und lösen unnötige neue Verkehrsströme aus (vgl. Innovatives  
2105 Niedersachsen).

#### 2106 **Starke Verbraucher\*innen**

2107 Bei der Transformation zu einer nachhaltigen und klimagerechten Gesellschaft  
2108 spielen Verbraucher\*innen eine Schlüsselrolle. Verkehrs-, Ernährungs-, Energie-  
2109 und Wärmewende, Divestment, Digitalisierung – all dies gelingt nur mit  
2110 Verbraucher\*innen. Eine bewusste Entscheidung der Verbraucher\*innen bedarf guter  
2111 Verbraucher\*inneninformation. Erste Anlaufstelle ist unsere niedersächsische  
2112 Verbraucherzentrale, die wir fit für die Themen der Zukunft machen. Wir bauen  
2113 sowohl digitale Beratungsangebote als auch die Vor-Ort-Beratung in der Fläche  
2114 weiter aus. Dazu testen wir auch neue Modelle wie die mobile Beratung. Das  
2115 thematische Beratungsspektrum und die Marktwächterfunktion müssen entlang der  
2116 aktuellen Herausforderungen ausgebaut werden, insbesondere in den Bereichen  
2117 Ernährung, Energie, Finanzen und Vorsorge, Medien, Digitalisierung und  
2118 Nachhaltigkeit. Die Verbraucher\*innen brauchen aber nicht nur Beratung, sie  
2119 brauchen auch ein\*e Anwält\*in für ihre Rechte. Die Verbraucherzentrale  
2120 unterstützen wir daher dabei, die Möglichkeit der neuen Europäischen  
2121 Verbandsklagerichtlinie aktiv nutzen zu können und als Klägerin eine  
2122 Musterfeststellungsklage zu führen.

#### 2123 **Gutes Essen für alle**

2124 Niedersachsen als Agrar- und Ernährungsland hat das Potenzial, eine  
2125 richtungsweisende, zukunftsfähige Ernährungslandschaft zu gestalten. Stadt und  
2126 Land, Produzent\*innen und Konsument\*innen, Tradition und Moderne zusammen denken  
2127 ist unser GRÜNES ernährungspolitisches Leitbild. Eine Ernährungsstrategie auf  
2128 dem Papier allein reicht nicht – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sie um. Dabei  
2129 beziehen wir die Ernährungsräte aktiv ein, die sich in immer mehr  
2130 niedersächsischen Städten und Kommunen bilden.

2131 Wichtigster täglicher Essensort ist für viele Menschen die Kantine. Wir wollen,  
2132 dass es dort gutes, gesundes, möglichst regional produziertes Essen zu fairen  
2133 Preisen gibt. Projekte wie das Kopenhagener House of Food und die Berliner  
2134 Kantine Zukunft zeigen, wie die Gemeinschaftsverpflegung der Zukunft aussehen  
2135 kann - mit und ohne Currywurst. Sie beraten und begleiten Großküchen bei der  
2136 Umstellung zu mehr Bioprodukten. Wir werden auch in Niedersachsen solche  
2137 Beratungsangebote für Kantinen von der Kita bis zum Mobilitätsunternehmen  
2138 schaffen, damit diese erfolgreich auf mehr Bioprodukte umstellen. Zudem bringen  
2139 wir ein Landesprogramm für gutes Schulessen auf den Weg (vgl. GRÜNE machen  
2140 Schulen).

2141 Noch immer landen zu viele Lebensmittel in der Tonne. Wir ergreifen Maßnahmen,  
2142 um die Lebensmittelverschwendung zu reduzieren. Lebensmittelretter\*innentüten,  
2143 Noch länger gut- Aktionen, Überraschungstüten zu Ladenschluss zum günstigen  
2144 Preis, lokale Fairteilerstationen oder Angebote der Tafeln – diese vielfältigen  
2145 Ansätze bringen wir voran. Für besonders innovative Projekte loben wir einen  
2146 Lebensmittelretter\*innen-Preis aus. Das Containern muss endlich  
2147 entkriminalisiert und das Mindesthaltbarkeitsdatum modernisiert werden. Aktuelle  
2148 Vorstöße auf Bundes- und EU-Ebene unterstützen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus  
2149 Niedersachsen. Lebensmittelverschwendung fängt häufig schon bei der Ernte an.  
2150 Damit weniger Reste auf dem Feld liegen bleiben, stärken wir alternative Absatz-  
2151 und Vermarktungswege für krummes Gemüse sowie Erntereste und nutzen Spielräume  
2152 bei der Anwendung von Vermarktungsnormen. In der Außer-Haus-Verpflegung schaffen  
2153 wir ein stärkeres Bewusstsein für das Entstehen der Lebensmittelabfälle und  
2154 setzen Modellprojekte zur Reduktion um, beispielsweise in der Schulverpflegung.

#### 2155 **Förderstrategie zur Entwicklung von Stadt und Land aus einem Guss**

2156 Die Ämter für regionale Landesentwicklung machen wir zu der zentralen  
2157 Förderinstitutionen für die Flächen- und Strukturförderung in Niedersachsen, um  
2158 so eine optimal an den regionalen Bedürfnissen orientierte Förderung aus einer  
2159 Hand zu gewährleisten. Die regionalen Programme der EU-Struktur- und  
2160 Flächenfonds und die verschiedenen Landessprogramme richten wir daran aus, dass  
2161 sie die ökologische-soziale Transformation gestalten, vielfältige soziale  
2162 Infrastrukturen schaffen und nachhaltige Mobilitätsangebote für alle  
2163 ermöglichen. Unsere GRÜNE Förderstrategie greift sowohl die Ziele des  
2164 europäischen Green Deals als auch die von unten entwickelten Regionalen  
2165 Handlungsstrategien konsequent auf. Maßnahmen, die Umwelt- und Klimazielen  
2166 entgegenlaufen, werden wir streichen. In klimarelevanten Förderprogrammen  
2167 schreiben wir konkrete Klimaziele fest sowie einen Mindestanteil an Maßnahmen,  
2168 die bilanzierungsfähige CO<sub>2</sub>-Einsparungen erzielen. Wir stärken die Beratung für  
2169 Antragsteller\*innen, von den Kommunen bis zur ehrenamtlichen Initiative,  
2170 vereinfachen den Antragstellungsprozess, verbessern die Möglichkeiten zur  
2171 digitalen Antragstellung und entwickeln neue Instrumente zur Wirkungs- und  
2172 Erfolgsmessung.

## **Kap.2** Niedersachsens ökologischen Schatz bewahren

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 06.04.2022

Tagesordnungspunkt: 2.3. Kapitel II - Niedersachsens ökologischen Schatz bewahren

### Antragstext

#### 1 **Niedersachsens ökologischen Schatz bewahren**

#### 2 **Sauberes Wasser, saubere Luft, gesunde Böden**

#### 3 **Wasser ist Leben – Sauberes Wasser ist Lebensgrundlage**

4 „Wasser ist ein Menschenrecht – keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes  
5 Gut, das geschützt und sorgsam behandelt werden muss“, so formuliert es die  
6 Nationale Wasserstrategie. Doch unser Wasser steht unter Druck. Ob Nitrat oder  
7 Medikamentenreste: Immer mehr Schadstoffe belasten Grundwasser, Bäche und  
8 Flüsse. Die Klimakrise verschärft das Problem. Nur 2 Prozent der  
9 niedersächsischen Bäche, Flüsse und Seen sind in einem guten ökologischen  
10 Zustand – dabei soll dieser nach EU-Wasserrahmenrichtlinie bis spätestens 2027  
11 für alle Gewässer erreicht sein. Der Wasserschutz ist in den letzten Jahren  
12 massiv unterfinanziert gewesen, Fortschritt wurde kaum erreicht. Wasserschutz  
13 muss in den politischen Fokus rücken. Wir sorgen dafür, dass wir auch in Zukunft  
14 immer sauberes und bezahlbares Wasser zur Verfügung haben. Die Dürresommer haben  
15 gezeigt, dass Nutzungskonkurrenzen um die Ressource Wasser zunehmen und stärker  
16 in die Vorsorge investiert werden muss.

17 Wir GRÜNEN passen daher das Niedersächsische Wassergesetz an die  
18 Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft an. Kommunen geben wir bei  
19 Genehmigungsverfahren zu Grundwasserentnahmen die Möglichkeit eines  
20 vorsorglichen Klimapuffers. Durch die rasante Änderung unseres Klimas müssen zur  
21 Ermittlung der nutzbaren Grundwasserressourcen aktuelle Messdaten sowie  
22 Klimaprognosen zugrundegelegt werden. Den Einsatz moderner Effizienz- und  
23 Kreislauftechnologien befördern wir durch strengere Vorgaben für  
24 Wasserrechtsverfahren. Genehmigungen zur Entnahme von Grund- oder  
25 Oberflächenwasser darf es in Zukunft nur geben, wenn der Bedarf durch  
26 Effizienztechnik minimiert und das Potenzial von Alternativen wie der Nutzung  
27 von Prozess-, Regen- oder Brauchwasser ausgeschöpft ist.

28 Wir sorgen dafür, dass ökologische Aspekte bei der Gewässerunterhaltung  
29 berücksichtigt werden. Die Ausnahmen bei der Wasserentnahmegebühr für die Erdöl-  
30 und Erdgasindustrie, den Sand- und Kiesabbau und den Abbau von Bodenschätzen  
31 streichen wir. Mit einem Vorteilsmaßstab bei den Beiträgen zu den Wasser- und  
32 Bodenverbänden ähnlich wie in Schleswig-Holstein berücksichtigen wir den Vorteil  
33 von Laubwald- und Moorflächen für den Gewässerschutz, die Grundwasserneubildung  
34 und die Starkregenvorsorge. Den Nährstoffüberschuss bauen wir durch wirksame  
35 Düngerechtskontrollen und eine flächengebundene Tierhaltung ab (vgl. Für eine  
36 andere Agrarpolitik).

37 Wir gehen gegen die Verbreitung von Nitrat, multiresistenten Keimen,  
38 Antibiotika- und Medikamentenrückständen, Mikroplastik und weiteren  
39 Spurenstoffen in unseren Bächen, Flüssen und Seen vor. Dabei haben für uns die  
40 Bekämpfung an der Quelle und das Verursacherprinzip Priorität. Mit einer  
41 aktualisierten Antibiotika- und Medikamenten-Minderungsstrategie für Tier und  
42 Mensch führen wir die Erfolge aus GRÜNER Regierungszeit fort. Mit einer  
43 Untersuchung zur Belastung von Böden und Gewässern mit Mikroplastik schaffen wir  
44 einen Überblick über die Ist-Situation und leiten darauf aufbauend gezielt  
45 Maßnahmen ein, um (Mikro-)Plastikeinträge zu reduzieren. Um die steigenden  
46 Kosten bei der Abwasser- und Trinkwasseraufbereitung aufzufangen, setzen wir uns  
47 für einen Verursacherfonds ein, um damit die Produktverantwortung der  
48 Medikamentenhersteller zu stärken.

49 Die Salzeinleitungen durch den Konzern K+S wollen wir GRÜNEN bis spätestens 2027  
50 beenden. Unsere Weser ist kein Abwasserkanal für Millionen Tonnen  
51 Industrieabfälle. Weitere Verschiebungen der Umsetzung der  
52 Wasserrahmenrichtlinie und der 2016 vereinbarten Absenkung der Grenzwerte an  
53 Werra und Weser sind für uns nicht akzeptabel. Wir sehen die Kaliindustrie in  
54 der Verantwortung, ihre Altlasten zu sanieren. Die Ablagerung von Bauschutt auf  
55 den Kalihalden ist nicht geeignet, Salzauswaschungen in Gewässer zu stoppen. Wir  
56 haben vor, den Abfallwirtschaftsplan zu überarbeiten und Kalirückstände primär  
57 in die Bergwerke rückzuversetzen. Die Verklappung von Schlick – wie zurzeit mit  
58 Hamburger Baggergut vor Scharhörn geplant – im oder am Rande des Nationalparks  
59 Wattenmeer lehnen wir entschieden ab.

60 Die Vertiefungen von Elbe, Weser und Ems lehnen wir weiterhin ab und setzen uns  
61 für ein norddeutsches Hafenkonzert ein (vgl. Innovatives Niedersachsen).

## 62 **Lebendige und gesunde Bäche, Flüsse und Seen**

63 Wir GRÜNEN legen mit dem Gewässerentwicklungsplan 200 wilde Bäche für  
64 Niedersachsen ein priorisiertes Maßnahmenprogramm für die Renaturierung von  
65 Oberflächengewässern vor, um endlich Bewegung in die Umsetzung der  
66 Wasserrahmenrichtlinie zu bringen. Wir schaffen außerdem klare Zuständigkeiten  
67 für die Umsetzung der ökologischen Gewässerentwicklung und entlasten die  
68 Unterhaltungsverbände von Planungs- und Finanzierungsrisiken. Bis 2023  
69 evaluieren wir das aktuelle System und prüfen, inwiefern die ökologische  
70 Gewässerentwicklung vom Land selbst übernommen werden sollte. Wir führen darüber  
71 hinaus verbindliche Sachkundenachweise mit Schulungen für die naturverträgliche  
72 Durchführung von Unterhaltungsarbeiten an Gewässern ein. Bei unseren  
73 Förderprogrammen nutzen wir auch gezielt die Synergien zwischen Wasser- und  
74 Naturschutz und verknüpfen die Umsetzung von Natura 2000 und der  
75 Wasserrahmenrichtlinie.

76 Die Wasserkraftnutzung muss mit der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und dem  
77 Gewässerschutz in Einklang gebracht werden. Dazu müssen bestehende  
78 Wasserkraftanlagen unter ökologischen Aspekten weiterentwickelt werden und  
79 dürfen nicht weiter unsere Flüsse und Bäche blockieren.

## 80 **Klimafolgenanpassung: Zu viel und zu wenig Wasser sind zwei Seiten einer 81 Medaille**

82 Durch die Klimakrise werden wir in Niedersachsen in Zukunft mehr Dürresommer und  
83 Starkregenereignisse haben. Ein kluges, ökologisches Wassermanagement hilft  
84 sowohl bei regenreichen als auch bei regenarmen, trockenen und heißen Tagen und

85 ist unabdingbar für die Klimafolgenanpassung. Wir helfen dabei, unsere  
86 niedersächsischen Kommunen zu Schwamm-Kommunen und Green Cities  
87 weiterzuentwickeln. Die Biodiversität und Begrünung unserer Kommunen, die  
88 Stärkung des Wasserrückhaltes und das natürliche Versickern durch die Begrünung  
89 von Dächern, Fassaden und öffentlichen Flächen unterstützen wir von Landesebene  
90 mit vielfältigen bestehenden Förderangeboten, die wir bedarfsgerecht  
91 weiterentwickeln. Für uns gilt das Prinzip: Grün statt Grau. So kann sich genug  
92 Grundwasser neu bilden und durch ausreichend Versickerungsflächen wird der  
93 Hochwasserschutz gestärkt. Die Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden  
94 steigt und im Sommer sind die Menschen besser gegen Hitzeereignisse gewappnet.  
95 Eine ausreichende Starkregenvorsorge findet in den meisten Kommunen aktuell  
96 nicht statt. Wir unterstützen die Kommunen bei der Erarbeitung von  
97 Starkregenvorsorgekonzepten und schaffen im Niedersächsischen Wassergesetz  
98 analog zu Nordrhein-Westfalen eine Finanzierungsgrundlage für die  
99 Starkregenvorsorge.

100 Ökologischer Hochwasserschutz dient gleichzeitig der öffentlichen Sicherheit und  
101 dem Naturschutz. Flüssen und Auen geben wir wieder mehr Raum und schaffen  
102 Durchlässigkeit. Moore vernässen und restaurieren wir und geben ihnen ihre  
103 Funktion als natürliche Schwammflächen zurück (vgl. Moorschutz ist Klimaschutz).

#### 104 **Saubere Luft zum Atmen**

105 Ohne saubere Luft können wir nicht leben. Hier zeigt sich besonders, dass  
106 Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit zusammengehören. Menschen mit geringem  
107 Einkommen können es sich oft nicht aussuchen, ob sie an vielbefahrenen Straßen  
108 oder in der Nähe von Kraftwerken leben oder arbeiten. Doch beim  
109 Gesundheitsschutz darf es keine Lücken oder eine Zwei-Klassen-Gesellschaft  
110 geben. Grenzwerte zum Schutz der Gesundheit müssen flächendeckend eingehalten  
111 werden. Der Umstieg auf saubere, klimaneutrale Mobilität, die Begrünung unserer  
112 Kommunen, der Ausstieg aus der Massentierhaltung und das Erzeugen sauberer,  
113 grüner Energie statt der Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas machen auch  
114 unsere Luft sauberer. Wir unterstützen darüber hinaus die Kommunen bei der  
115 luftqualitätsgerechten Stadt- und Gemeindeplanung.

#### 116 **Unsere Böden schützen**

117 Böden sind unsere Lebensgrundlage: Sie filtern das Wasser, regulieren unser  
118 Klima und sind die Grundlage für unsere Nahrungsmittelproduktion. Unser Ziel  
119 ist, den Flächenfraß zu reduzieren (vgl. Stadt und Land zusammen zukunftsfähig  
120 gestalten).

121 Landwirt\*innen unterstützen wir dabei, bodenschonender und schadstoffreduzierter  
122 zu arbeiten und den Humusaufbau zu stärken (vgl. Für eine andere Agrarpolitik).  
123 Auch unsere Böden sind von Mikroplastik betroffen. Die Folgen der Anreicherung  
124 der kleinen Plastikteilchen sind jedoch wenig erforscht. Wir setzen uns für das  
125 Vorsorgeprinzip und daher für eine möglichst plastikarme Land- und Bauwirtschaft  
126 ein. Dazu führen wir unter anderem ein Pfandsystem für Ackerfolien ein.

#### 127 **Für die Artenvielfalt**

128 Der Schutz der biologischen Vielfalt ist für unser Überleben von grundlegender  
129 Bedeutung und von Beginn an das zentrale Anliegen von uns GRÜNEN. Neben der  
130 Klimakrise ist das Artensterben die zweite große ökologische Herausforderung  
131 unserer Zeit. Wir wollen den Reichtum unserer biologischen Vielfalt und unserer  
132 Lebensräume erhalten und schützen. Gemeinsam mit dem Naturschutzbund (NABU) und

133 dem Berufs- und Erwerbsimkerbund haben wir GRÜNEN im Frühsommer 2020 ein  
134 Volksbegehren ArtenvielfaltJetzt! gestartet. Die breite Beteiligung  
135 niedersächsischer Bürger\*innen hat deutlich gemacht: Wir müssen mehr für die  
136 Erhaltung unserer heimischen Arten und ihrer Lebensräume tun. Die rot-schwarze  
137 Landesregierung war gezwungen, die Ziele und Gesetzesvorschläge des  
138 Volksbegehrens weitgehend zu übernehmen und das Naturschutz-, Wasser- und  
139 Waldgesetz endlich zu ändern.

140 Leider vernachlässigen SPD und CDU die Umsetzung. Viele Förderprogramme sind  
141 noch immer nicht auf den Weg gebracht und Verordnungen für mehr Natur- und  
142 Artenschutz lassen auf sich warten. Wir GRÜNEN werden die infolge des  
143 Volksbegehrens im Niedersächsischen Weg getroffenen Vereinbarungen wirksam  
144 umsetzen, wie z. B. die Reduzierung des Flächenverbrauchs, Wiesen-  
145 vogelschutzprogramme oder ein besseres Monitoring bedrohter Arten (Rote Listen).  
146 Zudem unterstützen wir die Naturschutzbehörden dabei, ihre dadurch entstandenen  
147 neuen Aufgaben zielgerichtet wahrzunehmen. Wir werden zusätzliche Anreize zur  
148 Renaturierung von Wäldern, Mooren, aber auch artenreichem Grünland schaffen. Für  
149 bedrohte Arten legen wir besondere Schutzprogramme auf. Doch all das reicht  
150 nicht, um das Artensterben wirklich zu beenden. Wir werden deshalb das Ziel der  
151 EU, 30 Prozent der Landfläche wirksam zu schützen, schrittweise umsetzen. Wir  
152 brauchen neben einer echten Naturschutzoffensive eine Agrarwende (vgl. Für eine  
153 andere Agrarpolitik) und eine Reduzierung des Flächen- und Rohstoffverbrauchs  
154 (vgl. Sozial und ökologisch bauen und wohnen, Stadt und Land gemeinsam  
155 zukunftsfähig gestalten).

#### 156 **Unsere Schutzgebiete wirksam schützen**

157 Auch 30 Jahre nach Verabschiedung der europäischen FFH-Richtlinie und vier Jahre  
158 nach Verstreichen der allerletzten Nachmeldefrist sind in Niedersachsen noch  
159 immer nicht alle Schutzgebiete wirksam als Natur- oder Landschaftsschutzgebiete  
160 ausgewiesen. Darüber hinaus genügen zahlreiche Schutzgebiete nicht annähernd  
161 naturschutzfachlichen Mindestanforderungen. Die Schutzziele sind häufig zu vage  
162 gefasst – fast überall fehlen Maßnahmen- und Managementpläne zum Erhalt oder zur  
163 Verbesserung des Erhaltungszustandes. Niedersachsen ist damit absolutes  
164 Schlusslicht in Deutschland.

165 Wir GRÜNEN werden das zügig ändern und schnellstens alle noch nicht als Natur-  
166 oder Landschaftsschutzgebiete ausgewiesenen Teile des Natura 2000-  
167 Schutzgebietsnetzes (FFH- und EU-Vogelschutzgebiete) sichern. Darüber hinaus  
168 sorgen wir dafür, dass die Schutzgebietsverordnungen den naturschutzfachlichen  
169 Anforderungen tatsächlich entsprechen und dass Maßnahmen zum guten Erhalt  
170 umgesetzt werden. Gleiches gilt für die Schutzgebiete im Landeswald, die von den  
171 Niedersächsischen Landesforsten verwaltet werden. Für uns GRÜNE ist  
172 entscheidend: Hinter dem Schutzgebietsschild muss die Natur tatsächlich wirksam  
173 geschützt werden – zu viel ist hier bisher Etikettenschwindel. Dank des  
174 Volksbegehrens ist es gelungen, innerhalb von Naturschutz- und Natura 2000-  
175 Gebieten endlich den Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide auf Grünland  
176 grundsätzlich auszuschließen. Wir GRÜNEN sorgen dafür, dass diese und andere  
177 Maßnahmen in der Fläche wirksam von einer Landesbehörde unter Aufsicht des  
178 Umweltministeriums kontrolliert werden (vgl. Für eine andere Agrarpolitik). Auch  
179 brauchen wir ein öffentlich einsehbares landesweites Kataster der ökologischen  
180 Ausgleichsflächen und Ersatzmaßnahmen.

181 Der Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer, der Nationalpark Harz, der auch  
182 Flächen in Sachsen-Anhalt umfasst, und das Biosphärenreservat Niedersächsische  
183 Elbtal sind die Perlen des Naturschutzes in Niedersachsen. Wir GRÜNEN stehen  
184 dafür, diese Highlights des Natur- und Artenschutzes auch weiterhin wirksam zu  
185 schützen und zu entwickeln. Darüber hinaus werden wir mit Sachsen-Anhalt die  
186 geplante Ausweisung des länderübergreifenden Biosphärenreservats Drömling  
187 vorantreiben. Gemeinsam mit Thüringen als Drittem im Bunde streben wir die  
188 Ausweisung der weltweit einzigartigen Südharzer Gipskarstlandschaft als  
189 länderübergreifendes Biosphärenreservat an. Denn der Südharzer Zechsteingürtel  
190 ist ein Hotspot der biologischen Vielfalt, mit dem wir um eine Anerkennung als  
191 UNESCO-Biosphärenreservat werben. Dazu starten wir einen Beteiligungsprozess mit  
192 den Kommunen und Akteur\*innen der Region, um die vielfältigen Nutzungsansprüche  
193 wie Tourismus, Rohstoffgewinnung und Naturschutz für eine nachhaltige  
194 Entwicklungsperspektive in Einklang zu bringen. Wir bekennen uns zum  
195 „Gipsfrieden“ und lehnen eine Ausweitung der Vorranggebiete für den Gipsabbau  
196 ab.

197 Bei Gebietsbetreuung und Management unserer Naturschutzgebiete spielen die von  
198 Naturschutzverbänden getragenen Ökologischen Stationen eine wichtige Rolle. Wir  
199 werden weitere Ökologische Stationen gründen, die bestehenden dauerhaft  
200 absichern und auch die Naturparks weiter fördern. Das von uns geschaffene  
201 Landesbüro der Naturschutzverbände (LabÜN) werden wir stärken.

#### 202 **Den Biotopverbund sichern**

203 Für die Artenvielfalt und den Erhalt wertvoller Naturräume werden wir GRÜNEN  
204 einen landesweiten Biotopverbund auf mindestens 15 Prozent der Landesfläche  
205 schaffen. Nationalparks, Biosphärenreservate, Natur- und zum Teil auch  
206 Landschaftsschutzgebiete bilden die Kernflächen des Biotopverbunds. Diese werden  
207 entlang von Landschaftselementen und ökologischen Trittsteinen verbunden, um ein  
208 Netzwerk natürlicher Lebensräume zu schaffen. Strukturierende  
209 Landschaftselemente wie Fließgewässer, Weg- und Feldraine oder auch Hecken,  
210 Feldgehölze, Alleen und Baumreihen haben eine besondere Bedeutung für die  
211 Biotopvernetzung. Deshalb verbinden wir Bäche, Flüsse, Seen und Auen mit ihren  
212 Gewässerrandstreifen und Entwicklungskorridoren zu einem Blauen Band. Zudem  
213 beteiligen wir uns am Erhalt und der Sicherung des Grünen Bandes als  
214 Naturschutzgroßprojekt entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze.

215 Wir GRÜNEN sichern die Verbindungselemente des Biotopverbundes und bauen  
216 zusätzliche Wald- und Grünbrücken zur Vernetzung von Lebensräumen bestimmter  
217 Arten aus, beispielsweise Wildkatzenkorridore. Darüber hinaus werden wir die  
218 Kommunen dabei unterstützen, die Wegeseitenränder als ungenutzte oder extensiv  
219 genutzte Strukturen in der Landschaft zurückzugewinnen und wiederzubeleben.  
220 Diese in den vergangenen Jahrzehnten sukzessive in die Nutzung genommenen  
221 Flächen sind in der Regel Eigentum der Kommunen und können unsere oftmals  
222 ausgeräumte Landschaft als Trittsteinelemente beleben. Alleen werden wir  
223 schützen und auch als Kulturgut erhalten.

#### 224 **Das Artensterben bekämpfen**

225 Die Bekämpfung des Artenschwunds duldet keinen weiteren Aufschub. Wir schützen  
226 den Reichtum unserer natürlichen Lebensgrundlagen, damit es auch morgen noch  
227 summt und brummt in Stadt und Land, auf Feldern, Wiesen und Wäldern. Grünflächen  
228 und Schutzgebiete im Landeseigentum werden wir insektenfreundlich bewirtschaften  
229 (vgl. Für eine andere Agrarpolitik). Auch die Landesstraßenbaubehörde nehmen wir

230 in die Pflicht für eine insektenschonende Pflege des Straßenbegleitgrüns und  
231 etablieren ein landesweites Insekten-Monitoring als belastbare Datengrundlage  
232 für den Insektenschutz. Die ökologische Flurbereinigung führen wir wieder ein  
233 und fördern mit EU-Mitteln gezielt eine Neuordnung von Flächen, die auch den  
234 Zielen des Natur-, Wasser- und Klimaschutzes zugutekommt.

### 235 **Unsere Wiesenvögel wirksam schützen**

236 Niedersachsen hat bundes- und europaweit eine hohe Verantwortung für den Schutz  
237 der Wiesenvögel, wie des Großen Brachvogels, der Uferschnepfe oder der  
238 Bekassine. Deren Bestände sind seit den 1980er Jahren um zum Teil mehr als 80  
239 Prozent eingebrochen, weil Grünland in Ackerflächen umgewandelt und das  
240 verbleibende Grünland intensiv genutzt wurde. Die bisherigen  
241 Wiesenvogelschutzprogramme haben sich als nicht ausreichend wirksam erwiesen, um  
242 den Niedergang der Bestände entscheidend aufzuhalten, geschweige denn eine  
243 Trendumkehr einzuleiten. Auf Druck des Volksbegehrens Artenvielfalt.Jetzt! sind  
244 von der Landesregierung zwar notwendige Maßnahmen zum Schutz der Wiesenvögel  
245 zugesagt worden – leider ist in der Umsetzung seither zu wenig passiert. Wir  
246 GRÜNEN werden dafür sorgen, die Zusagen in konkrete Programme zu überführen.  
247 Grünland ist auf eine Nutzung angewiesen. Deshalb werden wir für die beteiligten  
248 Landwirt\*innen nicht nur Ertragseinbußen ausgleichen, sondern darüber hinaus  
249 wirksame Anreize für eine den Wiesenvögeln zuträgliche Bewirtschaftung setzen.  
250 Dazu gehört auch extensive Beweidung (vgl. Für eine andere Agrarpolitik). Den  
251 Erfolg dieser Maßnahmen werden wir stetig prüfen, im Bedarfsfall Anpassungen  
252 vornehmen und wo nötig gezielt mit ordnungsrechtlichen Bewirtschaftungsauflagen  
253 zum Schutz des Wasserhaushaltes kombinieren.

### 254 **Das Wolfsmanagement versachlichen**

255 Die Rückkehr des Wolfes nach Niedersachsen ist eine der wenigen  
256 Erfolgsgeschichten des Natur- und Artenschutzes. Dieser Erfolg ist jedoch alles  
257 andere als konfliktfrei. Zwar geht die Zahl der Nutztierrisse dank verstärktem  
258 Schutz und Prävention mittlerweile zurück, doch für die einzelnen  
259 Weidetierhalter\*innen sind die Verluste durch Wolfsübergriffe konsequent zu  
260 entschädigen und ihnen Hilfen anzubieten. Forderungen nach einer willkürlichen  
261 Bejagung oder wolfsfreien Zonen erteilen wir eine Absage. Wir wollen den Umgang  
262 mit dem Wolf wieder versachlichen. Unser Ziel ist ein Wolfsmanagement, das  
263 sowohl den Naturschutz als auch die berechtigten Interessen der  
264 Weidetierhalter\*innen berücksichtigt.

265 Wir setzen auf einen flächendeckenden Herdenschutz, verbesserte Förderung von  
266 Präventionsmaßnahmen und Unterstützung von weidetierhaltenden Betrieben, u. a.  
267 über eine Weidetierprämie, um die schwierige, wirtschaftliche Lage zu verbessern  
268 (vgl. Für eine andere Agrarpolitik). Die Haltung von Herdenschutztieren  
269 unterstützen wir mit besonderem Fokus auf den Herdenschutz am Deich. Wir richten  
270 ein Herdenschutzteam ein, das für von Wolfsrissen betroffene Tierhalter\*innen  
271 und benachbarte Betriebe schnelle Hilfe bei der Verbesserung des Herdenschutzes  
272 leistet, um weitere Angriffe zu verhindern.

273 Dessen ungeachtet wird es in Ausnahmefällen erforderlich sein, einzelne Wölfe,  
274 die regelmäßig wolfsabweisende Umzäunungen überwinden oder eine Gefahr für den  
275 Menschen darstellen, zu töten. Die niedersächsische Wolfsverordnung werden wir  
276 zusammen mit allen Beteiligten im Einklang mit dem europäischen und dem  
277 Bundesrecht überarbeiten und willkürliche Abschüsse ausschließen. Bestrebungen  
278 der SPD und CDU, rechtlich wirkungslose Obergrenzen für den Wolfsbestand

279 festzusetzen oder den Wolf zu bejagen, erteilen wir GRÜNEN eine eindeutige  
280 Absage – denn das ist weder zielführend noch erforderlich.

### 281 **Wälder schneller klimatauglich machen**

282 Unsere Wälder sind für uns GRÜNE natürliche Lern- und Erholungsorte, die für  
283 alle zugänglich sein müssen und deren vielfältige Funktionen es zu erhalten  
284 gilt. Der Klimawandel und damit einhergehend Wassermangel, Hitzewellen und  
285 Krankheiten bedrohen unseren Wälder. In den trockenen Sommern 2018bis 2020 sind  
286 Fichtenforste großflächig dem Borkenkäfer zum Opfer gefallen. Der  
287 Waldzustandsbericht des Bundes zeichnet ein düsteres Bild: Noch nie ging es  
288 unserem Wald so schlecht. Gleichzeitig sind unsere Wälder wertvolle CO<sub>2</sub>- und  
289 Wasserspeicher, die es als natürliche Puffer gegen die Klimakrise zu erhalten  
290 und stärken gilt.

291 Wir GRÜNEN bringen den ökologischen Waldumbau hin zu klimarobusteren Laub- und  
292 Mischwäldern mit standortheimischen Bäumen voran. Die ökologischen Leistungen  
293 von Wäldern fördern wir im Landes- und im Privatwald: beispielsweise durch den  
294 Verbleib von Tot- und Schadholz im Wald und Maßnahmen zum Humusaufbau, zum  
295 Wasserrückhalt sowie zur Bekämpfung von Waldbodenverdichtung. Waldtypen, die in  
296 trockenen Regionen besonders positiv zur Grundwasserneubildung beitragen, werden  
297 wir in der Förderung honorieren, während Förderungen wie die der nicht  
298 heimischen Douglasie der Vergangenheit angehören. Die nach wie vor viel zu hohen  
299 Stickstoffeinträge durch hohe Ammoniakemissionen aus der Massentierhaltung  
300 setzen unserem Wald massiv zu und verstärken den klimabedingten Stress unserer  
301 Bäume weiter – diesen werden wir reduzieren (vgl. Für eine andere Agrarpolitik).

302 Mit dem von uns GRÜNEN wesentlich vorangetriebenen Volksbegehren  
303 Artenvielfalt.Jetzt! haben wir bereits eine ganze Reihe positiver Entwicklungen  
304 in den niedersächsischen Wäldern erreicht: Im Solling wurde zusätzlich zu den 10  
305 Prozent Naturwald in den Landesforsten ein weiteres rund 1.000 Hektar großes  
306 Naturwaldgebiet ausgewiesen, in dem sich der Wald künftig natürlich entwickeln  
307 kann. Die Biodiversitätsstrategie des Bundes, die vorsieht, 10 Prozent des  
308 Landeswaldes aus der forstlichen Nutzung zu nehmen, damit sich der Wald dort  
309 natürlich entwickeln kann, haben wir GRÜNEN in der Regierung von 2013 bis 2017  
310 umgesetzt. Unser Ziel bleibt aber, 5 Prozent des Gesamtwaldes, vorrangig in  
311 öffentlichen Wäldern, in Niedersachsen zu Naturwäldern ohne Nutzung zu machen.

312 Im Landeswald, der rund ein Drittel der Waldfläche in Niedersachsen ausmacht,  
313 haben der Klima- und Artenschutz künftig Vorrang vor der Nutzung. Wir machen ihn  
314 noch ökologischer, bewirtschaften ihn schonend und zertifizieren ihn weitgehend  
315 nach den Standards des Forest Stewardship Council (FSC). Zudem werden wir die  
316 Waldfläche in öffentlicher Hand erhöhen. Zusammen mit den Landesforsten setzen  
317 wir auf geeigneten Flächen eine Aufforstungsoffensive für mehr klimaresistente  
318 Laub- und Mischwälder um – damit erzielen wir positive Aspekte für den Klima-  
319 und Wasserschutz. Das Programm zur Langfristigen Ökologischen Waldentwicklung  
320 (LÖWE) führen wir fort und entwickeln es weiter auch als Vorbild für die  
321 Förderung des Privatwaldes. Mit dem Klimawandel steigt die Gefahr von  
322 verheerenden Waldbränden. Wir müssen praxistaugliche Waldbrandschutzkonzepte  
323 entwickeln und die Feuerwehren für Waldbrand und andere Vegetationsbrände besser  
324 ausstatten.

### 325 **Gesetze alleine reichen nicht – Umwelt- und Naturschutzverwaltung stärken**

326 Gute Gesetze und Verordnungen sind das Eine, ihre tatsächliche Umsetzung das  
327 Andere. Nirgendwo gilt diese Binsenweisheit so sehr wie im Umwelt- und  
328 Naturschutz. Ursache der Misere sind nicht sachgerecht ausgestattete Umwelt- und  
329 Naturschutzbehörden im Land sowie in den Städten und Landkreisen. Durch  
330 Personalmangel finden Kontrollen nur unzureichend statt. Wir stärken die Umwelt-  
331 und Naturschutzverwaltung als Treiber für den Schutz unserer Lebensgrundlagen –  
332 insbesondere für Pflichtaufgaben wie die Umsetzung der FFH-Richtlinie und der  
333 EU-Wasserrahmenrichtlinie. Die Strafverfolgung von Umweltvergehen intensivieren  
334 wir und führen Umweltbeschwerdestellen ein, denn Umweltkriminalität ist kein  
335 Kavaliersdelikt und Umweltverbrechen dürfen nicht weiter im Verborgenen bleiben.

### 336 **Für eine zeitgemäße Jagd**

337 Wir GRÜNEN treten für eine an ökologischen und zeitgemäßen wildbiologischen  
338 Kriterien orientierte und ethisch vertretbare Jagd sowie ein ökologisches  
339 Jagdrecht ein. Dabei werden wir vor allem die Liste der jagdbaren Arten  
340 überarbeiten – anhand von Kriterien wie Bestandssituation einer Art und Nutzung  
341 der Tierbestandteile. Arten, die aufgrund ihrer Bestandssituation nicht mehr  
342 bejagt werden dürfen, wollen wir aus dem Jagdrecht streichen. Eine Jagd auf  
343 Beutegreifer und auf alle gefährdeten Arten sowie die Jagd in Jagdgattern lehnen  
344 wir ab. In Schutzgebieten ordnen wir die Jagd dem jeweiligen Schutzzweck unter.  
345 Das gilt auch für die Jagd auf rastende und überwinterte Gänse.

346 Wir GRÜNEN setzen uns für ein Verbot von Totschlagfallen und Bautenjagd ein. Den  
347 Einsatz von Lebendfallen im Jagdbetrieb werden wir unter behördliche  
348 Genehmigungspflicht stellen. Der Besitz von und Handel mit verbotenen  
349 Fanggeräten ist komplett zu untersagen, um Tierschutzvergehen zu verhindern. Die  
350 Ausbildung von Jagdhunden an lebenden Tieren lehnen wir ab. Ebenso lehnen wir  
351 den Abschuss von Katzen grundsätzlich ab. Schießübungen müssen für aktive  
352 Jäger\*innen verpflichtend werden.

### 353 **Atomkraft – teuer und gefährlich**

354 Die Atomkraft lehnen wir GRÜNEN weiterhin klar und entschieden ab. Sie ist keine  
355 Lösung für die Klimakrise, denn sie ist teuer, risikobehaftet und produziert  
356 große Mengen von gefährlichem Müll. Zudem hat sich gerade in der Ukraine  
357 gezeigt, dass Atomkraftwerke ein unkalkulierbares Eskalationspotenzial besitzen  
358 und eine große Gefahr darstellen. Wir haben mit der Wind- und Sonnenenergie  
359 bereits die nötigen Technologien gegen die Klimakrise, doch mit dem bisher  
360 produzierten Atommüll müssen wir einen Umgang finden. Insbesondere wir GRÜNEN  
361 aus Niedersachsen haben uns über Jahrzehnte für einen transparenten, lernenden  
362 Suchprozess nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll eingesetzt. Das  
363 Standortauswahlverfahren muss mit höchsten Sicherheitsstandards bei  
364 größtmöglicher Transparenz fortgesetzt werden. Dabei gilt Sicherheit vor Eile.  
365 Wir GRÜNEN werden dies kritisch begleiten und uns für echte Mitspracherechte für  
366 die betroffenen Regionen einsetzen. Die niedersächsischen Teilgebiete vernetzen  
367 wir miteinander und verbessern die fachlichen Beratungsangebote. Mit einer  
368 Forschungsoffensive für Standortauswahl und Endlagerung sichern wir den  
369 Forschungsbedarf und kritischen Sachverstand für die Endlagersuche ab.

370 Ein Erfolg ist, dass nach jahrzehntelangem Kampf der völlig ungeeignete  
371 Salzstock Gorleben wegen geologischer Mängel aus der Endlagersuche ausgeschieden  
372 ist. Nun muss die nukleare Infrastruktur am Standort Gorleben zurückgebaut  
373 werden. Das Bergwerk muss verfüllt und die Pilotkonditionierungsanlage zur  
374 endlagerechten Umverpackung des Mülls schnellstmöglich abgebaut werden. Einen

375 regionalen Stakeholder-Dialog für eine zukunftsfähige Nutzung der Flächen und  
376 Gebäude unterstützen wir.

### 377 **Neues Sicherheitskonzept für die Zwischenlagerung**

378 Wann ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll zur Verfügung stehen wird, ist  
379 bislang nicht absehbar. Selbst wenn der aktuelle Zeitplan Bestand hat, gibt es  
380 eine zeitliche Lücke zwischen dem Auslaufen der Zwischenlagereignisgenehmigungen und  
381 der Inbetriebnahme des Endlagers. Folglich muss eine Debatte über die  
382 notwendigen verlängerten Zwischenlagerzeiträume sowie über die  
383 Sicherheitskonzepte der Lagerstandorte geführt werden. Wir niedersächsischen  
384 GRÜNEN werden uns bei der Bundesregierung für eine Zwischenlagerkommission und  
385 eine damit verbundene Beteiligung der Zivilgesellschaft an den betroffenen  
386 Zwischenlagerstandorten einsetzen.

### 387 **Atomausstieg vollenden**

388 Mit dem AKW Emsland geht Ende 2022 zeitgleich mit Isar 2 und Neckarwestheim 2  
389 das letzte Atomkraftwerk in Niedersachsen vom Netz. Das ist ein riesiger Erfolg  
390 der Antiatombewegung und GRÜNER Politik. Nun gilt es, den Rückbau auf höchstem  
391 Sicherheitsniveau zu gewährleisten. Um den Atomausstieg zu vollenden, muss  
392 endlich auch die Brennelementefabrik in Lingen geschlossen werden und solange  
393 mindestens der Export von Brennelementen an Risikoreaktoren in Nachbarländer  
394 verboten werden. Dafür setzen wir uns gegenüber der Bundesregierung ein.

### 395 **Transparenter Endlagersuchprozess für schwach- und mittelradioaktive Abfälle**

396 Wir setzen uns für einen transparenten und lernenden Endlagersuchprozess auch  
397 für schwach- und mittelradioaktive Abfälle ein – mit einheitlichen  
398 Sicherheitsanforderungen an die Zwischenlagerung und Einlagerung entsprechend  
399 dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik. Wir begrüßen den Antrag auf  
400 Widerruf des Planfeststellungsbeschlusses für Schacht Konrad, denn die  
401 Sicherheitskriterien aus den 1980er Jahren sind veraltet und können nicht mehr  
402 angesetzt werden.

403 Wir prüfen, ob ein Atommüll-Logistikzentrum bzw. Zwischenlager – wie aktuell in  
404 Würgassen geplant – notwendig ist oder stattdessen auch eine Direktanlieferung  
405 an ein Endlager möglich ist. Gegenüber der Bundesregierung setzen wir uns für  
406 einen Neustart des intransparenten Verfahrens ein.

407 Die Einlagerungsbedingungen der schwach- und mittelradioaktiven Abfälle im  
408 Zwischenlager Leese entsprechen nicht den heutigen Anforderungen und der  
409 Pachtvertrag für das Gelände des Zwischenlagers läuft 2030 aus. Nicht nur mit  
410 Blick auf das Zwischenlager Leese, sondern generell muss in einem transparenten  
411 Verfahren endlich ein Sicherheitskonzept für den zukünftigen Umgang mit den  
412 Abfällen in den Zwischenlagern erarbeitet werden.

### 413 **Atommüll aus der Asse holen**

414 Für die Asse gilt: die schnellstmögliche Rückholung ist das Ziel. Alle  
415 Teilprojekte der Rückholung müssen weiter konsequent in einem transparenten  
416 Verfahren unter Bürger\*innenbeteiligung vorangetrieben werden. Die  
417 Voraussetzungen müssen geschaffen werden, damit der Begleitprozess wieder in  
418 Gang gebracht wird und die Belange der Betroffenen und der Wissenschaft, u. a.  
419 über die Asse-II-Begleitgruppe und die Arbeitsgruppe Optionen – Rückholung  
420 (AGO), gehört werden. Wir unterstützen Bürger\*inneninitiativen dabei, ihren  
421 Sachverstand in die Stilllegungs- und Rückbauverfahren einzubringen und fordern

422 gegenüber der Bundesregierung ein, dass alle kritischen Punkte sorgfältig  
423 abgearbeitet werden. Die Auswahl eines Zwischenlagerstandorts war laut einem  
424 unabhängigen Expert\*innengremium nicht sachgerecht. Die Alternativenprüfung für  
425 einen Zwischenlagerstandort muss daher nachvollziehbarer gestaltet werden als  
426 bisher.

## **Kap.3** Wir gestalten Niedersachsen - Chancengerecht und Solidarisch

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 06.04.2022

Tagesordnungspunkt: 2.4. Kapitel III - Wir gestalten Niedersachsen – Chancengerecht und Solidarisch

### **Antragstext**

#### **1 Gute Kinderbetreuung im ganzen Land**

2 Bildung schafft die Grundlage für mehr Gerechtigkeit. Bildung eröffnet Chancen  
3 für den beruflichen Aufstieg, ist eine zentrale Voraussetzung für  
4 gesellschaftliche Teilhabe, stärkt damit unsere Demokratie und ist elementare  
5 Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Leitziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
6 sind daher sozial gerechte Zugangschancen zu Bildung.

7 Gute Krippen und Kindergärten sind entscheidend für die Förderung und  
8 Unterstützung von Kindern und Familien. Sie tragen wesentlich dazu bei, dass  
9 sich Kinder entfalten können und ihre Interessen und Fähigkeiten entdecken.  
10 Zugleich bilden sie eine wichtige Grundlage für die Vereinbarkeit von Familie  
11 und Beruf. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Krippen und Kindergärten zu Lern-  
12 und Lebensorten entwickeln, in die Kinder gern gehen – und wo Erzieher\*innen  
13 gern arbeiten. Dafür brauchen wir nicht nur mehr Betreuungsplätze, sondern auch  
14 eine Entlastung für die Erzieher\*innen, damit sie genug Zeit haben, allen  
15 Kindern gerecht zu werden.

16 Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr ist ein  
17 wichtiger Schritt, dennoch gibt es weiteren Bedarf am Ausbau von Plätzen, um  
18 allen Kindern ein wohnortnahes Angebot machen zu können. Zudem haben aktuell  
19 viele Familien nur einen Halbtagskindergartenplatz. Daher setzen wir uns für  
20 eine schrittweise Ausweitung des Angebots ein – damit alle, die es wollen und  
21 brauchen, eine gute Ganztagsbetreuung bekommen. Hierbei gilt es auch Menschen  
22 mit besonderen Bedürfnissen zu berücksichtigen, beispielsweise Alleinerziehende  
23 oder im Schichtdienst Arbeitende.

24 Wir werden zudem nicht nur die Zahl der Betreuungsplätze, sondern vor allem die  
25 Qualität der Angebote weiterentwickeln. Daher setzen wir uns für klare Standards  
26 und ein Qualitätsmanagement für Kindertageseinrichtungen ein. Es müssen zudem  
27 ausreichend räumliche Kapazitäten vorhanden sein. Zu einer guten Qualität gehört  
28 für uns vor allem ein guter Betreuungsschlüssel. Unser zentrales Ziel ist es  
29 daher, das Verhältnis von Pädagog\*innen und Kindern kontinuierlich zu  
30 verbessern. Um das zu erreichen, brauchen wir in den Kitas endlich einen  
31 Stufenplan für eine echte dritte Kraft, die mehr ist als eine stundenweise  
32 Ergänzung des Teams. Die Mitarbeitenden brauchen zudem mehr Verfügungszeiten,  
33 damit sie den gestiegenen Anforderungen an den Bildungsauftrag, den Kindern und  
34 den Eltern gerecht werden können.

#### **35 Inklusion in Kitas vorantreiben – gute Förderung von Anfang an**

36 Auch Krippen und Kindergärten erfüllen einen wichtigen Beitrag zur Teilhabe und  
37 Förderung aller Kinder in ihrer Unterschiedlichkeit. Die Umsetzung der Inklusion

38 muss endlich gesetzlich geregelt werden. Dafür schreiben wir in jeder Gruppe  
39 eine heilpädagogische Expertise fest und starten hierfür eine  
40 Fortbildungsoffensive. Unser Ziel ist es, flächendeckend Einrichtungen mit  
41 barrierefreien Räumlichkeiten im gesamten Land zu erreichen. Ein Beitrag hierfür  
42 ist die Festschreibung von Barrierefreiheit und eine behindertengerechte  
43 Ausstattung bei Kita-Neuerrichtungen. Auch der Spracherwerb ist in  
44 Kindertagesstätten eine wichtige Aufgabe. Er schafft die Grundlage für Teilhabe  
45 und Förderung von Anfang an. Dafür müssen Sprachförderungs- und  
46 Fortbildungsangebote weiter ausgebaut werden.

#### 47 **Kitas zu Familienzentren weiterentwickeln**

48 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Kitas bei der Weiterentwicklung zu  
49 Familienzentren zu unterstützen. Familienzentren verbinden die frühkindliche  
50 Bildung und Kinderbetreuung mit Familien- und Elternarbeit und schaffen einen  
51 niedrighschwelligem Zugang zu Vorsorgeuntersuchungen, frühen Hilfen und  
52 Beratungsangeboten. Hierdurch werden Zugangsmöglichkeiten von Familien zu  
53 solchen Angeboten erleichtert, weil sie dort stattfinden, wo die Familien sind:  
54 in den Kindertagesstätten. Insbesondere im ländlichen Raum wollen wir  
55 Kooperationen zwischen Schulen und Familienzentren ermöglichen sowie (Grund-  
56 )Schulen die Möglichkeit geben, ebenfalls Familienzentren zu werden. Wir nutzen  
57 Förderprogramme zur Gründung zusätzlicher Familienzentren und sichern bestehende  
58 Familienzentren ab. Wir setzen uns für eine Gesetzesänderung ein, die die  
59 Gründung und den Betrieb von Familienzentren erleichtert.

#### 60 **Demokratie- und Umweltbildung stärken, Waldkindergärten ausbauen**

61 Demokratische Teilhabe, die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und auch  
62 kindgerechtes Beschwerdemanagement spielen in Kindertagesstätten zunehmend eine  
63 Rolle. Diesen Trend wollen wir unterstützen, denn er ist wichtig, um die  
64 Entwicklung von Kindern zu selbstbewussten und solidarischen Menschen zu  
65 unterstützen. Wir GRÜNEN fördern Kitakonzepte, bei denen Umweltbildung eine  
66 zentrale Rolle spielt. Durch die verdichtete Arbeitszeit und die vielen  
67 Überstunden in den Kitas sind es gerade Fortbildungen und die Etablierung  
68 solcher Konzepte, die darunter leiden. Daher wollen wir die Fachkräftesituation  
69 deutlich verbessern und die Verfügungszeiten erhöhen. Waldkindergärten werden  
70 wir künftig besser fördern. Die Gründung und den Betrieb von Waldkindergärten  
71 wollen wir erleichtern, indem wir die Genehmigung von Öffnungszeiten an andere  
72 Bundesländer anpassen.

#### 73 **Fachkräftemangel begegnen, Erzieher\*innen besser bezahlen**

74 Gute Betreuung und Förderung gibt es nur mit qualifizierten und fair bezahlten  
75 Fachkräften. Ein wesentlicher Faktor für den Fachkräftemangel in diesem Bereich  
76 ist die zu geringe Bezahlung für diese anspruchsvolle und wichtige Arbeit. Wir  
77 GRÜNEN setzen uns daher dafür ein, eine armutsfeste Ausbildungsvergütung auf den  
78 Weg zu bringen und die berufsbegleitende Ausbildung zu stärken.

79 Zudem wollen wir Wiedereinstiegs- und Umschulungsprogramme auf den Weg bringen,  
80 um mehr Menschen einen Neu- oder Quereinstieg in den Erzieher\*innenberuf zu  
81 ermöglichen. Hierzu gehört auch eine Erleichterung der Anerkennung ausländischer  
82 Berufsabschlüsse, um Menschen mit Migrationsgeschichte mit entsprechenden  
83 Berufskennntnissen den Weg in die Krippen und Kindergärten zu vereinfachen. Wir  
84 sehen die Absenkung von Standards zur schnellen Fachkräftegewinnung kritisch und  
85 lehnen Pläne und Diskussionen zu „Ausbildungen light“ ab. Auch die

86 Arbeitsbedingungen für Leitungsfunktionen müssen verbessert und zusätzliche  
87 Verfügungsstunden und Qualifikationsangebote ermöglicht werden. Noch immer  
88 ergreifen vorrangig Frauen soziale Berufe und nur wenige Männer werden  
89 beispielsweise Erzieher. Wir wollen durch eine gendersensible Berufsorientierung  
90 an Schulen, durch bessere Bezahlung und eine höhere gesellschaftliche  
91 Anerkennung diese Berufe attraktiver machen. Vielen Fachkräften fällt es mit  
92 zunehmendem Alter schwer, den Beruf weiter auszuüben, weil etwa die  
93 Lärmbelastung oder das Wickeln körperlich sehr fordert. Wir werden deshalb das  
94 Thema Fachkräfte im Alter angehen und Berufswege für ältere Fachkräfte  
95 aufzeigen, um sie im Beruf zu halten.

#### 96 **GRÜNE Politik macht Schule**

97 Gute Bildungschancen in allen Bereichen – von der Kita über Schule, Ausbildung  
98 und Studium bis hin zu lebensbegleitenden Angeboten für Erwachsene – dürfen  
99 dabei nicht vom finanziellen Rahmen oder der individuellen Herkunft abhängen.  
100 Wir brauchen ein qualitativ hochwertiges und durchlässiges Bildungssystem, das  
101 alle Menschen mitnimmt und optimal fördert.

102 Unser Ziel ist, dass jede\*r Schüler\*in einen guten Bildungsabschluss erreicht,  
103 der den eigenen Fähigkeiten und Talenten entspricht. Deutschland hat im  
104 internationalen Vergleich immer noch eines der ungerechtesten und sozial  
105 selektivsten Schulsysteme: Das Elternhaus hat einen maßgeblichen Einfluss auf  
106 die individuellen Bildungschancen. Die frühe Sortierung der Schüler\*innen durch  
107 das gegliederte Schulsystem, das zudem kaum durchlässig ist, steht einer  
108 bestmöglichen individuellen Weiterentwicklung der Kinder im Wege.

109 Insbesondere zu Beginn der Corona-Pandemie waren es die Schüler\*innen, die  
110 besonders große Lasten tragen mussten: durch Schulschließungen und das damit  
111 verbundene Aussetzen von Routinen, durch den zwischenzeitlichen Verlust ihres  
112 sozialen Umfelds und von Lernangeboten. Wir stellen die Bedürfnisse der  
113 Schüler\*innen konsequent in den Mittelpunkt unserer Politik. GRÜNE Politik in  
114 Niedersachsen setzt auf das Konzept einer neuen Schule, die längeres gemeinsames  
115 Lernen ermöglicht und die als attraktive Ganztagschule Freiräume für  
116 individuelles Lernen, für soziales Lernen und die persönliche Entwicklung der  
117 Kinder und Jugendlichen in einem guten Lernumfeld bietet. Am besten verwirklicht  
118 sehen wir dieses bildungspolitische Ziel im Konzept der Integrierten  
119 Gesamtschulen, die wir daher ausbauen und stärken werden.

120 Gute Schulpolitik ist dabei auch eine Ressourcenfrage: Unser Ziel ist es,  
121 Schulen mit ausreichend gut ausgebildeten Lehrkräften zu versorgen und darüber  
122 hinaus von den Gebäuden bis zur digitalen Infrastruktur so auszustatten, dass  
123 sie ihrem Bildungsauftrag gerecht werden können. Zudem werden wir mit dem  
124 Niedersachsenfonds die Kommunen unterstützen, Schulen zu sanieren und  
125 aufzuwerten, um vor Ort ein attraktiveres Lernumfeld zu schaffen.

#### 126 **Längeres gemeinsames Lernen für eine gerechte Schule**

127 Internationale Bildungsstudien kommen alle zum gleichen Ergebnis: Vom  
128 gemeinsamen Lernen profitieren alle – lernstärkere genauso wie lernschwächere  
129 Schüler\*innen. Und dort, wo die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen nicht  
130 nur von oben nach unten – wie in unserem klassisch gegliederten Schulsystem  
131 – sondern auch von unten nach oben funktioniert, haben Kinder, die zuhause nicht  
132 so gut begleitet und gefördert werden können, deutlich bessere Chancen. Schule  
133 muss Chancen eröffnen, die eigenen Begabungen zu erkennen und weiterzuentwickeln

134 und auf gezielte individuelle Förderung setzen. Für uns ist das längere  
135 gemeinsame Lernen ein zentrales bildungspolitisches Vorhaben, um Schüler\*innen  
136 alle Bildungsoptionen offenzuhalten und das Von- und Miteinanderlernen zu  
137 befördern. Hierzu werden wir insbesondere die Integrierten Gesamtschulen weiter  
138 stärken und auch die Gymnasien durchlässiger gestalten. Zudem müssen alle Wege  
139 der schulischen Laufbahn möglichst lange offengehalten werden.

#### 140 **Damit der Übergang klappt**

141 Gute Übergänge zwischen Kindergarten, Grundschule und weiterführenden Schulen  
142 sind eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Bildungswege. Auch hier  
143 profitieren alle von längerem gemeinsamen Lernen. Daher setzen wir uns in  
144 Niedersachsen für die modellhafte Erweiterung von Integrierten Gesamtschulen um  
145 Primarstufen ein, um gemeinsames Lernen an einer Schule von der ersten bis zur  
146 dreizehnten Klasse zu ermöglichen. In diesem Sinne unterstützen wir auch  
147 Initiativen, die beispielsweise Oberschulen zu Integrierten Gesamtschulen  
148 weiterentwickeln. Zudem setzen wir uns dafür ein, Schulverbünde weiter  
149 voranzutreiben, um gemeinsame Oberstufen oder eine gemeinsame Schule von Klasse  
150 eins bis dreizehn zu führen. Insbesondere im ländlichen Raum bietet dies auch  
151 die Möglichkeit, wohnortnahe Schulen zu halten und zu Familienzentren  
152 weiterzuentwickeln.

#### 153 **Ressourcen gerecht verteilen**

154 In Niedersachsen sind gerade die Schulen schlecht ausgestattet, die besonders  
155 viele Schüler\*innen haben, die intensiv begleitet werden müssen. Die  
156 Unterrichtsversorgung an Haupt- und Oberschulen, aber auch an Grund- und  
157 Gesamtschulen ist nicht ausreichend, um ihrem Auftrag gerecht zu werden. Diesem  
158 Trend werden wir entgegenwirken und gerade die Schulen besonders ausstatten, die  
159 pädagogisch herausfordernde Arbeit leisten müssen. Über einen Sozialindex wollen  
160 wir deshalb genau diese Schulen personell verstärken und damit auch ihre  
161 Attraktivität erhöhen. Wir GRÜNEN setzen uns für eine kostenlose Bildung von  
162 Anfang an ein. Daher streben wir an, in Niedersachsen die Lernmittelfreiheit  
163 einzuführen – insbesondere im Bereich der digitalen Medien.

#### 164 **Lernen im eigenen Takt**

165 Bildungsforschung hat hinreichend belegt, dass unterschiedliche Kinder  
166 verschiedene Lernwege benötigen, um zum Ziel zu kommen. Lerndiagnostik,  
167 Lernberatung und Lernbegleitung müssen die zentralen Aufgaben für gut  
168 ausgebildete Lehrer\*innen sein. Damit Schüler\*innen Raum für ein  
169 selbstbestimmtes Lernen gegeben werden kann, steht für uns das Lernen im eigenen  
170 Takt im Mittelpunkt, d. h. im eigenen Tempo und mit individualisierten Wegen  
171 bei der Weiterentwicklung von Schule. Wir GRÜNEN möchten jahrgangsübergreifendes  
172 Lernen in allen Jahrgängen ermöglichen – auch an den weiterführenden Schulen. Um  
173 dafür mehr Raum zu geben und Schulstress entgegenzuwirken, war die noch unter  
174 GRÜNER Regierungsbeteiligung erreichte Abschaffung des sogenannten Turboabiturs  
175 ein wichtiger Schritt. Darauf aufbauend setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, dass  
176 der Weg zum Abitur noch individueller gestaltet werden kann. Wir möchten es  
177 Schulen ermöglichen, ein Abitur im eigenen Takt anzubieten, indem Schüler\*innen  
178 ihren Stundenplan selbst gestalten und organisieren können und somit noch besser  
179 auf das Leben nach der Schule vorbereitet werden. Das setzt ein grundsätzlich  
180 anderes Verständnis des Lehrer\*innenberufs voraus und wird eine wesentliche  
181 Veränderung der Lehrer\*innenausbildung mit sich bringen.

182 Sitzenbleiben und erzwungene Schulwechsel (Abschulung) sind individuelle  
183 Erfahrungen des Misserfolgs, die sich in aller Regel negativ auf den weiteren  
184 Bildungsweg auswirken. Wie es in den meisten anderen europäischen Ländern der  
185 Fall ist, wollen auch wir darauf verzichten. Hier gilt es, die Gymnasien stärker  
186 in die Verantwortung zu nehmen, aufgenommene Schüler\*innen bis zum Sek I-  
187 Abschluss zu begleiten und zum Erfolg zu führen, um die derzeit übliche  
188 Abschulungswelle nach Klasse sechs zu brechen.

189 Solange Abschulungen durchgeführt werden, ist es entscheidend, strukturell die  
190 Schulen zu stärken, die abgeschulte Kinder aufnehmen. Gerade die Integrierten  
191 Gesamtschulen arbeiten jedes Jahr aufs Neue mit Kindern, die Scheitern und einen  
192 Bruch der eigenen Bildungsbiographie verarbeiten müssen. Diese kommen dann in  
193 überfüllte Klassen, deren Lehrkräfte kaum Kapazitäten haben, das aufzufangen.  
194 Integrierte Gesamtschulen wirken bereits unabhängig von diesem Effekt als  
195 Lernort einer sehr heterogenen Schüler\*innenschaft mit sehr unterschiedlichen  
196 Lernständen und Fähigkeiten. Daher sollte diese Schulform generell mit kleineren  
197 Klassen beginnen – in dem Wissen, dass sie im Laufe der Schulzeit noch Kinder  
198 aufnehmen werden und auch diesen gerecht werden müssen. Bei der Gründung von  
199 Gesamtschulen muss dieser Effekt planerisch künftig stärker berücksichtigt  
200 werden.

### 201 **Schulen in ihrem Engagement unterstützen – pädagogische Freiräume schaffen**

202 Eine gute Schule mit dem Schwerpunkt der individuellen Förderung lebt von  
203 pädagogischen Freiräumen durch Projekte, fächerübergreifendes Lernen,  
204 selbstbestimmte Lernzeiten und von Angeboten für soziales Lernen. Wir GRÜNEN  
205 setzen uns dafür ein, diese Freiräume weiter auszubauen. Viele Schulen haben  
206 sich bereits auf den Weg gemacht, sich durch erhebliches eigenes Engagement so  
207 zu verändern, dass sie diesen Ansprüchen gerecht werden. Dieses Engagement  
208 wollen wir unterstützen und die schulbürokratischen Regelungen so verändern,  
209 dass sie dieses Engagement unterstützen und nicht behindern. Über die Einführung  
210 von Modellschulen werden wir zudem die Eigenverantwortlichkeit von Schulen  
211 ausbauen und ihnen in den Bereichen Personal, Lern- und Lehrinhalte sowie  
212 jahrgangs- und fächerübergreifendes Arbeiten mehr Gestaltungsspielräume geben.  
213 Auch bei der bisherigen Praxis der Noten und Schullaufbahneempfehlungen benötigen  
214 Schulen mehr Möglichkeiten in der Bewertung, um die individuelle Förderung auch  
215 durch aussagekräftige Rückmeldung zu unterstützen. Perspektivisch wollen wir  
216 Schulen ermöglichen, bis Jahrgangsstufe 7 auf Noten verzichten zu können.

### 217 **Inklusive Schulen weiterentwickeln**

218 Teilhabe ist für uns GRÜNE zentraler Wert. Sie sichert grundlegende Rechte und  
219 macht alle Menschen zu einem Teil unserer Gesellschaft. Die UN-  
220 Behindertenrechtskonvention ist für uns die Leitlinie einer inklusiven Politik.  
221 Wir treiben Inklusion in allen Bereichen voran und beenden die fortdauernde  
222 Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung. Den laufend aktualisierten Aktionsplan  
223 des Landes entwickeln wir weiter und bauen die Teilhabeberichterstattung aus.  
224 Das entstehende Landeskompetenzzentrum Barrierefreiheit soll auch für  
225 zivilgesellschaftliche Organisationen und Unternehmen ansprechbar sein.

226 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Teilhabe aller Schüler\*innen ein –  
227 egal, ob diese Beeinträchtigungen haben, eine Migrationsgeschichte vorweisen,  
228 aus weniger bildungsstarken Elternhäusern kommen oder hochbegabt sind. Schulen  
229 müssen heutzutage mit vielfältigen Herausforderungen umgehen. Dies kann nur in  
230 inklusiven Schulen gelingen. Die inklusive Schule sucht nach neuen Wegen und

231 Lösungen, um den Ansprüchen der Kinder gerecht zu werden und Teilhabebarrieren  
232 abzubauen. Sie ist damit konsequenter Bestandteil individualisierter Pädagogik,  
233 die die individuellen Voraussetzungen jedes Kindes und die unterschiedlichen  
234 Bedürfnisse im Unterricht in den Blick nimmt.

235 Die Weiterentwicklung der Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und  
236 bezieht alle Schulformen ein. Wir wollen alle Schulen, die bereits inklusiv  
237 arbeiten, gezielt unterstützen, damit sie ihre Aufgaben besser erfüllen können.  
238 Dazu gehört vor allem die personelle, aber auch die Sachausstattung, ebenso wie  
239 die Schaffung von klaren rechtlichen Vorgaben sowie eindeutige  
240 Aufgabenzuordnungen der an Regelschulen eingesetzten sonderpädagogischen  
241 Fachkräfte, die inklusives Arbeiten ermöglichen. Die Tatsache, dass Jugendliche  
242 an Realschulen noch immer keinen Hauptschulabschluss nach der zehnten Klasse  
243 machen können, benachteiligt viele Schüler\*innen, die keine Förderschule mehr  
244 besuchen. Diese und weitere Hemmnisse wollen wir GRÜNEN zugunsten des inklusiven  
245 Arbeitens abbauen.

246 Wir werden zur strukturellen Stärkung aller inklusiv arbeitenden Schulen die  
247 sonderpädagogische Grundversorgung an weiterführenden Schulen einführen.  
248 Sonderpädagog\*innen sollen an den allgemeinbildenden Schulen zu einem festen  
249 Bestandteil werden. Auch andere Berufsgruppen werden an inklusiven Schulen  
250 gebraucht: wie etwa Logopäd\*innen oder Ergotherapeut\*innen, Erzieher\*innen und  
251 Schulsozialarbeiter\*innen, aber auch Handwerker\*innen und Krankenpflegekräfte.  
252 Deshalb wollen wir die Multiprofessionalität an Schulen ausbauen und auch für  
253 unterschiedliche Fachkräfte beispielsweise aus dem therapeutischen Bereich  
254 ausweiten. Darüber hinaus sind berufsbegleitende Qualifizierungen, ein Ausbau  
255 systemischer Unterstützung und soziale Arbeit in jeder Schule der Weg, Schulen  
256 personell gut aufzustellen und strukturell zu stärken. Noch immer werden  
257 therapeutische Fachkräfte an Schulen schlechter bezahlt und neue therapeutische  
258 Fachkräfte können nur erschwert eingestellt werden. Fachkräfte werden durch  
259 fehlende Stundenaufstockungen zudem in sogenannter Zwangsteilzeit beschäftigt.  
260 Das wollen wir beenden.

261 Da die Weiterentwicklung der Schulen zu inklusiven Schulen ein langer Prozess  
262 ist, der nicht überall gleichermaßen reibungslos gelingt, gibt es immer wieder  
263 Problemanzeigen, Überforderung und Kinder, die derzeit unter die Räder geraten.  
264 Um dem entgegenzuwirken, wollen wir die Regionalzentren für schulische Inklusion  
265 stärken und an allgemeinbildenden Schulen verankern sowie in ein regionales,  
266 niedrigschwelliges Beratungs- und Unterstützungssystem überführen. Bis diese  
267 Struktur funktioniert und aufgebaut ist, setzen wir uns übergangsweise für  
268 Ombudsstellen ein, die den Auftrag erhalten, die Kinder zu unterstützen und für  
269 die Familien funktionierende Lösungen zu finden, die derzeit an Schulen unter  
270 die Räder geraten, weil ihren Bedarfen nicht Rechnung getragen wird.

### 271 **Diversität fördern**

272 Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass sich unsere Schulen in ihren Angeboten  
273 noch stärker als bisher auf eine vielfältige Gesellschaft einstellen. Dazu zählt  
274 das Abbilden der gesellschaftlichen Lebensrealitäten in den einzelnen  
275 Schulfächern ebenso wie das Fördern der Mehrsprachigkeit. Es ist an der Zeit,  
276 dieser Tatsache auch im Unterrichtsangebot Rechnung zu tragen. Dazu wollen wir  
277 die Kompetenzen in den Erstsprachen fördern und anerkennen, Mehrsprachigkeit für  
278 alle Kinder auch im Unterricht mitdenken und die Vielfalt unter den Lehrkräften  
279 vorantreiben. Eine Erhebung kann helfen, um einen Überblick über den

280 Sprachenreichtum an unseren Schulen zu kennen und damit zu arbeiten. Zur  
281 Förderung der Mehrsprachigkeit wollen wir GRÜNEN vermehrt schulübergreifende  
282 Angebote auf den Weg bringen, um mehr Kinder zu erreichen. Um mehr Fachkräfte  
283 für Angebote des Herkunftssprachlichen Unterrichts zu gewinnen, wollen wir im  
284 Ausland erworbene Abschlüsse schneller anerkennen und ein Studienangebot für  
285 Herkunftssprachlichen Unterricht etablieren. Auch die Angebote zur  
286 Sprachförderung müssen weiterentwickelt und ausgeweitet werden. Wir setzen uns  
287 dafür ein, dass Antidiskriminierung an Schule gelebt wird und Vielfalt im  
288 Miteinander selbstverständlich im Unterricht und in Unterrichtsmaterialien eine  
289 Rolle spielt. Hierzu zählt auch, dass Geschlechterstereotype überwunden werden.  
290 Das spielt vor allem im Bereich der Berufsorientierung eine zentrale Rolle. Auch  
291 heute noch werden bestimmte Berufe vorrangig von Männern oder Frauen gewählt.  
292 Dieses Muster wollen wir durchbrechen.

293 Wir wollen, dass Schulen ihre Vielfalt leben und das Miteinander gestalten.  
294 Viele Schulen machen sich bereits Gedanken, wie sie Vielfalt aktiv gestalten und  
295 ein respektvolles Miteinander an ihrer Schule unterstützen können. Diese  
296 Entwicklung wollen wir befördern. Zur Umsetzung der dritten Option an Schulen  
297 und zur Stärkung der Sichtbarkeit von unterschiedlicher sexueller und  
298 geschlechtlicher Identität werden wir SCHLAU Niedersachsen weiter fördern und  
299 uns für Ansprechpersonen für LSBTIQ einsetzen, um die Schulen zu unterstützen.

### 300 **Ganztagschulen ausbauen**

301 Die Ganztagschule ist zentraler Bestandteil eines gerechten und guten  
302 Schulsystems, damit alle Schüler\*innen bestmöglich gefördert werden und an  
303 vielfältigen Angeboten partizipieren können. Wir möchten keinen „Ganztage light“,  
304 der als Verwahrestation für Schüler\*innen am Nachmittag fungiert. Unser Ziel ist  
305 stattdessen ein gebundenes, qualitativ hochwertiges Ganztagschulkonzept, bei  
306 dem durch einen rhythmisierenden Tagesablauf Lerneinheiten mit Bewegungszeit,  
307 kreativen Phasen und Angeboten mit außerschulischen Akteur\*innen sinnvoll  
308 aufeinander abgestimmt werden. Wir setzen uns daher dafür ein, alle Schulen zu  
309 Ganztagschulen an vier Tagen die Woche von acht bis fünfzehn Uhr mit einem  
310 pädagogischen Betreuungsangebot auszubauen.

### 311 **Guter Ganztage durch mehr Qualität, bessere Ernährung, Bewegung und Vernetzung 312 mit Vereinen**

313 Wir wollen die Qualität der Ganztagschulen weiter erhöhen. Dazu gehören  
314 qualifiziertes und engagiertes Lehrpersonal, eine gute Architektur und  
315 Ausstattung mit Infrastruktur und Lehrmaterial sowie verlässliche und  
316 kontinuierliche Unterrichtsangebote und eine gute Vernetzung innerhalb ihres  
317 räumlichen Umfeldes. Hierbei sind dauerhafte Kooperationspartner und eine  
318 Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe auf Augenhöhe unabdingbar. Diese  
319 Kooperationspartner, wie Musikschulen, Künstler\*innen, Jugendverbände und  
320 Sportvereine, brauchen dafür ebenso wie die Schulleitungen klare und  
321 verlässliche Rahmenbedingungen, die ihnen eine langfristige Planung und  
322 Kooperation ermöglichen. Insbesondere ausreichend Bewegungsangebote sind  
323 wichtig, wenn Kinder den ganzen Tag in der Schule sind. Wir setzen uns deshalb  
324 für tägliche Bewegungszeiten in der Schule ein. Gleichzeitig benötigen  
325 Ganztagschulen Rückzugsräume und die Möglichkeit für Ruhephasen, da nicht jedes  
326 Kind gleichermaßen kontaktfreudig und ausdauernd ist. Die vielen Horte, die  
327 derzeit ergänzende und attraktive Angebote machen, sollten im Prozess des  
328 Ganztagschulausbaus mitgedacht und integriert werden. Die Weiterentwicklung von

329 Schulen zu Familienzentren ermöglicht es, Beratungs- und Unterstützungsangebote  
330 dort zu machen, wo die Familien sind: in der Schule (s. Familienzentren).

331 Durch den Ausbau der Ganztagschulen hat auch die gesunde Ernährung der Kinder  
332 und Jugendlichen in den Schulen eine größere Bedeutung bekommen. Deshalb werden  
333 wir ein Landesprogramm für gutes Schulessen auf den Weg bringen, um Kommunen  
334 finanziell dabei zu unterstützen, dass jedes Kind – insbesondere auch diejenigen  
335 aus einkommensschwachen Haushalten – an jeder Schule eine warme Mahlzeit aus  
336 gesunden, regionalen, saisonalen Komponenten mit möglichst hohem Bioanteil  
337 erhalten kann. Eine Kooperation zwischen Berufsbildenden Schulen in den  
338 Bereichen Kochen und Hauswirtschaft sowie mit Werkstätten, die in dem Bereich  
339 ausbilden, wollen wir vorantreiben. Damit schaffen wir Ausbildungsplätze und  
340 Synergien schaffen.

#### 341 **Schulen sollen die schönsten Orte sein – Digitalisierung vorantreiben**

342 Wie bei vielen anderen öffentlichen Gebäuden auch wurde in den letzten  
343 Jahrzehnten bei der Sanierung und Modernisierung der Schulen gespart. Die  
344 Konsequenz sind teilweise marode Gebäude, die nicht barrierefrei sind, die  
345 Schultoiletten haben, die niemand betreten möchte und die den Ansprüchen an  
346 gutes Lernen und Lehren nicht gerecht werden. Die Kommunen haben begonnen,  
347 diesen Trend umzukehren, haben aber allein nicht die finanzielle Kraft, die  
348 Erfüllung der riesigen Bedarfe kurzfristig zu stemmen. Mit dem  
349 Niedersachsenfonds wollen wir auch in die energetische Sanierung und  
350 Modernisierung der Schulen investieren und hier die Kommunen unterstützen. Ziel  
351 muss es sein, die Bedarfe der Schule einmal grundsätzlich anzugehen, anstatt  
352 teure Flickschusterei zu betreiben. In dem Zusammenhang setzen wir uns dafür  
353 ein, dass Bund, Land und Kommunen hier gemeinsam vorangehen und als Lehre aus  
354 der Pandemie auch die Belüftungssituation sowie Hygieneanforderungen mitdenken.

355 Die Digitalisierung an Schulen läuft ebenso schleppend voran und die Schulen  
356 werden bei der Etablierung von digitalen Angeboten nicht ausreichend unterstützt  
357 und begleitet. Wir wollen dazu beitragen, dass die Mittel des Digitalpakts  
358 schneller an den Schulen ankommen. Digitalisierung ist hierbei kein Selbstzweck,  
359 sondern ein Werkzeug, dass Unterricht in Teilen leichter, abwechslungsreicher  
360 und attraktiver machen kann. Dies gilt es pädagogisch einzubetten und zielgenau  
361 anzuwenden. Anders als andere Bundesländer hat Niedersachsen weder ein Institut  
362 noch Digitalprofessuren, um die Digitalisierung an Schulen zu begleiten und in  
363 Aus-, Fort- und Weiterbildung stärker zu berücksichtigen. Das gilt es zu ändern.  
364 Auch die Problematik der IT-Administration muss dringend gelöst werden, indem  
365 hier mit den Kommunen eine Lösung entwickelt wird und beispielsweise eine  
366 Ausbildung IT-Administration in der Schule eingeführt wird, um auch Fachkräfte  
367 zu gewinnen.

#### 368 **Nachhaltige Entwicklung als Bildungsziel**

369 Die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft ist eine der Zukunftsaufgaben  
370 des 21. Jahrhunderts. Der Bildung für nachhaltige Entwicklung und dem globalen  
371 Lernen kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Wir GRÜNEN möchten diese deshalb in  
372 Niedersachsen weiter stärken. Bildung für nachhaltige Entwicklung und globales  
373 Lernen sind Querschnittsthemen schulischer Bildung, in denen die  
374 Herausforderungen der Zukunft thematisiert und Lösungsmöglichkeiten entwickelt  
375 werden. Daher setzen wir uns dafür ein, Bildung für nachhaltige Entwicklung und  
376 globales Lernen in Kitas sowie in Schulen in den Lehrplänen fest zu verankern  
377 und dabei fächerübergreifende und handlungsorientierte Konzepte zu fördern.

378 Außerschulische Lernorte und Projekte sind hierbei ein wichtiger Bestandteil, um  
379 vielfältige Angebote zu machen. Deshalb wollen wir diese stärken und auch Eine-  
380 Welt-Promotor\*innen weiter unterstützen (vgl. Niedersachsen in Europa und der  
381 Welt).

### 382 **Lehrer\*innen unterstützen und Schulqualität sichern**

383 Die Zeit der Corona-Pandemie hat eindrucksvoll aufgezeigt, welchen Beitrag  
384 Lehrer\*innen für unsere Gesellschaft leisten. Tagtäglich engagieren sie sich mit  
385 den Schüler\*innen und für die Schüler\*innen. Sie entwickeln Schulen aktiv weiter  
386 und machen sie besser. Die Anforderungen an die Lehrer\*innen haben sich in den  
387 letzten Jahrzehnten gewandelt und deutlich erhöht. Viele Reformen der  
388 Schulpolitik haben zu einer erheblichen Mehrbelastung der Lehrer\*innen geführt.  
389 Eine Schule, die unseren Vorstellungen von gutem Lernen entspricht, erfordert  
390 mehr und bestausgebildete Lehrer\*innen. Diesen Anforderungen wollen wir GRÜNEN  
391 gerecht werden und sowohl die Ausbildung als auch die Rahmenbedingungen im Beruf  
392 verbessern. Es ist unser Anspruch, dass das Land Niedersachsen, auch im  
393 Vergleich zu den anderen Bundesländern, ein attraktiver Arbeitgeber ist und  
394 gute, verlässliche Arbeitsbedingungen bietet. Bislang gab es keine ernsthafte  
395 Auseinandersetzung mit den Vorschlägen der Arbeitszeitkommission. Das wollen wir  
396 ändern und Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf den Weg  
397 bringen, wie etwa eine Anpassung der Altersermäßigung.

398 Noch immer werden Lehrer\*innen an Grund- und Hauptschulen schlechter bezahlt und  
399 schlechtergestellt als an anderen Schulformen. Wir möchten erreichen, dass auch  
400 Grund-, Haupt-, Real- und Oberschullehrer\*innen in der Regel nach A13 bezahlt  
401 werden. Spätestens mit der Neustrukturierung der Masterstudiengänge für die  
402 Lehrämter an Grundschulen sowie an Haupt- und Realschulen (GHR300) ist diese  
403 Bezahlung zudem rechtlich geboten. Darüber hinaus brauchen auch diese  
404 Schulformen Funktionsstellen – eine stellvertretende Schulleitung von  
405 Grundschulen beispielsweise ist überfällig. Schulleitungen haben an Schulen eine  
406 zentrale Funktion und brauchen deswegen ein eigenes Berufsbild. Wir setzen uns  
407 daher dafür ein, dass Schulleitungen noch besser auf die Übernahme von  
408 Leitungsaufgaben vorbereitet werden. Es sollen zielgerichtete  
409 Weiterbildungsangebote für Nachwuchsführungskräfte zur Verfügung stehen. Hierzu  
410 zählen auch Möglichkeiten zu Begleitung, Supervision und Coaching.

411 Wir GRÜNEN setzen uns für den Aufbau einer niedrigschwelligen, regionalen  
412 Beratungs- und Unterstützungsstruktur in ganz Niedersachsen ein, damit die  
413 zahlreichen Hilfsangebote auch tatsächlich bei den Lehrer\*innen ankommen. Wir  
414 treiben die Schulevaluation und Qualitätsentwicklung der Schulen voran und bauen  
415 sie aus – eigenverantwortliche und starke Schulen funktionieren am besten, wenn  
416 diese Elemente ineinandergreifen. Gleichzeitig entlasten wir die Schulen von  
417 Verwaltungsaufgaben und Dokumentationspflichten durch zusätzliches Personal –  
418 insbesondere an kleinen Grundschulen. Über eine Aufstockung von  
419 Schulverwaltungs Kräften und mehr schulische Sozialarbeit sowie mit dem gezielten  
420 Einsatz von pädagogischen Mitarbeiter\*innen kann Schule den Anforderungen besser  
421 gerecht werden.

### 422 **Den Fachkräftemangel gezielt angehen**

423 Unser Ziel ist es, für alle Schulen ausreichend Lehrkräfte zu gewinnen und damit  
424 die Unterrichtsversorgung nachhaltig zu verbessern. Vor dem Hintergrund eines  
425 erheblichen Fachkräftemangels werden viele Maßnahmen zur Besserstellung und  
426 Entlastung von Lehrkräften ebenso wie die Umsetzung schulpolitisch überfälliger

427 Reform- und Qualitäts-verbesserungsvorhaben nicht kurzfristig gelingen, sondern  
428 müssen in Stufenplänen erfolgen. Umso wichtiger ist es, den Fachkräftemangel  
429 nicht schönzurechnen, sondern aktiv anzugehen. Hierzu führen wir eine ehrliche  
430 Lehrkräftebedarfsanalyse durch, die auch geplante und absehbare Reformvorhaben  
431 mitberücksichtigt. Die verstärkte Ausbildung von Lehrkräften und  
432 Sonderpädagog\*innen muss vorangetrieben werden. Darüber hinaus setzen wir uns  
433 für eine bessere Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen ein.

434 Da das Nachsteuern viele Jahre in Anspruch nehmen wird, wollen wir in der  
435 Übergangszeit verstärkt den Ausbau multiprofessioneller Teams vorantreiben. Wenn  
436 in der Prognose derzeit jede fünfte Lehrkraft Quereinsteiger\*in sein wird, dann  
437 macht das deutlich, dass die Situation des Lehrkräfteangebotes einem großen  
438 Wandel ausgesetzt ist. Schule wird sich dadurch verändern – das muss aktiv  
439 gestaltet werden. Wir setzen uns dafür ein, den Quereinstieg besser  
440 vorzubereiten und durch eine echte Ausbildungs- und Vorbereitungsphase zu  
441 gestalten. Gleichzeitig sollen Schulen den Freiraum bekommen, anderes Personal  
442 hinzuzuziehen, solange nicht ausreichend Lehrkräfte zur Einstellung verfügbar  
443 sind. Dadurch gewährleisten wir, dass Schulen eigenverantwortlich planen können.

444 Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, die Ausbildung von Lehrer\*innen zu reformieren,  
445 um sie besser auf die veränderten und wachsenden Herausforderungen des Berufs  
446 vorzubereiten. Dafür ist es erforderlich, Lehrer\*innen nicht länger nach  
447 Schulformen getrennt auszubilden, sondern orientiert an Jahrgangsstufen. Hierzu  
448 gehört auch, das Studium der Sonderpädagogik in dieses Stufenmodell stärker  
449 einzubeziehen. Darüber hinaus werden wir eine Qualifizierungsoffensive für guten  
450 Unterricht auf den Weg bringen, um Lehrer\*innen auf die Herausforderungen einer  
451 individualisierten und inklusiven Pädagogik gut vorzubereiten. Die  
452 Lehrer\*innenbildung muss in beiden Ausbildungsphasen noch stärker an den  
453 Bedürfnissen der integrativ arbeitenden Schulen ausgerichtet werden. Hierfür  
454 schaffen wir die Rahmenbedingungen. Wir setzen uns dafür ein, dass der  
455 fächerübergreifende und projektorientierte Ansatz dieser Schulen in die  
456 Ausbildung einfließt.

457 Sonderpädagog\*innen haben in den vergangenen Jahren einen Großteil der Reformen  
458 hin zur Inklusion getragen. Ihr Berufsbild hat sich dabei nachhaltig geändert.  
459 Wir wollen die Anerkennung ihrer Fachkompetenz als Spezialist\*innen der  
460 Inklusion an den Schulen stärken, ihre Rolle klarer definieren und ihre  
461 beruflichen Entwicklungsperspektiven ausbauen.

#### 462 **Schule als demokratisches System**

463 Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass an Niedersachsens Schulen die Beteiligung  
464 der Schüler\*innen und Eltern, aber auch weiterer Statusgruppen, verbessert wird.  
465 Demokratie lernen heißt auch Demokratie leben. Hier setzen wir uns dafür ein,  
466 eine demokratische Kultur an Schulen zu etablieren. Ob es nun die Einrichtung  
467 von Schulplenen, das Initiativrecht im Schulvorstand, die Mitgestaltung der  
468 Unterrichtseinheiten oder andere Formen der Beteiligung der Statusgruppen an  
469 Schulen sind – wir GRÜNEN ermöglichen mehr Beteiligung an Schulen und fördern  
470 diese durch flächendeckende Qualifizierungsangebote auch für Schüler\*innen und  
471 Eltern. Darüber hinaus sorgen wir dafür, dass Schüler\*innen auch bei allen  
472 schulpolitischen Entscheidungen auf den Ebenen der Schulträger, der  
473 Schulbehörden und der Landespolitik einbezogen werden.

#### 474 **Gute Ausbildung: Den Fachkräftemangel überwinden**

475 Die duale Ausbildung mit den beiden Lernorten Betrieb und Berufsschule ist ein  
476 erfolgreicher Weg, um jungen Menschen berufliche Qualifizierung zu ermöglichen  
477 und dem Fachkräftebedarf zu begegnen. Aktuell steht dieses Modell jedoch von  
478 zwei Seiten zunehmend unter Druck: Aufgrund des demografischen Wandels nimmt die  
479 Zahl der Schulabgänger\*innen ab und gleichzeitig sinkt der Anteil derjenigen,  
480 die sich für eine duale Ausbildung entscheiden. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein,  
481 den gesellschaftlichen Stellenwert der dualen Berufsausbildung zu verbessern.  
482 Gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern sowie dem Handwerk bringen wir  
483 eine neue Initiative zur Fachkräftegewinnung auf den Weg. Unser Ziel ist es,  
484 Betriebe und Berufsbildende Schulen dabei zu unterstützen, wirksame Konzepte zu  
485 entwickeln, damit der Fachkräftenachwuchs gesichert wird.

486 Damit ausreichend Auszubildende gefunden werden können, bedarf es einer  
487 Aufwertung der dualen Ausbildung. Hierzu gehört beispielsweise eine gute  
488 Entlohnung für Auszubildende und eine bessere Unterstützungsinfrastruktur. Daher  
489 setzen wir uns dafür ein, dass auch Auszubildende zukünftig mit einem  
490 landesweiten 365-Euro-Ticket für Busse und Bahnen mobil sind (vgl. Mobil in  
491 Niedersachsen). An den Berufsschulstandorten soll es für Auszubildende, die von  
492 weiter weg anreisen, Modelle für bessere Unterbringungsmöglichkeiten, etwa  
493 Azubiwohnheime, geben. Wir weiten die kostenfreie Schüler\*innenbeförderung auf  
494 die Schüler\*innen der Sekundarstufe II der Allgemeinbildenden Schulen und der  
495 Berufsbildenden Schulen aus. Für uns GRÜNE ist zudem nicht einsehbar, warum das  
496 Masterstudium gebührenfrei ist, die Meisterausbildung im Handwerk aber bis zu  
497 10.000 Euro kostet. Daher setzen wir uns für eine gebührenfreie  
498 Meisterausbildung ein.

499 Darüber hinaus muss die Durchlässigkeit zwischen Studium und betrieblicher  
500 Ausbildung verbessert werden. So gilt es, eine bessere Verzahnung mit dualen  
501 Studienmöglichkeiten zu gestalten, damit Auszubildende neben dem  
502 Ausbildungsabschluss auch einen Studienabschluss erreichen können (vgl.  
503 Wissenschaft macht Zukunft). Hierbei setzen wir uns für flexible Modelle ein, um  
504 beispielsweise Ausbildung und Studium gut aufeinander abstimmen und  
505 beispielsweise mit Teilzeitmodellen zeitlich strecken zu können. Die Qualität  
506 der Ausbildung in Betrieb und Berufsschule wollen wir durch eine unabhängige und  
507 öffentlich finanzierte Stelle sichern, die betriebliche und schulische  
508 Ausbildungsqualität evaluiert und bei Mängeln Maßnahmen empfiehlt. Gemeinsam mit  
509 den Sozialpartnern sollen dazu Bewertungssysteme für die Qualität einer  
510 Ausbildung entwickelt werden.

511 Nach wie vor ist der Anteil eines Jahrgangs, der ohne qualifizierten  
512 Berufsabschluss auf den Arbeitsmarkt kommt, zu hoch – die Pandemie hat diese  
513 Situation noch weiter verschärft. Zudem verlassen zu viele junge Menschen das  
514 allgemeinbildende Schulsystem ohne Abschluss. Hier wollen wir zum einen im  
515 Schulbereich gegensteuern und zugleich die Berufsberatung ausbauen. Zum anderen  
516 streben wir eine bessere Verzahnung der schulischen Bildung mit der dualen  
517 Ausbildung sowie Qualifizierungen an, um alle Ausbildungsinteressierten auch in  
518 die Lage zu versetzen, diese erfolgreich zu beginnen. Während auf der einen  
519 Seite betriebliche Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben, gehen auf der anderen  
520 Seite viele junge Menschen bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle leer aus.  
521 Das trifft vor allem Jugendliche mit niedrigem formalen Bildungsgrad und  
522 Migrationsgeschichte. Wir begrüßen daher die Pläne der Ampelkoalition im Bund  
523 für eine Ausbildungsgarantie, damit endlich alle jungen Menschen die Chancen auf  
524 einen vollqualifizierenden Ausbildungsplatz erhalten. Wir wollen zudem dafür

525 sorgen, dass es sich für Unternehmen mehr lohnt auszubilden. Das in der  
526 Baubranche bereits erfolgreich praktizierte Modell der Ausbildungsplatzumlage  
527 wollen wir auf ganz Niedersachsen ausdehnen: Unternehmen, die nicht ausbilden,  
528 zahlen in einen Fonds ein; Unternehmen, die ausbilden, erhalten pro  
529 Ausbildungsplatz eine Prämie aus diesem Fonds.

530 Mehr denn je wird es auch zukünftig darauf ankommen, gezielt und effektiv  
531 Menschen mit Migrationsgeschichte den Zugang zur dualen Ausbildung zu  
532 ermöglichen. Daher wollen wir SPRINT, das Sprach- und Integrationsprojekt der  
533 Landesregierung für jugendliche Flüchtlinge, in den Regelschulbetrieb der  
534 Berufsschulen überführen. Um junge Menschen mit schwierigen Ausgangsbedingungen  
535 nicht weiter zu benachteiligen, schaffen wir die Kostenheranziehung für  
536 Auszubildende, die in Pflegefamilien oder Kinder- und Jugendheimen untergebracht  
537 sind oder waren, ab.

538 Die berufliche Bildung – von der Erstausbildung bis zur beruflichen Fort- und  
539 Weiterbildung – muss sich auf den schnellen Wandel der Arbeitswelt einstellen.  
540 Aufgaben und Anforderungen ändern sich grundsätzlich. Kompetenzen wie  
541 Prozessmanagement und IT-Kenntnisse gewinnen an Bedeutung. Die Auszubildenden  
542 benötigen hier zusätzliches Wissen, ohne dass bisherige Inhalte durch die  
543 Digitalisierung überflüssig werden. Gerade kleine und mittelständische  
544 Unternehmen, die in Niedersachsen mehr als drei Viertel aller Ausbildungsplätze  
545 anbieten, wollen wir dabei unterstützen, diese zusätzlichen Kompetenzen zu  
546 vermitteln. In Regierungsverantwortung haben wir GRÜNEN daher sogenannte Smart  
547 Factories als Lernwerkstätten an Berufsbildenden Schulen eingerichtet, die an  
548 den realen Produktionsbedingungen moderner, digital arbeitender Betriebe  
549 ausgerichtet sind. Daran wollen wir anknüpfen und das Modell der Smart Factories  
550 landesweit umsetzen.

### 551 **Berufsbildende Schulen**

552 Wir GRÜNEN setzen uns für die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher  
553 Bildung ein. Die berufliche Bildung steht in einem Flächenland wie Niedersachsen  
554 vor der Herausforderung, wohnortnah qualitativ hochwertige Angebote zu erhalten.  
555 Vor allem in den Berufsbildenden Schulen ist die Unterrichtsversorgung nach wie  
556 vor unzureichend und droht, sich weiter zu verschlechtern. Um dem  
557 Lehrer\*innenmangel zu begegnen, starten wir eine Fachkräfteinitiative, um den  
558 Lehrerberuf an berufsbildenden Schulen für Quereinsteiger\*innen aus Handwerk und  
559 Industrie attraktiver zu machen. Insbesondere die Arbeitsbedingungen von  
560 Fachpraxislehrer\*innen wollen wir verbessern. Wir wollen erreichen, dass die  
561 Fachpraxislehrer\*innen in den Berufsschulen mit der Eingangsbesoldung A10  
562 beginnen und die Aufstiegschancen besser werden. Gerade Fachpraxislehrer\*innen  
563 leisten in den Berufsschulen in der Verzahnung von Theorie und Praxis  
564 hochqualifizierte pädagogische Arbeit. Zusätzlich wollen wir die  
565 Studienplatzkapazitäten für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen ausweiten, um  
566 perspektivisch wieder mehr grundständig ausgebildete Berufsschullehrer\*innen zu  
567 haben. Wir befördern die niedersächsischen Berufsschulen mit einer  
568 Modernisierungs- und Digitalisierungsoffensive endlich ins 21. Jahrhundert.  
569 Diese Kraftanstrengung wollen wir gemeinsam mit den Kammern und den  
570 Sozialpartnern zügig und konsequent angehen.

571 Die Ressourcen, die Berufsschulen bieten, wollen wir breiter als bisher nutzen:  
572 Dazu wollen wir Berufsschulen zu Kompetenzzentren beruflicher Bildung  
573 weiterentwickeln, um die Kapazitäten der Berufsschulen unterschiedlichen Gruppen

574 für Weiterbildungen und Umschulungen anzubieten. Da sich die Halbwertszeiten der  
575 im Rahmen der Berufsausbildung erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten deutlich  
576 verkürzen und sich die Anforderungen im Zuge der Digitalisierung in manchen  
577 Berufen erheblich ändern, müssen wir den Arbeitnehmer\*innen gezielte Angebote  
578 machen, um sich rechtzeitig den verändernden Anforderungen anpassen zu können.  
579 Damit die Berufsbildenden Schulen diesen neuen Anforderungen gerecht werden  
580 können, statten wir sie deutlich besser aus. Gemeinsam mit den Berufsbildenden  
581 Schulen wollen wir die Eigenständigkeit der regionalen Kompetenzzentren stärken.  
582 Um Berufsschüler\*innen die Grundlagen betrieblicher Mitbestimmung und  
583 gewerkschaftlicher Arbeit näherzubringen, setzen wir uns dafür ein, dass  
584 Gewerkschaften in den Berufsschulen über ihre Arbeit informieren können.

585 Gerade die Berufsschulen leisten im Bereich der Inklusion seit Jahrzehnten eine  
586 wichtige Arbeit und haben in Teilen eine Vorreiterrolle eingenommen. Wir GRÜNEN  
587 setzen uns dafür ein, die Inklusion in der beruflichen Bildung auch im  
588 Schulgesetz zu verankern, um rechtliche Verbindlichkeit und gute  
589 Rahmenbedingungen zu definieren. Wir wollen die personellen und finanziellen  
590 Rahmenbedingungen für einen Ausbau des gemeinsamen Unterrichts an allen  
591 berufsbildenden Schulformen schaffen. Dafür ist eine entsprechende  
592 Fortbildungsinitiative für Lehrer\*innen und die Weiterentwicklung der  
593 sonderpädagogischen Unterstützung notwendig. Die von der amtierenden  
594 Landesregierung vorgenommene Streichung des Studiengangs Sonderpädagogik an  
595 Berufsbildenden Schulen in Hannover war ein schwerer Fehler, den wir korrigieren  
596 werden. Schulen und Schulträger müssen bei der Einrichtung von inklusiven  
597 Lerngruppen beraten und unterstützt werden.

### 598 **Wissenschaft gestaltet Zukunft**

599 Wissen ist in unserem Land die entscheidende Ressource, um aktuelle und  
600 zukünftige Herausforderungen erfolgreich anzugehen. Wissenschaft schafft  
601 Innovationen, bietet Lösungsmöglichkeiten und zeigt neue Wege auf. Sie ist der  
602 zentrale Schlüssel für das Gelingen des ökologisch-sozialen Umbaus und leistet  
603 damit einen wichtigen Beitrag zu nachhaltiger wirtschaftlicher  
604 Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlichem Wohlstand. Unser Ziel ist es,  
605 Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Hochschulen und Forschungseinrichtungen  
606 die nötigen Spielräume und die finanziellen Grundlagen bieten, um ihre  
607 Potenziale zu entfalten.

### 608 **Verlässliche Hochschulfinanzierung**

609 Um ihren Forschungs- und Bildungsauftrag erfüllen zu können, benötigen die  
610 Hochschulen in staatlicher Verantwortung eine verlässliche finanzielle  
611 Ausstattung. SPD und CDU haben in den vergangenen Jahren mit ihrer  
612 Kürzungspolitik den Grundgedanken des Hochschul-entwicklungsvertrages  
613 unterlaufen, den Hochschulen Handlungsspielraum genommen und viel Vertrauen  
614 verspielt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine bedarfsgerechte  
615 Grundfinanzierung ein, die den Hochschulen Planungssicherheit gibt, wachsenden  
616 Anforderungen Rechnung trägt und Raum für die zukünftige Entwicklung gibt.  
617 Hierzu gehört auch eine verlässliche landesseitige Kofinanzierung von Bundes-  
618 und EU-Mitteln, damit niedersächsische Hochschulen an diesen bestmöglich  
619 partizipieren können.

### 620 **Gebührenfreies Studium und gute Studienbedingungen**

621 Studiengebühren sind eine soziale Zugangshürde und verhindern  
622 Chancengerechtigkeit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein gebührenfreies  
623 Studium, damit der Besuch einer Hochschule nicht vom Einkommen der Eltern  
624 abhängig ist. Wir setzen uns für eine weitere Öffnung und mehr Diversität der  
625 Hochschulen ein, um die nach wie vor skandalöse Abhängigkeit des Bildungserfolgs  
626 von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Dazu gehört, dass mehr Menschen,  
627 insbesondere diejenigen, die nicht aus einer klassischen Akademiker\*innenfamilie  
628 stammen, ermutigt und dabei unterstützt werden, ein Hochschulstudium  
629 aufzunehmen.

630 Unser Ziel ist die Gestaltung von guten Bedingungen in Studium und Lehre.  
631 Hierfür sind die noch unter GRÜNER Regierungsbeteiligung von 2013 bis 2017  
632 eingeführten Studienqualitätsmittel auch zukünftig ein wichtiges Instrument, um  
633 die Studienbedingungen weiter zu verbessern. Wir wollen, dass die Studierenden  
634 wieder maßgeblich darüber entscheiden können, wie diese Mittel verwendet werden  
635 und sorgen dafür, dass die Mittel tatsächlich für die Verbesserung der  
636 Studienqualität und der Lehre eingesetzt werden und nicht fehlende Mittel für  
637 die Bauunterhaltung kompensieren müssen.

638 Der Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken leistet als Nachfolger des  
639 Hochschulpakts 2020 einen wichtigen Beitrag, um für bessere Studienbedingungen  
640 zu sorgen und die Studienkapazitäten bedarfsgerecht zu gestalten. Unser Ziel ist  
641 es, diese Finanzierung zu verstetigen und so insbesondere mehr Professor\*innen  
642 sowie weiteres unbefristetes Lehrpersonal an den Hochschulen zu ermöglichen,  
643 damit eine dauerhafte Verbesserung des Betreuungsschlüssels erreicht werden  
644 kann. Nicht zuletzt in der Pandemie haben die Hochschulen gezeigt, dass sie in  
645 der Lage sind, auf neue Herausforderungen flexibel und schnell zu reagieren und  
646 auch in der Lehre neue Wege zu gehen. Die Präsenzlehre muss auch zukünftig  
647 zentraler Bestandteil der Hochschullehre sein. Wir wollen jedoch mehr Spielräume  
648 für innovative Lehre schaffen, beispielsweise durch eine bessere Verknüpfung  
649 analoger und digitaler Elemente. Hierzu gehört auch eine gute digitale  
650 Ausstattung der Hochschulen sowie regelmäßige didaktische Weiterbildungen des  
651 akademischen Personals.

652 Wir wollen die Anerkennung von guter Lehre in der Wissenschaftsförderung stärker  
653 berücksichtigen. Außerdem planen wir, die Betreuungsverhältnisse zu evaluieren  
654 und bei Bedarf nachzusteuern, um die Qualität auch in viel nachgefragten Fächern  
655 und Studienschwerpunkten zu sichern. Studienangebote müssen mit den Lebens- und  
656 Lernbedingungen von Studierenden vereinbar sein. Verschulte Strukturen passen  
657 nicht zu einem selbstbestimmten Studienalltag. Wir wollen den Rahmen dafür  
658 schaffen, dass ein Studium beispielsweise auch für Berufstätige sowie zur  
659 Vereinbarkeit von Studium und Familie oder die Pflege von Angehörigen möglichst  
660 flexibel und individuell gestaltet werden kann.

661 Noch immer ist die Zahl der Studienabbrecher\*innen gerade in den sogenannten  
662 MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) viel zu  
663 hoch. Unser Ziel ist es, den Studienerfolg nachhaltig zu fördern und die  
664 Studierenden bestmöglich zu unterstützen. Hierzu gehört eine bessere Beratungs-  
665 und Unterstützungsinfrastruktur, die Studierenden ohne zusätzliche Kosten zur  
666 Verfügung steht und die wir ebenso wie mehr vorbereitende Bildungsangebote sowie  
667 studienbegleitende Tutorien und Mentor\*innenprogramme fördern wollen.

668 Zudem schaffen wir eine höhere Durchlässigkeit zwischen dualer Ausbildung und  
669 Hochschulstudium und bauen praxisnahe sowie duale Studienmöglichkeiten aus.

670 Eine wichtige Rolle spielt auch dafür eine weitere Stärkung der Hochschulen für  
671 angewandte Wissenschaften (Fachhochschulen). Hierbei sind uns auch neue Zugänge  
672 für Menschen wichtig, die mit oder aus einem bereits begonnenen Arbeitsleben  
673 berufsbegleitend im Sinne einer akademischen Weiterbildung studieren möchten.

674 Damit die Doppelbelastung durch Hochschulstudium und gleichzeitige Ausbildung  
675 oder Arbeit im Betrieb nicht zum Burnout-Faktor werden, wollen wir uns dafür  
676 einsetzen, dass die Regelstudienzeit für Dual- und Trialstudierende flexibler  
677 gehandhabt wird. Die oft einseitige Fokussierung auf Noten bei der Zulassung zu  
678 zulassungsbeschränkten Studiengängen wird den Erfordernissen von Studium und  
679 späterem Beruf nicht gerecht. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass in Zukunft  
680 fachliche Eignung, gesellschaftliches Engagement und berufliche Vorerfahrung  
681 stärker bei der Zulassung gewichtet werden.

### 682 **Vielfältige Hochschullandschaft**

683 Die niedersächsische Hochschullandschaft ist durch eine große Vielfalt aus  
684 Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften, Berufsakademien sowie  
685 staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen geprägt. Niedersachsen verfügt  
686 über exzellente Hochschulen und Spitzenforschung ebenso wie über  
687 anwendungsorientierte Einrichtungen – und damit insgesamt über ein breites  
688 Angebot an unterschiedlichen Studienmöglichkeiten. Im Sinne der  
689 Hochschulautonomie setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, dass Hochschulen  
690 über ein eigenständiges Profil und den notwendigen Gestaltungsspielraum für eine  
691 zukunftsorientierte Entwicklung verfügen. Hierzu wollen wir die Hochschulen  
692 dabei unterstützen, neue Wege auszuprobieren.

693 Niedersächsische Hochschulen beweisen Tag für Tag, dass hier auf exzellentem  
694 Niveau geforscht und gelehrt wird. Wir schaffen die notwendigen  
695 organisatorischen sowie finanziellen Rahmenbedingungen für die Hochschulen.  
696 Dabei ist für uns GRÜNE klar: Exzellente Ergebnisse in der Spitze sind nur durch  
697 eine gute Aufstellung in der Breite möglich – sie bedingen sich gegenseitig und  
698 geben einander neue Impulse.

### 699 **Soziale Infrastruktur für Studierende ausbauen**

700 Für ein erfolgreiches Studium braucht es mehr als gut ausgestattete Hochschulen.  
701 Gerade Menschen aus einkommensschwächeren Haushalten sind auf eine  
702 funktionierende soziale Infrastruktur angewiesen. Insbesondere durch die Folgen  
703 der Covid-19-Pandemie ist zudem der Bedarf für die psychosoziale Unterstützung  
704 von Studierenden und damit nach entsprechenden Angeboten der Studentenwerke  
705 gestiegen. Dennoch sind die Landesmittel an die Studentenwerke seit 2014 nicht  
706 mehr angehoben worden, obwohl die Zahl der Studierenden zeitgleich deutlich  
707 gestiegen ist. Die Kosten der Studentenwerke decken die Studierenden nun zu  
708 einem immer größeren Teil selbst. So ist es nicht verwunderlich, dass viele der  
709 Hochschulen mit den höchsten Semesterbeiträgen deutschlandweit in Niedersachsen  
710 liegen. Wir GRÜNE setzen uns für eine bedarfsgerechte und verlässliche  
711 Finanzierung der Studentenwerke und zusätzlichen günstigen Wohnraum für  
712 Studierende ein. Dabei ist sicherzustellen, dass die Studierenden nicht über  
713 Gebühr belastet werden.

714 Wir setzen uns auf Bundesebene für die Gestaltung einer gerechten  
715 Studienfinanzierung ein, die allen Menschen unabhängig vom Einkommen ein Studium  
716 ermöglicht. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) in seiner aktuellen  
717 Ausgestaltung reicht nicht aus, um Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. Wir

718 begrüßen deshalb, dass die neue Bundesregierung das BAföG öffnen und  
719 elternunabhängiger gestalten möchte und setzen uns dafür ein, dass auch  
720 Teilzeitstudierende BAföG beziehen können.

#### 721 **Hochschulen zu Reallaboren für Klimaneutralität machen**

722 An den Hochschulen gibt es einen gewaltigen Investitionsstau – sowohl im Bereich  
723 des Gebäudebestandes als auch bei notwendigen Neubauten. Dieser bedeutet nicht  
724 nur eine Herausforderung für die Sicherung des Studien- und Forschungsbetriebes,  
725 sondern ist auch aus Gründen des Klimaschutzes nicht länger zu akzeptieren. Denn  
726 ein großer Teil der Landesliegenschaften sind Hochschulgebäude, die wiederum  
727 einen hohen Anteil am Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen der  
728 Landesverwaltung haben. Unser Ziel ist es daher, Hochschulen zu Reallaboren des  
729 Wandels zu machen: von einer stärkeren und breiteren Verankerung von  
730 nachhaltigen Studieninhalten und der Einrichtung neuer Klimaschutz-Professuren  
731 über den Auf- und Ausbau von Green Offices bis zum Hochschulbau. Daher setzen  
732 sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine klimagerechte Gebäudesanierung sowie  
733 nachhaltige Energiekonzepte an allen Hochschulstandorten ein. Diese Maßnahmen  
734 können eine Strahlkraft weit über den Campus hinaus entfalten. Finanziert werden  
735 sollen diese Zukunftsinvestitionen über den Niedersachsenfonds und  
736 Landesgesellschaften (vgl. Nachhaltig Haushalten). Auch für den Neubau der  
737 Hochschulkliniken in Hannover und Göttingen wollen wir einen bestmöglichen  
738 Klimastandard erreichen. Die erforderlichen Mittel werden aus dem  
739 Niedersachsenfonds bereitgestellt.

#### 740 **Forschung nachhaltig gestalten**

741 Nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, welche Bedeutung die  
742 Wissenschaft für Erkenntnisgewinn und die Entwicklung von Lösungen für die  
743 großen Herausforderungen unserer Zeit hat. Ohne Wissenschaft ist auch kein  
744 Fortschritt möglich. Daher setzen wir uns dafür ein, die Forschung vom  
745 Grundlagenbereich bis zu konkreten anwendungsbezogenen Projekten zu stärken.  
746 Dies gilt insbesondere für transformative Forschungsbereiche, bei denen es um  
747 den Erhalt unserer Lebensgrundlagen sowie die Gestaltung des damit verbundenen  
748 notwendigen klimagerechten Umbaus geht. Auch in diesem Sinne schaffen wir neue  
749 und zusätzliche Professuren für den Bereich des Klimaschutzes, um diesen  
750 Kompetenzbereich an den Hochschulen und damit in der Forschung auszubauen und  
751 weiterzuentwickeln. Zu einer erfolgreichen Forschung gehört auch, den Wissens-  
752 und Technologietransfer in die Praxis zu verbessern, damit neue Lösungen noch  
753 schneller dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Bereits bei der Konzeption  
754 neuer Ausschreibungen und Forschungsförderungen wollen wir den Transfergedanken  
755 zu einem wichtigen Baustein machen (vgl. Innovatives Niedersachsen).

756 Wissenschaft hat dabei eine gesellschaftliche Verantwortung. Umso wichtiger ist  
757 Transparenz in der Forschung und der Austausch zwischen Wissenschaft und  
758 Gesellschaft. Dies gilt insbesondere bei kritischen Forschungsvorhaben  
759 beispielsweise im Bereich von Risikotechnologien und militärisch relevanten  
760 Projekten. Wir treiben Alternativen zu Tierversuchen voran, um diese  
761 perspektivisch überflüssig zu machen (vgl. Für einen konsequenten Tierschutz).  
762 Auch die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig es ist, Verständnis für  
763 wissenschaftliches Arbeiten zu schaffen. Hier kommt der  
764 Wissenschaftskommunikation eine zentrale Funktion zu, die wir zukünftig noch  
765 stärker fördern wollen. Wissenschaft und Freiheit bedingen sich gegenseitig.

766 Daher ist unser Ziel, auch zukünftig eine offene Diskussionskultur an den  
767 Hochschulen zu fördern.

#### 768 **Mehr Beteiligung wagen**

769 Hochschulen leben von einer aktiven demokratischen Kultur und einer  
770 funktionierenden akademischen Selbstverwaltung. Wir setzen uns dafür ein, dass  
771 alle, die an den Hochschulen lehren, arbeiten und studieren, die Chance haben,  
772 sich zu beteiligen. Hierzu gehört insbesondere auch die Mitbestimmung von  
773 Studierenden. In allen Bereichen, in denen verfassungsrechtlich keine Mehrheit  
774 der Professor\*innen vorgeschrieben ist, möchten wir mehr Beteiligungsrechte für  
775 Studierende und Beschäftigte erreichen.

#### 776 **Internationalisierung und Digitalisierung**

777 Wissenschaft ist grenzenlos und lebt vom internationalen Austausch. Die  
778 Vernetzung unserer Hochschulen auf europäischer und internationaler Ebene wollen  
779 wir daher stärken. Wir unterstützen die Hochschulen bei der internationalen  
780 Vernetzung und beim Abbau von Hürden bei der internationalen Mobilität von  
781 Studierenden und Forschenden. Hierzu gehört auch die gezielte Förderung der  
782 niedersächsischen Hochschulen, um in europäischen Förderprogrammen erfolgreich  
783 zu sein und Niedersachsen als Wissenschaftsstandort in Europa zu stärken sowie  
784 die europäische Idee insgesamt voranzubringen. Die Digitalisierung ermöglicht  
785 es, ein Studium an verschiedenen Standorten gleichzeitig zu absolvieren, ob in  
786 Niedersachsen, deutschlandweit oder international. Die technischen  
787 Voraussetzungen für einen virtuellen transnationalen Campus sind inzwischen  
788 gegeben. Wir setzen uns dafür ein, auch die rechtlichen Rahmenbedingungen so  
789 anzupassen, dass Studierende und Forschende zukünftig einfacher von den Chancen  
790 der Digitalisierung profitieren können.

#### 791 **Gute Arbeit und Gleichstellung**

792 Wer kluge Köpfe halten und fördern will, muss gute Arbeitsbedingungen gestalten  
793 und den Mitarbeiter\*innen der Hochschulen Perspektiven bieten. BÜNDNIS 90/DIE  
794 GRÜNEN setzen sich dafür ein, den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern und  
795 auch für wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen und den Mittelbau bessere  
796 Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft zu schaffen. Für Daueraufgaben  
797 müssen zukünftig auch Dauerstellen geschaffen werden. Die beruflichen  
798 Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses wollen wir durch neue  
799 akademische, u. a. familienfreundlichere Karrieremodelle auch für den Mittelbau  
800 stärken. Zwar sind rund die Hälfte der Studierenden und Promovierenden Frauen –  
801 jedoch spiegelt sich dieses Verhältnis bei den Professuren und  
802 Leitungsfunktionen der Hochschulen bei weitem nicht wider. Für uns GRÜNE ist  
803 Gleichstellung eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe, die wir auch an den  
804 Hochschulen vorantreiben wollen. Insbesondere der Übergang von Promotion zur  
805 Professur muss verbessert werden, damit Frauen gleiche Karrierechancen haben.  
806 Die Dialoginitiative geschlechtergerechte Hochschulkultur hat hierfür bereits  
807 wichtige Impulse geliefert, die wir durch ein Mehr an Verbindlichkeit aufwerten  
808 und fördern werden. Wir wollen auch erreichen, dass studentische Hilfskräfte in  
809 die betriebliche Mitbestimmung einbezogen und tarifliche Mindeststandards  
810 gesichert werden.

#### 811 **4. Erwachsenenbildung stärken**

812 Bildung endet nicht mit der Schulzeit und Ausbildung. Eine sich rasant  
813 verändernde Arbeitswelt und gesellschaftliche Wandlungsprozesse erfordern es,

814 Bildung als lebensbegleitenden Prozess zu verstehen. So sind Angebote der  
815 Grundbildung und des zweiten Bildungswegs für viele Menschen eine Chance, ihre  
816 Teilhabemöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt und im sozialen Leben zu verbessern.  
817 Auch die Integration von Geflüchteten erfordert umfassende Angebote im Sinne von  
818 Bildungsketten wie Sprachkurse, Angebote der Grund- und beruflichen Bildung. Die  
819 Erwachsenenbildung leistet hier einen wichtigen Beitrag für mehr  
820 Chancengerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe, Integration, Weiterbildung und  
821 Fachkräftesicherung sowie zur politischen Bildung (vgl. Für eine vielfältige und  
822 offene Gesellschaft). BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die  
823 Erwachsenenbildung als wichtiges Standbein der Bildungslandschaft in  
824 Niedersachsen auszubauen. Die freie Erwachsenenbildung stellt Angebote für  
825 verschiedene Bedarfe in den unterschiedlichen Lebensphasen bereit. Damit  
826 Menschen die für sie passenden Bildungswege und Angebote finden, wollen wir die  
827 trägerunabhängige Bildungsberatung auch zukünftig stärken.

### 828 **Ein Prozent des Bildungsetats für Weiterbildung**

829 Die sich durch eine rasant verändernde Gesellschaft und Arbeitswelt wandelnden  
830 Anforderungen an die Erwachsenenbildung sind auch mit einem erhöhten  
831 Förderbedarf verbunden. Das gilt sowohl für den Bereich der Förderung von  
832 Geflüchteten mit Sprachkursen und weiteren Bildungsmaßnahmen als auch für die  
833 Grundbildung, den zweiten Bildungsweg, die fortlaufende Qualifizierung des  
834 Personals sowie eine strukturierte Nachwuchsgewinnung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
835 setzen sich dafür ein, das Bildungsbudget für Weiterbildung auf ein Prozent des  
836 gesamten Bildungsetats zu erhöhen (vgl. Gute Arbeit in Niedersachsen).

### 837 **Grundbildung und Alphabetisierung**

838 Angebote im Bereich der Grundbildung, Alphabetisierung und nachholende  
839 Schulabschlüsse vermitteln wichtige Schlüsselqualifikationen. Sie sind die Basis  
840 für die Teilhabe an weiteren Bildungsangeboten und für den Weg in den  
841 Arbeitsmarkt. Diese Angebote sind insbesondere für Menschen in prekären  
842 Lebensverhältnissen oder mit formal geringer Bildung wichtig. Sie bedürfen einer  
843 niedrigschwelligen und zielgruppenorientierten Ausrichtung mit aufsuchenden und  
844 sozialraumbezogenen Bildungsangeboten, die sowohl jüngere als auch die wachsende  
845 Zielgruppe der älteren Menschen berücksichtigt. Wir GRÜNEN wollen diese  
846 besonders fördern, ausbauen und weiterentwickeln. Hohe Teilnahmebeiträge können  
847 dabei eine abschreckende Wirkung entfalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich  
848 daher dafür ein, diese Angebote zukünftig gebührenfrei zu gestalten.

### 849 **Neue Formate und Digitalisierung**

850 Die Digitalisierung hat sowohl für die inhaltlichen Angebote als auch für die  
851 Arbeitsweise der Erwachsenenbildung nicht erst seit der Covid-19-Pandemie eine  
852 hohe Bedeutung. Sie verändert die Qualifikationsanforderungen an die Menschen  
853 und erfordert damit auch eine inhaltliche Neugestaltung der Angebote und Formate  
854 in der Erwachsenenbildung. Neue Formate mit flexibleren Nutzungsformen werden  
855 benötigt, beispielsweise durch die Bereitstellung von mehr Onlineangeboten und  
856 virtuellen Veranstaltungen mit einer darauf ausgerichteten Pädagogik. So  
857 verändert Digitalisierung gleichzeitig die Arbeitsbedingungen in der  
858 Erwachsenenbildung. Dozent\*innen sind nicht mehr nur Pädagog\*innen, sondern  
859 benötigen Kompetenzen, Lerninhalte digital zu vermitteln. Wir wollen nicht  
860 zuletzt die Erfahrungen und Erkenntnisse aus den pandemiebedingten Umstellungen  
861 auf den Onlinebetrieb nutzen, um diesen Umstellungsprozess zu verstetigen und  
862 weiterzuentwickeln.

863 **Starke Familien: Selbstbestimmt leben von der Kindheit bis ins Alter**

864 GRÜNE Familienpolitik stellt Kinder und Jugendliche mit ihren eigenen  
865 Bedürfnissen und Rechten in den Mittelpunkt. In der Pandemie musste die junge  
866 Generation besonders zurückstecken. Kinder und Jugendliche haben in besonderem  
867 Maße gesellschaftliche Solidarität gegenüber älteren Menschen geleistet und  
868 unter den pandemiebedingten Einschränkungen selbst besonders gelitten. Wir  
869 GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen  
870 zukünftig besser gehört und ihre Anliegen endlich ernst genommen werden.  
871 Wichtige Hinweise dafür kann die Einführung eines regelmäßigen Monitorings zur  
872 Lage von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen unter Beteiligung des  
873 Landesjugendhilfeausschusses und der Kinder- und Jugendkommission liefern.

874 Familie ist da, wo Menschen füreinander sorgen. Für eine gute Familienpolitik  
875 bedarf es guter beruflicher und finanzieller Rahmenbedingungen für die  
876 sogenannte Sorgearbeit: Wer pflegt, Kinder versorgt und Verantwortung für andere  
877 Menschen übernimmt, muss hierbei unterstützt werden. Deshalb setzen wir uns auch  
878 dafür ein, dass sogenannte Regenbogen- und Patchwork-Familien endlich rechtlich  
879 anerkannt werden, beispielsweise im Familien- und Adoptionsrecht.  
880 Mehrelternschaft soll möglich sein und alle Formen von  
881 Verantwortungsgemeinschaften jenseits von Liebesbeziehungen oder der Ehe sollen  
882 anerkannt werden.

883 **Kinderrechte stärken**

884 Kinder sind unsere Zukunft – und trotzdem werden viel zu viele Entscheidungen  
885 über ihre Köpfe hinweg und zu ihren Lasten getroffen. Das müssen wir dringend  
886 ändern. Kinder und Jugendliche haben eigene Rechte, die es zu respektieren und  
887 zu verteidigen gilt. Sie müssen sich in Gesetzgebungsprozessen ebenso  
888 widerspiegeln wie in der Schulstruktur und dem familiären Umfeld. Um diesen  
889 Rechten den verdienten Rang einzuräumen, setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, die  
890 Kinderrechte in der Landesverfassung zu verankern.

891 Wir GRÜNEN stehen für eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre und mehr  
892 politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, die wir als kommunale  
893 Aufgabe in der Niedersächsischen Kommunalverfassung verankern wollen. Egal, ob  
894 es um den neuen Spielplatz, die Verkehrsführung auf dem Weg zur Schule oder die  
895 Ausstattung der Bücherei vor Ort geht: Mitbestimmung beginnt im direkten  
896 Lebensumfeld. Daher setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, vor Ort in allen Bereichen,  
897 in denen Kinder unterwegs oder betroffen sind, die Mitsprache von Kindern und  
898 Jugendlichen konsequent zu stärken. Unser Ziel ist eine kinder- und  
899 jugendgerechte Gesellschaft. Daher setzen wir uns dafür ein, dass zukünftig bei  
900 allen Gesetzesvorhaben geprüft wird, welche Auswirkungen auf Kinder und  
901 Jugendliche damit verbunden sind.

902 **Kinderarmut beenden**

903 Fast jedes vierte Kind in Niedersachsen lebt in Armut. In keiner anderen  
904 Industrienation ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und  
905 Ausbildungsabschluss so eindeutig und damit die soziale Durchlässigkeit so  
906 gering wie in Deutschland. Gleichzeitig ist Kinderreichtum hier das Armutsrisiko  
907 Nummer eins. Das wollen wir nicht hinnehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sorgen dafür,  
908 dass die Teilhabe aller Kinder gesichert und die Grundlagen für ein  
909 selbstbestimmtes Leben geschaffen werden. Wir begrüßen daher, dass die  
910 Ampelkoalition im Bund eine Kindergrundsicherung auf den Weg bringt und

911 Kinderrechte endlich ins Grundgesetz schreibt. Wir wollen diese Initiativen als  
912 Schwung für weitere Bemühungen zur Überwindung von Kinderarmut nutzen. Auf  
913 Landesebene schaffen wir eine neue Sozialberichterstattung für Kinder,  
914 investieren mehr Geld in soziale Einrichtungen für Kinder und Jugendliche,  
915 unterstützen Quartiersarbeit und Nachbarschaftsinitiativen, fördern  
916 Jugendzentren insbesondere in ländlichen Regionen stärker und weiten schulische  
917 Ganztagsangebote aus. Wir wollen auch die Kommunen besser dabei unterstützen,  
918 Kinderarmut und ihre Folgen vor Ort zu bekämpfen. Dafür fördern wir den Aufbau  
919 von Präventionsketten, die ein abgestimmtes Vorgehen aller Akteur\*innen aus den  
920 Bereichen Bildung, Gesundheit, Kultur und Sport sowie eine kontinuierliche  
921 Entwicklungs-förderung in allen Lebensphasen des Kinder- und Jugendalters  
922 ermöglichen.

### 923 **Mehr Freiräume für Kinder und Jugendliche**

924 Kinder und Jugendliche brauchen für ihre Entwicklung Zeit und Raum zur  
925 Entfaltung. Daher nehmen wir GRÜNEN Druck aus der Schule und sorgen damit für  
926 mehr Freiheiten (vgl. GRÜNE Politik macht Schule). Der Jugendarbeit kommt dabei  
927 eine zentrale Rolle zu. Sie unterstützt das gesellschaftliche Engagement von  
928 Kindern und Jugendlichen und schafft ein vielfältiges Spektrum von Angeboten für  
929 junge Menschen. Daher wollen wir die wichtige Arbeit der vielfältigen  
930 Jugendverbände und Träger der Jugendarbeit besser fördern. Dazu zählt eine  
931 bedarfsgerechte Erhöhung der Zuwendungen und eine Verstetigung von  
932 Projektmitteln ebenso wie der Abbau bürokratischer Hürden. Zu diesem Zweck  
933 werden wir das Jugendförderungsgesetz novellieren und an die Bedürfnisse der  
934 modernen Jugendarbeit anpassen. Die Angebote der politischen Jugendbildung  
935 entwickeln wir weiter und stärken die wichtige Arbeit der Landeszentrale für  
936 politische Bildung. Auch in der Niedersächsischen Bauordnung wollen wir die  
937 Vorgaben für Spiel-, Freizeit- und Bewegungsflächen verbessern (vgl. Für eine  
938 vielfältige Gesellschaft).

939 Neben der Jugendverbandsarbeit sehen wir öffentliche Freiräume ohne  
940 Konsumbindung wie Jugendzentren, Skateplätze und offene Treffs als wichtiges  
941 Angebot. Wir setzen uns – frei nach dem Motto „Spielplatz statt Parkplatz“ –  
942 dafür ein, Kommunen bei dem Erhalt und der Schaffung von Spiel-, Aufenthalts-  
943 und Bewegungsflächen zu unterstützen (vgl. Mobil in Niedersachsen).

### 944 **Kinderschutz ernst nehmen**

945 Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf gewaltfreies Aufwachsen und  
946 körperliche Unversehrtheit. Wir werden die Empfehlungen der Enquete-Kommission  
947 Kinderschutz deshalb konsequent umsetzen und mit einem neuen Kinderschutzgesetz  
948 rechtlich absichern. Insbesondere stärken wir die Prävention und ermöglichen  
949 eine frühzeitige Intervention dort, wo Kinder von Gewalt bedroht sind. Dafür  
950 brauchen wir Schutzkonzepte in Kitas, Schulen, Sportvereinen und anderen  
951 Einrichtungen, die regelmäßig mit Kindern arbeiten. Sowohl Haupt- als auch  
952 Ehrenamtliche müssen dafür qualifiziert sein, Anzeichen von Gewalt zu erkennen  
953 und entsprechend zu reagieren. Die Jugendämter wollen wir beim Kinderschutz  
954 besser unterstützen und die Netzwerkarbeit mit Polizei, Justiz und  
955 Beratungsstellen vor Ort fördern. Mit einem Childhood-Haus wollen wir Kindern,  
956 die Opfer von Gewalt geworden sind, alle nötigen Hilfen aus einer Hand anbieten  
957 und sie bestmöglich in Strafverfahren unterstützen. Beratungsstellen für Kinder,  
958 die Gewalt erlebt haben, sichern wir finanziell ab und bauen das Angebot  
959 insbesondere in der Fläche aus. Es braucht flächendeckende Netzwerkarbeit

960 zwischen den verschiedenen Akteur\*innen, um den Kinderschutz grundsätzlich zu  
961 stärken und Versorgungslücken zu schließen.

### 962 **Jugendhilfe ist unverzichtbar**

963 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich auf allen Ebenen gegen Sparmaßnahmen in der  
964 Jugendhilfe und bei der Kinder- und Jugendarbeit ein. Wir unterstützen die  
965 Anstrengungen, das Jugendhilferecht inklusiver zu gestalten und die  
966 Rahmenbedingungen hier zu verbessern.

967 Das neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz stärkt die Rechte von Kindern in  
968 Einrichtungen und Pflegefamilien. Zudem müssen jetzt Ombudsstellen, also  
969 Beschwerdestellen für Kinder, Jugendliche und Familien, eingerichtet werden.  
970 Diesen Prozess begrüßen wir und werden ihn weiter aktiv begleiten. Zudem muss  
971 die wichtige Arbeit der Jugendwerkstätten gesichert und gleichzeitig geprüft  
972 werden, wie die Finanzierung nachhaltiger gestaltet werden kann. Wir GRÜNEN  
973 unterstützen ambulante Maßnahmen der Jugendhilfe und wollen die Hilfe für  
974 straffällig gewordene Jugendliche weiter ausbauen. Wir stehen konsequent hinter  
975 dem Leitprinzip „Jugendhilfe statt Knast“ und schaffen hierfür weiterhin die  
976 notwendigen Rahmenbedingungen. Beim Eintreten in die Volljährigkeit verlieren  
977 Jugendliche mit besonders herausforderndem Verhalten den Anspruch auf  
978 Versorgungsleistungen, die ihnen beispielsweise die ausgiebige Betreuung durch  
979 Dritte oder das Wohnen in gemeinsamen Wohnformen ermöglicht. Dies muss im  
980 Landesinklusionsplan berücksichtigt werden. Wir wollen für mehr Angebote für  
981 Jugendliche und junge Erwachsene sorgen und sie davor schützen, dass bei  
982 Eintritt in die Volljährigkeit Hilfsangebote wegfallen.

983 Jugendhilfe muss alle Kinder mitnehmen, sei es über gute Rahmenbedingungen für  
984 die Inklusion, das Vermitteln interkultureller Kompetenzen oder durch die  
985 Überwindung von Kinderarmut. Dabei kommt der Jugendhilfe im Ganztagsschulbetrieb  
986 eine zentrale Bedeutung zu. Hier muss die Schnittstelle von Land, Kommune,  
987 Jugendhilfeträger und Schule verbessert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die  
988 wichtige Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe auf Augenhöhe  
989 weiterentwickeln und stärken.

### 990 **Zeit für Familien**

991 Nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie und die damit verbundenen extremen  
992 Belastungen gerade für Menschen mit Kindern haben gezeigt, welchen  
993 Herausforderungen Familien ausgesetzt sind, um die alltägliche Balance zwischen  
994 Erwerbs- und Familienarbeit zu meistern. Noch größer sind die Anforderungen an  
995 alleinerziehende Elternteile, die es daher besonders zu berücksichtigen gilt.  
996 Wir setzen uns dafür ein, dass Arbeit und Familie besser miteinander vereinbart  
997 werden können und Familienzeit den notwendigen Raum bekommt. Hierfür arbeiten  
998 wir auch in Niedersachsen beispielsweise durch gemeinsame Initiativen mit  
999 Unternehmen und Gewerkschaften daran, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle  
1000 weiterzuentwickeln und auszubauen. Damit wollen wir Beschäftigten Arbeitszeiten  
1001 ermöglichen, die zu ihrem Leben passen – etwa um Kinder zu erziehen oder  
1002 Angehörige zu pflegen. Dem Land kommt hier auch als Arbeitgeber eine besondere  
1003 Vorbildfunktion und Verantwortung zu (vgl. Gute Arbeit in Niedersachsen).

### 1004 **Familien unterstützen**

1005 Familie ist da, wo Menschen füreinander sorgen und dauerhaft Verantwortung  
1006 übernehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die frühen Hilfen und  
1007 Familienangebote zu sichern und auszubauen. Für uns ist es wichtig, dass die

1008 Hilfe da ist, wo auch die Familien sind. Um das zu gewährleisten, müssen  
1009 Angebote wie Familienzentren konsequent gefördert und sozialräumlich orientiert  
1010 werden. Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, Kitas und Grundschulen zu  
1011 Familienzentren und damit zu Orten des Austauschs, der Weiterbildung und einer  
1012 niedrigschwelligen Unterstützung von Eltern weiterzuentwickeln und mit  
1013 interprofessionellen Teams zu besetzen. Hierbei stärken wir auch die Beratung  
1014 und Unterstützung von Alleinerziehenden und solchen Familien, die Trennungen  
1015 vollziehen.

#### 1016 **Mit dem Niedersachsenpass Teilhabe vereinfachen**

1017 Nach dem Vorbild einiger Kommunen führen wir einen Niedersachsenpass für alle  
1018 Menschen ein, die Sozialleistungen beziehen oder nur ein geringes Einkommen  
1019 haben. Mit dem Pass soll in ganz Niedersachsen der Zugang zu Museen, kulturellen  
1020 Einrichtungen oder die aktive Mitgliedschaft in Sportvereinen niederschwellig  
1021 möglich sein. Auch Vergünstigungen bei Strompreisen oder anderen Sozialtarifen  
1022 sind enthalten. Perspektivisch sollen außerdem alle Menschen mit  
1023 Niedersachsenpass Anspruch auf ein vergünstigtes landesweites Nahverkehrsticket  
1024 bekommen. Für Kinder und Jugendliche kann der Niedersachsenpass zudem  
1025 unkompliziert bei der Finanzierung von Mittagessen, Arbeitsmaterialien,  
1026 Sprachförderung, Musik- und Sportangeboten sowie Klassenausflügen unterstützen.  
1027 Wir wollen den Niedersachsenpass, dort wo sinnvoll, dazu nutzen, Leistungen aus  
1028 dem Bildungs- und Teilhabepaket noch einfacher zugänglich zu machen.

#### 1029 **Selbstbestimmt altern**

1030 Immer mehr Menschen leben immer länger. Wir GRÜNE stellen die Menschen mit ihrem  
1031 Bedürfnis nach Selbstbestimmung und Würde sowie die solidarische Absicherung des  
1032 Pflegerisikos in den Mittelpunkt unseres Handelns. Wir wollen dafür sorgen, dass  
1033 alte Menschen vor Armut geschützt werden, sich aktiv in die Gestaltung unserer  
1034 Gesellschaft einbringen und gesellschaftlich teilhaben, so lange wie möglich in  
1035 ihrem gewohnten Wohnumfeld leben und je nach Bedarf abgestufte Unterstützung in  
1036 Alltag und Pflege erhalten können.

1037 Um Menschen solange wie möglich ein Leben in den eigenen vier Wänden zu  
1038 ermöglichen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass der begrenzte Wohnraum  
1039 sinnvoll verteilt wird, brauchen wir mehr barrierearmen und bezahlbaren Wohnraum  
1040 mit angeschlossener Quartierspflege. Die Orte, an denen ältere Menschen leben,  
1041 müssen Rahmenbedingungen bieten, die den Wunsch nach einem Altern in der  
1042 gewohnten Umgebung ermöglichen. Zu einer generationsgerechten Infrastruktur  
1043 gehören insbesondere eine wohnortnahe medizinische Versorgung, ein gut  
1044 ausgebauter und barrierefreier ÖPNV, Geschäfte des alltäglichen Bedarfs, aber  
1045 auch Begegnungsstätten. Um das Risiko stationärer Pflegebedürftigkeit im Alter  
1046 zu reduzieren, setzen wir auch auf die Prävention von Einsamkeit –  
1047 beispielsweise durch Nachbarschaftsinitiativen und generationenübergreifende  
1048 Wohn- und Begegnungsprojekte sowie die Förderung von niederschwelligen  
1049 Versorgungsangeboten und die Stärkung der Angebote hauswirtschaftlicher  
1050 Dienstleistungen.

#### 1051 **Selbstbestimmt sterben**

1052 Viele Menschen haben den Wunsch, ihre letzten Tage und Stunden mit Freund\*innen  
1053 und Angehörigen im gewohnten Lebensumfeld zu verbringen. Die Realität sieht  
1054 leider oft anders aus: Viele Menschen sterben allein oder in Pflegeheimen und  
1055 Krankenhäusern. Wir wollen ein menschenwürdiges Lebensende schwerstkranker

1056 Menschen sicherstellen und unterstützen den Ausbau der palliativmedizinischen  
1057 Versorgung, insbesondere im ambulanten Bereich und auch für spezielle Angebote  
1058 für Kinder und Jugendliche (Kinderhospize).

### 1059 **Gesundheit und Pflege**

1060 GRÜNE Gesundheits- und Pflegepolitik setzt auf Prävention und Vorsorge,  
1061 gewährleistet eine wohnortnahe medizinische Versorgung, stärkt Patient\*innen in  
1062 ihrer Selbstbestimmung und sorgt für gute Arbeitsbedingungen für die  
1063 Beschäftigten in unserem Gesundheitssystem. Gesundheit erhalten und Erkrankungen  
1064 vorbeugen steht für uns GRÜNE im Fokus unserer Gesundheitspolitik. Wir wissen,  
1065 dass die Chancen für ein gesundes Leben stark von Bildung, Einkommen,  
1066 Kompetenzförderung und gesellschaftlicher Teilhabe abhängen. Eine gerechte und  
1067 solidarische Gesellschaft, die Bildungschancen stärkt, Armut beendet,  
1068 Ungleichheit verringert und gesellschaftliche Teilhabe für alle ermöglicht, ist  
1069 deshalb ein zentrales Anliegen GRÜNER Gesundheitspolitik. Gesundheitsförderung  
1070 ist dann besonders effektiv, wenn sie dort verankert wird, wo die Menschen  
1071 leben, arbeiten, sich engagieren und lernen: Schlechte Arbeitsbedingungen,  
1072 Lärmbelastung und Luftverschmutzung am Wohnort sowie zu wenig Geld für gesundes  
1073 Essen machen krank. Wir wollen mit einer Politik, die gute Arbeit und gute Löhne  
1074 sicherstellt, gesundes Essen bezahlbar hält, die Lärm- und Schadstoffbelastung  
1075 senkt und Gemeinschaft fördert, dafür sorgen, dass Menschen in gesunden  
1076 Umgebungen leben. Menschen, die in soziale Notlagen, in Sucht- und Abhängigkeit  
1077 geraten sind, wollen wir dabei unterstützen, wieder auf die Beine zu kommen,  
1078 anstatt sie zu sanktionieren und zu verdrängen.

### 1079 **Den öffentlichen Gesundheitsdienst vom Kopf auf die Füße stellen**

1080 Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) hat eine zentrale Stellung für  
1081 Gesundheitsförderung und Prävention. Sein Potenzial ist weit größer, als es  
1082 seine strukturellen Voraussetzungen zurzeit erlauben. Wie verletzlich uns ein  
1083 unzureichend ausgestatteter Öffentlicher Gesundheitsdienst macht, hat uns  
1084 zuletzt die Corona-Pandemie schmerzhaft vor Augen geführt. Wir wollen den ÖGD  
1085 strukturell stärken, damit er seine Aufgaben im Bereich Prävention und  
1086 Gesundheitsbildung in vollem Umfang wahrnehmen kann. Wir setzen uns für ein  
1087 gezieltes Gesundheitsmonitoring und die Durchführung kommunaler Gesundheits- und  
1088 Pflegekonferenzen ein. Die Kompetenz aller Gesundheitsfachberufe soll einen  
1089 höheren Stellenwert im ÖGD erhalten – beispielsweise durch sogenannte Community  
1090 Health Nurses (Gemeindegeschwester Plus) oder in der Schulgesundheitspflege.  
1091 Außerdem wollen wir für einen wissenschaftlichen Unterbau des ÖGD die  
1092 Kooperationen mit Universitäten fördern und an den großen Universitätsstandorten  
1093 des Landes den Masterstudiengang Public Health einrichten. Mit einer  
1094 Landesstiftung Prävention wollen wir die Gelder aus dem Präventionsgesetz  
1095 bündeln und primär für Maßnahmen einsetzen, die dafür sorgen, dass Menschen in  
1096 gesunden Verhältnissen leben. Wir wollen die kommunale Gesundheitsberatung, etwa  
1097 in Form von Gesundheitskiosken, genauso wie die Erstellung von  
1098 Hitzeaktionsplänen fördern. Um Neuinfektionen mit sexuell übertragbaren  
1099 Infektionen zu verhindern und die Schwellen für den Zugang zu Behandlung zu  
1100 verringern, setzen wir auf Aufklärung über Schutzmöglichkeiten,  
1101 Entstigmatisierung, verbesserte Testmöglichkeiten und niedrigschwellige  
1102 Behandlungsmöglichkeiten. Die wichtige Arbeit der Aidshilfe in diesem Bereich  
1103 werden wir unterstützen.

### 1104 **Gut gerüstet für zukünftige Pandemien**

1105 Über die Hälfte (60 Prozent) der menschlichen Infektionskrankheiten stammen laut  
1106 UN von Tieren – Klimawandel und Umweltzerstörung beschleunigen die Entstehung  
1107 neuer Pandemien. Um die Entstehung neuer Pandemien zu verhindern und Ausbrüche  
1108 neuer Erreger lokal zu begrenzen, müssen multinationale  
1109 Gesundheitsorganisationen gestärkt, der Klimawandel effektiv bekämpft,  
1110 Lebensräume geschützt und Erreger überwacht werden. Auch das Land Niedersachsen  
1111 muss seinen Beitrag zu diesen globalen Aufgaben leisten, sich pandemiefest  
1112 aufstellen und die strukturellen Voraussetzungen für die Bekämpfung zukünftiger  
1113 Pandemien schaffen: Dafür wollen wir für eine auskömmliche Bevorratung mit  
1114 Schutzausrüstung sorgen, ein gestuftes Notfallversorgungskonzept schaffen,  
1115 Pandemieschutzübungen verankern und

1116 Kapazitäten zur kurzfristigen Schaffung von (Intensiv-)Krankenbetten absichern.

1117 Nach über zwei Jahren Pandemie hat die Landesregierung es versäumt,  
1118 flächendeckend Belüftungsanlagen in Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen  
1119 einzusetzen, um diese zum Teil noch immer ungeimpfte Gruppe bestmöglich zu  
1120 schützen. Wir wollen hier schnell handeln, Luftfilter einsetzen und diese  
1121 Einrichtungen auch baulich auf zukünftige Pandemien besser vorbereiten. In  
1122 Krisensituationen gilt: Schnelles, entschlossenes Handeln und das Nutzen von  
1123 innovativen Ansätzen sind entscheidend. Seit Januar 2021 fordern wir vehement  
1124 Abwasseruntersuchungen auf SARS-CoV-2-Viren als zuverlässiges Instrument für die  
1125 Prognose der Pandemieentwicklung und des Erkennens der Verbreitung neuer  
1126 Virusvarianten. Anders als die Koalition aus SPD und CDU werden wir GRÜNEN in  
1127 einer Landesregierung alle Ansätze nutzen, um gut vorbereitet zu sein und das  
1128 Risiko neuer Pandemien zu reduzieren.

1129 Die Gefahren durch das Virus H5N1 (Geflügelpest) sind insbesondere in den  
1130 viehdichten Regionen in Niedersachsen als sehr hoch einzuschätzen. Aus Russland  
1131 und Großbritannien sind bereits Übertragungen des Virus auf Menschen bekannt  
1132 geworden. Zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier treiben wir den Umbau  
1133 der Tierhaltung hin zu tiergerechten Haltungssystemen und flächengebundener  
1134 Tierhaltung voran und nutzen aus Seuchenschutzgründen auch kurzfristige  
1135 Maßnahmen wie Wiederbelegungsverbote zumindest in den sehr viehdichten Regionen  
1136 (vgl. Für eine andere Agrarpolitik).

### 1137 **Gut versorgt in Stadt und Land**

1138 Unser Ziel ist eine bedarfsgerechte, wohnortnahe und verlässliche medizinische  
1139 Versorgung in ganz Niedersachsen. In allen Regionen des Landes verlieren wir  
1140 jedoch immer mehr Beschäftigte und Selbstständige in der Gesundheitsversorgung.  
1141 Beispielhaft zeigt sich dieser dramatische Trend bei der hausärztlichen  
1142 Versorgung: Schon heute sind in Niedersachsen über 400 der 5.100 Hausarztsitze  
1143 nicht besetzt und in den kommenden Jahren werden über 1.000 der gegenwärtig  
1144 praktizierenden Hausärzt\*innen in den Ruhestand gehen. Die Wege, die für den  
1145 Zugang zu gesundheitlicher Versorgung zurückgelegt werden müssen, werden für  
1146 Menschen im ländlichen Raum immer länger. Immer mehr Menschen sorgen sich um  
1147 ihre Versorgung vor Ort. Viele wertvolle Vorschläge zur Verbesserung dieser  
1148 Situation hat die Enquetekommission Sicherstellung der ambulanten und stationären  
1149 medizinischen Versorgung in Niedersachsen erarbeitet. Wir wollen Tempo in die  
1150 Umsetzung der Vorschläge bringen. Dafür braucht es endlich eine Bedarfsplanung,  
1151 die Über- und Unterversorgung erfasst, Kapazitäten sinnvoll verteilt und  
1152 Mindest-erreichbarkeitsstandards setzt. Wie von Expert\*innen schon lange  
1153 gefordert, werden wir die starren Grenzen stationärer und ambulater Versorgung

1154 überwinden und nichtärztliche Heilberufe stärker in die Primärversorgung  
1155 einbinden. Wir wollen insbesondere im ländlichen Raum ambulante, stationäre und  
1156 poststationäre Leistungserbringer zusammenschließen und mit Reha-Einrichtungen,  
1157 Apotheken und anderen Gesundheitseinrichtungen in integrierten  
1158 Versorgungszentren in öffentlicher Hand zusammenbringen. Für Patient\*innen  
1159 bedeutet das, dass sie Präventionsangebote wie etwa Rückenurse unter einem Dach  
1160 mit Hausärzt\*innen, Fachärzt\*innen, Sozialarbeiter\*innen und Therapeut\*innen  
1161 finden. Ihre Behandlung kann so interdisziplinär erfolgen. Für Beschäftigte  
1162 bedeutet das, in einem interdisziplinären Team mit familienfreundlichen  
1163 Arbeitszeiten tätig zu sein. Gleichzeitig finden sie hier die Möglichkeit, im  
1164 ländlichen Raum zu arbeiten, ohne dabei als Einzelkämpfer\*in eine eigene Praxis  
1165 führen zu müssen. Wir wollen erreichen, dass Kommunen deutlich einfacher  
1166 Medizinische Versorgungszentren (MVZ) gründen können: Dafür wollen wir  
1167 sicherstellen, dass Kommunen nach sechs Monaten auf nicht nachbesetzte Arztsitze  
1168 zugreifen können. Mittels Patient\*innen-orientierter Digitalisierung wollen wir  
1169 Angebote besser vernetzen sowie Transparenz und Patientenautonomie stärken.  
1170 Telemedizinische Angebote treiben wir voran.

### 1171 **Krankenhauslandschaft zukunftsfähig und qualitativ hochwertig aufstellen**

1172 Die Krankenhauslandschaft in Niedersachsen befindet sich längst im Wandel: hin  
1173 zu einer Grundversorgung in der Fläche und spezialisierten Zentren in großen  
1174 Kliniken. Diesen Wandel wollen wir mit einer vorausschauenden, an der  
1175 Behandlungsqualität orientierten Kranken-hausplanung zukunftsfähig gestalten. In  
1176 mindestens acht Versorgungsregionen wollen wir für ein Angebot mit  
1177 differenzierten Versorgungsstufen sorgen. In jeder Versorgungsregion soll es  
1178 neben den Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung mindestens ein  
1179 Krankenhaus der Schwerpunktversorgung geben. Krankenhäuser der Maximalversorgung  
1180 und Hochschulkliniken ergänzen das medizinische Angebot. Unser Ziel ist, eine  
1181 zeitgemäße, qualitätsorientierte und sektorenübergreifende  
1182 Gesamtversorgungsplanung auf den Weg zu bringen und regionale integrierte  
1183 Gesundheitszentren in die Krankenhausplanung aufzunehmen und zu fördern.

### 1184 **Krankenhäuser für Menschen, nicht für Profite**

1185 Wir GRÜNEN stehen für Krankenhäuser, die an den Bedürfnissen von Patient\*innen  
1186 ausgerichtet sind. Dabei müssen sie gute Arbeitsbedingungen für alle  
1187 Beschäftigten sicherstellen, die der Verantwortung und Belastung gerecht  
1188 werden. Renditeerwartung von Investor\*innen, klamme kommunale Haushalte und die  
1189 massive Unterfinanzierung der Investitionskosten durch das Land haben in  
1190 Verbindung mit der Finanzierung durch Fallpauschalen jedoch zu Fehlentwicklungen  
1191 mit katastrophalen Folgen in unseren Kranken-häusern geführt: durch  
1192 Personalabbau und Outsourcing patientenferner Dienstleistungen, sowie durch die  
1193 Konzentration auf lukrativere Behandlungen versuchen immer mehr Kliniken, auf  
1194 dem Rücken von Patient\*innen und Beschäftigten ihre Wirtschaftlichkeit zu retten  
1195 oder gar Gewinne zu erwirtschaften. Wir begrüßen, dass die durch GRÜNE getragene  
1196 Bundesregierung diese Fehlentwicklungen als solche benennt und abgestufte  
1197 Vorschläge zur zukünftigen Krankenhausfinanzierung vorlegen möchte. Wir  
1198 erwarten, dass die hierfür vorgesehene Regierungskommission ihr Arbeit zeitnah  
1199 beginnt und Reformen dann auch zügig umgesetzt werden. Durch die Zuständigkeit  
1200 für die Investitionskostenfinanzierung spielt aber auch das Land eine wichtig  
1201 Rolle für die Zukunft der stationären Versorgung. Während die SPD-CDU Koalition  
1202 in den letzten Jahren beim Verfall der Bausubstanz unserer Kliniken zugeschaut  
1203 hat und zunächst groß angekündigte Investitionszuschüsse kurzerhand doch wieder

1204 zurücknahm, ist der Investitionsstau der niedersächsischen Krankenhäuser auf  
1205 mittlerweile mehr als 2 Milliarde € angewachsen. Solange dieser Investitionsstau  
1206 nicht endlich angegangen wird, werden die Krankenhäuser sich weiter gezwungen  
1207 sehen, Gelder, die eigentlich für die Versorgung von Patienten\*innen vorgesehen  
1208 sind, zweckentfremdet für betriebsnotwendige Investitionen einzusetzen. Diesem  
1209 Zustand wollen wir ein Ende bereiten: den Niedersachsenfonds und die  
1210 Landesgesellschaften wollen wir auch dafür einsetzen den Investitionsstau in  
1211 unseren Kliniken abzubauen. Mit einer Erhöhung der jährlichen  
1212 Investitionsförderung des Landes für Baumaßnahmen und einer regelmäßigen  
1213 Anpassung an Baupreissteigerungen beenden wir mittelfristig und nachhaltig die  
1214 chronische Unterfinanzierung der Investitionen in unsere Krankenhäuser. Alle  
1215 Kinderkliniken in Niedersachsen schreiben rote Zahlen, ihre finanzielle  
1216 Absicherung muss daher dringend angegangen werden. Wir werden uns dafür  
1217 einsetzen, dass die, durch die von GRÜNEN getragene Bundesregierung in Aussicht  
1218 gestellte bedarfsgerechte auskömmliche Finanzierung für Kinderheilkunde zeitnah  
1219 dort ankommt, wo sie benötigt wird.

#### 1220 **Krankenhäuser in die öffentliche Hand**

1221 Wir sind der Überzeugung, dass Krankenhäuser als zentraler Bestandteil der  
1222 Daseinsvorsorge gemeinwohlorientiert und nicht gewinnorientiert arbeiten  
1223 sollten. Den Trend zur Kranken-hausprivatisierung wollen wir umkehren: Dafür  
1224 unterstützen wir Kommunen, die Krankenhäuser zurück in die öffentliche Hand  
1225 holen möchten.

#### 1226 **Green Hospital: Krankenhäuser leisten ihren Beitrag zur Klimaneutralität**

1227 Der Gesundheitssektor liegt mit 4,4 Prozent der globalen Treibhausimmissionen  
1228 noch über den Emissionen von Flugverkehr und Schifffahrt. Niedersächsische  
1229 Krankenhäuser müssen daher zukünftig eine wichtige Rolle bei der CO<sub>2</sub>-Reduktion  
1230 spielen. Green Hospitals sollen den Energiehaushalt, den Wasserverbrauch, aber  
1231 auch das Abfallmanagement umweltfreundlich gestalten. Damit das gelingt, treiben  
1232 wir die energetische Sanierung von Krankenhäusern voran und statten sie mit  
1233 Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie aus. Außerdem sorgen wir dafür, die  
1234 Ernährung für Patient\*innen und Mitarbeiter\*innen gesünder zu gestalten, um  
1235 deren Zufriedenheit und Gesundheit zu erhöhen. Das Projekt KLIK- Klimamanager  
1236 für Kliniken wollen wir in Niedersachsen aktiv umsetzen.

#### 1237 **Im Notfall gut versorgt**

1238 Wie gut ein Gesundheitssystem funktioniert, zeigt sich oft erst im Notfall. Egal  
1239 ob Herzinfarkt oder plötzliche Rückenschmerzen am Wochenende: Damit alle  
1240 Menschen in Niedersachsen bei akuter Krankheit rund um die Uhr die passende  
1241 Hilfe bekommen, wollen wir das dreistufige System aus ambulantem  
1242 Bereitschaftsdienst, stationärer Notfallversorgung und Rettungsdienst besser  
1243 aufeinander abstimmen. An Krankenhäusern wollen wir integrierte Notfallzentren  
1244 einrichten, in denen je nach Bedarf sowohl ambulante als auch stationäre  
1245 Notfallbehandlungen erfolgen können. Erfolgreiche Modellprojekte wie  
1246 Gemeindenotfallsanitäter\*innen oder mobile Ersthelfer\*innen wollen wir  
1247 flächendeckend ausweiten. Dazu gehören auch Fahrdienste, die Menschen  
1248 insbesondere im ländlichen Raum zu Bereitschaftsdienstpraxen oder Kliniken  
1249 bringen, wenn kein Rettungswagen notwendig ist. Auch telemedizinische Angebote  
1250 können die Notfallversorgung sinnvoll ergänzen. Rettungswagen wollen wir  
1251 standardmäßig mit telemedizinischer Ausrüstung ausstatten, damit die Behandlung

1252 bereits auf dem Weg in die Klinik beginnen kann. Telenotärzt\*innen können das  
1253 Versorgungsangebot in einigen Teilen Niedersachsens sinnvoll ergänzen.

#### 1254 **Gute Arbeitsbedingungen und Ausbildungsinitiative in der Gesundheitsversorgung**

1255 Eine alternde Bevölkerung, zusätzliche Aufgaben und Personalabbau in der  
1256 Gesundheitsversorgung führen zu einem drastischen Fachkräftemangel in unserem  
1257 Gesundheitssystem. Um einen zukünftigen Kollaps zu vermeiden, müssen wir jetzt  
1258 verstärkt bei der Gewinnung von Fachpersonal in die Offensive gehen. Um dem  
1259 wachsenden Bedarf an medizinischem Personal zu begegnen, schaffen wir GRÜNEN  
1260 mindestens 200 zusätzliche Medizinstudienplätze. Wir setzen uns für die zügige  
1261 Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen ein und schaffen  
1262 Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogramme, um fehlende Kompetenzen und  
1263 Sprachkenntnisse aufzubauen. Wir begrüßen das Vorhaben der neuen  
1264 Bundesregierung, den Spurwechsel vom Asylsystem in die Arbeitsmigration zu  
1265 ermöglichen. Die geplante Landarztquote alleine wird nicht ausreichen, um junge  
1266 Ärzt\*innen aufs Land zu bekommen; vielmehr wollen wir mit attraktiven  
1267 Arbeitszeitmodellen sowie mit Teamarbeit und universitärer Anbindung mehr junge  
1268 Ärzt\*innen für die Arbeit als Allgemeinmediziner\*innen auf dem Land begeistern.  
1269 Nicht nur bei Ärzt\*innen vergrößert sich die Versorgungslücke, sondern in allen  
1270 Berufen des Gesundheitswesens. Nach anglo-amerikanischem Vorbild wollen wir  
1271 sogenannte physician assistants in Niedersachsen ausbilden und einsetzen und  
1272 damit Ärzt\*innen um grundsätzlich delegierbare Aufgaben entlasten. Um den  
1273 Fachkräftemangel in den Heil-, Pflege- und Assistenzberufen zu bekämpfen, wollen  
1274 wir staatliche Schulen auf- und ausbauen und die bestehende  
1275 Ausbildungsinfrastruktur kurzfristig finanziell absichern. Für  
1276 Pflegeassistent\*innen, Heilerziehungspfleger\*innen, medizinische  
1277 Bademeister\*innen und Diätassistent\*innen schaffen wir endlich das Schulgeld ab.

1278 Für die Beschäftigten in unserem Gesundheitssystem wollen wir GRÜNEN flexible  
1279 Arbeitszeitmodelle und eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie  
1280 ermöglichen – etwa durch die Förderung von Krippen und Kitas direkt an  
1281 Krankenhäusern oder Versorgungszentren. Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem  
1282 setzt eine ausreichende Personalbemessung sowie die Herstellung von guten  
1283 Arbeitsbedingungen durch Tarifbindung voraus. Investitions- und Fördermittel des  
1284 Landes müssen deshalb an eine tarifliche Bezahlung gebunden werden (vgl. Gute  
1285 Arbeit in Niedersachsen).

1286 Wir wollen Berufsaussteiger\*innen durch Anreize wieder zurückgewinnen und durch  
1287 Maßnahmen der Gesundheitsförderung, wie etwa Gesundheitssport, Coolout- und  
1288 Burnout-Prophylaxen sowie Team-Supervisionen dafür sorgen, dass Fachkräfte  
1289 möglichst lange gesund im Beruf bleiben. Für Menschen, die ihren Schulabschluss  
1290 im Ausland erworben haben, bauen wir die Zugangshürden zu den Ausbildungen der  
1291 Gesundheitsfachberufe ab. Ausländischen Fachkräften ermöglichen wir ein  
1292 dauerhaftes Bleiberecht.

#### 1293 **Pflegeberufe stärken**

1294 Pflegekräfte leisten eine unverzichtbar wertvolle Arbeit für die Gemeinschaft,  
1295 die mehr als Applaus verdient. Die Verantwortung, die Pflegekräfte in ihrem  
1296 fachlich anspruchsvollen Job tragen, muss sich endlich auch bei Bezahlung und  
1297 Arbeitsbedingungen niederschlagen. Die Gewinnung neuen Fachpersonals ist eine  
1298 der großen Zukunftsaufgaben, zu der Niedersachsen seinen Beitrag leisten muss.  
1299 Dazu wollen wir die Tarifbindung stärken, die Wirkung des neuen Pflegegesetzes  
1300 evaluieren, ggf. nachsteuern und Leiharbeit begrenzen. Die durch die

1301 Bundesregierung in Aussicht gestellte Einführung wirksamer  
1302 Personalbemessungsinstrumente begrüßen wir. Wir wollen die Zahl der  
1303 Ausbildungsplätze in der Pflege deutlich anheben – dazu braucht es aber  
1304 ausreichend Einrichtungen, die sich an der Ausbildung beteiligen. Wir sorgen  
1305 dafür, dass durch Ausbildungsverbünde auch kleinere Krankenhäuser und  
1306 Pflegeeinrichtungen sowie private Pflegeschulen gemeinsam zur Ausbildung von  
1307 Pflegepersonal beitragen. Dabei wollen wir sicherstellen, dass die betriebliche  
1308 Mitbestimmung aller Auszubildenden an ihren Einsatzorten gesichert ist. Wir  
1309 treiben die Akademisierung, Professionalisierung und Handlungsautonomie in den  
1310 Pflegeberufen voran und eröffnen Pflegekräften damit attraktive Weiterbildungs-  
1311 und Aufstiegschancen. Mit Pflegeakademien, wie es sie schon heute an der  
1312 Medizinischen Hochschule Hannover gibt, wollen wir gezielte Weiterbildung im  
1313 Pflegeberuf ermöglichen – etwa zur Pflegedienstleiter\*in oder Praxisanleiter\*in  
1314 mit staatlichem Abschluss. In einem Modellprojekt im Studiengang  
1315 Pflegewissenschaft werden wir qualifiziertes Personal nach international  
1316 verbreitetem Vorbild als Community Health Nurses ausbilden und in der  
1317 Primärversorgung einsetzen. Damit das gelingen kann, wollen wir uns auf  
1318 Bundesebene für eine Reform der Heilberufverordnung einsetzen und Community  
1319 Health Nurses dadurch mehr Handlungsautonomie ermöglichen.

### 1320 **Krankenversicherung**

1321 Das Nebeneinander von privaten und gesetzlichen Krankenkassen sorgt nicht nur  
1322 für eine Ungleichbehandlung von Patient\*innen etwa bei der Terminvergabe bei  
1323 Fachärzt\*innen – dem Staat entgehen auch noch viele Millionen Euro, weil  
1324 ausgerechnet einkommensstarke Menschen einen besonders geringen Anteil ihres  
1325 Einkommens an die Versicherung zahlen. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene  
1326 für die Einführung einer Bürger\*innenversicherung ein, in die alle  
1327 Arbeitnehmer\*innen einen fairen Beitrag einzahlen. Schon jetzt wollen wir  
1328 niedersächsischen Beamt\*innen echte Wahlfreiheit bei der Krankenversicherung  
1329 ermöglichen, indem wir ihnen, wie bereits in vielen Bundesländern praktiziert,  
1330 einen Zuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung anbieten und sie nicht  
1331 länger sowohl Arbeitnehmer\*innen und Arbeitgeber\*innenbeitrag selbst tragen  
1332 müssen. Eine Mitgliedschaft in der privaten Krankenversicherung kann  
1333 insbesondere für Beamt\*innen in unteren Besoldungsgruppen, mit chronischen  
1334 Krankheiten oder vielen Kindern sehr teuer sein.

### 1335 **Selbstbestimmte Geburt**

1336 Für Schwangere in Niedersachsen wird es immer schwieriger, eine Hebamme für die  
1337 Begleitung der Schwangerschaft und Nachsorge nach der Geburt zu finden. Das Netz  
1338 der Geburtsstationen in Niedersachsen dünnt sich immer weiter aus: In vier  
1339 Landkreisen gibt es überhaupt keine klinische Geburtshilfe mehr – und die große  
1340 Koalition schaut dabei zu. Die schlechte Personalausstattung auf  
1341 Geburtsstationen führt vielerorts dazu, dass Hebammen bis zu fünf Frauen  
1342 gleichzeitig betreuen. Währenddessen mehren sich Berichte von Frauen, die die  
1343 Geburt als traumatisch erlebt haben. Ziel von BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN ist eine  
1344 selbstbestimmte Geburt durch eine bedarfsgerechte und wohnortnahe Versorgung  
1345 vor, während und nach der Geburt, eine Stärkung der Wahlfreiheit von  
1346 Schwangeren, eine bessere Personalausstattung in der Geburtshilfe und eine  
1347 verbesserte Versorgung unter der Geburt. Dafür wollen wir mehr Hebammen  
1348 akademisch ausbilden, die Richtlinie 1:1-Betreuung unter der Geburt umsetzen,  
1349 durch Hebammen geleitete Kreißsäle sowie Beleghebammen stärken und Geburtshäuser  
1350 durch Investitionskostenzuschüsse fördern. Wir verankern die Geburtshilfe als

1351 Teil der Grundversorgung und sorgen so dafür, dass keine Frau in Niedersachsen  
1352 mehr als 30 Minuten zum nächsten Geburtshilfeangebot fahren muss. Um  
1353 finanziellen Fehlanreizen, die zu unnötig vielen Kaiserschnitten geführt haben,  
1354 entgegenzuwirken, wollen wir Spontanentbindungen finanziell besserstellen. Es  
1355 darf nicht sein, dass immer mehr Geburtsstationen aus ökonomischen Erwägungen  
1356 geschlossen werden. Wir begrüßen daher, dass die Ampelkoalition im Bund  
1357 kurzfristig für eine bedarfsgerechte auskömmliche Finanzierung der Geburtshilfe  
1358 sorgen will.

#### 1359 **My body, my choice**

1360 Die Entscheidung, ob eine Frau eine Schwangerschaft abbricht oder nicht, ist  
1361 allein ihre. In dieser Zeit sind gute Beratungs- und Versorgungsstrukturen  
1362 notwendig. Wir wollen, dass der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen Teil der  
1363 Regelversorgung wird und flächendeckend gewährleistet ist. Deshalb sorgen wir  
1364 für eine ausreichende und wohnortnahe Versorgung mit Ärzt\*innen, Praxen und  
1365 Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Ob Krankenhäuser mit einer  
1366 gynäkologischen Abteilung Abbrüche durchführen oder nicht, darf nicht vom Träger  
1367 oder von der individuellen Haltung der Chefärzt\*in abhängig sein, sondern muss  
1368 durch die landesweite Krankenhausplanung grundsätzlich sichergestellt werden.  
1369 Wir stärken das Thema Schwangerschaftsabbrüche in der Lehre an unseren  
1370 Universitäten nach international anerkannten Standards und bauen  
1371 Weiterbildungsangebote für Ärzt\*innen aus. Neben der professionellen  
1372 medizinischen Versorgung ist gute Beratung wichtig. Deshalb wollen wir das  
1373 Angebot an Familienplanungs- und Beratungsstellen finanziell absichern und die  
1374 freiwilligen Beratungsangebote ausbauen. Wir wollen in Ausbildung und Studium  
1375 von Ärzt\*innen und Hebammen für das Thema Gewalt unter der Geburt  
1376 sensibilisieren und Qualifizierungsangebote für Beratungsstellen schaffen,  
1377 sodass betroffene Frauen wohnortnah Beratungsangebote in Anspruch nehmen können.  
1378 Wir begrüßen die geplante Streichung des §219a StGB, der Informationen über  
1379 Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellt, und setzen uns dafür ein, dass die  
1380 Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen endlich beendet wird.

#### 1381 **Psychische Gesundheit verbessern**

1382 Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder in einer psychischen Krise  
1383 brauchen schnelle Hilfe, damit sich ihr Leid nicht verschlimmert. Schon seit  
1384 mehreren Jahren existieren Empfehlungen, wie Betroffene besser unterstützt und  
1385 ihre Menschenrechte gewahrt werden können. Wir setzen die Empfehlungen des  
1386 Landespsychiatrieplans endlich um. Dazu gehört, die ambulante psychosoziale und  
1387 psychiatrische Krisenhilfe auszubauen, Wartezeiten zur ambulanten Behandlung zu  
1388 verkürzen und Zwangseinweisungen in psychiatrische Kliniken zu reduzieren.  
1389 Wartezeiten für stationäre Behandlungen auch jenseits von Notfällen wollen wir  
1390 durch eine Erhöhung der bislang noch unterdurchschnittlichen Bettenzahl in  
1391 psychiatrischen Kliniken reduzieren. Wir wollen mehr Fachpersonal ausbilden und  
1392 psychiatrische Forschung und Lehre an unseren Universitäten stärken.  
1393 Insbesondere in der Kinder- und Jugendpsychiatrie wollen wir Prävention,  
1394 Früherkennung und Frühintervention strukturell verbessern und Behandlungsplätze  
1395 ausbauen. Außerdem haben wir vor, ein größeres Augenmerk auf die Versorgung  
1396 psychisch kranker Menschen mit Fluchterfahrung zu legen. Selbsthilfeangebote  
1397 psychisch kranker Menschen fördern wir strukturell. Menschen mit  
1398 Psychiatrieerfahrung und/oder Behinderung beziehen wir in die Prozesse zur  
1399 Verbesserung der Versorgung psychisch kranker Menschen ein. Mit einer  
1400 landesweiten Kampagne rücken wir das Thema psychische Gesundheit stärker in die

1401 Öffentlichkeit. Wir bauen durch Stigmata entstandene Hürden zur Inanspruchnahme  
1402 von Hilfeleistungen ab.

### 1403 **Gesundheitsversorgung für alle**

1404 Für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz bestehen in Niedersachsen hohe  
1405 Hürden beim Zugang zu einer adäquaten Gesundheitsversorgung. Die fehlende  
1406 medizinische Versorgung führt viel zu oft zu vermeidbaren und zum Teil  
1407 lebensbedrohlichen Krankheitsverläufen bei Betroffenen. Besonders hart trifft  
1408 diese Situation Menschen ohne legalen Aufenthaltsstaus, die fürchten müssen,  
1409 durch Inanspruchnahme medizinischer Leistungen abgeschoben zu werden. Diese  
1410 Hemmnisse führen zudem zu erheblichen Erlösausfällen in Praxen und  
1411 Krankenhäusern, da die fehlende Behandlung von Erkrankungen in einem frühen  
1412 Stadium häufig zu akuten Notfallversorgungen führen, für die keine Kostenträger  
1413 gefunden werden können. Unter GRÜNER Regierungsbeteiligung wurde erfolgreich ein  
1414 Modellprojekt durchgeführt, das für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstaus  
1415 mittels eines anonymen Krankenscheins die Kostenübernahme ärztlicher  
1416 Behandlungen sicherte. Statt dieses Projekt fortzuführen oder gar auszuweiten,  
1417 wurde es durch SPD und CDU beendet. Wir sorgen dafür, dass die  
1418 Gesundheitsversorgung aller Menschen, unabhängig von ihrem Versicherungs- oder  
1419 Aufenthaltsstatus, endlich flächendeckend gewährleistet wird. Dazu stellen wir,  
1420 aufbauend auf den Erfahrungen des Modellprojektes und unabhängig vom  
1421 Aufenthaltsstaus, einen anonymen Krankenschein flächendeckend für alle Menschen  
1422 ohne Krankenversicherung zur Verfügung. Niederschwellige Angebote wie  
1423 Straßenambulanzen und medizinische Beratung für Migrant\*innen wollen wir  
1424 finanziell absichern und für personelle Kontinuität in den Einrichtungen sorgen.  
1425 Darüber hinaus ermöglichen wir Menschen dort, wo möglich, mit Beratungs- und  
1426 Unterstützungsangeboten einen Weg in die aufenthaltsrechtliche Legalität und die  
1427 gesundheitliche Regelversorgung. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass  
1428 Sozialämter die Daten von Betroffenen für die Kostenübernahme von dringend  
1429 notwendigen medizinischen Behandlungen nicht mehr wie bisher an die  
1430 Ausländerbehörde weiterleiten müssen.

### 1431 **Für eine vernünftige und menschenwürdige Drogen- und Suchtpolitik**

1432 Die Kriminalisierung von illegalen Drogen hat ihre ursprünglichen Ziele nicht  
1433 erreicht. Bei Konsumdelikten erschweren die straf- und verkehrsrechtlichen  
1434 Konsequenzen oft zusätzlich die berufliche und soziale Wiedereingliederung.  
1435 Statt Repression und Verdrängung suchtkranker Menschen, die deren Situation nur  
1436 weiter verschlimmert, setzen wir auf Prävention, Beratung und Unterstützung. Wir  
1437 begrüßen die durch die neue Bundesregierung geplante legale und kontrollierte  
1438 Abgabe von Cannabis. Das Netz der Sucht- und Drogenberatung im Land wollen wir  
1439 finanziell absichern und ausbauen. Auch Schwerstabhängige haben einen Anspruch  
1440 auf eine bedarfsgerechte Versorgung. Dafür ist es notwendig, Diamorphin ebenso  
1441 wie Methadon und andere zugelassene Substitutionsmittel als Mittel zur wirksamen  
1442 Behandlung und als Medikamente anzuerkennen und ihren Einsatz, in Verbindung mit  
1443 sozialer Unterstützung, flächendeckend zu ermöglichen. Hierfür ist von höchster  
1444 Bedeutung, dass mehr Hausarztpraxen Substitutionsbehandlungen anbieten; dies  
1445 wollen wir unterstützen. Wir setzen uns darüber hinaus für mehr  
1446 Drogenkonsumräume ein, die für einen risikominimierenden Konsum von  
1447 Betäubungsmitteln durch Abhängige ausgestattet sind. Sterile Hilfsmittel,  
1448 Substitutionsbehandlung sowie Drogen- und Suchtberatung gehören auch in den  
1449 Strafvollzug. Wir wollen Modellversuche für Drugchecking-Angeboten ins Leben  
1450 rufen, bei denen Konsument\*innen, verbunden mit Präventionsangeboten, die

1451 Möglichkeit gegeben wird, gefährliche und verunreinigte Substanzen vor dem  
1452 Konsum zu erkennen. Für uns hat der aktive Nichtraucher\*innenschutz und der  
1453 Schutz vor einem verharmlosenden Umgang mit Alkohol hohe Priorität. Wir wollen  
1454 die Aufklärungs- und Präventionsangebote absichern und in der Fläche ausweiten.

### 1455 **Für gute Pflege**

1456 Durch die gestiegene Lebenserwartung und den medizinischen Fortschritt  
1457 verdoppelt sich die Zahl der pflegebedürftigen Menschen bis zum Jahr 2050 etwa –  
1458 während die Zahl der Menschen, die sich für einen Pflegeberuf entscheiden,  
1459 stagniert. Um dem drohenden Pflegenotstand entgegenzuwirken, setzen wir auf die  
1460 Prävention von Pflegebedürftigkeit, auf verbesserte Arbeitsbedingungen,  
1461 Qualifizierungen und eine starke Interessenvertretung der Pflegeberufe.

1462 Fast drei Viertel der Betroffenen werden durch Angehörige versorgt und gepflegt,  
1463 die dabei oft an die Grenzen ihrer Belastbarkeit stoßen. Hochwertige ambulante  
1464 und teilstationäre Angebote in Wohnortnähe wollen wir stärken und ausbauen. Dazu  
1465 zählt besonders der Ausbau von Kurzzeit-, Tages- oder Nachtpflegeplätzen in  
1466 Niedersachsen. Quartierspfleger\*innen, die über bestehende Bedarfe und die  
1467 geleisteten Hilfen informiert sind, könnten pflegende Angehörige erheblich  
1468 entlasten und Überforderungssituationen rechtzeitig erkennen.  
1469 Behandlungskapazitäten in geriatrischen Zentren bauen wir aus.

## **Kap.4** Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 06.04.2022

Tagesordnungspunkt: 2.5. Kapitel IV - Lebenswertes Niedersachsen – Vielfalt schafft Zusammenhalt

### **Antragstext**

1 Das Eintreten für eine lebendige Demokratie, eine vielfältige und offene  
2 Gesellschaft sowie einen starken Rechtsstaat ist eine gesellschaftliche und  
3 politische Kernaufgabe. Demokratie darf nicht als selbstverständlich hingenommen  
4 und ihr Schutz nicht als bloße Privatsache ausschließlich in die Hände der  
5 Zivilgesellschaft gelegt werden. Der Maßstab und Auftrag politischen Handelns  
6 ist das universelle Versprechen des Grundgesetzes für Menschenwürde, Freiheit,  
7 Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und Schutz vor Diskriminierung. Wir GRÜNEN  
8 wollen in den kommenden Jahren für einen starken Rechtsstaat, ein Niedersachsen  
9 der Teilhabe, der Integration, der Gleichstellung und der Vielfalt eintreten.

#### **10 Niedersachsen weiterdenken – vielfältig und offen**

11 Niedersachsen ist ein weltoffenes und vielfältiges Land, dass aktuell wie auch  
12 schon 2015/2016 eine große Hilfsbereitschaft gegenüber Geflüchteten zeigt. Ein  
13 weltoffenes und vielfältiges Niedersachsen bedeutet für uns, dass die  
14 Menschenwürde für alle Menschen gilt, unabhängig von ihrer Herkunft, und dass  
15 wir Menschen dementsprechend begegnen. Es bedeutet, ihnen so schnell wie möglich  
16 die Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Und es bedeutet, dass in einer  
17 Gesellschaft, die ethnisch, sprachlich und kulturell vielfältiger wird,  
18 öffentliche Institutionen diese Vielfalt widerspiegeln und alle Menschen die  
19 gleichen Teilhabechancen erhalten.

20 Ein Zusammenleben in Vielfalt kann aber nur durch kontinuierliches Engagement  
21 erreicht werden. Viele wichtige Angebote zu gesellschaftlicher, wirtschaftlicher  
22 und politischer Teilhabe, die vor allem auf GRÜNES Betreiben hin geschaffen  
23 worden waren, hat die rot-schwarze Landesregierung jedoch in den letzten Jahren  
24 auslaufen lassen. Diese fehlen jetzt und müssen schnellstmöglich wieder auf- und  
25 ausgebaut werden. Nur so können wir den vielen Menschen aus der Ukraine, aber  
26 auch denen, die aus anderen Regionen vor Krieg, Gewalt und Terror zu uns  
27 flüchten, eine echte Perspektive bieten.

#### **28 Niedersachsen als sicherer Hafen**

29 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen stehen dafür, dass Niedersachsen ein  
30 sicherer Hafen für Menschen ist, die vor Not, Gewalt, Krieg und Vertreibung zu  
31 uns fliehen. SPD und CDU haben das unter rot-grün geschaffene  
32 Landesaufnahmeprogramm auslaufen lassen – das wollen wir wieder neu aufleben  
33 lassen. Wir unterstützen Kreise und kreisfreie Städte, die über ihre Kontingente  
34 hinaus Geflüchtete aufnehmen wollen. Im Bundesrat treten wir dafür ein, den  
35 Paragraphen 23 des Aufenthaltsgesetzes so zu ändern, dass Bundesländer eigene  
36 Aufnahmeprogramme selbstständig und ohne Zustimmung durch das  
37 Bundesinnenministerium beschließen können.

38 Wir setzen uns für eine zügige dezentrale Unterbringung neu angekommener  
39 Geflüchteter und den schnellstmöglichen Zugang zu Beratungs- und  
40 Integrationsangeboten (vor allem Sprachkursen) ein. Alle Geflüchteten sollen  
41 möglichst bald nach ihrer Ankunft ein erstes Orientierungsangebot bekommen (z.  
42 B. Wegweiserkurse). Den Ablauf von der Ankunft bis zur Unterbringung in den  
43 Kommunen wollen wir durch ein integriertes Aufnahmemanagement verbessern. Die  
44 Aufenthaltsdauer in Erstaufnahmeeinrichtungen soll drei Monate nicht  
45 überschreiten. Dabei legen wir hohe Mindeststandards für die Unterbringung in  
46 Geflüchtetenunterkünften fest, die unabhängig überprüft werden (Heim-TÜV). Einen  
47 besonders hohen Stellenwert hat dabei für uns die Sicherstellung des  
48 Schulbesuchs von Kindern und Jugendlichen.

49 Die besonderen Bedürfnisse von allein fliehenden Frauen, Familien mit Kindern  
50 und LSBTIQ-Personen sowie Menschen mit Behinderung müssen dabei berücksichtigt  
51 werden. Die Asylverfahrensberatung werden wir an allen Standorten durchgängig  
52 sicherstellen. Sie soll neutral und unabhängig durch freie Trägerorganisationen  
53 durchgeführt werden. Die ehrenamtliche Geflüchtetenarbeit wollen wir besser  
54 unterstützen. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) werden wir durch  
55 verbindliche, am Kindeswohl orientierte Aufnahmerichtlinien besser schützen.  
56 Maßstab ist hierbei für uns das Jugendhilferecht. Grundsätzlich setzen wir uns  
57 für einen gleichberechtigten Zugang geflüchteter Kinder und Jugendlicher zum  
58 Kinder- und Jugendhilfesystem ein. Fragwürdige Verfahren der behördlichen  
59 „Altersfestsetzung“ lehnen wir ab und wollen nach dem Grundsatz „Im Zweifel für  
60 das Kindeswohl“ handeln. Eine Abschiebung junger Menschen im Geltungsbereich des  
61 Jugendhilferechts lehnen wir ab. Die Möglichkeiten zum nachträglichen Erwerb  
62 eines Schulabschlusses für junge Geflüchtete bis 25 Jahre werden wir deutlich  
63 verbessern. Wir treten dafür ein, dass Geflüchtete die Regelschule besuchen.

64 Die Versorgung von traumatisierten und psychisch erkrankten Geflüchteten werden  
65 wir deutlich verbessern. Alle Migrant\*innen sollen unabhängig von ihrem  
66 Aufenthaltsstatus einen diskriminierungsfreien Zugang zu medizinischer  
67 Versorgung erhalten – etwa durch die Gesundheitskarte für alle. Für  
68 illegalisierte Migrant\*innen schaffen wir geschützte Möglichkeiten, ohne Angst  
69 vor Abschiebung medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen – zum Beispiel nach dem  
70 bereits gut erprobten Modell Anonyme Krankenscheine. Die gesundheitliche  
71 Aufklärung werden wir verbessern. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine  
72 Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes ein, um Geflüchteten den  
73 gleichberechtigten Zugang zu den regulären Unterstützungsangeboten des  
74 Sozialstaates zu ermöglichen. Zur Unterstützung queerer Geflüchteter wollen wir  
75 öffentliche Stellen gezielt sensibilisieren und besondere Angebote schaffen.

76 Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten lehnen wir ab. Eine unfreiwillige  
77 Rückführung oder Abschiebung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus muss die  
78 Ausnahme sein und bedarf in jedem Fall einer umfassenden Einzelfallprüfung.  
79 Dabei kommt in der Abwägung den Folgen für Familienangehörige besonderes Gewicht  
80 zu. Eine Abschiebung ist auszuschließen, wenn Gewalt oder unzumutbare  
81 Lebensumstände drohen, z. B. durch bewaffnete Konflikte im Land. Wir setzen uns  
82 für einen generellen Abschiebestopp in Kriegs- und Krisengebiete ein.  
83 Abschiebehaft ist aus unserer Sicht in aller Regel kein verhältnismäßiges Mittel  
84 zur Durchsetzung einer Ausreisepflicht. Ihre Beantragung soll allenfalls in  
85 definierten Ausnahmefällen mit Zustimmung der zuständigen Landesbehörde möglich  
86 sein. Alternativen sind zwingend zu prüfen. Die Beratung zur freiwilligen  
87 Rückkehr wollen wir in die unabhängigen Hände freier Trägerorganisationen geben.

## 88 Teilhabe und Integration als Daueraufgabe

89 Niedersachsen ist ein Einwanderungsland. Die Menschen, die hierherkommen,  
90 bereichern Niedersachsen auf vielfältige Weise und tragen nicht nur zum  
91 wirtschaftlichen Wohlstand, sondern auch zum kulturellen Reichtum des Landes  
92 bei. CDU und SPD haben mit ihrer Politik gezeigt, dass sie die Chancen des  
93 Einwanderungslandes Niedersachsen nicht verstanden haben und kaum etwas dafür  
94 getan haben, sie zu nutzen. Die Ausländerbehörden wollen wir zu  
95 Willkommensbehörden weiterentwickeln, die eng mit den zivilgesellschaftlichen  
96 Einrichtungen der Migrationsarbeit kooperieren. Mit einem neuen Gesetz für  
97 Integration und Teilhabe sichern wir den Zugang zu Bildung, Ausbildung,  
98 Beschäftigung und politischer Mitbestimmung in der Einwanderungsgesellschaft.  
99 Darüber hinaus legen wir ein neues Handlungsprogramm Teilhabe auf, um für alle  
100 Zielgruppen einen besseren Zugang zu Integrationsangeboten zu schaffen,  
101 insbesondere zu Sprachkursen. Vielerorts muss hierzu das Angebot ausgeweitet und  
102 die Finanzierung gesichert werden. Migrant\*innenselbstorganisationen –  
103 insbesondere von Jugendlichen – wollen wir besser unterstützen.

104 Wir starten eine Einbürgerungskampagne, um mehr Menschen den Erwerb der  
105 deutschen Staatsbürgerschaft zu ermöglichen. Über Bundestag und Bundesrat setzen  
106 wir uns dafür ein, Einbürgerungen weiter zu erleichtern. Wir setzen uns darüber  
107 hinaus für eine Wahlrechtsreform ein, die allen Menschen unabhängig von ihrer  
108 Staatsangehörigkeit das kommunale Wahlrecht einräumt, wenn sie seit mindesten  
109 drei Jahren hier leben.

110 Kettenduldungen wollen wir in Niedersachsen beenden und Menschen, die zum Teil  
111 seit vielen Jahren ohne gesicherten Aufenthaltsstatus bei uns leben, einen Weg  
112 zu einem dauerhaften Bleiberecht eröffnen. Hierfür schöpfen wir die  
113 Ermessensspielräume des bestehenden Aufenthaltsrechts aus (z. B. Stärkung der  
114 Härtefallkommission) und setzen uns auf Bundesebene für eine Liberalisierung des  
115 Aufenthaltsgesetzes ein. Wir unterstützen das Grundsatzbekenntnis der neuen  
116 Bundesregierung zum humanitären Bleiberecht und unterstützen die zügige  
117 Umsetzung. Projekte wie Wege ins Bleiberecht wollen wir weiterentwickeln, um  
118 Menschen auf dem Weg zu einem gesicherten Aufenthaltsstatus weiter zu  
119 unterstützen.

## 120 In Vielfalt zusammenleben

121 Wir wollen unsere öffentlichen Einrichtungen, die Bildungseinrichtungen und die  
122 Polizei fit machen für die vielfältige Gesellschaft. Bei Polizei und  
123 Sicherheitsbehörden bedeutet eine interkulturelle Öffnung auch, dass manche  
124 Vorgehensweise kritisch hinterfragt und die Aus- und Weiterbildung angepasst  
125 werden muss (vgl. Starker Rechtsstaat). Für unsere Bildungseinrichtungen wollen  
126 wir gezielt Lehrer\*innen und Erzieher\*innen mit Migrationsgeschichte gewinnen,  
127 dort zusätzliche Angebote für muttersprachlichen Unterricht schaffen – zum  
128 Beispiel auch in mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern – und das  
129 Fremdsprachenangebot an Schulen ausweiten. Für Lehrer\*innen und Erzieher\*innen  
130 brauchen wir mehr Fortbildungsangebote zur Förderung der Diversity- Kompetenz.  
131 Die Behandlung der Kolonialgeschichte und Rassismuskritik wollen wir stärker in  
132 den Lehrplänen verankern und Lehrbücher entsprechend überarbeiten (vgl.  
133 Niedersachsen macht Schule). Wir fördern gezielt eine Kultur der  
134 gesellschaftlichen Vielfalt. Dazu schaffen wir ein Landesprogramm für die  
135 Wertschätzung einer Kultur der Vielfalt, in dessen Rahmen beispielsweise

136 Diversity-Schulungen für Verwaltungsmitarbeiter\*innen stattfinden (vgl. Ein  
137 Staat, der funktioniert).

138 Den interreligiösen Dialog wollen wir weiter fördern. Wir streben einen Vertrag  
139 mit den islamischen Glaubensgemeinschaften an, um beispielsweise  
140 Religionsunterricht, Imam-ausbildung und Seelsorge auf eine neue Grundlage zu  
141 stellen. Minderheitensprachen wie Romanes wollen wir gezielt fördern. Mit den  
142 Dachverbänden der Sinti und Roma streben wir eine dauerhafte Anerkennung und  
143 Förderung auf vertraglicher Grundlage an. Die Mittelkürzungen von  
144 Förderprogrammen für zivilgesellschaftliche Vereine wie die der Sinti\*zze und  
145 Rom\*nja werden wir wieder zurücknehmen.

146 Wir verbessern die Lebensbedingungen von Arbeitsmigrant\*innen, die heute zum  
147 Teil unter unzumutbaren Bedingungen beispielsweise in Schlachthöfen beschäftigt  
148 werden. Hierzu werden wir Mindeststandards definieren, Kontrollen ausweiten und  
149 Strukturen des organisierten Menschenhandels mit den Mitteln des Rechtsstaates  
150 systematisch bekämpfen (vgl. Gute Arbeit in Niedersachsen, Sozial und ökologisch  
151 bauen und wohnen). In vielen Ländern der Welt werden elementare Menschenrechte  
152 missachtet. Die Regierungen dieser Länder gehen oftmals gezielt gegen die  
153 Menschen vor, die sich in besonderer Weise für die Einhaltung der Menschenrechte  
154 dort einsetzen. In solchen Fällen kann es notwendig sein, dass diese  
155 Menschenrechtsaktivist\*innen (MRV) für einen begrenzten Zeitraum außer Landes  
156 gehen, um einer akuten Bedrohungssituation zu entgehen und neue Kräfte zu  
157 sammeln. Wir wollen erreichen, dass Niedersachsen ähnlich wie z. B. Nordrhein-  
158 Westfalen ein entsprechendes Schutzprogramm für MRV und politisch Verfolgte  
159 einrichtet. Im Rahmen eines Stipendiums für einzelne MRV soll es möglich werden,  
160 deren Auszeit in Niedersachsen für einen begrenzten Zeitraum zu sichern.  
161 Niedersachsen kann damit einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte  
162 weltweit leisten.

### 163 **Demokratischer Rechtsstaat Niedersachsen**

164 Ein demokratischer Rechtsstaat braucht eine moderne Polizei und eine starke  
165 Justiz, die für alle Bürger\*innen gleichermaßen zugänglich ist. Sicherheit, die  
166 Freiheit von Angst und Gewalt, ist eine unverzichtbare Voraussetzung einer  
167 offenen Gesellschaft. Niedersachsens Polizei und Justiz stehen vor großen  
168 Herausforderungen. Wir GRÜNEN haben bis 2018 wichtige Reformen auf den Weg  
169 gebracht, um Niedersachsens Polizei und Justiz zukunftsfähig zu machen. An diese  
170 werden wir anknüpfen und verlorene Zeit aufholen.

### 171 **Moderne Polizeiarbeit im liberalen Rechtsstaat**

172 Unsere Polizei leistet täglich wichtige Arbeit für die Sicherheit aller  
173 Niedersächs\*innen. Wir GRÜNEN wollen, dass die Personalausstattung, die  
174 Ausbildung, die Organisation und die Ausstattung mit Einsatzmitteln und  
175 (digitaler) Infrastruktur unserer Polizei den aktuellen Anforderungen und  
176 gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Polizeiarbeit entsprechen. Diese haben  
177 sich in den letzten Jahren stark gewandelt – nicht immer haben Ausbildung und  
178 Ausstattung mit den Entwicklungen Schritt gehalten. Zu oft wurden  
179 Eingriffsrechte ausgeweitet, wo es vor allem erforderlich gewesen wäre, die  
180 Polizei für ihre neuen Aufgaben angemessen auszustatten und auszubilden. Zu  
181 diesem Zweck rufen wir eine Strukturkommission Moderne Polizeiarbeit ins Leben,  
182 die konkrete Empfehlungen erarbeitet.

183 Im Zuge der Modernisierung werden wir auch die rechtlichen Grundlagen der  
184 Polizeiarbeit überarbeiten, insbesondere das stark kritisierte Niedersächsische  
185 Polizeigesetz. Besonders kritisch sehen wir GRÜNEN die Ermöglichung eines  
186 Unterbindungsgewahrsams von bis zu 35 Tagen, die Ausweitung des Einsatzes von  
187 Tasern und den Einsatz von Bodycams in seiner jetzigen Form. Wir werden  
188 überprüfen, ob sich die ausgeweiteten Kompetenzen als wirksam erwiesen haben,  
189 eine Neubewertung ihrer Verhältnismäßigkeit durchführen und die  
190 Eingriffsbefugnisse der Polizei wieder am Maß des tatsächlich Erforderlichen  
191 ausrichten. Für zukünftige Reformen im Sicherheitsbereich streben wir einen  
192 Wirksamkeits-Check an, um die Verhältnismäßigkeit von Reformen auf der Basis  
193 konkreter Erfahrungen besser beurteilen und bei Bedarf nachsteuern zu können.

194 Wir wollen die Stelle eine\*r unabhängigen, parlamentarisch bestimmten  
195 Polizeibeauftragte\*n schaffen, die\*der die Belange der Polizist\*innen gegenüber  
196 Regierung und Parlament ebenso vertritt wie sie\*er im Konfliktfall  
197 Ansprechpartner\*in für Bürger\*innen sein kann. Polizist\*innen sollen die  
198 Möglichkeit erhalten, sich unabhängig von der dienstlichen Hierarchie an die\*den  
199 Polizeibeauftragte\*n zu wenden. Mindestens einmal im Jahr soll die\*der  
200 Polizeibeauftragte einen öffentlichen Tätigkeitsbericht vorlegen. Die Stelle  
201 muss personell ausreichend ausgestattet sein, um ihre vielfältigen Aufgaben  
202 unabhängig – insbesondere gegenüber dem Innenministerium – wahrnehmen zu können.

203 Die Versammlungsfreiheit ist für uns ein hohes Gut. Deshalb verbessern wir den  
204 Rechtsschutz insbesondere für Teilnehmer\*innen von Demonstrationen und stärken  
205 das Vertrauen in die rechtsstaatliche Arbeitsweise der Polizei. Wir führen eine  
206 anonymisierte Kennzeichnung für Bereitschaftspolizist\*innen ein, die eine  
207 nachträgliche Identifikation von Beamt\*innen erleichtert und zugleich ihrem  
208 legitimen Bedürfnis nach Persönlichkeitsschutz Rechnung trägt.

209 Die EU-Datenschutz-Richtlinie für die Bereiche Justiz und Inneres werden wir  
210 vollständig umsetzen. Für die Videoüberwachung im öffentlichen Raum schaffen wir  
211 klare und transparente Regeln, um die Rechte jeder\*s Einzelnen zu schützen.  
212 Hierzu zählen für uns insbesondere ein öffentliches Videokataster und genau  
213 festgeschriebene Zugangsvoraussetzungen für die Sicherheitsbehörden.

214 Wir wollen die Polizeiarbeit stärker auf einer wissenschaftlichen Grundlage  
215 aufbauen und die kriminologische Forschung stärken. Im Zuge dessen streben wir  
216 die Ergänzung der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) durch einen regelmäßigen  
217 kriminologischen Sicherheitsbericht an, um die Perspektive auszuweiten und  
218 Handlungsbedarfe früher und besser zu erkennen. Ein Fokus dieser  
219 Sicherheitsberichterstattung sollen Delikte sein, die sich gegen besonders  
220 verletzbare Personen richten und mutmaßlich vergleichsweise selten zur Anzeige  
221 gebracht werden.

## 222 **Polizei in einer bunten Gesellschaft**

223 Unsere Polizist\*innen sind in ihrer Arbeit häufig erheblichen Belastungen  
224 ausgesetzt. Da die Niedersächsische Polizei personell nicht ausreichend  
225 ausgestattet ist, schieben die Beamt\*innen einen Überstundenberg von rund 1,5  
226 Millionen Arbeitsstunden vor sich her. Dabei ist die Arbeit von Polizei und  
227 Sicherheitsbehörden unerlässlich für den Bestand einer offenen Gesellschaft. Sie  
228 sind jedoch auch selbst ein Abbild der Gesellschaft: Gruppenbezogene  
229 Zuschreibungen und rassistische Stereotype existieren hier wie in den  
230 allermeisten Organisationen und Institutionen. Aufgrund der speziellen Rolle der  
231 Polizei ist dabei besondere Sensibilität gefragt. Kein anderes Organ ist in so

232 direkter Weise mit der Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols befasst. Für  
233 menschenfeindliche Haltungen kann es in den Reihen der Polizei keinerlei  
234 Toleranz geben. Dies vorzuleben, ist auch und vor allem Aufgabe der  
235 Polizeiführung.

236 Wir setzen uns dafür ein, dass die polizeiliche Praxis kontinuierlich durch die  
237 Wissenschaft begleitet und kritisch untersucht wird. Die Politik braucht  
238 frühzeitige und unabhängige Erkenntnisse über mögliche Fehlentwicklungen, zum  
239 Beispiel beim Einsatz von unmittelbarem Zwang. In der Aus- und Weiterbildung von  
240 Polizist\*innen, insbesondere von Führungskräften, wollen wir einen Schwerpunkt  
241 auf die Vermittlung von politischer Bildung, interkultureller und Diversity-  
242 Kompetenz legen. Racial Profiling ist verboten. Bestimmte polizeiliche  
243 Praktiken, etwa verdachtsunabhängige Kontrollen, müssen in der täglichen Arbeit  
244 fortlaufend auch daraufhin kritisch reflektiert werden. Dies ist eine besondere  
245 Herausforderung für polizeiliche Führungskräfte.

246 Rechtsextremismus darf innerhalb der Polizei keinen Platz haben. Mit den  
247 Projekten Polizeischutz für die Demokratie und den Strategiepat\*innen für  
248 Demokratie verfügt die Polizei Niedersachsen über ein Netzwerk und Strukturen,  
249 die entscheidende Beiträge leisten, um zu verhindern, dass sich  
250 Rechtsextremismus in der Niedersächsischen Polizei flächendeckend ausbreiten  
251 kann. Polizeiführung und -gewerkschaften zeigen eine klare Haltung gegen  
252 Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit. Gerade deshalb sind die  
253 Voraussetzungen in Niedersachsen günstig, mit einem umfassenden  
254 Präventionskonzept die demokratische Resilienz der Polizei weiter zu stärken.

#### 255 **Reform des Verfassungsschutzes in den Fokus nehmen**

256 Inlandsgeheimdienste wie der niedersächsische Verfassungsschutz stellen in einem  
257 demokratischen Rechtsstaat stets eine Herausforderung dar, da sie sich  
258 öffentlicher Kontrolle entziehen und nicht an die strikten rechtsstaatlichen  
259 Verfahrensgrundsätze der Strafverfolgung gebunden sind. Die Ausweitung der  
260 Kompetenzen des Verfassungsschutzes, die SPD und CDU 2021 beschlossen haben –  
261 etwa den erleichterten Einsatz von V-Leuten oder die Beobachtung Minderjähriger  
262 – lehnen wir ab. Zugleich erkennen wir an, dass der Staat auf eigene  
263 Erkenntnisse über demokratiefeindliche, insbesondere rechtsextreme Strukturen  
264 angewiesen ist.

265 Im Bewusstsein für den schwierigen Balanceakt zwischen Rechtsstaatlichkeit und  
266 dem öffentlichen Interesse an Information, wollen wir GRÜNEN den Reformprozess  
267 des Verfassungsschutzes fortsetzen, den wir in Regierungsverantwortung  
268 eingeleitet haben. Dabei legen wir weiterhin besonderen Wert auf die  
269 verfassungsrechtlich gebotene strikte Trennung von Polizei und Geheimdiensten  
270 sowie die Begrenzung ihrer Eingriffsbefugnisse auf das erforderliche Maß. Den  
271 Rechtsschutz für beobachtete Personen und die parlamentarische Kontrolle werden  
272 wir stärken – auch durch eine bessere Vernetzung der jeweiligen Kontrollgremien  
273 des Bundes und der Länder.

#### 274 **Katastrophenschutz krisenfest machen**

275 Nicht zuletzt die Folgen des Klimawandels stellen neue Anforderungen an den  
276 Katastrophenschutz. Extreme Wetterlagen, Überschwemmungen und Brände werden in  
277 den kommenden Jahren zunehmen. Aber auch die neue Weltlage wie der Angriffskrieg  
278 gegen die Ukraine macht eine Verstärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes  
279 notwendig: moderne Alarmierungssysteme, eine Bevorratung mit Notfallmaterialien

280 und auch schnelle Hilfe in Kriegs- und Krisengebieten. Zugleich ist es gerade  
281 der Katastrophenschutz, der stark von ehrenamtlichem Engagement getragen wird  
282 und bei der Suche nach Nachwuchs durch den demographischen Wandel vor  
283 Herausforderungen gestellt wird – beispielsweise bei der Feuerwehr. Wir GRÜNEN  
284 halten darum zusätzliche massive Investitionen in den Katastrophenschutz für  
285 erforderlich. Die Landesregierung aus SPD und CDU hat es hier in den letzten  
286 Jahren versäumt, die erforderlichen Mittel zur Umsetzung der landesweiten  
287 Katastrophenschutzstrategie bereitzustellen. Diese Vorsorgelücke müssen wir  
288 schließen und neben Investitionen in Ausstattung und Material auch Strategien  
289 für den vorbeugenden Katastrophenschutz fördern. Die Attraktivität des haupt-  
290 und ehrenamtlichen Dienstes bei der Feuerwehr wollen wir verbessern und mehr  
291 Frauen und Migrant\*innen dafür gewinnen. Darüber hinaus wollen wir eine  
292 Taskforce Moor- und Waldbrand einrichten und in Zusammenarbeit mit den Kommunen  
293 und Feuerwehren ein niedersächsisches Waldbrandkonzept erarbeiten. Dabei  
294 verfolgen wir die Strategie, durch den Umbau von Nadel- zu Mischwäldern und die  
295 Wiedervernässung von Mooren diese widerstandsfähiger gegen Brände zu machen und  
296 die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern.

### 297 **Zugänge zur Justiz vereinfachen – Digitalisierung stärken**

298 Wir GRÜNEN wollen den Zugang zum Recht vereinfachen. Wir bauen den Bürgerservice  
299 an unseren Amtsgerichten aus und stärken die Beratungshilfe. Die Corona-Pandemie  
300 hat die Defizite der Digitalisierung in der Justiz deutlich gemacht. Wir machen  
301 das digitale Arbeiten sowohl im Sitzungssaal als auch im Büro zu einer  
302 Selbstverständlichkeit. Dabei müssen höchste Sicherheitsstandards Anwendung  
303 finden und klare Regelungen zum Schutz der Beschäftigten gelten. Auch der Zugang  
304 zur Justiz für die Bürger\*innen und die Gerichte muss digitaler werden. Bündnis  
305 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen unterstützen das Ziel der neuen Bundesregierung,  
306 Möglichkeiten zu schaffen, Verhandlungen online durchzuführen und  
307 Kleinforderungen in bürgerfreundlichen digitalen Verfahren einfacher gerichtlich  
308 durchzusetzen. Wir bauen dafür die digitale Kompetenz unserer Richter\*innen aus,  
309 statten die Gerichte mit angemessener Technik aus und intensivieren den Einsatz  
310 bürgerfreundlicher Onlinemodule. Den Einsatz von modernen Instrumenten wie  
311 Künstlicher Intelligenz (KI), Legal Tech und Algorithmenbasierten  
312 Entscheidungsprozessen (ADM) in der Praxis bringen wir voran und begleiten die  
313 regulative Ausgestaltung auf Bundes- und EU-Ebene kritisch. Insbesondere in  
314 zukünftigen Massenverfahren – wie aktuell etwa beim Dieselabgasskandal – können  
315 diese zu einer spürbaren Entlastung der Gerichte beitragen.

### 316 **Justiz entlasten und Fachkompetenzen bündeln**

317 Wir GRÜNEN machen Strafverfahren noch effektiver, schneller, moderner und  
318 praxistauglicher, ohne die Rechte der Beschuldigten und deren Verteidigung zu  
319 beschneiden. Bagatelldelikte wie etwa Cannabiskonsum zum Eigengebrauch,  
320 Beförderungerschleichung und Containern müssen nicht mit dem Strafrecht  
321 bekämpft werden. Hier unterstützen wir niedersächsischen GRÜNEN das Vorhaben der  
322 Ampelkoalition im Bund, das Strafrecht kritisch zu überprüfen und zu  
323 modernisieren. Ersatzfreiheitsstrafen sind unnötig kostenintensiv und sozial  
324 ungerecht. Um sie zu vermeiden, stärken wir z. B. das Programm Schwitzen statt  
325 sitzen, bei dem Ersatzfreiheitsstrafen durch gemeinnützige Arbeit abgewendet  
326 werden können. Das entlastet die Polizei sowie Vollstreckungs- und  
327 Vollzugsbehörden. Verbrechen darf sich nicht lohnen: Dort, wo mit Straftaten  
328 Geld verdient wird, wenden wir Maßnahmen wie Vermögensabschöpfung und  
329 Beschlagnahmung von mit gewaschenem Geld erworbenen Immobilien konsequent an und

330 statten die Staatsanwaltschaften mit dem dafür benötigten Personal aus. Zur  
331 Stärkung des Rechtsstaates wollen wir wie in Berlin einen rund um die Uhr  
332 erreichbaren richterlichen Bereitschaftsdienst etwa bei Abschiebungen,  
333 Hausdurchsuchungen oder anderen polizeilichen Maßnahmen einrichten.

334 Die Bündelung von Fachkompetenzen in Schwerpunktstaatsanwaltschaften ist ein  
335 geeignetes Instrument zur Entlastung und stärkeren Professionalisierung der  
336 Strafverfolgung. Nicht in allen Themenbereichen müssen diese jedoch sinnvoll  
337 sein. Daher werden wir die bestehenden Staatsanwaltschaften evaluieren und ein  
338 Gesamtkonzept für die Schwerpunktstaatsanwaltschaften entwickeln.

### 339 **Resozialisierung in den Mittelpunkt – Offenen Vollzug stärken**

340 Kernpunkt unserer GRÜNEN Vollzugsstrategie ist die Resozialisierung. Wir setzen  
341 einen Fokus auf Maßnahmen, die dazu dienen, ein straffreies Leben nach dem  
342 Vollzug zu unterstützen. Neben medizinischer Behandlung, insbesondere von  
343 Suchterkrankungen, und Drogenprävention braucht guter Vollzug vielfältige  
344 Angebote für ein aktives Gemeinschaftsleben und ein breites Angebot zur Aus-,  
345 Fort- und Weiterbildung. Wir GRÜNEN stärken die Nutzung spezifischer digitaler  
346 Angebote und Lernplattformen. Den offenen Vollzug für geeignete Inhaftierte  
347 bauen wir aus. Er erfüllt wichtige Funktionen bei der Entlassungsvorbereitung  
348 und Resozialisierung sowie trägt zur Stabilisierung sozialer und familiärer  
349 Beziehungen bei. Um psychosoziale Behandlungserfolge aus dem Justizvollzug zu  
350 sichern, bedarf es einer erfolgreichen Anschlussbetreuung. Dazu werden wir  
351 Justizvollzug und Bewährungshilfe wieder stärker verzahnen. Dies schützt die  
352 Gesellschaft und die Täter\*innen davor, rückfällig zu werden.

### 353 **Attraktiver Arbeitgeber Justiz: Vielfalt in der Justiz stärken**

354 Niedersachsens Justiz steht vor einem Generationenwechsel. Es gilt, auf allen  
355 Ebenen qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen. Wichtig ist dabei: Die Justiz muss  
356 diverser werden. Jurist\*innen mit Migrationshintergrund werden noch zu selten  
357 Richter\*innen und Staatsanwält\*innen. Mit Hilfe von gezielten  
358 Personalgewinnungs- und Entwicklungsmaßnahmen machen wir GRÜNEN eine Karriere in  
359 der Justiz von der Wachtmeister\*in bis zur Gerichtspräsident\*in für breitere  
360 Bevölkerungsgruppen attraktiv. Auch bei den ehrenamtlichen Richter\*innen und  
361 Schöff\*innen sorgen wir für mehr Diversität und machen Vorbilder sichtbar. Die  
362 Besoldung von Justizwachtmeister\*innen und Bediensteten im Strafvollzug wollen  
363 wir verbessern.

364 Der Zugang zum Richter\*innenamt muss von mehr als der Examensnote abhängen.  
365 Außer-fachliche Kompetenzen und einschlägige Berufserfahrung werden wir höher  
366 gewichten. Wir öffnen neue Karrierewege für Quereinsteiger\*innen und bauen  
367 Zugangshürden ab. Wir GRÜNEN haben lange für das Referendariat im Teilzeit  
368 gekämpft – ab 2023 ermöglicht das Bundesrecht dies nun endlich. Wir schaffen die  
369 Rahmenbedingungen dafür, dass dies in Niedersachsen schnell und flächendeckend  
370 umgesetzt wird. Innovationen im Jurastudium, wie die Einführung von digitalen  
371 Examen, treiben wir voran. Der Pakt für den Rechtsstaat zwischen Bund und  
372 Ländern ist ein Erfolgsmodell. Wir beteiligen uns auch zukünftig daran und  
373 stellen sicher, dass alle Bereiche der Justiz mit den notwendigen Personal- und  
374 Sachmitteln ausgestattet werden. Gute Arbeitsbedingungen in der Justiz haben für  
375 uns Priorität. Dazu zählen auch umfassende fachliche und außerfachliche  
376 Qualifizierungsangebote. Diese bauen wir aus, beispielsweise in den Bereichen  
377 interkulturelle Kompetenz und Diversity, Demokratieförderung und  
378 Extremismusprävention. Im Vollzug fehlen schon jetzt viele Fachkräfte. Wir

379 GRÜNEN starten eine groß angelegte Ausbildungsinitiative und machen die  
380 vielfältigen beruflichen Möglichkeiten im Vollzug bekannter – denn guter Vollzug  
381 braucht gutes Personal.

### 382 **Prävention und Opferschutz stärken**

383 Jede Straftat, die nicht begangen wird, ist ein Erfolg. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
384 rücken Präventionsmaßnahmen wieder stärker in den Fokus der Innen- und  
385 Rechtspolitik, stärken die wichtige Arbeit des Landespräventionsrats und  
386 erarbeiten gemeinsam mit Kommunen, Polizei und Zivilgesellschaft eine  
387 Gesamtpräventionsstrategie für Niedersachsen.

388 Nach begangenen Straftaten liegt der Fokus häufig auf den Täter\*innen –  
389 Opferschutz kommt oft zu kurz. Die Opferperspektive muss bei der Durchführung  
390 der Strafverfahren stärker berücksichtigt werden. Wir GRÜNEN werden  
391 Strafverfahren bei Gewaltdelikten beschleunigen sowie Möglichkeiten zur  
392 audiovisuellen Vernehmung von Opferzeug\*innen und Fortbildungsangebote für  
393 Richter\*innen und Staatsanwält\*innen ausbauen – z. B. im Bereich kindgerechte  
394 Vernehmung. Initiativen, die Betroffene von Straftaten unterstützen, fördern  
395 wir. Auch in einem Flächenland wie Niedersachsen muss es möglichst wohnortnahe  
396 Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für alle Betroffenen geben. Digitale  
397 Angebote können eine gute Ergänzung sein.

### 398 **Hasskriminalität bekämpfen**

399 Ein besonderer Schwerpunkt liegt für uns in der Bekämpfung von Hasskriminalität  
400 – beispielsweise auf Grund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der  
401 Religionszugehörigkeit oder rassistischer Zuschreibungen (vgl. In Vielfalt  
402 zusammenleben). In den letzten Jahren haben diese Delikte stark zugenommen.  
403 Deshalb werden wir GRÜNEN bei der Polizei und Justiz Ressourcen für die Aufnahme  
404 und Aufklärung dieser Straftaten ausbauen und beispielsweise die Zentralstelle  
405 zur Bekämpfung von Hasskriminalität bei der Staatsanwaltschaft Göttingen  
406 stärken. Ein großer Teil von Hasskriminalität findet heute online statt oder  
407 wird online vorbereitet. Es geht hierbei etwa um schwerste Beleidigungen bis hin  
408 zu Morddrohungen, die digital unter dem Deckmantel der Anonymität geäußert  
409 werden, aber auch um die Radikalisierung von Einzelpersonen in Onlineforen und  
410 Chatgruppen.

411 Zur wirksamen Bekämpfung von Kriminalität im Internet, die weit über  
412 Hasskriminalität hinausgeht, wollen wir daher die Fähigkeiten der  
413 Strafverfolgungsbehörden zur digitalen Ermittlung verbessern. Dabei behalten wir  
414 die Balance zum Schutz der Grundrechte besonders im Blick – etwa dem Grundrecht  
415 auf informationelle Selbstbestimmung oder auf Unverletzlichkeit der Wohnung.

### 416 **Für eine vielfältige Gesellschaft**

#### 417 **Gemeinsam für eine vielfältige Gesellschaft – gegen Diskriminierung und Hass**

418 Wir erleben jeden Tag, dass Demokratie verteidigt werden muss und  
419 demokratiefeindliche Haltungen und Handlungen sich nicht allein durch Bildung  
420 und Aufklärung bekämpfen lassen. In Zeiten der gesellschaftlichen  
421 Auseinandersetzungen – wie in den vergangenen Jahren um den Umgang mit der  
422 Corona-Pandemie – werden menschenfeindliche Denkmuster und Strukturen, die  
423 Verachtung gegenüber Minderheiten und der Glaube an Verschwörungsmythen  
424 besonders augenfällig. Doch für viele Betroffene waren sie auch vor der Pandemie  
425 tagtäglich spürbar. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein entschiedenes

426 staatliches Vorgehen gegen Hass-kriminalität und für klare gesetzliche  
427 Regelungen gegen alltägliche Formen der Ausgrenzung.

428 Angetrieben von digitalen Kanälen haben Hassrede und Hasskriminalität in den  
429 letzten Jahren merklich zugenommen. Zum Ziel werden oft Angehörige religiöser  
430 Minderheiten, People of Color, LSBTIQ oder Menschen mit Behinderung – und  
431 zunehmend Personen, die öffentlich für Vielfalt, Demokratie und Toleranz  
432 eintreten, wie Bürgermeister\*innen und ehrenamtliche Kommunalpolitiker\*innen.  
433 Wir sagen Hassrede und Hasskriminalität den Kampf an. Wir stärken die Aufklärung  
434 und Ahndung von Hass im Netz und schaffen für die Meldung, Anzeige und  
435 statistische Erfassung von Hassdelikten zusätzliche Möglichkeiten, die über die  
436 bisherigen Formen hinausgehen (vgl. Starker Rechtsstaat). Programme der  
437 politischen Bildung gegen Hassrede wollen wir ausweiten und zusätzliche  
438 Beratungs- und Unterstützungsangebote für Betroffene schaffen. Außerdem wollen  
439 wir den von der Zivilgesellschaft geforderten Aktionsplan gegen Rassismus auf  
440 den Weg bringen und den strukturellen Rassismus in unseren Institutionen  
441 bekämpfen.

442 Wir schaffen ein Niedersächsisches Antidiskriminierungsgesetz nach dem Vorbild  
443 des Berliner Antidiskriminierungsgesetzes, das einen umfassenden Schutz vor  
444 Diskriminierung durch öffentliche Einrichtungen des Landes und der Kommunen  
445 bietet. Hierdurch schließen wir Rechtsschutzlücken zwischen dem Allgemeinen  
446 Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und dem Niedersächsischen  
447 Gleichberechtigungsgesetz (NGG). Wir erleichtern es Betroffenen, gegen  
448 Diskriminierung vorzugehen und schaffen neue Möglichkeiten der Geltendmachung  
449 von Entschädigungs- und Ersatzansprüchen. Zur Durchsetzung der Ansprüche  
450 schaffen wir ein Netz aus dezentralen Antidiskriminierungsbeschwerdestellen, die  
451 vergleichbar mit Datenschutzbeauftragten die Betroffenen beraten und die  
452 Interessen Betroffener gegenüber Behörden vertreten können.

#### 453 **Queeres Leben gehört zu Niedersachsen**

454 Wir treten dafür ein, dass queere sexuelle Orientierungen und geschlechtliche  
455 Identitäten als selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft anerkannt und als  
456 solche sichtbar werden. Hierzu werden wir GRÜNEN aktiv beitragen. Eine  
457 queersensible Arbeitsweise und die Verwendung geschlechtergerechter Sprache  
458 machen wir deshalb in den kommenden Jahren in allen Behörden des Landes zum  
459 Standard. Wappengesetz und Fahnenerlass wollen wir anpassen, um das Hissen der  
460 Regenbogenflagge vor öffentlichen Gebäuden einfacher zu ermöglichen. Wir wirken  
461 darauf hin, dass auch für trans\*, inter\* und nichtbinäre Menschen angst- und  
462 diskriminierungsfrei Toiletten in öffentlichen Gebäuden zur Verfügung stehen.  
463 Mit dem Niedersächsischen Antidiskriminierungsgesetz verbessern wir den Schutz  
464 queerer Menschen vor Diskriminierung.

465 Wir wollen insbesondere im ländlichen Raum ein Netzwerk von Beratungs- und  
466 Vernetzungs-strukturen für LSBTIQ-Menschen schaffen und landesweit die Beratung  
467 für trans\*, inter\* und nichtbinäre Personen stärken. Der Zugang soll  
468 niedrigschwellig ermöglicht werden, um Hemmschwellen abzubauen. Hasskriminalität  
469 gegen queere Menschen bekämpfen wir besser – durch mehr Prävention und eine  
470 gezieltere Strafverfolgung. Wir unterstützen queere Jugendverbände und fördern  
471 den Aufbau queerspezifischer Kompetenzen in der Jugendarbeit. Sportvereine und -  
472 verbände sollen für den Umgang mit queeren Themen sensibilisiert und queere  
473 Sportarbeit besser unterstützt werden (vgl. Niedersachsen in Bewegung).

474 An Schulen soll queeres Leben ein selbstverständlicher Teil des Alltags sein –  
475 ohne die Erfahrung von Ausgrenzung und Diskriminierung. Die Sensibilisierung für  
476 queere Vielfalt wollen wir als Teil der Lehrer\*innenaus- und Weiterbildung  
477 verankern. Schulen sollen Lehrkräfte als Ansprechpartner\*innen für diese Belange  
478 benennen und klare Regelungen für den nichtdiskriminierenden Umgang insbesondere  
479 mit trans\*,inter\* und nichtbinären Menschen treffen. Projekte zur Aufklärung  
480 über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt an Schulen wollen wir stärker fördern  
481 und die Förderung verstetigen (vgl. GRÜNE machen Schule).

482 Wir stärken die bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung queerer Menschen in allen  
483 Lebensphasen und wirken auf eine bessere Berücksichtigung der Belange von  
484 inter\*,trans\* und nichtbinären Personen in der medizinischen Ausbildung hin.  
485 Wir verbessern die Situation queerer Menschen im Alter, indem wir für ihre  
486 besonderen Bedarfe sensibilisieren, ihre Sichtbarkeit stärken und Projekte für  
487 ein Altern in Würde fördern.

#### 488 **Weltanschauliche Neutralität des Staates**

489 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen dafür ein, dass niemand aufgrund seiner Religion  
490 oder Weltanschauung benachteiligt wird. Getreu den Prinzipien der  
491 Religionsfreiheit, der Trennung von Kirche und Staat sowie der Gleichbehandlung  
492 der Religionsgemeinschaften treten wir dafür ein, die vielfältigen Beziehungen  
493 von Staat und Religionsgemeinschaften zu klären. Wir setzen uns für ein  
494 konfessionsneutrales, religionswissenschaftlich fundiertes Pflichtfach Religion  
495 und Weltanschauung an niedersächsischen Schulen ein. Es soll unterschiedliche  
496 Sichtweisen vermitteln und Vertreter\*innen verschiedener Religionsgemeinschaften  
497 die Möglichkeit zu einer authentischen Darstellung ihrer Glaubensüberzeugungen  
498 geben. Konfessionsschulen wollen wir im Dialog mit den Religionsgemeinschaften  
499 in Schulen umwandeln, die Kindern aller Bekenntnisse gleichermaßen offenstehen.

500 Bündnis 90/DIE GRÜNEN streben eine finanzielle und institutionelle Entflechtung  
501 von Kirche und Staat und die Ablösung der Staatsleistungen des Landes an die  
502 Kirchen an. Bei der Versorgung mit medizinischen und sozialen Einrichtungen wie  
503 Kitas, Krankenhäuser oder Pflegeheime muss die Wahlfreiheit zwischen kirchlichen  
504 und nicht-kirchlichen Einrichtungen gewährleistet sein. Dies bedeutet auch, dass  
505 an einigen Orten ein Angebot an öffentlichen Einrichtungen geschaffen werden  
506 muss. Das staatlich verordnete Tanzverbot an bestimmten christlichen Feiertagen  
507 wollen wir abschaffen und den Friedhofszwang für Urnenbestattungen  
508 liberalisieren. Zugleich setzen wir uns im Sinne der Gleichbehandlung für eine  
509 vertragliche Grundlage insbesondere mit den islamischen Religionsgemeinschaften  
510 ein, um beispielsweise die Ausbildung von Imamen und muslimischen  
511 Religionslehrer\*innen an öffentlichen Universitäten zu regeln.

#### 512 **Demokratieförderung und politische Bildung**

513 Das Erstarken des Rechtsextremismus in den vergangenen 50 Jahren und die  
514 verschiedenen gefährlichen Strömungen der Demokratieverachtung, die  
515 beispielsweise während der Corona-Pandemie zum Vorschein kamen, machen deutlich:  
516 Ein lebendige Demokratie, die widerstandsfähig ist gegen Rechtsextremismus,  
517 Ressentiments und Verschwörungstheorien, bedarf auch kontinuierlicher Aufklärung  
518 und (Bildungs-)Arbeit.

519 Wir schaffen ein Landesdemokratiefördergesetz, um die zivilgesellschaftliche  
520 Demokratietarbeit langfristig auf ein solides Fundament zu stellen. Es soll das  
521 Demokratiefördergesetz der neuen Bundesregierung ergänzen und die optimale

522 Verzahnung mit Landes- und Bundesförderung zur Stärkung der vielfältigen  
523 zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen in Niedersachsen sicherstellen. Mit großen  
524 und etablierten Einrichtungen ebenso wie mit kleinen Initiativen streben wir  
525 eine enge Zusammenarbeit an. Einen Generalverdacht gegen Initiativen, die sich  
526 in der Arbeit gegen Rechtsextremismus engagieren, und eine Überprüfung durch den  
527 Verfassungsschutz ohne konkreten Anlass lehnen wir ab.

528 Die Arbeit der Landeszentrale für Politische Bildung ist wichtiger denn je. Sie  
529 ist Vorreiterin bei der digitalen Demokratiebildung. Damit spielt sie gerade in  
530 der aktuellen Situation eine Schlüsselrolle, in der - zum Teil gezielte -  
531 Falschinformationen zu einer wesentlichen Gefahr für die öffentliche Debatte  
532 geworden sind. Dennoch haben SPD und CDU die Landeszentrale in ihrer wichtigen  
533 Funktion nicht gestärkt. Wir GRÜNEN werden in den kommenden Jahren zusätzliche  
534 Mittel für die Landeszentrale bereitstellen und ihren Ausbau begleiten. Auch  
535 über die Arbeit der Landeszentrale hinaus ist politische Bildung zentraler  
536 Bestandteil der Bildungsarbeit. Den anerkannten Träger\*innen nach den  
537 Niedersächsischen Erwachsenen-bildungsgesetz wollen wir politische Bildung  
538 finanziell besser vergüten und die Demokratiebildung an Schulen durch  
539 entsprechende Lehrer\*innenfortbildungen und begleitende Projekte fördern (vgl.  
540 GRÜNE machen Schule).

### 541 **Demokratie lebt von Beteiligung**

542 Hunderttausende Kinder und Jugendliche haben auf Demonstrationen für einen  
543 ernsthaften Klimaschutz mehr demokratische Mitsprache eingefordert und ihre  
544 Bereitschaft gezeigt, politische Verantwortung zu übernehmen. Viele politische  
545 Entscheidung, die wir heute treffen, werden in höchstem Maße über ihre  
546 Zukunftschancen entscheiden. Deshalb wollen wir das Wahlalter bei Kommunal- und  
547 Landtagswahlen auf 14 Jahre senken. Hierfür ist im Fall der Landtagswahl eine  
548 Änderung der Landesverfassung mit Zweidrittelmehrheit erforderlich.  
549 Perspektivisch setzen wir uns dafür ein, dass auch Menschen unter 14 Jahren bei  
550 Kommunalwahlen wählen können.

551 Die Chancen direkter Demokratie wollen wir GRÜNEN im Land und in den Kommunen  
552 besser nutzen. Oftmals sind es Volks- und Bürger\*innenentscheide, die wichtige  
553 Veränderungen anstoßen, wo die Politik noch zu zögerlich ist. So war es das –  
554 auch von uns GRÜNEN zusammen mit Umweltverbänden vorangetriebene – Volksbegehren  
555 Artenvielfalt.Jetzt!, das SPD und CDU dazu gebracht hat, endlich konkrete  
556 Schritte für mehr Artenschutz einzuleiten. Deshalb wollen wir die Hürden für  
557 zukünftige Volks- und Bürger\*innenentscheide senken und die möglichen  
558 Themenfelder für Bürger\*innenentscheide ausweiten.

559 Transparenz und der Zugang zu Informationen sind wichtige Voraussetzungen für  
560 eine effektive öffentliche Kontrolle des Regierungshandelns. Durch die Blockade  
561 von SPD und CDU ist Niedersachsen eines der letzten Bundesländer ohne ein  
562 Informationsfreiheitsgesetz. Wir werden ein solches Gesetz einführen und so  
563 allen Bürger\*innen den Zugang zu bei öffentlichen Stellen vorhandenen amtlichen  
564 Informationen geben. Darüber hinaus sollen staatliche Stellen grundsätzlich zu  
565 einer verbesserten, aktiven Information der Öffentlichkeit über relevante  
566 Entwicklungen verpflichtet werden.

### 567 **3. Gleichstellung und Feminismus**

568 Noch immer beeinflusst das Geschlecht die Chancen, die ein Mensch in seinem  
569 Leben erhält. Noch immer erhalten viele Frauen für die gleiche oder

570 gleichwertige Arbeit einen niedrigeren Lohn, eine niedrigere Rente und oft  
571 weniger soziale Sicherheit. Noch immer treffen überwiegend Männer politische  
572 Entscheidungen in unserer Gesellschaft. Und noch immer werden in vielen  
573 Lebensbereichen vor allem die Bedürfnisse von Männern als der „Normalfall“  
574 betrachtet. Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen, inter\* und trans\*  
575 Personen ist ein Grundstein GRÜNER Politik und durchzieht unsere Programmatik  
576 als Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche (Gender Mainstreaming). Dies  
577 betrifft die Gesundheitsversorgung, den Zugang zu Verhütung, sicheren  
578 Schwangerschaftsabbrüchen und Geburtshilfe, aber auch die Stärkung der  
579 finanziellen Unabhängigkeit von Frauen, die Förderung von Frauen in der  
580 Wissenschaft, eine feministische Verkehrsplanung sowie die Vereinbarkeit von  
581 Familie und Beruf.

582 Wir wollen gesellschaftlich festgefügte Machtstrukturen aufbrechen und kommenden  
583 Generationen ein größeres Maß an Freiheit und Selbstbestimmung jenseits  
584 überkommener Rollenbilder ermöglichen. Ein Schlüssel hierzu ist die  
585 Bildungspolitik. Wir GRÜNEN wollen den kritischen Umgang mit Geschlechterrollen  
586 und patriarchalen Machtstrukturen fest im Lehrplan der niedersächsischen Schulen  
587 und im schulischen Alltag sowie – altersgerecht aufbereitet – in den Kitas  
588 verankern, Lehrmaterialien überarbeiten und pädagogisches Personal entsprechend  
589 aus- und fortbilden (vgl. Niedersachsen macht Schule). Gendersensible Erziehung  
590 etablieren wir in Kitas und Schulen. Dazu gehört auch die Stärkung einer  
591 Konsenskultur und gute Sexualaufklärung. „Nein heißt Nein“ und vor allem „Nur Ja  
592 heißt Ja“ sind Grundsätze, die von Beginn an im Zentrum der pädagogischen Arbeit  
593 stehen müssen.

594 Bei der Aufstellung des Landeshaushaltes als einem zentralen  
595 Steuerungsinstrument wollen wir GRÜNEN Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit  
596 systematisch berücksichtigen (Gender Budgeting). In einem ersten Schritt lassen  
597 wir zwei geeignete Bereiche des Landeshaushaltes durch externe Expert\*innen auf  
598 Fragen der Geschlechtergerechtigkeit untersuchen, um die breite Einführung des  
599 Gender Budgeting vorzubereiten.

600 Im Dialog mit der Ampelkoalition im Bund, der Wirtschaft und den Gewerkschaften  
601 setzen wir uns für die wirtschaftliche Gleichstellung von Frauen\* ein, die heute  
602 immer noch im Durchschnitt weit weniger verdienen und deutlich stärker von  
603 (Alters-)Armut betroffen sind als Männer. Wir treten ein für einen  
604 existenzsichernden Mindestlohn, die Umwandlung von Minijobs in reguläre  
605 Beschäftigungsverhältnisse, einen Ausbau der Kinderbetreuung, eine gerechtere  
606 Aufteilung unbezahlter Fürsorge- und Hausarbeit sowie die Ersetzung des  
607 Ehegattensplittings für in Zukunft geschlossene Ehen durch den Grundsatz der  
608 Einzelveranlagung mit übertragbaren Grundfreibeträgen.

### 609 **Frei leben ohne Gewalt**

610 Jede dritte Frau in Deutschland erfährt in ihrem Leben Gewalt. Diese Gewalt ist  
611 das Produkt einer von sexistischen Strukturen geprägten Gesellschaft, die Frauen  
612 abwertet und zum Objekt macht und Männer zu Tätern werden lässt. Sie ist das  
613 Produkt von stereotypen Rollenbildern, die unsere Alltagskultur dominieren, die  
614 in Film und Fernsehen, in Kinderbüchern und Computerspielen, in vermeintlich  
615 harmlosen Sprüchen und sexistischen Witzen transportiert werden. Dieser Kultur  
616 der Gewalt sagen wir den Kampf an.

617 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen bedingungslos für die Umsetzung der Istanbul-  
618 Konvention zum Schutz von Frauen vor häuslicher und sexualisierter Gewalt.

619 Gewaltschutz wollen wir als ressortübergreifende Aufgabe verankern und eine  
620 Gesamtstrategie Frei leben ohne Gewalt zum Gewaltschutz umsetzen. Dabei braucht  
621 es durchgängig einen Blick auf die besondere Situation von Migrantinnen, Frauen  
622 mit Behinderung, LSBTIQ-, Drogen gebrauchenden Frauen, Frauen in Armut und  
623 wohnungs- und obdachlosen Frauen (intersektionale Perspektive). Wir begrüßen die  
624 Ankündigung der neuen Bundesregierung, sich verstärkt bei der Finanzierung zu  
625 beteiligen. Hohe Priorität haben für uns in diesem Kontext die Schaffung neuer  
626 Frauenhausplätze und die Qualitätssicherung in Frauenhäusern durch  
627 Mindeststandards bei der Ausstattung, damit jeder Frau in Not angemessen  
628 geholfen werden kann, sowie der Ausbau der Beratungsstellen. Zusammen mit den  
629 landesweiten Beratungsstellen bilden die Frauenhäuser das Zentrum des  
630 Gewaltschutznetzes. Deswegen muss eine auskömmliche Finanzierung gesichert und  
631 etwa auch der Aufenthalt von Kindern gewaltbetroffener Frauen angemessen  
632 berücksichtigt werden. Durch bessere Beratung wollen wir erreichen, dass Frauen  
633 im Anschluss an einen Aufenthalt schnell eine eigene Wohnung finden – etwa indem  
634 wir ein Kooperationsmodell mit Vermieter\*innen und Wohnungsgenossenschaften  
635 unterstützen. Für Frauen in besonders schwierigen Situationen – etwa ohne  
636 gesicherten Aufenthaltsstatus – wollen wir auch eine besonders geschützte, zum  
637 Beispiel anonyme, Aufnahme ermöglichen.

638 Auch die Beratungsstrukturen wollen wir ausbauen und ihre Finanzierung sichern,  
639 damit von Gewalt betroffene und bedrohte Frauen einfacher Zugang zu  
640 Hilfsangeboten erhalten. Auch die so wichtige Präventions- und  
641 Öffentlichkeitsarbeit der Beratungsstellen muss ausreichend finanziell  
642 abgesichert sein. Unser Ziel ist es, dass jede von häuslicher oder  
643 sexualisierter Gewalt betroffene Frau weiß, wohin sie sich wenden kann, und dort  
644 sicher Hilfe bekommt. Wir wollen die von SPD und CDU gestrichene  
645 Koordinierungsstelle der nds. Frauen- und Mädchenberatungsstellen gegen Gewalt  
646 wieder und dauerhaft finanzieren. Nachsorgende Maßnahmen, insbesondere  
647 Psychotherapieplätze, wollen wir endlich in ausreichendem Maß schaffen (vgl.  
648 Gesundheit und Pflege).

649 Wir wollen sowohl die Gewaltprävention als auch die Strafverfolgung von  
650 Gewaltdelikten und Hasskriminalität gegen Frauen, queere Menschen, inter\* und  
651 trans\* Personen stärken. Hierzu gehört für uns neben der Sensibilisierung von  
652 Polizei und Justiz auch ein Ausbau der Täterarbeit, um Wiederholungstaten zu  
653 verhindern. Frauenfeindliche und queerfeindliche Straftaten, insbesondere  
654 Femizide, sollen in der polizeilichen Kriminalstatistik gesondert erfasst und so  
655 sichtbarer gemacht werden. Besonders von Gewalt betroffen sind Frauen, die  
656 beispielsweise als Zwangsprostituierte zu Opfern organisierten Menschenhandels  
657 werden. Im Einklang mit den Empfehlungen des Kriminologischen  
658 Forschungsinstituts Niedersachsen wollen wir die Spezialisierung und  
659 Schwerpunktbildung bei den Gerichten und Strafverfolgungsbehörden voranbringen,  
660 um organisierten Menschenhandel effektiver zu bekämpfen und Betroffene besser zu  
661 schützen (vgl. Starker Rechtsstaat Niedersachsen). Unterstützungs- und  
662 Beratungsangebote für Betroffene (z. B. Ausstiegsprogramme) werden wir  
663 langfristig finanziell absichern. Gleichzeitig wenden wir uns gegen die  
664 Stigmatisierung von freiwilliger Sexarbeit und setzen uns für eine Verbesserung  
665 der Rechte und Versorgung von Sexarbeiter\*innen ein.

666 Wir werden die Umsetzung der Empfehlungen der Kommission zur Prävention von  
667 sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen aktiv  
668 begleiten und unterstützen. Für alle einschlägigen Einrichtungen des Landes,

669 etwa Geflüchtetenunterkünfte, setzen wir konsequent auf die (Weiter-)Entwicklung  
670 von Gewaltschutzkonzepten. Der besonderen Gefährdung von Mädchen und Frauen mit  
671 Behinderung wollen wir durch verstärkte Aufklärungskampagnen begegnen.

## 672 **Die Hälfte der Macht**

673 Noch immer treffen überwiegend Männer zentrale politische Entscheidungen, weil  
674 Frauen und andere Geschlechter in den Parlamenten und kommunalen Vertretungen  
675 stark unterrepräsentiert sind. Nach der letzten Landtagswahl lag der Anteil der  
676 Frauen im Landtag bei lediglich 27 Prozent. Deshalb streben wir eine  
677 verfassungsfeste, paritätische Wahlrechtsreform an, um den Anteil von Frauen im  
678 Landtag und in den kommunalen Vertretungen zu erhöhen.

679 Im öffentlichen Dienst werden Führungspositionen noch immer viel zu selten mit  
680 Frauen besetzt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das Niedersächsische  
681 Gleichberechtigungsgesetz stärken, um dies zu ändern – etwa durch Festlegung  
682 eines Mindestanteils weiblicher Führungskräfte und die Verpflichtung, vakante  
683 Stellen öffentlich auszuschreiben. Darüber hinaus sollen alle Kommunen, die  
684 nicht Mitgliedsgemeinden einer Samtgemeinde sind, eine hauptamtlich arbeitende  
685 Gleichstellungsbeauftragte erhalten. Zugleich wollen wir Mindeststandards für  
686 die Personalausstattung der Gleichstellungsstellen festlegen, damit angemessene  
687 und wirksame Gleichstellungsarbeit auch in Zeiten knapper Kassen gesichert ist.  
688 Die Rechtsstellung der Gleichstellungsbeauftragten wollen wir stärken, indem wir  
689 für eine Abwahl dieselben hohen Voraussetzungen wie für die Abwahl kommunaler  
690 Wahlbeamt\*innen festlegen.

691 Auch in wirtschaftlichen Entscheidungspositionen sind Frauen immer noch stark  
692 unter-repräsentiert. Deshalb streben wir an, dass in allen Unternehmen mit  
693 Landesbeteiligung die Vorstände und Aufsichts- bzw. Verwaltungsräte mindestens  
694 zur Hälfte mit Frauen\* besetzt werden. Wo das Land selbst Personen in  
695 Aufsichtsräte entsendet, werden wir diese Plätze mindestparitätisch besetzen.

## 696 **Niedersachsens Kultur und Medien: So vielfältig wie unser Land**

697 Kunst und Kultur schaffen Orte der Begegnung, der gesellschaftspolitischen  
698 Debatte und lebendiger Demokratie. Sie bieten uns Perspektiven für Gegenwart und  
699 Zukunft, schaffen Reflexionsorte für soziale Entwicklungen und sind zugleich  
700 Impulsgeber für Neues. Damit können sie gesellschaftliche Prozesse gestalten und  
701 haben das Potenzial, Integration und Teilhabe zu fördern. Kunst und Kultur sind  
702 elementare Bausteine offener und demokratischer Gesellschaften. Eine lebendige  
703 und breite Kulturlandschaft braucht große Theater und Museen genauso wie die  
704 freie Kulturszene, Off-Theater, Kinos, Konzerte, Pop-up-Galerien,  
705 Soziokulturelle Zentren und sich stetig neu entwickelnde Formate. Die Kulturorte  
706 müssen jedoch nicht nur vorgehalten werden – es braucht auch die Künstler\*innen  
707 und Kulturschaffenden, die mit ihrer Arbeit diese Orte füllen. Niedersachsen hat  
708 eine enorme kulturelle und künstlerische Vielfalt – von Tanz und Theater, über  
709 den Film, die Literatur, die Musik bis zu den Museen. Diese gilt es zu erhalten  
710 und weiterzuentwickeln.

711 Aktuell leidet die Kulturbranche besonders unter den Auswirkungen der Corona-  
712 Pandemie. Diese hat zudem ein Schlaglicht darauf geworfen, dass Kultur oftmals  
713 unter prekären Bedingungen entsteht. Die Kultur braucht deshalb bessere  
714 Rahmenbedingungen: Faire Arbeitsverhältnisse mit auskömmlichen Entgelten,  
715 bezahlbare Infrastruktur sowie Vernetzungs- und Beratungsangebote. Deshalb  
716 unterstützen wir beispielsweise die Forderung der Theaterschaffenden nach

717 Honoraruntergrenzen bzw. des Bundes Bildender Künstler (BBK) nach angemessenen  
718 Ausstellungshonoraren und fairen Ankaufspreisen bei Kunstwerken für den  
719 öffentlichen Raum.

#### 720 **Verlässliche Strukturen für künstlerische Arbeit**

721 Um die Vielfalt der Kultur zu sichern, muss das Land verlässlich zur  
722 Planungssicherheit für Kulturschaffende und Kulturträger beitragen. Für uns  
723 GRÜNE gehört dazu auch die Übernahme von Tarifsteigerungen im Rahmen von  
724 institutionellen Förderungen etwa an den Theatern oder die Fortführung der  
725 Spielstättenförderung im Bereich der freien Theater. Von der kurzfristigen  
726 Projektförderung bis zur langfristigen und dynamisierten institutionellen  
727 Förderung: Die Förderverfahren müssen vereinfacht und entbürokratisiert sowie  
728 mit verlässlichen und professionellen Informations- und Beratungsstrukturen  
729 ergänzt werden. Neben Projektförderungen sind strukturelle und institutionelle  
730 Förderungen notwendig, um Kulturangebote kontinuierlich vorhalten zu können. Die  
731 aktuellen Förderstrukturen entwickeln wir gemeinsam mit den Kulturfachverbänden  
732 sowie den Landschaften und Landschaftsverbänden weiter, damit diese so effektiv  
733 und passgenau wie möglich wirken – im Zusammenspiel mit Förderprogrammen des  
734 Bundes und kommunaler Förderung. Darüber hinaus brauchen die Kulturfachverbände  
735 Verlässlichkeit und Kontinuität, um als stabile Partner\*innen ihre Mitglieder zu  
736 unterstützen. Wir GRÜNEN stellen sicher, dass Kultur in Zeiten knapper Kassen  
737 nicht immer als Erstes auf dem Prüfstand steht und entwickeln eine verlässliche  
738 Förderstrategie. Wir wollen eine kohärente und verlässliche Kulturpolitik, die  
739 Kulturschaffenden langfristige und verlässliche Perspektiven bietet. Dazu  
740 etablieren wir gemeinsam mit den Landeskulturverbänden, den Landschaften und  
741 Landschaftsverbänden sowie den Kulturschaffenden eine verbindliche  
742 Kulturentwicklungsplanung, die in regelmäßigen Abständen evaluiert und angepasst  
743 wird.

744 Gerade in den ländlichen Räumen in Niedersachsen blühen kulturelle Traditionen  
745 und Innovationen in einer beachtlichen Vielfalt – vielfach von hohem  
746 bürgerschaftlichen Engagement getragen. Kultureinrichtungen und Kulturschaffende  
747 sichern mit ihrer Arbeit nicht nur die kulturelle Grundversorgung, sondern sind  
748 Diskurs- und Versammlungsorte, Impulsgeber\*innen für zukunftsweisende Projekte,  
749 Vernetzungsplattform lokaler Akteur\*innen und Anlaufpunkte für internationale  
750 Künstler\*innen. Um die Kulturarbeit vor Ort zu erhalten, zu stärken und  
751 weiterzuentwickeln, setzen wir in unserer GRÜNEN Kulturförderstrategie einen  
752 Schwerpunkt auf den ländlichen Raum. Kultureinrichtungen und Kulturschaffende  
753 wollen wir mit Beratungs-, Schulungs- und Professionalisierungsangeboten sowie  
754 dem Auf- und Ausbau von (digitalen) Netzwerkstrukturen und Kooperationen,  
755 beispielsweise mit Schulen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung und  
756 Hochschulen, unterstützen. Neben stabilen und verlässlichen Förderstrukturen  
757 brauchen Kunst und Kultur aber auch ganz praktisch genügend Räume. Damit  
758 steigende Bodenpreise und Gewerbemieten Kultureinrichtungen wie Kinos und  
759 Galerien nicht gefährden, setzen wir uns für die Einführung einer  
760 Gewerbemietpreisbremse ein. Wir werden Konzepte kreieren und fördern, die  
761 klassische Kultureinrichtungen wie beispielsweise Bibliotheken und Museen zu  
762 hybriden Kultur-, Wissens-, Lern- und Kommunikationsorten weiterentwickeln. Dass  
763 Clubs als kulturelle Orte anerkannt sind, hilft, sie vor Verdrängung zu  
764 schützen. Mit einem Lärmschutzfonds unterstützen wir sie bei der energetischen  
765 sowie akustischen Sanierung.

#### 766 **Freiräume schaffen: Digital und analog**

767 Kultur braucht Freiraum. Denn Kultur ist immer in Bewegung und verändert sich.  
 768 Zudem bedeutet künstlerisches Arbeiten, immer wieder Neues auszuprobieren.  
 769 Gerade in der Pandemie haben Kunst- und Kulturschaffende ihre Flexibilität und  
 770 Kreativität bewiesen. Viele Angebote, die Künstler\*innen während der Lockdowns  
 771 entwickelt haben, zeichnen sich durch neue digitale Konzepte aus. Kultur findet  
 772 aber auch unabhängig davon zunehmend im digitalen Raum statt und neue Genres,  
 773 die ihren Ursprung in der digitalen Welt haben, gewinnen an Bedeutung. Die  
 774 Digitalisierung ermöglicht dabei neue Formen der Kommunikation zwischen  
 775 Kulturakteur\*innen und Kulturkonsument\*innen. Die kulturelle Partizipation, z.  
 776 B. durch die Integration von digitalen Inhalten, die von den Nutzer\*innen  
 777 kultureller Angebote geschaffen wurden (user generated content) und der Auf- und  
 778 Ausbau generationsübergreifender digitaler und hybrider Angebote gehören dazu.  
 779 Deshalb werden wir GRÜNEN das Investitionsprogramm für kleine  
 780 Kultureinrichtungen so weiterentwickeln, dass diese die digitalen Möglichkeiten  
 781 effizient und kreativ nutzen können. Darüber hinaus bringen wir neue  
 782 Förderprogramme für innovative Konzepte – u. a. auch für Solokünstler\*innen –  
 783 auf den Weg, die an die aktuellen Gegebenheiten und Herausforderungen angepasst  
 784 sind.

785 Kunst und Kultur sind wichtig für die ökologisch-soziale Modernisierung: Zum  
 786 einen, indem sie mit großem Einsatz ihren Ressourcenverbrauch reduzieren, zum  
 787 anderen indem sie immer wieder Impulse für eine nachhaltig agierende  
 788 Gesellschaft geben. Projekte der neuen Bundesregierung wie die Einrichtung einer  
 789 Green Culture Desk-Beratungsstelle und eines Green Culture Fonds unterstützen  
 790 wir GRÜNEN aus Niedersachsen. Wir wollen die Bestrebungen des Bundes und der  
 791 Kulturstiftungen mit eigenen Förder- und Beratungsangeboten flankieren und sie  
 792 damit zu einem wichtigen Bestandteil der niedersächsischen Kulturpolitik machen.

#### 793 **Kulturelle Bildung und Teilhabe stärken**

794 Kulturelle Bildung unterstützt Kinder und Jugendliche in ihrer  
 795 Persönlichkeitsentwicklung. Deshalb brauchen Kinder und Jugendliche unabhängig  
 796 von Elternhaus und Wohnort barrierearmen Zugang zu Kunst und Kultur. Wir stellen  
 797 uns der Herausforderung, dies verstärkt in den wachsenden Ganztagsschulbetrieb  
 798 zu integrieren. Die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung in Niedersachsen  
 799 ist hierbei ein zentraler Partner, dessen wichtige Arbeit wir auch weiterhin  
 800 unterstützen werden.

801 Kulturelle Bildung und Teilhabe zu ermöglichen, steht in der Verantwortung aller  
 802 Akteur\*innen der Kultur. Um den Zugang zu Kultur erleichtern, wollen wir daher  
 803 Kultureinrichtungen unterstützen, sich weiter für neue Publikumsschichten zu  
 804 öffnen. Mit Programmen zur Umnutzung (leerstehender) Räume zu „Dritten Orten“,  
 805 also Orten der Gemeinschaft als Ausgleich zu Beruf und Familie, wollen wir  
 806 zusätzliche und neue Zugänge zu kultureller Bildung ermöglichen. Kulturelle  
 807 Vielfalt ist für uns GRÜNE Ausdruck gesellschaftlicher Stärke. In einer pluralen  
 808 Gesellschaft wollen wir möglichst viele Menschen aus verschiedenen Milieus und  
 809 Generationen zusammenbringen und transkulturelle Begegnungen fördern. Der Zugang  
 810 zu Kultur darf nicht von Herkunft, Alter, finanzieller Lage, Behinderung oder  
 811 Wohnort abhängig sein. Dazu gehören auch barrierefreie Zugänge und Kommunikation  
 812 in Leichter Sprache.

#### 813 **Erinnerungskultur stärken und weiterentwickeln**

814 Die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen ist grundlegend für unser  
 815 politisches Selbstverständnis. Rechte Kräfte haben unserer demokratischen

816 Erinnerungskultur und ihren Institutionen längst den Kampf angesagt. Es sind  
817 Diskursverschiebungen zu beobachten, die darauf zielen, die Verbrechen des  
818 nationalsozialistischen Deutschlands zu relativieren. Es ist daher umso  
819 wichtiger, die Erinnerungskultur zu stärken und zeitgemäß weiterzuentwickeln.  
820 Wir unterstützen die vielfältigen Formen des Erinnerns in Schulen,  
821 Bildungsstätten, Kommunen und Gedenkstätten und fördern ihre notwendige  
822 Weiterentwicklung. Da immer weniger Zeitzeugen leben, steigt die Bedeutung von  
823 Gedenkstätten und Lernorten an Original(schau)-plätzen. Diese wollen wir  
824 besonders stärken.

825 Wir treiben die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in den niedersächsischen  
826 Ministerien, Behörden und öffentlichen Einrichtungen nach dem Vorbild mehrerer  
827 Bundesministerien voran. Personelle und strukturelle Kontinuitäten in der Zeit  
828 nach 1945 sollen überprüft und offengelegt werden. Dazu gehört für uns auch, die  
829 zunehmende interkulturelle Vielfalt der Migrationsgesellschaft sowie den  
830 Generationenwechsel zur dritten und vierten Nachkriegsgeneration zu  
831 berücksichtigen. Ein Ausgangspunkt kann hier die Anerkennung von Leid ganzer  
832 Menschengruppen stehen – unabhängig von der eigenen Familiengeschichte. Dazu  
833 gehört auch die Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit. Das von uns  
834 GRÜNEN initiierte Netzwerk Provenienzforschung, das die Aufarbeitung  
835 systematischen Kunstraubs unterstützt und den Museen bei der Klärung der  
836 Herkunft von Kunstgegenständen hilft, werden wir weiterentwickeln.

### 837 **Vielfältige Medienlandschaft**

838 Niedersachsens Medienlandschaft ist vielfältig - Vom überregionalen Rundfunkhaus  
839 über die Regionalzeitung bis hin zum lokalen Bürgerradio - alle versorgen Sie  
840 die Niedersächs\*innen mit guter Information. Grundlage guter Medienangebote sind  
841 gut ausgebildete Journalist\*innen. Wir GRÜNEN honorieren in der  
842 Landesmedienförderung Medienhäuser besonders, die einen Fokus auf die Ausbildung  
843 des journalistischen Nachwuchses setzen und auf die Stärkung regionalen und  
844 kommunaler Themen in der redaktionellen Arbeit setzen, um gerade vor Ort eine  
845 vielfältige Berichterstattung sicherzustellen und der Medienkonzentration  
846 entgegenzuwirken. Zudem wollen wir ein Sonderförderprogramm für neue  
847 journalistischen Verbreitungsformen und der übergreifenden Zusammenarbeit, wie  
848 bspw. Netzwerkplattformen und Rechercheverbänden auf den Weg bringen. Das  
849 Bestreben der Ampelregierung im Bund, Rechtssicherheit für gemeinnützigen  
850 Journalismus zu schaffen, unterstützen wir aus Niedersachsen heraus und setzen  
851 uns für die Aufnahme von Gewinnzweckfreiem Journalismus in den Zweckkatalog der  
852 Abgabenordnung ein.

853 Das Landesmediengesetz ändern wir, um die Landesmedienanstalt angemessen  
854 auszustatten, aber auch um ausreichend Mittel für die Förderung der Bürgermedien  
855 wie den nichtkommerziellen Lokalfunk und das Lokalfernsehen bereitzustellen. Die  
856 Filmförderung in Niedersachsen ergänzen wir um eine Förderung für  
857 journalistische Reportagen und Dokumentationen und verbessern die Games-  
858 Förderung. Ebenso wollen wir unserer Verantwortung nachkommen, das Kulturgut  
859 Medien zu erhalten: u. a. durch die verstärkte Digitalisierung und öffentlich  
860 zugängliche Archivierung historischer Filme, Reportagen und Printprodukte.

### 861 **Niedersachsen engagiert sich**

#### 862 **Zivilgesellschaft unterstützen – Bürgerschaftliches Engagement stärken**

863 Eine starke demokratische Gesellschaft braucht Ehrenamtliche. In Niedersachsen  
864 engagieren sich rund 3,7 Millionen Menschen freiwillig für das Gemeinwohl: in  
865 klassischen Ehrenämtern im Verein oder in Parteien, in Freiwilligendiensten, bei  
866 der Feuerwehr, in Bürgerinitiativen. Ob als langjähriges Engagement oder spontan  
867 bei einem kurzfristigen Projekt – die Formen des Engagements sind so vielfältig  
868 wie die Niedersächs\*innen.

869 Wir GRÜNEN verbessern die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement –  
870 dazu bringen wir eine Ehrenamtsstrategie auf den Weg. Wir schaffen  
871 Unterstützungsstrukturen für zivilgesellschaftliche Initiativen und Vereine, um  
872 Menschen aller Altersgruppen und Herkünfte zum Engagement zu motivieren sowie um  
873 den Herausforderungen der modernen Formen des Engagements und der  
874 Digitalisierung gerecht zu werden. Gerade das Engagement von Menschen mit  
875 Migrationsgeschichte werden wir fördern und stärker sichtbar machen.  
876 Ehrenamtliches Engagement braucht hauptamtliche Strukturen, wie professionelle  
877 Vereinsgeschäftstellen oder Freiwilligenagenturen, die wir verlässlich  
878 finanzieren. Neue Modelle wie Förderscouts bringen wir auf den Weg: Sie helfen  
879 Engagierten, in der Vielfalt der Förderlandschaft erfolgreich Fördergelder für  
880 gemeinwohlorientierte Projekte zu beantragen.

881 Freiwilligendienste bauen wir in allen Bereichen für die verschiedenen  
882 Zielgruppen aus. Engagement braucht Wertschätzung – in allen Altersgruppen:  
883 Ehrenamtskarten, Fortbildungs-möglichkeiten und vergünstigte Nutzungsangebote  
884 für öffentliche Infrastrukturen wie Nahverkehr. Wir GRÜNEN schnüren ein Bündel  
885 an Maßnahmen für mehr Anerkennung.

#### 886 **Niedersachsen ist sportlich – Von der Breite bis zur Spitze**

887 Sport stärkt das Wohlbefinden und die Gesundheit des Individuums und den  
888 Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Er leistet an vielen Stellen einen wichtigen  
889 Beitrag zur Integration und Inklusion. Wir GRÜNEN setzen uns für flächendeckende  
890 Sportförderung ein und wollen allen Menschen den Zugang zum Sport ermöglichen.  
891 Voraussetzung dafür sind gute Sportstätten in Stadt und Land – vom Stadion bis  
892 zum Schwimmbad. Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, Schwimmen zu lernen. Wir  
893 unterstützen die Kommunen stärker dabei, Sportstätten und Bäder zu erhalten und  
894 möglichst barrierefrei auszubauen. Spiel- und Bewegungsförderung sowie  
895 Gesundheitsprävention durch Sport sind von Kindesbeinen an wichtig. In der  
896 Schule sind tägliche, vielfältige und möglichst inklusive Sportangebote und eine  
897 bessere Verankerung im Ganzttag unabdingbar (vgl. Niedersachsen macht Schule).  
898 Teilhabemodelle, die das Miteinander behinderter und nichtbehinderter Menschen  
899 beim Sport stärken, werden wir im Schul- und Breitensport ausbauen. Kindern und  
900 Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien muss die gleichberechtigte  
901 Teilnahme am Vereinssport möglich sein.

902 Unser Breitensport ist getragen durch das vielfältige ehrenamtliche Engagement,  
903 das wir GRÜNEN stärken wollen. Der Sport hat unter Corona stark gelitten. Neben  
904 finanziellen Nothilfen braucht es zukunftsfähige Konzepte, um den Rückgang der  
905 Mitgliedszahlen in Vereinen zu stoppen und Engagement wieder attraktiv zu  
906 machen. Hierbei möchten wir die Vereine unterstützen. Sport findet aber nicht  
907 nur im Verein statt. Es gibt vielfältige Formen des gemeinsamen sportlichen  
908 Engagements. Dies muss auch in der Sportförderung sichtbar sein. Neue Formen des  
909 gemeinsamen Sportes und neue Sportarten, wie beispielsweise E-Sports, werden  
910 zukünftig stärker von der Sportförderung des Landes profitieren.

911 Sportvereine spielen eine wichtige Rolle beim gesellschaftlichen Miteinander.  
912 Wir GRÜNEN sprechen uns klar gegen Gewalt und Diskriminierung im Sport aus.  
913 Sexismus, Homophobie, Rechtsextremismus und Antisemitismus haben im Sport nichts  
914 zu suchen. Sportverbände und -vereine, Fanprojekte und Fanbeauftragte  
915 unterstützen wir bei ihrem Einsatz für Vielfalt und Toleranz und in der queeren  
916 Sportarbeit (vgl. Queeres Leben gehört zu Niedersachsen).

### 917 **Niedersachsen in Europa und der Welt**

918 Wichtige Weichen für den Klima- und Umweltschutz sowie die ökologisch-soziale  
919 Trans-formation der Wirtschaft werden in Europa gestellt. Wir GRÜNEN bringen uns  
920 als starke Stimme aus Niedersachsen für Europa in Brüssel und Berlin ein. Für  
921 uns sind die Grundwerte der EU von entscheidender Bedeutung. Wir setzen uns auf  
922 allen Ebenen für die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie,  
923 Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte ein. Das  
924 europäische Recht setzt wichtige Mindeststandards, die wir GRÜNEN konsequent  
925 umsetzen. Wir unterstützen in einem fairen Welthandel nur Handelsabkommen, die  
926 hohe Sozial- und Umweltstandards umfassen, die transparente Klagerechte  
927 ermöglichen und den freien Zugang zur Daseinsvorsorge stärken. Die Ziele für  
928 nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) und die konsequente  
929 Umsetzung des Green Deal sind für uns GRÜNE in allen Politikfeldern  
930 handlungsleitend.

### 931 **Europa erfahrbar machen**

932 Wir GRÜNEN bringen Europa nach Niedersachsen. Die Niedersächs\*innen sind  
933 engagierte Europäer\*innen – das soll gefeiert werden: mit einem jährlichen  
934 Europafest des Landes und der Regionen, das die Vielfalt des Europaengagements  
935 sichtbar macht. Um noch stärker für Europa zu begeistern, stärken wir das  
936 Europäische Informationszentrum (EIZ) und die Europaschulen, bauen das  
937 Besuchsprogramm für interessierte Bürger\*innen der Landesvertretung in Brüssel  
938 aus und stärken den europäischen Austausch für Schüler\*innen und Auszubildende.  
939 Wir treiben die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Regionen insbesondere im  
940 Dreiländereck mit den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen voran.

### 941 **Niedersachsens Verantwortung in der Welt**

942 Niedersachsens Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sind global  
943 vernetzt. Globales Zusammenwachsen bedeutet für uns GRÜNE, Kooperation in vielen  
944 Dimensionen zu denken: Ökologisch, ökonomisch nachhaltig,  
945 menschenrechtsorientiert, zivilgesellschaftlich verankert und inklusiv. Das  
946 europäische und internationale Engagement des Landes ergänzen wir durch  
947 Kooperationen mit weiteren Ländern – insbesondere in Lateinamerika und auf dem  
948 afrikanischen Kontinent. Wir schaffen transparente Kriterien für die Auswahl der  
949 Partnerländer und die konkreten Kooperationsprojekte.

950 Niedersachsen ist Teil der globalen Verflechtungsgeschichte Europas und  
951 Deutschlands. Wir bringen die kritische Auseinandersetzung mit dem gemeinsamen  
952 (post-)kolonialen Erbe in Schulen, Ausbildung, Fortbildung und Universitäten  
953 voran und arbeiten dieses auf. Die Entwicklungskooperationen des Landes richten  
954 wir am Leitbild der Globalen Verantwortung aus der Region aus. Wir evaluieren  
955 und aktualisieren die Entwicklungspolitischen Leitlinien. Die Eine-Welt-  
956 Promotor\*innen und Globales-Lernen-Programme stellen wir langfristig besser auf,  
957 bringen eine landesweite Kampagne zum fairen Handel auf den Weg und unterstützen  
958 interessierte niedersächsische Kommunen dabei, Fair Trade Town zu werden.

## **Kap.5** Solides Fundament für Niedersachsen

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 06.04.2022

Tagesordnungspunkt: 2.6. Kapitel V - Solides Fundament für Niedersachsen

### **Antragstext**

#### **1 Nachhaltig haushalten**

2 GRÜNE Finanzpolitik ist nachhaltig und gerecht. Unser Ziel ist ein stabiler und  
3 gerechter Landeshaushalt. Damit sichern wir die Handlungsfähigkeit der  
4 öffentlichen Hand und ermöglichen den ökologisch-sozialen Umbau. Nachhaltigkeit  
5 ist für uns untrennbar mit Generationengerechtigkeit verbunden: Unser Ziel ist  
6 es, nachfolgende Generationen weder dadurch zu belasten, dass wir die dringend  
7 erforderlichen Investitionen in den Klimaschutz, in eine intakte öffentliche  
8 Infrastruktur und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft in die Zukunft  
9 verschieben, noch Ihnen zu hohe Schulden zurückzulassen. Das Land muss in der  
10 Lage sein, seine Ausgaben aus den laufenden Einnahmen zu decken und gleichzeitig  
11 das öffentliche Vermögen zu erhalten und auszubauen.

#### **12 Mit dem Niedersachsenfonds in die Zukunft investieren**

13 Im Sinne der finanzpolitischen Nachhaltigkeit ist eine Schuldenregel, die dem  
14 ungehemmten Schuldenmachen einen Riegel vorschiebt, grundsätzlich der richtige  
15 Weg. Aber auch finanzpolitische Entscheidungen müssen sich am Kriterium der  
16 Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels und der globalen Nachhaltigkeit messen lassen. Wir  
17 wollen daher die Schuldenregel so reformieren, dass sie Investitionen in den  
18 Klimaschutz und den Substanzerhalt der Daseinsvorsorge besser gewährleistet.  
19 Auch soll sie für Notlagen wie den Angriffskrieg auf die Ukraine und die  
20 Folgekosten insbesondere für die Kommunen praxisgerechter gestaltet sein. Um  
21 jetzt schon handlungsfähig zu sein, haben wir gemeinsam mit dem Deutschen  
22 Gewerkschaftsbund (DGB) einen Niedersachsenfonds entwickelt. Dieser Fonds wird  
23 mit einer Milliarde Stammkapital ausgestattet und soll mit Mitteln des  
24 Kapitalmarktes auf 10 Milliarden Euro anwachsen. Ein solcher Niedersachsenfonds  
25 ist mit der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse vereinbar und soll  
26 zusammen mit Landesgesellschaften dazu eingesetzt werden, in den klimaneutralen  
27 Umbau der öffentlichen Gebäude des Landes und der Kommunen, den Aufbau einer  
28 klimaneutralen Versorgungsinfrastruktur sowie die öffentliche und soziale  
29 Daseinsvorsorge zu investieren. Für uns hat die „GRÜNE Null“ – und damit die  
30 Vermeidung ökologischer Folgeschäden durch rechtzeitige Realisierung notwendiger  
31 Investitionen in den Klimaschutz – Vorrang vor der „schwarzen Null“ des  
32 lediglich buchhalterischen Verzichts auf neue Kredite.

#### **33 Mehr Transparenz im Landeshaushalt**

34 In einer liberalen Demokratie müssen Bürger\*innen in der Lage sein  
35 nachzuvollziehen, wofür das Land ihre Steuergelder einsetzt und wie sich  
36 Finanzen, Vermögen und zukünftige Belastungen entwickeln. Bisher ist das nur  
37 sehr eingeschränkt der Fall, weil der Landeshaushalt weder das Vermögen abbildet

38 noch die sogenannte implizite Verschuldung des Landes, wozu u. a. die  
39 Pensionsverpflichtungen für Beamt\*innen gehören. Mit einer  
40 Landesvermögensrechnung wollen wir das ändern und sowohl Vermögen als auch die  
41 implizite Verschuldung des Landes nach kaufmännischen Grundsätzen ermitteln und  
42 im Zusammenhang darstellen. Auf diese Weise wird deutlich, über welche  
43 Vermögenswerte das Land tatsächlich verfügt, wie sich dieses Vermögen entwickelt  
44 und in welcher Höhe wir künftige Generationen einerseits durch implizite und  
45 explizite Schulden belasten – andererseits aber auch durch unterlassene  
46 Investitionen. Ein sorgsamer Umgang mit dem Vermögen des Landes bedeutet  
47 schließlich auch, Gebäude, Straßen und Brücken, aber auch den Wald des Landes zu  
48 erhalten und so das Anlagevermögen zu stärken. Der Vermögenserhalt hat für uns  
49 den gleichen Stellenwert wie die Schuldenbremse.

#### 50 **Nachhaltiges Investment – Klima- und geschlechtergerecht haushalten**

51 Bevor der Haushalt aufgestellt wird, wollen wir künftig regelmäßig alle  
52 Haushaltsposten auf ihre Vereinbarkeit mit dem 1,5-Grad-Ziel überprüfen. Das  
53 betrifft insbesondere Subventionen, Förderprogramme und Finanzhilfen. Die  
54 Finanzanlagestrategie des Landes richten wir auf Klimaneutralität und die  
55 Nachhaltigkeitsziele der UN aus und verankern dies gesetzlich. Investitionen des  
56 Landes etwa in Anlagen mit fossilen Energieunternehmen werden wir beenden (vgl.  
57 Wir bringen Niedersachsen auf den 1,5-Grad-Pfad).

58 Die strategischen Beteiligungen des Landes insbesondere bei Volkswagen oder  
59 Salzgitter wollen wir dafür nutzen, den ökologischen Umbau dieser Unternehmen  
60 weiter voranzutreiben. Wir führen das Instrument des strategisches Budgeting  
61 ein, das sich an den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) der Vereinten  
62 Nationen orientiert und zudem auch das Gender Budgeting gehört. Denn eine  
63 Haushaltsaufstellung, von der alle Geschlechter gleichermaßen profitieren und  
64 mit der die Gleichstellung der Geschlechter befördert wird, ist ein wichtiges  
65 Ziel GRÜNER Haushaltspolitik (vgl. Gleichstellung und Feminismus).

#### 66 **Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung verstärken**

67 Die Finanzierung der vielfältigen Aufgaben des Landes steht und fällt mit den  
68 Steuereinnahmen. Dabei ist eine gerechte Steuererhebung die Grundlage jedes  
69 öffentlichen Haushalts. Nicht erst Luxemburg Leaks und Panama Papers haben  
70 gezeigt, dass Steuerbetrug und legale Steuervermeidung ein massives Problem  
71 darstellen. Von 2013 bis 2017 hat die damalige Landesregierung mit GRÜNER  
72 Beteiligung durch den Ankauf von Steuer-CDs und der personellen Verstärkung der  
73 Steuerfahndung wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht. Da wollen wir anknüpfen  
74 und die Zahl der Ausbildungsplätze in der Steuerverwaltung dauerhaft um 200  
75 aufstocken. Zudem wollen wir die Steuerverwaltung technisch besser ausstatten  
76 und flächendeckend mobiles Arbeiten ermöglichen sowie nach und nach die Stellen  
77 in der Steuerfahndung und Betriebsprüfung erhöhen. Auf Bundesebene werden wir  
78 uns für die Abschaffung sog. Share-Deals einsetzen, mit denen Investoren durch  
79 den Erwerb von Geschäftsanteilen die dem Land zufließende Grundsteuer umgehen.

#### 80 **Öffentlich-private Partnerschaften**

81 Wir stehen sogenannten öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) bei der  
82 Finanzierung von öffentlichen Investitionen kritisch gegenüber und lehnen sie ab  
83 – beispielsweise beim Straßenbau. Sie sind im Regelfall deutlich teurer als  
84 konventionelle Projekte. Private Unternehmen erwarten eine hohe Rendite – die  
85 Zeche begleichen dann die Bürger\*innen. Gleichzeitig sind ÖPP-Projekte aufgrund

86 hochkomplexer Verträge nur sehr schwer zu kontrollieren. Davon profitieren am  
87 Ende nur die beteiligten Unternehmen – für die Bürger\*innen wird es hingegen  
88 teuer. Wir setzen uns dafür ein, dass ÖPP-Projekte als kreditähnliche  
89 Rechtsgeschäfte gegenüber konventionellen Kreditgeschäften nicht weiter  
90 privilegiert werden. Um die Anwendung von ÖPP auf solche Fälle zu reduzieren,  
91 bei denen die Vorteile für die öffentliche Hand deutlich überwiegen, setzen wir  
92 uns für nachvollziehbare Qualitätskriterien ein.

### 93 **Starke Kommunen**

94 Unsere Kommunen sind das Rückgrat unseres Gemeinwesens. Handlungsfähige Kommunen  
95 sind unerlässlich für gutes Leben in der Fläche. SPD und CDU haben unsere  
96 Kommunen jedoch finanziell ausbluten lassen: Die Zuweisungen des Landes an die  
97 niedersächsischen Kommunen liegen deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt.  
98 In den 1990er Jahren konnten die Sozialausgaben der Kommunen noch vollständig  
99 von den Landeszuweisungen gedeckt werden – aktuell müssen unsere Städte und  
100 Gemeinden rund 850 Mio. Euro soziale Kosten selbst tragen. Deshalb wollen wir  
101 die den Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung gestellten  
102 Mittel erhöhen. Außerdem wollen wir ihnen die Möglichkeit geben, eine  
103 Grundsteuer C auf unbebaute Baugrundstücke zu erheben, um so der Spekulation mit  
104 baureifen Grundstücken zu Lasten des Wohnungsmarktes einen Riegel vorzuschieben.

### 105 **Risiken der Landesbank minimieren**

106 Die Nord/LB, an der neben dem Mehrheitseigentümer Land Niedersachsen das Land  
107 Sachsen-Anhalt und die Sparkassen beteiligt sind, findet nach wie vor keinen Weg  
108 aus der Krise. Im Gegenteil: Im Jahr 2019 mussten die Eigentümer aufgrund von  
109 Verlusten aus der Schiffsfinanzierung und der Übernahme der Bremer Landesbank  
110 erneut mit 3,6 Mrd. Euro einspringen. Um die Schuldenbremse zu umgehen, haben  
111 SPD und CDU die daraus resultierenden Belastungen für das Land trickreich in  
112 landeseigene Beteiligungsgesellschaften ausgelagert. Damit ist die Bank aber  
113 keineswegs über den Berg; ein dauerhaft tragfähiges Geschäftsmodell ist  
114 weiterhin nicht in Sicht. Der Landeshaushalt braucht Stabilität und  
115 Verlässlichkeit, um die notwendigen Landesaufgaben wahrzunehmen. Daher ist es  
116 erforderlich, die Risiken für den Landeshaushalt aufgrund der Beteiligung an der  
117 Nord/LB zu reduzieren. Wir streben eine Neuordnung des öffentlich-rechtlichen  
118 Bankensektors an. Wir prüfen wir eine Herauslösung der Braunschweigischen  
119 Landessparkasse aus der Nord/LB.

### 120 **Transparenz bei Sparkassen und öffentlichen Unternehmen**

121 Wir wollen für mehr Transparenz bei Sparkassen und öffentlichen Unternehmen  
122 sorgen. Insbesondere soll die Vergütung von Vorständen und Mitgliedern der  
123 Aufsichtsgremien künftig offengelegt werden. Denn auch in diesen Unternehmen  
124 wird mit öffentlichen Geldern gearbeitet. Wir fordern, dass die Träger der  
125 öffentlichen Unternehmen und Sparkassen, also Land und Kommunen, verpflichtend  
126 in den jeweiligen Gremien auf mehr Transparenz bei den Vergütungen hinwirken.  
127 Eine entsprechende Hinwirkungsverpflichtung kann im Sparkassengesetz oder dem  
128 Kommunalverfassungsgesetz verankert werden.

### 129 **Wo die Zukunft zu Hause ist: Für starke Kommunen in Niedersachsen**

130 In den Städten, Gemeinden und Landkreisen ist Politik konkret. Hier begegnen uns  
131 die Herausforderungen ganz handfest, hier werden Probleme gelöst. Gerade jetzt  
132 sind es die Kommunen, die für die Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine  
133 sorgen und Angebote zu Teilhabe und Integration organisieren. In der Corona-

134 Krise sind es die Kommunen, die Kontakte nachverfolgen, soziale Spannungen  
135 abfedern und Impfbzentren organisieren. Auch bei den Herausforderungen der  
136 Zukunft kommt es wesentlich auf die politischen Entscheidungen vor Ort an: Wird  
137 der öffentliche Nahverkehr ausgebaut und der knappe öffentliche Raum in unseren  
138 Städten zugunsten des Rad- und Fußverkehrs und der Aufenthaltsqualität neu  
139 aufgeteilt? Wo entstehen die Windkraft- und Solaranlagen für unsere  
140 klimagerechte Energieversorgung? Wie schaffen wir ausreichend bezahlbaren  
141 Wohnraum? Gelingt es, durch gute Bildungsangebote von der Kita über unsere  
142 Schulen bis hin zu Berufsausbildung und Studium endlich für Chancengerechtigkeit  
143 zu sorgen? Bleiben bzw. werden unsere Innenstädte auch in Zeiten von  
144 Digitalisierung und Onlinehandel urbane Kerne mit hoher Aufenthaltsqualität? Das  
145 alles sind Aufgaben, die nur gemeinsam mit starken und gut ausgestatteten  
146 Kommunen erfolgreich wahrgenommen werden können. Die Kommunen sind Partner\*innen  
147 für die Umsetzung unserer Politik. An den kommunalen Realitäten vorbei zu  
148 regieren führt dazu, dass Politik nicht umgesetzt wird. Als Land haben wir die  
149 Aufgabe, kommunale Interessen gegenüber dem Bund zu vertreten und dafür zu  
150 sorgen, dass auch im Bund die kommunalen Realitäten beachtet werden.

### 151 **Die Kommunen bedarfsgerecht ausstatten**

152 Nicht zuletzt in der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass der jahrelang  
153 postulierte schlanke Staat längst zum abgemagerten Staat geworden ist, der an zu  
154 vielen Stellen kaum mehr in der Lage ist, seine zentralen Aufgaben zum Wohle der  
155 Bürger\*innen zu erfüllen: Die kaputtgesparten Gesundheitsämter waren trotz  
156 herausragenden Engagements der Mitarbeiter\*innen nicht annähernd in der Lage,  
157 die ihnen zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Die Digitalisierung ist an vielen  
158 kommunalen Verwaltungen bisher weitgehend spurlos vorbeigegangen. Das digitale  
159 Lernen war und ist nicht zuletzt deshalb oftmals ein Desaster, weil es den  
160 Schulen an der erforderlichen technischen Ausstattung fehlte. Um ihre Aufgaben  
161 zu bewältigen und den Herausforderungen gerecht werden zu können, müssen die  
162 Kommunen entsprechend finanziell ausgestattet werden. Das ist bisher nicht  
163 überall der Fall: Die Löcher in vielen kommunalen Haushalten stehen denen in  
164 vielen Gemeindestraßen in nichts nach. So ist die Investitionsquote – also der  
165 Anteil, der für Investitionen vorgesehen ist – auch in den letzten Jahren weiter  
166 gesunken. Grund dieser Misere ist zum einen, dass immer neue Aufgaben an die  
167 Kommunen übertragen werden, ohne gleichzeitig für einen vollständigen  
168 finanziellen Ausgleich zu sorgen. Zum anderen ist die Kommunalfinanzierung so  
169 ausgerichtet, dass sie strukturschwache Kommunen benachteiligt und keine  
170 Gegenfinanzierung ihrer besonderen Belastungsvorsieht. Der kommunale  
171 Finanzausgleich liegt in Niedersachsen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.  
172 Wir wollen den kommunalen Finanzausgleich erhöhen und reformieren: Dazu werden  
173 wir eine Enquetekommission einsetzen (vgl. Nachhaltig haushalten). Besonders  
174 verschuldete Kommunen muss das Land weiterhin mit Entschuldungsprogrammen  
175 unterstützen.

### 176 **Vor Ort entscheiden**

177 Wir GRÜNEN wollen den Kommunen mehr Entscheidungsspielräume einräumen. Wichtige  
178 und richtige Schritte sind die erleichterte wirtschaftliche Betätigung oder die  
179 Möglichkeit der Einführung einer Tourismusabgabe zur Finanzierung der  
180 touristischen Infrastruktur. Weitere Kompetenzen, etwa bei der Einrichtung von  
181 Geschwindigkeitsbeschränkungen oder mehr Mitsprache bei Bauvorhaben, stärken das  
182 Selbstbestimmungsrecht der Menschen vor Ort. Um die Mitsprachemöglichkeiten von  
183 jungen Menschen zu verbessern, wollen wir das Wahlalter auf 14 Jahre absenken.

184 Wir wollen die Instrumente der unmittelbaren Demokratie weiterentwickeln und  
185 beispielsweise Bürgerentscheide auch bei der Bauleitplanung ermöglichen (vgl.  
186 Für eine vielfältige Gesellschaft).

187 Das von SPD und CDU überwiegend zu ihren Gunsten veränderte Verfahren zur  
188 Besetzung von Ausschüssen in den kommunalen Räten und Kreistagen werden wir  
189 zurücknehmen. Statt des Zählverfahrens nach D'Hondt, das vor allem große  
190 Fraktionen und Gruppen begünstigt, werden wir ein Zählverfahren einführen, das  
191 die politische Vielfalt der Räte und Kreistage besser in den Ausschüssen  
192 abbildet.

### 193 **Für mehr Vielfalt in den kommunalen Räten**

194 Wir wollen mehr Vielfalt in den kommunalen Räten erreichen und die Zahl der  
195 Rats- und Kreistagsmitglieder mit Migrationsherkunft sowie der Frauen erhöhen.  
196 Deshalb machen wir uns dafür stark, bestehende Hemmnisse abzubauen. Wir GRÜNEN  
197 setzen uns dafür ein, Kommunalpolitiker\*innen besser vor Beleidigungen,  
198 Bedrohungen und Angriffen zu schützen – online und offline.

### 199 **Für mehr interkommunale Zusammenarbeit**

200 Ein gutes Zusammenleben und die vorausschauende Weiterentwicklung enden nicht an  
201 der Gemeindegrenze. Die Klimakrise lehrt uns: Wir müssen Grenzen überwinden, um  
202 Chancen zu nutzen. Wir wollen deshalb Städte und Gemeinden fördern, die durch  
203 verstärkte interkommunale Zusammenarbeit mehr und mehr zusammenwachsen wollen.  
204 Schon jetzt arbeiten Kommunen in vielen Bereichen zusammen: etwa bei der  
205 Energieversorgung im ÖPNV, bei allgemeinen Verwaltungsaufgaben sowie bei  
206 kulturellen und sozialen Einrichtungen. Indem wir mehr interkommunale  
207 Kooperation ermöglichen, entlasten wir so auch die kommunale Verwaltung. Wir  
208 GRÜNEN wollen Modellregionen, die umweltfreundliche Logistikkonzepte für den  
209 Einzelhandel und das Handwerk entwickeln. Damit entlasten wir Umwelt und  
210 Infrastruktur, optimieren den Flächenverbrauch und stärken regionale  
211 Wirtschaftsstrukturen. Die Bereitschaft zur Kooperation sollte aber lokal  
212 wachsen – und kreative Initiativen und digitale Lösungen werden wir seitens des  
213 Landes unterstützen (vgl. Innovatives Niedersachsen, Stadt und Land zusammen  
214 zukunftsfähig gestalten).

### 215 **Bürgerfreundliche digitale Kommunen**

216 Bis Ende 2022 müssen etwa 600 Verwaltungsdienstleitungen, etwas 90 Prozent davon  
217 bei den Kommunen, auch digital angeboten werden – so sieht es das  
218 Onlinezugangsgesetz des Bundes vor. Dann sollen die Beantragung eines  
219 Personalausweises, die Anmeldung eines Neugeborenen beim Standesamt oder der  
220 Widerspruch gegen einen Bebauungsplan auch online möglich sein. Zudem soll  
221 Schluss damit sein, dass Bürger\*innen Papiere von einem Amt in das andere  
222 tragen: Bei Behörden des Bundes, der Länder und Kommunen vorliegende Unterlagen  
223 und Informationen müssen dann von dem Amt, in dem sie benötigt werden, selbst  
224 beschafft werden. Die Umsetzung dieses Projekts ist von SPD und CDU jedoch  
225 sträflich vernachlässigt worden: Zentrale Portale, für die das Land zuständig  
226 ist, stehen nicht zur Verfügung. Auf die Kommunen kommen mit der Umsetzung der  
227 digitalen Verwaltung große Aufgaben zu, die insbesondere kleinere Städte und  
228 Gemeinden allein nicht bewältigen können: Die IT-Ausstattung muss beschafft und  
229 in Betrieb gehalten werden, Mitarbeiter\*innen müssen geschult werden. Wir GRÜNEN  
230 unterstützen die Kommunen bei der Bewältigung dieser Aufgabe. Wir beschleunigen

231 die Bereitstellung der zentralen Serviceportale und bieten Beratung sowie  
232 Unterstützung bei der Schulung der Mitarbeiter\*innen an.

### 233 **Niedersachsen, ein Land das funktioniert – effektiv und bürgernah**

#### 234 **Für einen attraktiven Öffentlichen Dienst – digital und leistungsfähig**

235 Eine moderne, leistungsfähige, digitale Verwaltung in Land und Kommunen ist die  
236 Grundlage für einen funktionierenden Staat, für unzählige tägliche  
237 Dienstleistungen für die Bürger\*innen und die Fähigkeit, zukünftigen  
238 Herausforderungen zu begegnen. SPD und CDU haben unter dem Vorzeichen der  
239 „Schwarzen Null“ wenig getan, um die Leistungsfähigkeit der Verwaltung in  
240 Niedersachsen zu sichern, die überfällige Digitalisierung umzusetzen und dem  
241 sich verschärfenden Fachkräftemangel zu begegnen. Deshalb legen wir GRÜNEN einen  
242 Fokus auf die technische und personelle Ausstattung der Verwaltung sowie moderne  
243 Arbeitsweisen und Verfahren.

#### 244 **Digitalisierung umsetzen**

245 Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ist eine der größten  
246 Herausforderungen in den kommenden Jahren. So genügt es nicht, in technische  
247 Infrastruktur zu investieren – es müssen auch neue Verfahrensweisen und  
248 Kommunikationsformen für die digitale Verwaltung der Zukunft gefunden werden.  
249 Nur so kann Digitalisierung dazu beitragen, nicht nur zu schnelleren, sondern  
250 auch transparenteren und besser begründeten Entscheidungen zu gelangen. Die  
251 Einführung der elektronischen Akte in der Landesverwaltung hat in den letzten  
252 Jahren Fortschritte gemacht, ist aber noch nicht in allen Bereichen praxisnah  
253 umgesetzt und keineswegs abgeschlossen. Über die bloße Digitalisierung und  
254 (Teil-)Automatisierung von Abläufen hinaus müssen wir auch prüfen, inwiefern  
255 moderne Techniken der Datenaufbereitung und Datenanalyse (bis hin zu KI-  
256 Systemen) bessere Entscheidungsgrundlagen für Verantwortungsträger\*innen in  
257 Politik und Verwaltung liefern können. Dabei sind wir uns möglicher Spannungen  
258 insbesondere im Hinblick auf den Datenschutz bewusst und werden sehr sensibel  
259 mit ihnen umgehen (vgl. Starker Rechtsstaat Niedersachsen). Für öffentliche  
260 Dienstleistungen streben wir in Übereinstimmung mit dem Onlinezugangsgesetz eine  
261 einheitliche digitale Zugangsmöglichkeit inklusive funktionierender  
262 elektronischer Zahlungssysteme an, die wo möglich von Land und Kommunen im  
263 Gleichklang eingesetzt werden (vgl. Wo die Zukunft zu Hause ist).

264 Die Digitalisierung eines komplexen Verwaltungssystems verlangt neben einer  
265 guten zentralen Steuerung und Strategie auch Digitalisierungskompetenzen und  
266 finanzielle, personelle und organisatorische Kompetenzen in den einzelnen  
267 Ressorts. Nur so können Mittel für Beschaffungen und externe Beratungsleistungen  
268 in den Ressorts wirksam werden und dauerhaft zu einer verbesserten, digitalen  
269 Arbeitsweise führen. Dies wurde in der Vergangenheit zu wenig beachtet – auch  
270 weil Digitalisierung als Einsparmöglichkeit im Sinne einer  
271 Digitalisierungsdividende missverstanden wurde. Viele Probleme, die wir auf  
272 diesem Feld in Niedersachsen erleben, sind darauf zurückzuführen, dass nicht  
273 ausreichend Mittel für den Ressourcenaufbau in den einzelnen Ressorts zur  
274 Verfügung stehen. Deshalb schaffen wir im Rahmen einer integrierten  
275 Digitalstrategie gezielt die notwendigen personellen und organisatorischen  
276 Ressourcen für die Umsetzung in den einzelnen Ressorts. Auf diese Weise erhöhen  
277 wir das Digitalisierungstempo in der Landesverwaltung und nutzen ihr volles  
278 Potenzial. Wo mehrere Ressorts und Fachabteilungen mit der Digitalisierung  
279 vergleichbarer Prozesse befasst sind, wollen wir den Einsatz einheitlicher

280 Verfahren voranbringen und die Abstimmung durch Einrichtung geeigneter  
281 Steuerungsgremien verbessern. Mit einer Green-IT-Strategie sorgen wir dafür,  
282 dass die Digitalisierung des Landes klimaneutral wird (vgl. Niedersachsen auf  
283 den 1,5-Grad-Pfad bringen).

284 Die Digitalisierung der Verwaltung wollen wir zudem nutzen, um Arbeitsabläufe  
285 und Arbeitsweisen zu modernisieren. Viele aktuelle Herausforderungen verlangen  
286 ein schnelles, flexibles, pragmatisches und trotzdem rechtssicheres Handeln –  
287 Anforderungen, die oft sehr schwer gleichzeitig zu erfüllen sind. Wir begegnen  
288 ihnen durch moderne, agile Verwaltungsabläufe, die Wissen, Erfahrung, Innovation  
289 und Kreativität nutzen und in vernetzten, flexiblen Strukturen fußen. Gemeinsam  
290 mit den Bediensteten in der Landesverwaltung werden wir in Zusammenarbeit mit  
291 der Wissenschaft agile Verwaltungsstrukturen und moderne Arbeitsweisen  
292 entwickeln und implementieren. Wir schaffen Modellprojekte innerhalb der  
293 Verwaltung, in denen wir agile Arbeitsmethoden erproben und für die  
294 Landesverwaltung insgesamt nutzbar machen. Dabei darf die Einführung  
295 digitalisierter und agiler Verfahren nicht zu einer weiteren Verdichtung und  
296 Entgrenzung der Arbeit für die Bediensteten führen, sondern muss im Gegenteil  
297 als Möglichkeit genutzt werden, um Arbeitsplätze attraktiver und gesünder zu  
298 gestalten. Mobiles Arbeiten und die Flexibilisierung von Arbeitszeiten können in  
299 diesem Sinne eine Chance für mehr Selbstbestimmung und die Vereinbarkeit von  
300 Arbeit und Privatleben darstellen.

301 Open-Source-Software kann große Vorteile bei Sicherheit und Effizienz gegenüber  
302 den bisher üblichen proprietären Lösungen bieten. Wir wollen im Land stärker auf  
303 solche freien Softwarelösungen setzen. Im Auftrag des Landes entwickelte  
304 Software soll wo möglich im Quellcode offen vorliegen und für die Überprüfung  
305 und Weiterentwicklung durch unabhängige Stellen zugänglich sein. Öffentliche  
306 Daten wollen wir grundsätzlich über geeignete digitale Schnittstellen für die  
307 Öffentlichkeit zugänglich machen (Open Data).

### 308 **Die Verwaltung als attraktive Arbeitgeberin**

309 Auch der öffentliche Dienst bekommt den verbreiteten Fachkräftemangel zu spüren:  
310 sowohl im allgemeinen Verwaltungsdienst als auch bei Fachpersonal,  
311 beispielsweise technischen Berufen. Dieser wird verstärkt durch das Ausscheiden  
312 geburtenstarker Jahrgänge aus dem Verwaltungsdienst und eine oftmals verfehlte  
313 Sparpolitik vergangener Jahre. Gerade deshalb müssen wir die Landesverwaltung  
314 als attraktiven Arbeitgeber stärken und auf vielfältigen Wegen um Nachwuchs  
315 werben.

316 Wir wollen die Besoldungsstrukturen überprüfen und streben an, auch im Vergleich  
317 mit anderen Bundesländern den Beamt\*innen und Tarifbeschäftigten eine attraktive  
318 und angemessene Vergütung zu bieten. Gerade bei technischen Schlüsselberufen  
319 steht die Verwaltung in scharfer Konkurrenz zu Privatunternehmen und vor großen  
320 Herausforderungen, im Vergleich attraktive Bedingungen bieten zu können.  
321 Gemeinsam mit den Kommunen suchen wir im Dialog mit den Gewerkschaften nach  
322 Lösungen für die konkurrenzfähige Vergütung insbesondere technischer Berufe und  
323 prüfen Möglichkeiten für die Schaffung besserer Aufstiegsmöglichkeiten. Wir  
324 verstärken die Anstrengungen in der Nachwuchsgewinnung deutlich. Dazu wollen wir  
325 die Werbebudgets für die Nachwuchsgewinnung erhöhen und die Kooperation zwischen  
326 dem Innenministerium und den Fachressorts der allgemeinen Verwaltung ausbauen.  
327 Das Laufbahnrecht werden wir reformieren, um insbesondere den Quereinstieg in  
328 den Verwaltungsdienst zu erleichtern. Unser Ziel ist es, verstärkt Menschen mit

329 Migrationsgeschichte für den Verwaltungsdienst zu gewinnen. Deshalb wollen wir  
330 die spezifischen Kompetenzen, die Menschen mit Migrationsgeschichte erwerben, im  
331 Einstellungsverfahren stärker berücksichtigen.

332 Das Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge bedeutet auch, dass wir verstärkt  
333 junge und modern denkende Menschen für den Verwaltungsdienst gewinnen müssen.  
334 Wir wollen zur besseren Personalgewinnung wieder mehr im Beamt\*innenverhältnis  
335 ausbilden und die Praxiszeiten während der Ausbildung stärken. Junge  
336 Führungskräfte werden wir mit geeigneten Programmen an ihre Aufgabe heranzuführen,  
337 die bestehenden Programme entwickeln wir dazu bedarfsgerecht weiter. Auf der  
338 Grundlage einer geschlechtersensiblen Personalentwicklungsstrategie fördern wir  
339 gezielt Frauen in Führungspositionen – insbesondere dort, wo sie weiterhin  
340 unterrepräsentiert sind. Moderne Instrumente der Arbeitszeitgestaltung von  
341 Arbeitszeitkonten über Jobsharing bis hin zu Sabbaticals wollen wir verstärkt  
342 ermöglichen und die Rahmenbedingungen für Telearbeit und mobiles Arbeiten  
343 verbessern. Hierbei haben wir stets auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf  
344 als wesentliches Ziel im Blick.

345 In der Qualifizierung und Fortbildung von Verwaltungsmitarbeiter\*innen und vor  
346 allem Führungskräften stärken wir moderne Schlüsselkompetenzen wie Gender- und  
347 Diversity-Kompetenz. Die Entsendung niedersächsischer Expert\*innen in die  
348 Institutionen der EU sowie internationale Organisationen werden wir stärken. Wir  
349 setzen auf eine Poolbildung nach dem Vorbild anderer Bundesländer, um die  
350 Ressorts zu entlasten.

#### 351 **Öffentliche Beschaffung**

352 Bei öffentlichen Vergaben zeigt die Erfahrung, dass eine ausschließliche  
353 Fokussierung auf das jeweils billigste Angebot die öffentliche Hand teuer zu  
354 stehen kommen kann. Obwohl bereits heute ein anderes Vorgehen möglich wäre, wird  
355 aus Gründen der leichteren Vergleichbarkeit – und damit Rechtssicherheit – oft  
356 in erster Linie auf den Preis geschaut. Wir wollen Vergabestellen bei  
357 Ausschreibungen und Vergabeverfahren durch Beratung, Qualifikation und  
358 Musterverfahren in der stärkeren Berücksichtigung von Qualität unterstützen. Wo  
359 öffentliches Geld fließt, müssen uneingeschränkt Tarifverträge, Umwelt- und  
360 Sozialstandards gelten und zwar entlang der gesamten Lieferketten. Dies stellen  
361 wir GRÜNEN für die Beschaffungen des Landes sicher. Um die Beschaffung  
362 klimagerechter aufzustellen, führen wir einen CO<sub>2</sub>-Schattenpreis in Höhe der  
363 Empfehlungen des Umweltbundesamtes ein (vgl. Niedersachsen auf den 1,5-Grad-Pfad  
364 bringen). Kommunale Vergabestellen werden wir stärker beraten, um sie bei der  
365 wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltigen Gestaltung von  
366 Ausschreibungen zu unterstützen.